

#07 (Januar 2026)

Zeitgeist(er)

ÜBER
DACHT

Magazin für Geistes- und Sozialwissenschaften

Editorial

Überdacht Januar 2026

Pepe Roldan Duran, Bergische Universität Wuppertal

Teil A: Analysen

- Das Tabu Menstruation** **3**
 Eine Analyse mit einem kurzen Blick auf die Tabuisierung in Indien
Paula Regenhardt, Georg-August-Universität Göttingen
- Rewriting des nigerianischen Women's War 1929 aus feministisch-postkolonialer Perspektive** **18**
Amelie Biwolé, Universität Leipzig
- Ghosts of Empire and Spirits of Europe** **32**
 The Labour Party and the Failure of the Briand Plan
Benjamin Beißwenger, Maastricht University
- Das erinnerungspolitische Erbe der DDR** **45**
 Die Auswirkungen der SED-Erinnerungs- und Gedenkstättenpolitik bezüglich der Shoah auf die Erinnerungskultur in den neuen Bundesländern
Jonas Flöck, Universität Potsdam
- Bühnen des Wandels** **59**
 Eine dramaturgische Analyse der Inszenierung sozialer Bewegungen und deren Konstruktion gesellschaftlicher Realitäten
Johanna Budahn, University of Oslo
- Arbeitskraftregime der Gastarbeiter:innenmigration** **75**
 Der Versuch einer materialistischen Regimeanalyse
Paula Gaier, Universität Hamburg
- Von ‚echten‘ und ‚falschen‘ Flüchtlingen** **87**
 Die Klassifizierung von Migrant:innen als „Wirtschaftsflüchtlinge“ im westdeutschen Asyldiskurs der späten 1970er und 1980er Jahre
Yasin Özün, Freie Universität Berlin

| | |
|--|------------|
| Antike Strategien im modernen Wahlkampf? | 103 |
| Ein Vergleich römischer und deutscher Wahlkampfstrategien <i>Friederike Küstermann, Georg-August-Universität Göttingen</i> | |
| Becoming Three-Dimensional | 117 |
| Representations of Depersonalization and Derealization in Kate Beaton's <i>Ducks: Two Years in the Oil Sands</i> <i>Pernille Grage, Humboldt University Berlin</i> | |
| Teil B: Essays | |
| Sanctions: Empowerment or Empire? | 129 |
| Reassessing Germany's Feminist Foreign Policy and its Effects on Iranian Society <i>Mara Bentzin, University of Leipzig</i> | |
| Gaia and Metabolism | 139 |
| How to Think the Anthropocene <i>Alexander Neuber, Goethe University Frankfurt</i> | |
| A Republic Divided? | 150 |
| Slavery Reparations and the Limits of France's Unitarian Republicanism <i>Till Schadel, Johannes Gutenberg University Mainz</i> | |
| Die Nationalitätsfrage und Krise in der Côte d'Ivoire nach der Unabhängigkeit 1960 | 160 |
| <i>Ebrottié Vincent N'ZO, Otto-Friedrich-Universität Bamberg</i> | |
| Call It By Its Name | 171 |
| Frameworks to Understanding (South-)Eastern European Realities as Anti-Slavic Racism <i>Marina Romić, University of Münster</i> | |
| Identität als Spiegel der Gesellschaft | 178 |
| Der Prozess der sozialen Konstruktion von Identität nach Mead <i>Maya Brandes, Universität Potsdam</i> | |

Appendix

Die Autor*innen

CXCII

Das Team

CXCIV

Impressum

CXCVI

Editorial

Überdacht Januar 2026

Pepe Roldan Duran, *Bergische Universität Wuppertal*

Die Bundesrepublik macht sich kriegstüchtig, während ihre Bürger sich in Achtsamkeit üben. Wir rüsten auf und sparen kaputt, fordern Härte gegen äußere Feinde und Sensibilität für innere Befindlichkeiten, zwischen Grenzschutz und Safe Space. Wir sind 24/7 connected und diagnostizieren uns gegenseitig Einsamkeitsepidemien. Unsere Produktivitäts-Apps tracken, wie effizient wir auf der Stelle treten. Menschen bezeichnen sich als NPCs, während ChatGPT Romane verfasst. Man könnte meinen, verschiedene Zeitgeister hätten sich in unserer Gegenwart verknotet: Imperiale Nostalgie und digitale Disruption, Kriegsrhetorik und Sprachsensibilisierung, Grenzziehung und Entgrenzung. Doch was, wenn diese Suche nach dem Zeitgeist selbst das Symptom ist? Was folgt, verbindet drei Perspektiven, die dasselbe Problem unterschiedlich beleuchten: Dialektik, um Widersprüche nicht aufzulösen, sondern als produktiv zu begreifen; Psychoanalyse, um zu fragen, was eine Gesellschaft über sich selbst nicht wissen will; Kritik der politischen Ökonomie, um zu zeigen, wie sich diese Widersprüche materiell reproduzieren.

Der Begriff *Zeitgeist* verspricht die Essenz einer Epoche, ihren substanziellen Kern. Aber was, wenn es gerade umgekehrt funktioniert? Der Begriff ist ein *Signifikant* (Zeichen) ohne festes *Signifikat* (Bedeutung), ein leerer Container, der danach schreit, ideologisch gefüllt zu werden. Wie andere Signifikanten, wie „Freiheit“, „Nation“, „Fortschritt“, liegt seine Macht nicht in seinem Inhalt, sondern in seiner Leere. Wenn wir vom *Zeitgeist* sprechen, erschaffen wir ihn erst: Wir fassen unverbundene Phänomene unter einen Begriff und stellen so retroaktiv eine Einheit her, die vorher nicht existierte. Der *Zeitgeist* ist die nachträgliche Rationalisierung von Kontingenz: Er lässt das Zufällige als unvermeidlich erscheinen.

Die eingangs genannten Widersprüche konkurrieren nicht miteinander, sondern organisieren sich um dieselbe Leerstelle. Diese Leerstelle ist keine bloße Abwesenheit, die gefüllt werden müsste. Sie ist das strukturierende Prinzip selbst, die *Negativität*, die alles in Bewegung hält. Der *Zeitgeist* des 21. Jahrhunderts strukturiert sich um bestimmte Konstellationen, wie beispielsweise die algorithmische Vermittlung aller Lebensbereiche. Der Algorithmus erscheint als die Instanz, die weiß, was wir wollen, die Muster erkennt, Zusammenhänge herstellt. Aber er prozessiert Korrelationen ohne Sinn. Seine scheinbare Neutralität ist selbst ideologisch: Gerade weil er als bedeutungsloses Medium erscheint, bleibt unsichtbar, welche Inhalte er privilegiert und welche er ausfiltert.

Die Psychoanalyse lehrt uns: *Der große Andere*, die Instanz, von der wir annehmen, dass sie weiß, was gilt: Gott, die Gesellschaft, „man“, existierte nie wirklich. Er war immer schon löchrig, eine notwendige Fiktion als Antwort auf das *Reale*, das sich jedem Sinnversuch entzieht. Die scheinbare Vielfalt der Lebensstile, vom Minimalismus bis zur Tradwife-Ästhetik, sind nicht Ausdruck befreiter Individualität, sondern verschiedene Versuche, die zentrale Leerstelle zu füllen. Sie sind Symptome desselben Zwangs: einen Sinn zu konstruieren, wo keiner vorgegeben ist.

Der Algorithmus spiegelt uns unsere eigenen Muster zurück, verstärkt und sortiert, und wir halten das Resultat für objektive Realität. Aber er ist nicht das neue Subjekt. Wir sind es, die durch ihn hindurch agieren, ohne zu erkennen, dass wir uns selbst begegnen. Die Technologie wird zum

Medium unserer Selbstentfremdung, denn sie zeigt uns, was wir sind, ohne dass wir uns darin erkennen würden. Wenn Spotify uns im Dezember unseren Jahresrückblick präsentiert, sehen wir unsere emotionale Biographie in Datenform: Jede Krise, jede Euphorie, ist sauber in Hörminuten übersetzt. Wir teilen es amüsiert, als wäre es ein lustiges Horoskop und nicht das Protokoll unserer unbewussten Bewältigungsversuche. Die Technologie hat sich als Vermittlungsinstanz zwischen uns und die Welt geschoben. Sie übernimmt Funktionen, die wir mit Bewusstsein assoziieren: Erinnern, Berechnen, Antizipieren. Im Algorithmus nimmt diese Vermittlung ihre prägnanteste Form an: materialisiertes gesellschaftliches Unbewusstes, das unser Handeln und Denken strukturiert, ohne selbst Subjekt zu sein.

Die Art, wie wir von uns selbst sprechen, wir „performen“, haben „Kapazitäten“, müssen uns „optimieren“, dokumentiert eine bereits vollzogene Transformation. Der Habitus hat sich gewandelt, die Sprache macht es nur sichtbar. Wenn Menschen sich gegenseitig als NPCs bezeichnen, artikulieren sie präzise ihre Lage: Sie agieren nach Skripten, deren Autorschaft unklar ist. Wir treten in ein quasi-subjektives Verhältnis zu diesem technischen Unbewussten: Wir „kommunizieren“ mit Algorithmen, „trainieren“ KIs, sprechen von „intelligenten“ Systemen. Das Selbstbewusstsein existiert immer häufiger als Praxis des Umgangs mit Technologie: Wir scrollen durch Feeds, liken reflexhaft, folgen Empfehlungen anhand automatisierter Gesten ohne Bewusstsein ihrer Konsequenzen.

Was hier geschieht, markiert eine Perversion der hegelschen Geschichtsphilosophie. Hegel beschrieb die Geschichte als Prozess der Selbsterkenntnis des Geistes. Heute erleben wir etwas anderes: Wir treten in ein quasi-subjektives Verhältnis zu unserem eigenen, technisch materialisierten Unbewussten. Die Gesellschaft erkennt sich in der Maschine. Doch diese Erkennung wird nicht bewusst, sondern bleibt praktisch. Die Selbsterkenntnis ist von *Interpassivität* durchdrungen, die Maschine erlebt und erinnert stellvertretend für uns, und wird in ihr aufgehoben: Der Algorithmus weiß für uns, was wir wollen. Die KI erinnert unsere Geschichte, das Smartphone pflegt unsere sozialen Beziehungen. Der Geist materialisiert sich im Big Data und der Mensch wird zum Datenlieferanten der eigenen Aufhebung.

Diese Konstellation ist kein Zufall, sondern die Funktionsweise des gegenwärtigen Kapitalismus. Die verschiedenen *Zeitgeister* unserer Epoche, der militaristische und der therapeutische, der nostalgische und der apokalyptische, stehen in einer Dialektik ohne harmonische Einheit. Es ist die Aufhebung der Aufhebung selbst: Die Anerkennung, dass die *Negativität* konstitutiv ist. Kriegstüchtigkeit und Selbstfürsorge, Härte und Sensibilität treiben sich gegenseitig in endloser Spannung an. Diese unaufgelöste Spannung ist keine Fehlfunktion, sondern die Funktionsweise selbst.

Der Kapitalismus reproduziert sich durch diese Widersprüche. Es ist sein strukturelles Wesen, jeden Mangel in eine Marktchance zu verwandeln. Die Wellness-Industrie entsteht nicht als Antwort auf Burnout, sondern weil die Verwertungslogik jeden Leidensdruck als Nachfrage prozessiert. Jede Krise gebiert ihren eigenen Markt, jedes Problem wird zur Geschäftsmöglichkeit. Die kapitalistisch verwertbaren Lösungen für die Leerstellen werden als natürlicher Menschenverstand kaschiert.

Dieser Umstand erzeugt die paradoxe Zeitstruktur des permanenten Wartens bei gleichzeitiger Rastlosigkeit. Wie der Kapitalismus durch Wachstum den Status quo erhält, so ist das Warten keine Pause, sondern die Form der Beschleunigung selbst. Wir warten auf die Revolution, während wir zu beschäftigt sind, sie zu machen. Die Zeit läuft, während wir auf der Stelle treten. Je länger wir warten, desto mehr irreversible Fakten schaffen die automatisierten Prozesse. Die Gretchenfrage lautet nicht, ob die Maschinen Bewusstsein entwickeln, sondern was mit unserem Bewusstsein passiert, wenn wir

uns maßgeblich durch Maschinen erfahren. Die Grenze zwischen Subjekt und Objekt wird nicht überschritten, sondern unkenntlich. Wenn unsere Denkprozesse algorithmisch werden, während Algorithmen „kreativ“ werden, wer denkt dann noch? Der Mensch, der sich selbst nur noch als Datenquelle und Konsumtionseinheit begreift, hat bereits kapituliert, ohne es zu wissen.

Der Zeitgeist des 21. Jahrhunderts manifestiert sich in dieser eigentümlichen Konstellation: Es scheint als kreisen multiple *Zeitgeister* um eine konstitutive Leere, ohne sie je füllen zu können. Kriegstüchtigkeit und Wellness, Nostalgie und Disruption, Grenzziehung und Entgrenzung. Sind das verschiedene *Zeitgeister*, die um Hegemonie kämpfen? Oder sind es Symptome eines einzigen Zeitgeistes, der sich nur noch in seiner eigenen Zerrissenheit artikulieren kann? Die Schreibweise „Zeitgeist(er)“ mit ihrer schwankenden Klammer ist keine typografische Unentschiedenheit, sondern die präzise Formel: Die Einheit existiert nur als Vielheit, der Geist nur in seiner Fragmentierung. Vielleicht ist die Unfähigkeit, zwischen Singular und Plural zu entscheiden, selbst die Antwort: der Zeitgeist, der nicht einer sein kann und nicht viele sein will.

Diese Ausgabe der **ÜBERDACHT** folgt der Spuren der „*Zeitgeist(er)*“ und regt dafür an, die Gegenwart nicht als einheitliches Phänomen zu begreifen, sondern als Konstellation verschiedenster, oft widersprüchlicher Strömungen und Tendenzen. Die Autor*innen dieser Ausgabe erkunden aus ihren jeweiligen Fachperspektiven, welche Kräfte, Diskurse und Dynamiken unsere Zeit prägen:

Paula Regenhardt untersucht die Menstruation als soziales und sprachliches Tabu und zeigt am Beispiel Indiens, wie das Verschwiegene den Zeitgeist ebenso prägt wie das Gesagte.

Amelie Biwolé zeigt am nigerianischen Women's War von 1929, wie koloniale und patriarchale Strukturen zusammenwirken, um subalterne Frauen* als historische Akteurinnen zum Verstummen zu bringen.

Benjamin Beißwenger untersucht am Scheitern des Briand-Plans von 1930, warum der europäische Zeitgeist der Zwischenkriegszeit in Großbritannien keine Heimat fand, verdrängt von den Geistern des Empire.

Jonas Flöck zeigt, wie die SED-Erinnerungspolitik die Shoah in ein heroisches Widerstandsnarrativ einbettete, und fragt nach den Geistern, die dieses Erbe in der gegenwärtigen Erinnerungskultur Ostdeutschlands hinterlassen hat.

Johanna Budahn zeigt am Beispiel einer Protestaktion gegen den Fleischkongress, wie soziale Bewegungen durch dramaturgische Inszenierung den Zeitgeist herausfordern und Gegenwissen produzieren.

Paula Gaier analysiert das Arbeitskraftregime der Gastarbeiter:innenmigration und macht sichtbar, dass die Konflikte um Migration und Arbeit keine neuen Geister sind, sondern strukturelle Widersprüche des Kapitalismus.

Yasin Özün zeichnet nach, wie der Begriff „Wirtschaftsflüchtling“ im westdeutschen Asyldiskurs entstand und restriktive Politik legitimierte, ein Geist, der bis heute in Migrationsdebatten spukt.

Friederike Küstermann vergleicht antike römische Wahlkampfstrategien mit denen der Bundestagswahl 2021 und zeigt, dass Personalisierung, Bürgernähe und öffentliche Präsenz keine Erfindungen unserer Zeit sind.

Pernille Grage analysiert Kate Beatons Graphic Memoir *Ducks* und zeigt, wie die Comicform Erfahrungen von Depersonalisation und Derealisation sichtbar macht, die sich der Sprache entziehen.

Editorial

Mara Bentzin fragt, ob Deutschlands Feministische Außenpolitik gegenüber Iran tatsächlich Empowerment bedeutet oder den kolonialen Geist fortsetzt, in denen der Westen als moralische Rettungsinstanz auftritt, während Sanktionen gerade jene treffen, die sie schützen sollen.

Alexander Neuber bringt Bruno Latours Gaia-Hypothese und Kohei Saitos Theorie des metabolischen Bruchs in einen Dialog und zeigt, dass beide Ansätze trotz unterschiedlicher ontologischer Prämissen gemeinsam den klimapolitischen Zeitgeist des Anthropozäns erschließen können.

Till Schadel untersucht, wie die Forderungen der französischen Reparationsbewegung den republikanischen Universalismus herausfordern und dabei einen Widerspruch offenlegen: Der Staat selbst weicht von seinen universalistischen Prinzipien ab, wenn es politisch opportun erscheint.

Ebrottié Vincent N'ZO untersucht, wie die Politisierung nationaler Identität in der Côte d'Ivoire nach 1990 einen Teil der Bevölkerung zu Fremden im eigenen Land machte und zeigt, welche Geister koloniale Grenzziehungen hinterlassen.

Marina Romić untersucht antislawischen Rassismus als blinden Fleck des westeuropäischen Zeitgeistes und fragt, warum die Erfahrungen von Süd- und Osteuropäer:innen im akademischen und öffentlichen Diskurs kaum vorkommen.

Maya Brandes rekonstruiert anhand von George Herbert Meads Theorie, wie Identität im Dialog zwischen spontanem Ich und verinnerlichten gesellschaftlichen Erwartungen entsteht, und zeigt, dass wir immer beides sind: Spiegel der Gesellschaft und Ausdruck persönlicher Selbstbehauptung.

Wir laden euch ein, die verschiedenen Perspektiven zu erkunden und eure eigenen Erfahrungen mit den *Zeitgeistern* unserer Epoche zu teilen. Schreibt uns gerne eure Gedanken zu dem Phänomen: Welcher *Zeitgeist* prägt euer Feld? Oder seht ihr ganz andere Geister, die wir übersehen haben?

Anregende Lektüre wünschen

Die Herausgeberin und die Redaktion der ÜBERDACHT

Teil A: Analysen

ÜBER
DACHT

Das Tabu Menstruation

Eine Analyse mit einem kurzen Blick auf
die Tabuisierung in Indien

Paula Regenhardt

Georg-August-Universität Göttingen

ÜBER
DACHT

Das Tabu Menstruation

Eine Analyse mit einem kurzen Blick auf die Tabuisierung in Indien

Paula Regenhardt, *Georg-August-Universität Göttingen*

Abstract: Dieser Beitrag untersucht die Menstruation als soziales und sprachliches Tabu mit einem besonderen Blick auf Indien. Auf Basis eines kulturellen Verständnisses von Tabus wird gezeigt, dass die Tabuisierung der Menstruation nicht universell ist, sondern stark von sozio-kulturellen Kontexten abhängt. Zentral sind dabei Vorstellungen von „Unreinheit“ und die daraus resultierenden Normen und Verhaltensregeln, die das Sprechen über Menstruation prägen. Sprachlich manifestiert sich dies vor allem durch Euphemismen und verdeckte Ausdrucksweisen, die Scham und Geheimhaltung reproduzieren. Der indische Kontext verdeutlicht, dass historische und religiöse Diskurse maßgeblich zur anhaltenden Tabuisierung beitragen und Menstruierenden konkrete Einschränkungen auferlegen. Zugleich zeigt sich, dass Tabus ambivalente Funktionen haben und nicht ausschließlich als Unterdrückung gelesen werden können.

Schlagerworte: Menstruation • Tabu • Indien

1 Einleitung

„Das Menstrualblut der Frau [...] wurde stets von vielen unterschiedlichen Reaktionen und Emotionen begleitet und bildete die Ursache für zahlreiche Spekulationen, Verhaltensnormen, Verbote und Ängste.“ (Hohage, 1998, S. 305)

So beschreibt Kristina Hohage (1998) den gesellschaftlichen Umgang und die Wahrnehmung von Menstruation. In der Tat lassen sich im Zusammenhang mit Menstruation und Menstruierenden¹ eine Vielzahl von gesellschaftlichen Verhaltens- und Umgangsformen beobachten. Dieser Beitrag fragt, inwiefern die Menstruation ein Tabuthema darstellt, dabei wird besonderes Augenmerk

¹ Diese Arbeit verwendet die Bezeichnung Menstruierende für Menschen, die menstruieren. Diese Benennung soll sensibel mit der Tatsache umgehen, dass nicht nur Cis-Frauen und Mädchen menstruieren, sondern auch non-binäre Personen und Trans-Männer sowie darüber hinaus nicht alle Frauen menstruieren (siehe McHugh, 2020, S. 418).

auf die sprachliche Tabuisierung der Menstruation gelegt. Die Analyse verdeutlicht, wie tief verankerte Vorstellungen über Körper und Körperfunktionen gesellschaftliches Denken prägen.

Zwar haben Menstruierende auf der gesamten Welt den körperlichen Vorgang der Menstruation gemein, die Auffassung, Bewertung und die Wahrnehmung dieses ist jedoch in unterschiedlichen sozio-kulturellen Kontext verschieden (siehe u. a. Buckley & Gottlieb, 1988). Die vorliegende Untersuchung greift diesen Aspekt auf und legt besonderen Wert auf eine kulturell differenzierte Erörterung. Aufgrund des fachlichen Interesses der Autorin am indischen Kontext, geht diese Arbeit pointiert auf Menstruationstabus in Indien ein. Konkret wird der Frage nachgegangen: Inwiefern ist die Menstruation ein (Sprach-)Tabu und wie zeigt sich diese Tabuisierung in Indien?

2 Tabu und Sprache: Eine Einführung

2.1 Tabus – Eine Definition

Um zu erörtern, inwiefern die Menstruation ein (Sprach-)Tabu darstellt, wird zunächst eine Definition für „Tabu“ festgelegt und auf die allgemeinen Funktionen eines solchen Tabus eingegangen; anschließend wird im nächsten Unterkapitel die sprachliche Ebene von Tabus betrachtet. Da sich eine Vielzahl von wissenschaftlichen Disziplinen, wie die Psycholinguistik, Kommunikationswissenschaften und Philosophie, mit Themen rund um „Tabus“ auseinandersetzen (O’Driscoll, 2020), dient dieser Abschnitt zur Vermittlung eines Überblicks über die Herkunft eines „Tabus“ sowie Aspekten der Definition von „Tabu“.

Der Begriff „Tabu“ entstammt den Begriffen des 18. Jahrhunderts „kapu“, „ta pu“ oder „tabu“ aus polynesischen Sprachen (Allan, 2018, S. 3; Brandes, 2018, S. 374). Durch die Forschungsreisen von James Cook fand der Ausdruck Eingang in die englische Sprache und meinte in seiner ursprünglichen Bedeutung etwas Heiliges oder Außerordentliches (Allan, 2018; Brandes, 2018; Hohage, 1998; Gottlieb, 2020). Diese ursprüngliche Bedeutung hatte weder eine positive noch negative moralische Bedeutung, sondern sie zeigte eine wertneutrale Macht. Erst westliche Interpretationen schrieben einem Tabu überwiegend eine negative Bedeutung und einschränkende Charakteristika zu (ebd.).²

So definieren Allan und Burrige (2006) ein Tabu wie folgt: „Taboo refers to a proscription of behaviour for a specifiable community of one or more persons, at a specifiable time, in specifiable contexts“ (S. 11). Ein Tabu ist demnach ein Verbot von Verhalten in einer bestimmten Gemeinschaft und in einem bestimmten Kontext (ebd.). Nach Allan (2018) ist ein Verhalten dann als Tabu zu charakterisieren, wenn es in irgendeiner Weise als schädlich für eine Gemeinschaft oder einzelne Individuen angesehen wird. Die Entstehung von Tabus ist dabei durch gesellschaftliche und soziale Regulierungen geprägt (ebd.). In diesem Sinne ergänzt O’Driscoll (2020) die oben zitierte Definition Allans eines Tabus explizit um den Aspekt gesellschaftlich geteilter Normen und allgemein akzeptierter Regeln. Er definiert ein Tabu als „any (string of) words whose production is transgressive of polite social norms“ (S. 5). Demnach weist ein Tabu also immer auch auf übergeordnete kontext- und situationsübergreifende Normen und Werte einer Gemeinschaft hin (ebd.).

² Die Prozesse, die zu dieser Umdeutung beitragen, sind äußerst vielfältig und komplex und können aufgrund des limitierten Rahmens an dieser Stelle nicht dargestellt werden (siehe u. a. Gottlieb, 2020; Brandes, 2018).

Bei der Beschäftigung mit Tabus ist außerdem ein zentraler Aspekt, dass Tabus zwar einerseits universell sein können – es gibt bspw. in nahezu jeder Region Tabus über Essen und Essverhalten – andererseits keine absoluten Tabus existieren, die für alle Menschen zu allen Zeiten und unter allen Umständen gültig sind (Allan, 2018). Tabus sind folglich abhängig von der Gemeinschaft. Sie können in einer Gemeinschaft gelten, während sie es in anderen nicht tun (ebd.; Allan & Burridge, 2006). Für eine anthropologische Annäherung an Tabuwörter und Sprache ist also ein Verständnis für kulturelle Unterschiede und kulturelle Relativität von zentraler Bedeutung (Brandes, 2018). Um diesem Verständnis gerecht zu werden, muss eine Definition von Tabus immer betonen, dass Tabus nicht nur in spezifischen Situationen gültig sind, sondern klar hervorheben, dass Tabus innerhalb spezifischer Gruppen und Gesellschaften Bedeutung und Geltung erfahren (ebd.). Folglich ist der sozio-kulturelle Kontext von zentraler Bedeutung. Solche spezifischen sozio-kulturellen Kontexte können schließlich nicht ohne weiteres auf andere Gesellschaften, Gemeinschaften oder Gruppen übertragen bzw. verallgemeinert werden (ebd.).

Schlussendlich können Tabus als zentraler Bestandteil sozialer Kontrolle gesehen werden (Brandes, 2018). Brüche von Tabus sind in der Regel an Sanktionen geknüpft, diese können unterschiedlich ausfallen und reichen von sozialen und interaktiven Sanktionen, wie bspw. dem Ausschluss aus einer Gemeinschaft, bis hin zu gesetzlich verankerten Sanktionen. So können auf Tabubrüche bspw. auch Gefängnisstrafen folgen (Allan, 2018). Solche Reaktionen auf Tabubrüche basieren, ebenfalls wie die Entstehung von Tabus, auf geteilten und gemeinsamen Überzeugungen innerhalb einer Gemeinschaft oder werden von einer Autorität festgelegt (ebd.)

Zusammenfassend wird in diesem Beitrag, abgeleitet von und in Anlehnung an die obere Darstellung, ein Tabu definiert als eine Verhaltenseinschränkung, die explizit auch Sprachverhalten einschließt, welche durch gesellschaftliche Normen und Werte reguliert ist. Tabus sind in jeder sprachlichen und sozialen Gruppe und Gemeinschaft unterschiedlich und erfahren in jeder sozialen Gruppe unterschiedliche Bewertung (siehe u. a. Allan, 2018; O’Driscoll, 2020; Brandes, 2018; Allan & Burridge, 2006; Hohage, 1998; Gottlieb, 2020).

Dieses kulturell sensible Verständnis von einem Tabu sowie ein reflektierter Umgang mit kulturell unterschiedlichen Werte- und Normenverständnissen ist in dieser Untersuchung der Tabuierung der Menstruation im Allgemeinen sowie im indischen Kontext von großer Bedeutung.

2.2 Tabus und Sprache

In diesem Unterkapitel geht es nun konkret darum, wie sich Tabus in Sprache ausdrücken. Die Existenz von Tabus führt zu Veränderungen und dem Entstehen von neuen, kreativen Ausdrucksweisen; im Folgenden wird deshalb auf die generelle Bedeutung von Sprache für Tabus, Arten von Tabus und zuletzt im Besonderen auf die Entstehung von sogenannten „X-Phemismen“ als sprachliche Reaktion auf Tabus eingegangen.

Sprache ist ein sehr bedeutsamer Aspekt eines Tabus, denn ein Tabu bezieht sich in großen Teilen auf Sprachverhalten, also auf den Gebrauch von bestimmten Wörtern in bestimmten Kontexten (Allan, 2018; O’Driscoll, 2020). Kommunikations- und Sprachtabus dienen also der Aufrechterhaltung einer etablierten Ausdrucksordnung einer Gemeinschaft und damit auch der Aufrechterhaltung von Tabus (Kissling, 1996). Konkret handelt es sich bei Tabusprache um Ausdrücke und Wörter, die in einer Sprachgemeinschaft potentiell als beleidigend gelten können und gesellschaftlich unzulässig sind (O’Driscoll, 2020; Culpeper, 2018). Tabu ist also das, was durch Sprache

ausgedrückt wird, wobei sich die Unangemessenheit dabei auf die semantische Bedeutung eines Tabus bezieht (Brandes, 2018; Jay, 2018).

O'Driscoll (2020) unterteilt Tabusprache in drei Arten: Tabuwörter, Tabu „reference“ und Tabu „predication“ (O'Driscoll, 2020, S. 42). Tabuwörter bestehen aus bestimmten Laut- und Buchstabenkombinationen und bilden ein erkennbares Wort, bei dem das reine Aussprechen tabuisiert ist (ebd.). Tabuwörter wie bspw. Schimpfwörter können – im Gegensatz zu Nichttabuwörtern – starke Emotionen bei der zuhörenden Person³ auslösen und werden in der Regel besonders in Situationen vermieden, in denen soziale Normen besonders stark gelten, wie bspw. am Arbeitsplatz (ebd.; Jay, 2018). Tabu „reference“ meint Aussagen, die durch die Inhalte und Themen, auf die sie sich beziehen zum Tabu werden (O'Driscoll, 2020). Beispielsweise ist eine sexuelle Anspielung in einem professionellen Kontext ein Tabu „reference“ (ebd.). Tabu „references“, sowie Tabus im Allgemeinen, können sich außerdem mit der Zeit wandeln (ebd.). Unter Tabu „predication“ werden Wörterabfolgen bzw. Aussagen verstanden, die aufgrund der kontextuellen Situation tabuisiert sind; es besteht eine situative Abhängigkeit des Tabus und sie sind oftmals schwer von Tabu „references“ zu differenzieren (ebd.). Eine Anspielung auf Sprengstoff und Bomben im Rahmen von Sicherheitskontrollen am Flughafen ist ein Beispiel für Tabu „predication“ (ebd.).

Wie bereits einleitend erwähnt, fördert das Vermeiden und Umgehen von Tabusprache bzw. Tabuwörtern das Entstehen von neuen, kreativen Ausdrucksweisen und führt so zu Veränderungen von Sprache (Allan & Burrige, 2006; Allan, 2018). Durch eine solche Veränderung von Sprache durch das Vermeiden von Tabuwörtern entstehen sogenannte „X-Phemismen“ (Allan, 2018, S. 18). Ein „X-Phemismus“ ist ein Oberbegriff für Euphemismen (Beschönigungen), Dysphemismen (negative Umschreibungen) und Orthophemismen (neutrale Beschreibungen). Euphemismen, Dysphemismen und Orthophemismen werden sprachlich verwendet, um Tabuwörter bzw. Tabusprache zu umgehen und drücken zusätzlich eine gewisse Haltung gegenüber dem Tabu aus (ebd.). So beschreibt ein Orthophemismus eine direkte und wörtliche, zum Teil formelle, Bezugnahme zu Tabuwörtern, während unter Dysphemismen eine beleidigende und eher abwertende Vermeidung von Tabuwörtern verstanden wird (Allan & Burrige, 2006). Gleichermaßen sind auch Euphemismen eine weit verbreitete Strategie für SprecherInnen einer Sprache zur Vermeidung von tabuisierten Wörtern in bestimmten Situationen und Kontexten (Brandes, 2018). Euphemismen sind beschönigende Begriffe, die oft metaphorisch und umgangssprachlich sind (Allan & Burrige 2006). Euphemismen haben den Charakter des Schönredens und folgen der Logik, dass etwas Allgemeines für etwas Spezifisches steht (ebd.; Allan, 2018). Die Entstehung von Euphemismen ist vielseitig, sie können bspw. durch Übertreibung oder Untertreibung hervorkommen, genauso wie aus der Verwendung von Fachbegriffen oder umgangssprachlichen Begriffen (Allan & Burrige, 2006; Allan, 2018). Im Besonderen spielen Euphemismen eine große Rolle bei der Tabuisierung der Menstruation, worauf nun das nächste Kapitel eingehen wird.

³Unter zuhörende Person oder ZuhörerIn wird die Person oder Personen verstanden, die angesprochen werden. Unter „SprecherIn“ werden Produzierende von Sprache verstanden (Allan & Burrige, 2006, S. 33).

3 Die Tabuisierung der Menstruation

3.1 Die Konstruktion der Menstruation als Tabu

Dieses Kapitel widmet sich nun konkret der Tabuisierung von Menstruation. Zuerst geht es um die Konstruktion des Tabus: Es wird mit Rückbezug auf das soeben dargestellte Konzept eines Tabus auf ausgewählte Hintergründe sowie auf einige Geltungsbereiche von Menstruationstabus eingegangen. Das zweite Unterkapitel befasst sich daraufhin mit sprachlichen Aspekten von Menstruationstabus.

Menstruationstabus sind – wie Tabus generell – weder absolut noch universell (vgl. Allan, 2018). Im Folgenden werden zentrale Faktoren beleuchtet, die zu ihrer Konstruktion beitragen. Kulturübergreifende anthropologische Untersuchungen haben gezeigt, dass es eine Diversität an Umgangsweisen und Verhaltensregeln im Kontext der Menstruation gibt, die grundsätzlich unterschiedliche Bedeutungen haben können (Buckley & Gottlieb, 1988). Zwar sind Menstruationstabus in der Tat weit und in vielen Gesellschaften verbreitet, allerdings sind sie geprägt von einer Vielschichtigkeit und Mehrdeutigkeit, abhängig vom sozio-kulturellen Kontext, die bei einer Analyse von Menstruation als Tabu immer mitgedacht werden müssen (ebd.).

Zunächst soll festgehalten werden, dass Menstruationstabus überdeterminiert sind. Sie sind also das Resultat einer Vielzahl physiologischer, sozialer und kultureller Faktoren (Buckley & Gottlieb, 1988). Hier werden nun einige in der herangezogenen Literatur dargestellten Einflussgrößen und Diskurse, die zu der Konstruktion von Menstruation als Tabu beitragen, thematisiert.

Wie bereits in Kapitel 2 betont, spielen gesellschaftliche Normen und Wertvorstellungen eine bedeutsame Rolle in der Konstruktion eines Tabus. Die Menstruation ist ein natürlicher biologischer Prozess, der so lange existiert wie der Mensch selbst, die Hälfte der Weltpopulation betrifft, und dennoch ist sie oftmals negativ behaftet. Ihre Verbergung stellt in weiten Teilen dieser Welt eine wirkmächtige Norm dar (Bobel, 2020; Gottlieb, 2020). Dies wirft die Fragen auf, warum die Menstruation als unerwünschtes Geschehnis angesehen wird und welche Machtstrukturen und -beziehungen sowie Diskurse eine solche Norm prägten und sie teils bis heute wirksam machen (Winkler, 2020; Gottlieb, 2020).

Die Analyse von religiösen Glaubenssätzen in Bezug auf Menstruation kann eine Antwort auf diese Fragen liefern, da, wie bspw. von Kristina Hohage (1998) argumentiert, „Religionen zu einem nicht unerheblichen Teil als Kulturträgerinnen innerhalb von Gesellschaften angesehen werden können“ (S. 57). Religiöse Glaubenssätze erreichten und erreichen noch immer weite Teile von diversen Gesellschaften. Solche religiösen Vorstellungen über Menstruation sind daher sehr einflussreich bei der Entstehung von Normen (ebd.). In religiösen Schriften lassen sich einige negative Bewertungen der Menstruation finden, die Einfluss auf die Wahrnehmung und den Umgang mit Menstruation ausübten. Im Buch Genesis – welches im jüdischen als auch im christlichen Glauben von Bedeutung ist – wird die Menstruation bspw. als Zeichen für die Sündhaftigkeit Evas und als Strafe beschrieben (Newton, 2016; Gottlieb, 2020). Auch im Koran wird in der zweiten Sure Menstruation als Schande, von der man sich fernhalten müsse, dargestellt (Hohage, 1998). Eine negative Bewertung der Menstruation lässt sich auch in hinduistischen Schriften wiederfinden, was in Kapitel vier in Bezug auf den indischen Kontext genauer beleuchtet wird.

Rund um die Tabuisierung der Menstruation gibt es viele Ambivalenzen, auf die nun eingegangen werden. Im Allgemeinen werden Menstruationstabus in wissenschaftlichen Untersuchungen oftmals als Beweis für die von Männern ausgeübte Unterdrückung von Frauen in gesellschaftli-

chen Strukturen interpretiert (Buckley & Gottlieb, 1988; Bobel, 2020; Newton, 2016). Misogyne Machtstrukturen und die gesellschaftlich prävalente Annahme, dass der weibliche Körper dem männlichen unterlegen sei, dienen vielfach als Erklärung und grundlegende gesellschaftliche Norm für die negative Bewertung der Menstruation und die Entstehung von Menstruationstabus (McHugh, 2020; Bobel, 2020; Newton, 2016). Auch wenn die Gleichsetzung von Menstruationstabus und Unterdrückung eine dominante und etablierte Auffassung darstellt, muss dieses Verständnis differenziert betrachtet werden (Buckley & Gottlieb, 1988). Beispielsweise muss gefragt werden, ob ausschließlich die Menstruierende oder auch das Verhalten des unmittelbaren Umfelds, also nicht menstruierenden Personen, eingeschränkt ist (Buckley & Gottlieb, 1988). Buckley und Gottlieb (1988) argumentieren dafür, dass die Lesart, Menstruationstabus immer mit Unterdrückung gleichzustellen, die Komplexität der Umgänge mit und Bedeutungen von Menstruation nicht ausreichend erfasst. Sie erläutern, dass der Umgang mit Menstruation sowie bestimmte Menstruationsbräuche in verschiedenen kulturellen Kontexten auch Möglichkeiten der Selbstbestimmung bieten und zur Verbesserung der sozialen Stellung der Menstruierenden beitragen (ebd.). Ein Tabu kann in einer kulturellen Gemeinschaft als Unterdrückung interpretiert werden, während dasselbe in einer anderen als ermächtigend verstanden wird (ebd.). Soziale Funktionen von Menstruationstabus sind kulturell spezifisch und können nicht von einer Kultur auf eine andere übertragen werden, folglich ist auch die Gleichsetzung von Menstruationstabus mit Unterdrückung nicht universell oder absolut (ebd.).⁴

Zu der Konstruktion von Menstruationstabus spezifisch im deutschsprachigen Raum zählen außerdem in allen gesellschaftlichen Schichten verbreitete abergläubische Erzählungen über Menstruation, die besonders stark bis in die moderne Neuzeit des 20. Jahrhunderts verbreitet waren (Hohage, 1998). Diese Erzählungen beinhalteten eine Vielzahl von „einschränkenden Verhaltensnormen“ (ebd., S. 129) und Handlungseinschränkungen für Menstruierende. Darüber hinaus gibt es beispielsweise auf der Welt verbreitete Verbote für Menstruierende sich zu baden oder schwimmen zu gehen oder bestimmte Lebensmittel zu berühren (Chrisler, 2011). Vorstellungen, dass Quellen austrocknen oder Lebensmittel nach der Berührung einer menstruierenden Person vergehen, sind Beispiele für historische, abergläubische Erzählungen, die neben Verhaltenseinschränkungen eine gewisse Unreinheit Menstruierender konstruieren (Chrisler, 2011).

In der Tat beziehen sich viele Analysen darauf, dass Menstruationstabus aus der Auffassung der Menstruation als „Verschmutzung“ (im Englischen „pollution“) resultieren bzw. Menstruation als „symbolische Kontaminierung“ (Buckley & Gottlieb, 1988, S. 4) angesehen wird. Dabei liegt der Fokus oftmals auf dem Menstruationsblut, welches als besonders „unrein“ betrachtet wird (Newton, 2016, S. 19). Johnston-Robledo und Chrisler (2020) betonen in diesem Kontext, dass im Besonderen das Menstruationsblut Grundlage des Stigmas sowie der Tabuisierung der Menstruation ist, da dieses als anstößig und ekelerregender als andere Körperflüssigkeiten wahrgenommen wird und dessen Sichtbarkeit stets zu vermeiden ist. An dieser Stelle ist zu bemerken, dass viele der anthropologischen Untersuchungen zu Menstruationstabus, die auf dem Verständnis von Menstruation als „Verschmutzung“ basieren sowie der Annahme, dass Menstruationstabus immer mit Unterdrü-

⁴ Ein Beispiel dafür, dass die Menstruation nicht als Grundlage für Unterdrückung dient, ist Appells anthropologische Forschung über den Umgang mit Menstruation der ethnischen Gruppe Rungos in Malaysia (1988). In dieser Gruppierung ist die Menstruation eine „socially and culturally unmarked category“ (ebd., S. 111). Die Menstruation wird in dieser Gemeinschaft sozial vollständig ignoriert, Menstruation wird weder als verschmutzend noch als heilig angesehen und es gibt keine Mythen oder Rituale darum (ebd.). Dementsprechend ist diese auch nicht Anlass für unterdrückendes Verhalten gegenüber Menstruierenden (ebd.).

ckung gleichzusetzen sind, teilweise redundant und sich selbst verstärkend sind (Buckley & Gottlieb, 1988; Newton, 2016). Die in anthropologischer Forschung sowie in Literatur häufig vorkommende Annahme, dass Menstruationstabus zur Unterdrückung von Menstruierenden dienen und die wiederkehrende Zuschreibung von Menstruation und Menstruationsblut als unrein und verschmutzend, trägt zum großen Teil zu einer Verfestigung und Verstetigung dieser Diskurse bei, anstatt diese kritisch zu hinterfragen und zu dekonstruieren (Buckley & Gottlieb, 1988; Newton, 2016). Die „Verschmutzungstheorie“ sowie eine Gleichsetzung von Menstruationstabus und Unterdrückung von Menstruierenden stellen somit für Buckley und Gottlieb (1988) eine vereinfachte Erklärung dar, die die Vielseitigkeit des Umgangs mit Menstruation verdeckt (Buckley & Gottlieb, 1988). In der Tat ist das Erleben der Menstruation trotz biologischer Gemeinsamkeiten für Menstruierende abhängig von unterschiedlich wirkenden gesellschaftlichen Vorstellungen sowie religiösen, politischen, demographischen und wirtschaftlichen Faktoren sehr verschieden (Gottlieb, 2020; Winkler, 2020).

Eine jedoch weit verbreitete und etablierte Auswirkung von Menstruationstabus, die bereits in der Einleitung Erwähnung fand, ist die aufgelegte Notwendigkeit für Menstruierende, ihre Menstruation geheim zu halten (Chrisler, 2011; Johnston-Robledo & Chrisler, 2020). Diese Angst vor der Sichtbarkeit der Menstruation, kann das Verhalten und Handeln von Menstruierenden stark beeinflussen und einschränken (Newton, 2016). Darüber hinaus ist die hauptsächliche Funktion und Intention von Menstruationsprodukten das Menstruationsblut unsichtbar sowie die Menstruation „hygienischer“ zu machen und sie bestärken und reproduzieren dadurch Scham und Angst vor der Wahrnehmbarkeit des Menstruierens (McHugh, 2020; Chrisler, 2011).

3.2 Sprachliche Aspekte der Tabuisierung

Sprache wurde bereits als bedeutsamer Teil von Tabus hervorgehoben (siehe u. a. Allan, 2018). Dies gilt auch im Zusammenhang mit Menstruationstabus. Für eine Analyse der sprachlichen Aspekte von Menstruationstabus ist es relevant zu betonen, dass die Art und Weise, wie über Menstruation gesprochen wird, „ein Indiz für den gesellschaftlichen Umgang mit der Menstruation und die damit in Zusammenhang stehende Tabuisierung“ (Hohage, 1998, S. 142) darstellt. Da im Kontext Menstruation Sprachtabus zusammen mit wirkmächtigen sozialen Normen erheblichen Einfluss auf Verhalten und Umgang mit Menstruation und Menstruierenden ausüben, ist es wichtig anzuerkennen, dass auch das Nichtverwenden oder Umschreiben von Wörtern von Bedeutung ist (Gottlieb, 2020). Gottlieb (2020) drückt dies wie folgt aus: „Words tell a story. So do efforts to avoid words“ (Gottlieb, 2020, S. 145). Kissling (1996) unterstreicht dies und vermerkt in ihrer Analyse, dass das Entstehen von kreativen linguistischen Strategien im Umgang mit Menstruation vor allem dadurch begründet ist, Peinlichkeiten und Scham beim Sprechen über Menstruation zu vermeiden.

Die Verwendung von Euphemismen, stellt eine zentrale Dimension der sprachlichen Tabuisierung der Menstruation dar, da diese einen Weg bieten, über Menstruation zu sprechen, sowie eine indirekte Artikulation von Menstruationsthemen erlauben (Newton, 2016). In der Tat beschäftigen sich eine Vielzahl von wissenschaftlichen Untersuchungen mit Menstruationseuphemismen, die Studie von Natalie F. Joffe aus dem Jahr 1948 zählt zu einer der ersten ihrer Art (Newton, 2016). In dieser wurden die identifizierten Menstruationseuphemismen in die Kategorien „Zeit“, „Farbe“, „Besucher“, „Personen“, und „disability“ eingeteilt (ebd.). Diese Kategorisierungen finden sich vielfach in der Literatur über Menstruationseuphemismen wieder (Johnston-Robledo & Chrisler, 2020; Hohage, 1998; Newton, 2016). Die Zeit und der Zyklus werden in Euphemismen sehr häufig

fig betont. Als Beispiele können etablierte Formulierungen im Deutschen wie „Periode“, „Regel“ oder „die Tage“ (Hohage, 1998, S. 143) und im Englischen „[that] time of the month“ genannt werden (Ernster, 1975, zitiert nach Johnston-Robledo & Chrisler, 2020, S. 186). Auch die Farbe Rot findet in einigen Euphemismen eine besondere Betonung, wie bspw. in dem englischen Euphemismus „I am wearing my red shoes today“ (Johnston-Robledo & Chrisler, 2020, S. 187). Oftmals dient die Farbe Rot der Beschreibung für „Besucher“ oder „Personen“, die ebenfalls häufig in Menstruationseuphemismen vorkommen (Johnston-Robledo & Chrisler, 2020; Hohage, 1998). Die Bezeichnung der Menstruation als „einen Fluch“ (im engl. „the curse“) fällt demnach in Kategorien, die die Menstruation als eine „disability“ bzw. als eine Krankheit charakterisieren (Hohage, 1998, S. 143; Johnston-Robledo & Chrisler, 2020). Wie zuvor ausgeführt, sind Euphemismen oftmals umgangssprachlich und haben häufig einen metaphorischen Charakter, der im Kontext Menstruation „eine Deutung, eine Erklärung oder eine Beschreibung des Vorganges der Menstruation“ (Hohage, 1998, S. 142) ermöglicht, wie die genannten Beispiele bereits verdeutlichen. Eine metaphorische Bedeutung ist zudem auch in der weit verbreiteten Bezeichnung von Menstruationsprodukten als „Hygieneprodukte“ zu erkennen. Dieser Ausdruck suggeriert, dass Menstruation an sich dreckig oder unhygienisch sei, die durch die Verwendung dieser Produkte und vor allem durch das Vermeiden der Sichtbarkeit des Menstruationsblutes hygienisch werde (McHugh, 2020; Chrisler, 2011).

Des Weiteren bedienen Menstruationseuphemismen zum Teil weitere sprachliche und linguistische Mittel (Newton, 2016). Es lassen sich bspw. Alliterationen wie „blood bath“, Assonanzen wie „leaky week“ oder auch Personifizierungen identifizieren (ebd., S. 140). Eine weitere linguistische Strategie im Umgang mit Menstruation ist euphemistische Deixis (Kissling, 1996).⁵ Euphemistische Deixis beschreibt die häufige Verwendung von Demonstrativpronomen, um auf die Menstruation anzudeuten, ohne diese konkret zu benennen (ebd.). In Kisslings (1996) Untersuchung verwenden die Interviewten bspw. sehr häufig das englische Pronomen „it“ um auf die Menstruation zu verweisen, ohne diese direkt zu benennen.

Darüber hinaus lässt sich bei der Betrachtung von Menstruationseuphemismen einen Bezug zu Tabuwörtern und Tabu „reference“ herstellen. Die hier genannten Euphemismen vermeiden alle die direkte Ansprache von Menstruation oder Menstruationsblut (Gottlieb, 2020), was diese Wörter als Tabuwörter und die euphemistischen Formulierungen und die Vermeidung dieser Wörter als Tabu „reference“ kennzeichnet. Außerdem kann an dieser Stelle ein Blick auf das Verhältnis der „X-Phemismen“ im Kontext Menstruation geworfen werden. Ein Orthophemismus, also eine neutrale Beschreibung, wäre demnach „menstruieren“, eine euphemistische Umschreibung „die Periode haben“ oder „that time“ und ein Dysphemismus wäre bspw. die Bezeichnung „wrong time“ (Newton, 2016; Allan & BurrIDGE, 2006). In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass die Bezeichnung „Menstruation“ zwar als neutral gilt, Hohage (1998) jedoch darauf hinweist, dass auch diese Begrifflichkeit einen verschleiernenden Aspekt hat. Da der Begriff einen lateinischen und fachsprachlichen-gynäkologischen Ursprung verzeichnet, trägt diese fachliche Begrifflichkeit in fremder Sprache zu einer sprachlichen Distanzierung bei (ebd.). Zudem ist auffällig, dass einige Menstruationseuphemismen eigentlich in die Kategorie Dysphemismen fallen würden, bspw. die Bezeichnung der Menstruation als „the curse“, da diese eher abwertend als beschönigend sind (Kissling, 1996). In der Tat haben diese jedoch eine euphemistische Intention, da sie eine Beleidigung

⁵ Deixis ist ein linguistischer Fachbegriff, der die „indexical or pointing function of certain words“ (Kissling, 1996, S. 300) betont. Deixis ist ein fester und regelmäßig vorkommender Bestandteil von Sprache (ebd.).

oder Peinlichkeit durch eine direkte Benennung vermeiden wollen, weshalb solche Bezeichnungen als „dysphemistische Euphemismen“ beschrieben werden können (ebd.).

Des Weiteren ist in Bezug auf sprachliche Menstruationstabus der soziale Kontext und die konkrete Interaktionssituation entscheidend, welche Ausdrucksweisen in Bezug auf Menstruationsthemen verwendet werden (Hohage, 1998).

Dass Äußerungen, die die Menstruation abwerten, gesellschaftlich toleriert sind, zeigt sich außerdem darin, dass es bspw. für Männer als akzeptabel gilt, einer Frau zuzuschreiben, sie würde menstruieren, wenn sie das Verhalten oder Ausdruckweisen der Frau als störend empfinden.

Konkret auf Interaktionssituationen bezieht sich auch „menstrual moaning“ (McHugh, 2020, S. 410). Darunter wird der Austausch unter Menstruierenden verstanden, der sich vor allem auf das gemeinsame Beschweren und die Betonung der negativen Aspekte der Menstruation auf Menstruierende bezieht (ebd.; Kissling, 1996). McHugh (2020) unterstreicht, dass das „menstrual moaning“ ein gesellschaftlich tolerierter Austausch über Menstruation darstellt, der zum einen als Ausbruch und Widerstand gegen das Sprachtabu interpretiert werden

kann, zum anderen aber auch das Bild der Menstruation als etwas Negatives reproduziert. Dass Äußerungen, die die Menstruation abwerten, gesellschaftlich toleriert sind, zeigt sich außerdem darin, dass es bspw. für Männer als akzeptabel gilt, einer Frau zuzuschreiben, sie würde menstruieren, wenn sie das Verhalten oder Ausdruckweisen der Frau als störend empfinden (Chrisler, 2011; Gottlieb, 2020). Diese Reduktion von Frauen auf ihre reproduktiven Fähigkeiten und die zugeschriebenen Verhaltensweisen von Menstruierenden als „zickig“ oder „außer Kontrolle“ sind größtenteils allgemein gesellschaftlich toleriert, was sich u. a. darin zeigt, dass dies mitunter die einzige mediale Darstellung der Menstruation und Menstruierenden ist (Gottlieb, 2020, S. 143; McHugh, 2020, S. 410).

Es wurden vielfach Merkmale eines Tabus im Umgang mit Menstruation wiedergefunden. Wirksame und verbreitete Diskurse und Normen, insbesondere die Gleichsetzung von Menstruation mit Unterdrückung sowie die „Verschmutzungstheorie“, die zu der Konstruktion von Menstruationstabus beitragen, wurden dargelegt. Es wurde sich bemüht diese, gemäß des Prinzips der kulturellen Relativität, differenziert darzustellen und einzuordnen. Es wurde außerdem gezeigt, dass vor allem Euphemismen ein Kennzeichen und zugleich eine Umgangsform der sprachlichen Tabuisierung sind. An vielen Stellen wurde erwähnt, dass der Umgang mit Menstruation in unterschiedlichen Gemeinschaften sehr verschieden ausfällt. Dementsprechend wird nun konkret der Blick auf Indien gerichtet.

4 Menstruationstabus in Indien

Beschäftigt man sich mit der Tabuisierung in Indien, ist zunächst festzuhalten, dass Indien nicht nur flächenmäßig eine sehr große Region darstellt, sondern auch eine erhebliche sozio-kulturelle sowie sprachliche Diversität verzeichnet (Rawat et al., 2023). Aufgrund des limitierten Rahmens beschränken sich folgende Ausführungen vor allem darauf, welchen Stellenwert die „Verschmutzungstheorie“ in Indien einnimmt, und es wird auf einige Verhaltenseinschränkungen und Auswirkungen sowie auf einzelne sprachliche Dimensionen und Aspekte der Tabuisierung eingegangen.

Aufgrund der großen Diversität innerhalb Indiens ist zu betonen, dass komplexe religiöse und koloniale sowie patriarchale und kastengebundene Faktoren großen Einfluss auf die Tabuisierung der Menstruation haben (Gopee, 2024). Die Assoziation von Menstruation mit Verschmutzung und Unreinheit ist jedoch in großen Teilen Indiens verbreitet und zu beobachten (Prasanna, 2016; McCammon et al., 2020; Rajagopal & Mathur, 2017; Rawat et al., 2023). Ursprünge dieser Gleichsetzung von Menstruation mit Verschmutzung im indischen Kontext lassen sich bspw. in dem historischen hinduistischen Text „The Manusmriti“ finden, der aufgrund der Tatsache, dass ein Großteil der indischen Bevölkerung hinduistisch ist, sehr einflussreich im indischen Kontext ist (Gopee, 2024; Rawat et al., 2023). In dieser Schrift wird die Menstruation als unrein markiert, sie vergleicht Menstruierende mit niedriger Kaste und fordert, dass um intellektuelle und körperliche Gesundheit – besonders von Männern – zu bewahren, der Kontakt zu Menstruierenden vermieden werden soll (Gopee, 2024). Diese Schrift, die die Menstruation als „unrein“ fest schreibt und gleichzeitig betont, dass die Reinheit von hochkastigen Männern gewahrt werden muss, übt auch im modernen Indien einen starken Einfluss auf den Umgang mit Menstruation aus. Damit ist sie als eine Begründung, warum Menstruation gesellschaftlich stark mit Verschmutzung assoziiert wird, anzuerkennen (ebd.).

Mit diesem tief verankerten Verständnis von Menstruation als unrein und verschmutzend geht oftmals die Vorstellung einher, Menstruierende könnten diese Verschmutzung ausbreiten. Menstruation ist daher in vielen Teilen Indiens Grund für Verhaltenseinschränkungen für Menstruierende (Prasanna, 2016.; Rawat et al., 2023). Ein weit verbreitetes Phänomen, welches auch in der Studie von McCammon et al. (2020) nachgewiesen wurde, ist das Verbot für Menstruierende Tempel bzw. Gebetsstätten zu betreten (Prasanna, 2016; Rajagopal & Mathur, 2017). Weitere Verhaltenseinschränkungen für Menstruierende beziehen sich bspw. auf einschränkende Ernährungsweisen oder teilweise verbotenen Umgang mit Lebensmitteln im Allgemeinen (Rawat et al., 2023; Rajagopal & Mathur, 2017).

In dieser Bezeichnung wird sprachlich verdeutlicht, dass Menstruierende von jeglichen alltäglichen Aktivitäten ausgeschlossen werden.

Die Auffassung von Menstruation als Verschmutzung beeinflusst außerdem auch im indischen Kontext die Kommunikation über Menstruationsthemen (Rawat et al., 2023, S. 695). In Malayalam, der Sprache des südindischen Bundesstaat Kerala, benennt man Menstruierende als „aval purathayi“ was auf Englisch „she is outside the margins“ bedeutet (Prasanna, 2016, S. 91). In dieser Bezeichnung wird sprachlich verdeutlicht, dass Menstruierende von jeglichen alltäglichen Aktivitäten ausgeschlossen werden (ebd.). Darüber hinaus erschweren sozio-kulturelle Regel- und Wertesysteme eine offene Diskussion über die Menstruation und bewirken somit die Verwendung von Euphemismen (ebd.). Beispielsweise stellen Rajagopal und Mathur (2017) fest, dass die Euphemismen „period“ und „MC“, stehend für „monthly cycle“, oft verwendet werden, wenn über Menstruation gesprochen wird (S. 309). Die Gleichsetzung von Menstruation als Verschmutzung wird

In dieser Schrift wird die Menstruation als unrein markiert, sie vergleicht Menstruierende mit niedriger Kaste und fordert, dass um intellektuelle und körperliche Gesundheit – besonders von Männern – zu bewahren, der Kontakt zu Menstruierenden vermieden werden soll.

außerdem in der häufig verwendeten Bezeichnung für Menstruationsblut als „ganda“ sichtbar, was auf Hindi „verschmutzt“ und unrein bedeutet (Rajagopal & Mathur, 2017, S. 309).

Dass eine offene Kommunikation über Menstruation in Indien als unzulässig gilt, verdeutlicht zudem der Name der in weiten Teilen Indiens verbreiteten Menstruationsproduktmarke „Whisper“ (Rajagopal & Mathur, 2017, S. 310). Dieser legt durch seinen metaphorischen Charakter einen verschleierte und diskreten Austausch über Menstruation nahe (ebd.). Die Tabuisierung der Menstruation zeigt sich sprachlich außerdem darin, dass die Kommunikation über Menstruation nicht nur verschleiert, sondern generell im geringen Ausmaß passiert (Rawat et al., 2023). In den empirischen Studien von Rawat et al. (2023) und von McCammon et al. (2020), die beide im Norden von Indien durchgeführt wurden, wird sichtbar, dass der Austausch über Menstruation im Öffentlichen sowie in der privaten Sphäre sehr eingeschränkt ist. Für viele Menstruierende bedeutet diese Nichtthematization, dass sie nur wenig bis gar kein Wissen über die Menstruation haben, bevor sie selbst menstruieren (Rawat et al., 2023; McCammon et al., 2020). Die Teilnehmerinnen der Befragung von Rawat et al. (2023) formulieren bezüglich dieser Tabuisierung der Menstruation den Wunsch, früher und besser über die Menstruation informiert und aufgeklärt zu werden, und fordern ein Ende der Geheimhaltung und der Scham sowie eine offenere Kommunikation über die Menstruation (Rawat et al., 2023). Die Autorinnen Rajagopal und Mathur (2017) appellieren in diesem Sinne, dass das Schweigen, die Wissenslücken und die anhaltenden Überzeugungen über Menstruation im indischen Kontext auf allen Ebenen thematisiert sowie konfrontiert werden müssen (Rajagopal & Mathur, 2017).⁶

Schlussendlich lässt sich über Menstruationstabus in Indien festhalten, dass besonders die Vorstellung von Menstruation als Verschmutzung religiös-historisch verwurzelt ist und gegenwärtig noch immer Einfluss ausübt (Gopee, 2024, S. 14). Dies zeigt sich in den in den dargestellten Verhaltenseinschränkungen, in der Verwendung von euphemistischer Sprache sowie in der generellen eingeschränkten Kommunikation über Menstruationsthemen.

5 Resümee

Dieser Beitrag behandelte die Frage inwiefern ist die Menstruation ein (Sprach-)Tabu und wie zeigt sich diese Tabuisierung in Indien? Ein Tabu wurde verstanden als eine Einschränkung von Verhalten, das an Normen- und Wertesysteme einer bestimmten sozio-kulturellen Gemeinschaft gekoppelt ist und immer auch Sprachverhalten miteinschließt. Darauf folgend wurde dargestellt, dass die Menstruation ein mehrdimensionales und vielfältig tabuisiertes Thema ist. Es wurde festgestellt, dass die Menstruation ein (Sprach-)Tabu darstellt, da die Tabuisierung auf etablierten Werte- und Normensystemen basiert, wie bspw. die Menstruation als Verschmutzung anzusehen oder als Zeichen für die untergeordnete Position von Menstruierenden, sowie Einschränkungen von Verhalten, Sprache und Kommunikation aufweist. Im Besonderen führt die Tabuisierung der Menstruation zu der Entstehung einer Vielzahl an Euphemismen sowie weiteren sprachlichen Strategien, die ebenfalls aufgezeigt wurden. Um dem Konzept der kulturellen Relativität gerecht zu werden, wurde verdeutlicht, dass Menstruationstabus nicht universell und absolut wirksam sind. Abschließend wurde ein Blick auf die Tabuisierung der Menstruation in Indien geworfen.

⁶ An dieser Stelle ist zu erwähnen, dass es im indischen Kontext einige Initiativen gibt, die sich gegenwärtig für Menstruationsgesundheit und gegen Menstruationstabus in Indien einsetzen, beispielsweise die „Pinkishe Foundation“, „the Cycle“ oder „Goonj“.

Diese Arbeit zeigte, dass die Tabuisierung von Menstruation ein – wenn auch nicht universelles – weit verbreitetes, etabliertes und wirkmächtiges Phänomen ist. Der Umstand, dass Menstruations-euphemismen, auch im indischen Kontext, noch immer und häufig Verwendung finden und dazu führen, dass ausweichend über Menstruation gesprochen wird, verdeutlicht die konstruierte Sensibilität von Menstruationsthemen.

Einen Beitrag zur Enttabuisierung der Menstruation macht bspw. das in dieser Arbeit häufig referierte *Palgrave Handbook of Critical Menstruation Studies* (Bobel et al. (Hrsg.), 2020), durch dessen inhaltlich diverse Beiträge sowie dadurch, dass dieses „open access“ zugänglich ist und die (Bildungs-)Inhalte über Menstruationsthemen so für alle Menschen barrierefreier zur Verfügung stehen.

Abschließend bleibt die Frage, die sich auch Kissling (1996) stellt, wie Kommunikation über Menstruation in einer Gesellschaft ohne Tabuisierung dieser aussehen könnte und welche – möglicherweise positiven – Folgen dies für Menstruierende hätte. Es ist davon auszugehen, dass eine Kommunikation über Menstruation frei von (Sprach-)Tabus etablierte Strukturen nicht unmittelbar verändern oder aufbrechen könnte. Es besteht aber die Möglichkeit, dass Menstruation und Menstruationsblut – um auf das Eingangszitat zurückzukommen – in geringerem Maße Anlass für Verhaltensverbote, einschränkende Normen und Ängste bieten würden und dadurch Einstellungen sowie Wahrnehmungen über Menstruation tiefgehend und nachhaltig verändert werden könnten.

Literaturverzeichnis

- Allan, K. (2018). Taboo words and language: An overview. In K. Allan (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Taboo Words and Language* (1–27). Oxford University Press. <http://dx.doi.org/10.1093/oxfordhb/9780198808190.001.0001>
- Allan, K., & Burrige, K. (2006). *Forbidden Words: Taboo and the Censoring of Language*. Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511617881>
- Appell, L. W. R. (1988). Menstruation among the Rungus of Borneo: An Unmarked Category. In T. Buckley & A. Gottlieb (Hrsg.), *Blood Magic: The Anthropology of Menstruation* (S. 94–112). University of California Press.
- Bobel, C. (2020). Introduction: Menstruation as Lens—Menstruation as Opportunity. In C. Bobel, I. T. Winkler, B. Fahs, K. A. Hasson, E. A. Kissling, & T.-A. Roberts (Hrsg.), *The Palgrave Handbook of Critical Menstruation Studies* (S. 1–6). Springer Singapore.
- Brandes, S. H. (2018). An anthropological approach to taboo words and language. In K. Allan (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Taboo Words and Language* (S. 372–390). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780198808190.013.20>
- Buckley, T., & Gottlieb, A. (1988). A Critical Appraisal of Theories of Menstrual Symbolism. In T. Buckley & A. Gottlieb (Hrsg.), *Blood Magic: The Anthropology of Menstruation* (S. 3–50). University of California Press.
- Chrisler, J. C. (2011). Leaks, Lumps, and Lines: Stigma and Women's Bodies. *Psychology of Women Quarterly*, 35(2), 202–214. <https://doi.org/10.1177/0361684310397698>
- Culpeper, J. (2018). Taboo language and impoliteness. In K. Allan (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Taboo Words and Language* (S. 28–40). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780198808190.013.2>
- Gopee, A. K. (2024). (Re)making menstrual hygiene discourses in India. *Tapuya: Latin American Science, Technology and Society*, 7(1), 1–18.
- Gottlieb, A. (2020). Menstrual Taboos: Moving Beyond the Curse. In C. Bobel, I. T. Winkler, B. Fahs, K. A. Hasson, E. A. Kissling, & T.-A. Roberts (Hrsg.), *The Palgrave Handbook of Critical Menstruation Studies* (S. 143–162). Springer Singapore.
- Hohage, K. (1998). *Menstruation: Eine explorative Studie zur Geschichte und Bedeutung eines Tabus* (Bd. 31). Verlag Dr. Kovač.
- Jay, T. B. (2018). The psychology of expressing and interpreting linguistic taboos. In K. Allan (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Taboo Words and Language* (S. 77–95). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780198808190.013.5>
- Johnston-Robledo, I., & Chrisler, J. C. (2020). The Menstrual Mark: Menstruation as Social Stigma. In C. Bobel, I. T. Winkler, B. Fahs, K. A. Hasson, E. A. Kissling, & T.-A. Roberts (Hrsg.), *The Palgrave Handbook of Critical Menstruation Studies* (S. 181–199). Springer Singapore.
- Kissling, E. A. (1996). "That's Just a Basic Teen-age Rule": Girls' Linguistic Strategies for Managing the Menstrual Communication Taboo. *Journal of Applied Communication Research*, 24, 292–309.
- McCammon, E., Bansal, S., Hebert, L. E., Yan, S., Menendez, A., & Gilliam, M. (2020). Exploring young women's menstruation-related challenges in Uttar Pradesh, India, using the socio-ecological framework. *Sexual and Reproductive Health Matters*, 28(1), 291–302. <https://doi.org/10.1080/26410397.2020.1749342>
- McHugh, M. C. (2020). Menstrual Shame: Exploring the Role of „Menstrual Moaning“. In C. Bobel, I. T. Winkler, B. Fahs, K. A. Hasson, E. A. Kissling, & T.-A. Roberts (Hrsg.), *The Palgrave Handbook of Critical Menstruation Studies* (S. 409–422). Springer Singapore.
- Newton, V. L. (2016). *Everyday Discourses of Menstruation*. Palgrave Macmillan UK. <https://doi.org/10.1057/978-1-137-48775-9>
- O'Driscoll, J. (2020). *Offensive Language: Taboo, Offence and Social Control*. Bloomsbury Academic. <https://doi.org/10.5040/9781350169708>
- Prasanna, C. K. (2016). Claiming the public sphere: Menstrual taboos and the rising dissent in India. *Agenda: Empowering Women for Gender Equity*, 30(3), 91–95. <https://doi.org/10.1080/10130950.2016.1251228>
- Rajagopal, S., & Mathur, K. (2017). 'Breaking the silence around menstruation': Experiences of adolescent girls in an urban setting in India. *Gender & Development*, 25(2), 303–317. <https://doi.org/10.1080/13552074.2017.1335451>

- Rawat, M., Shields, A. N., Venetis, M. K., & Seth, J. (2023). Women's Agentic Role in Enabling and Dismantling Menstrual Health Taboos in Northern India: A Culture-Centered Approach. *Health Communication, 38*(4), 695–704. <https://doi.org/10.1080/10410236.2021.1970296>
- Winkler, I. T. (2020). Introduction: Menstruation as Fundamental. In C. Bobel, I. T. Winkler, B. Fahs, K. A. Hasson, E. A. Kissling, & T.-A. Roberts (Hrsg.), *The Palgrave Handbook of Critical Menstruation Studies* (S. 9–14). Springer Singapore.

**Rewriting des
nigerianischen
Women's War 1929
aus feministisch-
postkolonialer
Perspektive**

Amelie Biwolé

Universität Leipzig

**ÜBER
DACHT**

Rewriting des nigerianischen Women's War 1929 aus feministisch-postkolonialer Perspektive

Amelie Biwolé, *Universität Leipzig*

Abstract: In dieser Arbeit wird der nigerianische Women's War von 1929 aus einer feministisch-postkolonialen Perspektive *rewritten*, um männerzentrierte Narrative der Unabhängigkeitsbewegungen aufzubrechen. Ziel ist es, die Verflechtungen von Kolonialismus, Gender und epistemischer Gewalt sichtbar zu machen und subalterne Frauen* als handelnde Akteurinnen* in den Mittelpunkt zu stellen – eine Perspektive, die in postkolonialen Theorien wie auch im westlichen Feminismus kaum repräsentiert ist. Der Women's War war ein von Igbo-Frauen* organisierter Aufstand gegen die Verschränkung imperialer und indigener patriarchaler Strukturen, die ihre sozioökonomische Entrechtung bewirkten. Ihre unbewaffneten Proteste waren geprägt von Tanz, Gesang und einem Verständnis für ihre gesellschaftliche Verantwortung. Sie richteten sich sowohl gegen die britische Kolonialherrschaft als auch gegen indigene Männer, die von kolonialer Umstrukturierung profitierten. Die Analyse zeigt, dass ohne die Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Ausschlüsse, kolonialer Kontinuitäten und epistemischer Ungleichheiten kein vollständiger Dekolonisierungsprozess möglich ist. Auch in der postkolonialen Nationenbildung wurden Frauen* marginalisiert, während indigene, männliche Akteure ihre kolonialen Machtpositionen festigten. Ein feministisch-postkoloniales Rewriting eröffnet daher nicht nur neue Zugänge zur nigerianischen Geschichtsschreibung, sondern trägt durch die Zentrierung subalternen Frauen* auch zu einer kritischeren Auseinandersetzung mit kolonialer Erbe und seiner Wirkung bis in die Gegenwart bei.

Schlagworte: Women's War • postkoloniale Theorie • Feminismus • Intersektionalismus

1 Einleitung

In diesem Text wird aus feministisch-postkolonialer Perspektive ein Teil nigerianischer Geschichtsschreibung *rewritten*. Mit diesem Ansatz zielen ich darauf ab, gängige geschichtswissenschaftliche Narrative durch alternative Erzählungen aufzubrechen. *Rewriting*, die Reevaluation und Neu-Interpretation von Geschichte sind ein regulärer Teil des Prozesses zur Erstellung historischer Literatur. Geschichte wird dabei als ein von Menschen geschaffenes Artefakt betrachtet und bedarf ein stetiges Herausfordern konventioneller Vorstellungen sowie eurozentristischer, maskuliner Narrative (Philips, 2005).

Ein Teil alternativer, nigerianischer Geschichte dreht sich um südostnigerianische Frauen^{*1}, die gegen koloniale Machtstrukturen protestierten. Bei diesem sogenannten Women's War handelt es sich um einen organisierten Aufstand, bei dem Tausende Frauen*, auch *Ohandum*, im Jahr 1929 gegen die koloniale Besteuerung, ihre politische Entrechtung und gegen opportunistische einheimische Männer im britisch-kontrollierten Nigeria mobilisierten. Ihre Geschichte wird häufig von männerfokussierten Mainstream-Erzählungen ausgeschlossen und ihr Protest trotz seiner Bedeutung für die Unabhängigkeitsgeschichte Nigerias in historiographischen Darstellungen marginalisiert. Daher soll im Rahmen dieses *Rewritings* ihre Geschichte erzählt und die Verflechtung kolonialer und patriarchaler Machtstrukturen, die diese Widerstandskämpferinnen* als eigenständige Subjekte damals wie heute verstummen lassen, sichtbar gemacht werden.

Die theoretische Grundlage dafür bildet eine kurze Einführung in die Grundzüge des europäischen Kolonialismus und in postkoloniale sowie feministisch-postkoloniale Theorien, deren Perspektiven für das *Rewriting* „subaltern“, mehrfach-marginalisierter Frauen* des globalen Südens, unabdingbar ist. Ausgehend von einer Reflexion zur Repräsentationsfähigkeit der protestierenden Frauen*, wird ihre vorkoloniale gesellschaftliche Positionierung, die durch koloniale Interventionen massiv transformiert wurde, untersucht. Anschließend folgt eine Betrachtung ihrer Widerstandsformen und der Strukturen, die sie als passive, untergeordnete Kategorie im Hinblick auf die Bildung postkolonialer Nationen verkennen lassen.

2 Grundlage einer feministisch-postkolonialen Analyse

2.1 Positionalisierung

Meine Herangehensweise an diesen Artikel wird durch meine verschränkten sozialen Identitäten geprägt. Ich bin eine 23-jährige deutsch-kamerunische, Schwarze, queere Frau ohne Behinderung. Aus einem akademischen Haushalt der Mittelschicht stammend, studiere ich im dritten Semester des technisch-geisteswissenschaftlichen B. Sc. Digital Humanities. Dabei habe ich selbst noch nicht historisch geforscht, sondern mich vorrangig, wie auch in diesem Artikel, mit der Analyse sekundärer Literatur auseinandergesetzt. Meine eigenen Diskriminierungserfahrungen und der Wunsch, die Lebenswelt weniger (oder anders) privilegierter Menschen nachzuvollziehen, stärken mein Interesse an der Analyse von Rassismus und Gender im afrikanischen Kontext, wobei ich einfache Antworten für komplexe Phänomene skeptisch sehe. Ich bin mir der epistemischen Gewalt, die sich in verwendeten Quellen und Wissenschaftssprache potentiell manifestiert, bewusst. Diese strukturelle Verzerrung der Geschichte betrachte ich als Teil des Problems, das ich in diesem Artikel analysieren möchte.

Die hier verwendete Literatur (insbesondere Spivak, Mohanty und Ndlovu-Gatsheni) fordert mich heraus, meine eigenen Privilegien kritisch zu hinterfragen. Demnach erkenne ich meine Beteiligung an kapitalistischen, diskriminierenden Machtstrukturen als inhärenten Teil westlichen Lebens an. Zudem bin ich mir bewusst, dass meine Sozialisierung und eurozentrierte Bildung bei der Repräsentation von subalternen Frauen* zu „blinden Flecken“ führen kann.

¹ Die Verwendung des Gender-Sterns soll verdeutlichen, dass die in diesem Artikel dargestellten Hauptakteurinnen* nicht zwangsläufig das eurozentristisch geprägte Verständnis von „Frau“ besaßen und dass ihr Selbstverständnis von dem der Quellen oder meinem abweichen kann.

2.2 Auswirkungen europäischer Kolonialismen

Es ist zentral nachzuvollziehen, weshalb der europäische Kolonialismus eine so prägende historische und gegenwärtige Kraft darstellt. Koloniale Herrschaftsstrukturen bilden die Basis für ökonomische Ausbeutung sowie soziale und rassistische Hierarchien, die bis heute in Form von Ungleichheiten und geopolitischen Machtverhältnissen fortwirken. Insbesondere haben sie die Marginalisierung subalternen Frauen* in Gesellschaft, Wirtschaft und Geschichtsschreibung zur Folge.

Der deutsche Historiker Osterhammel (1995, S. 20) definiert Kolonialismus als „Herrschaftsbeziehung zwischen Kollektiven, bei welcher die fundamentalen Entscheidungen über die Lebensführung der Kolonisierten durch eine kulturell andersartige und kaum anpassungswillige Minderheit von Kolonialherren [...] getroffen und [...] durchgesetzt werden“. Dabei nimmt moderner Kolonialismus, als Spezialfall des Imperialismus zu verstehen, mit seiner rassistisch ethnozentrischen, zivilisatorisch missionarischen Argumentationsweise und seinem aggressiven Expansionsstreben eine besondere historische Position ein, da Minderheiten Mehrheiten unterdrückten (ebd.). Wie die Politikwissenschaftlerinnen Castro Varela aus Spanien und Dhawan aus Indien (2015) argumentieren, begann Kolonialismus unter dem Vorwand der Rohstoffsuche und wissenschaftlichen „Neugier“ unter anderem 1492 mit der „Entdeckung“ der Amerikas, worauf die Etablierung des transatlantischen Sklavenhandels und 1884 die Kongo-Konferenz sowie der „Wettlauf um Afrika“ folgten. Kolonialismus sollte jedoch keineswegs als linearer Prozess, sondern vielmehr als Phänomen der Uneindeutigkeit verstanden werden, welches sich aus einer Vielzahl heterogener Kolonialismen zusammensetzt (Osterhammel, 1995). Diese wurden durch unterschiedliche Kulturen, Akteur*innen und Kolonietypen geprägt, besitzen jedoch sich überschneidende Merkmale. Zu diesen zählen drastische Bevölkerungseinbrüche, Plantagenökonomie, materielle Enteignung sowie Ausbeutung indigener Bevölkerungen, der gezielte Einsatz von Gewalt und das Errichten kolonialer Administrationen ohne Gewaltenteilung, geprägt von Klientelismus und institutionalisiertem Rassismus (Kerner, 2012).

Damit einhergehend muss die Ausübung epistemischer Gewalt als zentrales Element der Aufrechterhaltung von Kolonialsystemen näher betrachtet werden. Epistemische Gewalt beschreibt die systematische Unterdrückung, Verzerrung und Negierung der Wissens- und Erfahrungsbestände marginalisierter Personen und Gruppen durch dominante Diskurse und Institutionen. Durch die Charakterisierung des kolonisierten Landes als „leer, geschichtslos, unkultiviert und jungfräulich“ wurde eine Rechtsgrundlage geschaffen, sich dieses anzueignen (Castro Varela & Dhawan, 2015). Europäische Wissensbestände wie die Rassentheorie, welche (fiktive) Unterschiede instrumentalisierten (Memmi, 1999), dienten dazu, „rassistische“ Segregation, Aggressionen und koloniale Arbeitsteilung zu legitimieren (Kerner, 2012). Zudem wurde sich einer vereinfachten Einteilung – der dichotomen Konzeption von Differenz – bedient, welche die Konstruktion eines überlegenen Westens als normative Macht und des „zurückgebliebenen“ Rests ermöglichte (Hall, 1994; Castro Varela & Dhawan, 2015). Kolonisierte wurden dementsprechend als politisch inkompetent und barbarisch dargestellt, ihnen wurde ihre Souveränität und Mündigkeit abgesprochen und Zivilisierungsmissionen durchgeführt, welche ihnen die Aufklärung und Rationalität Europas bringen sollten (Castro Varela & Dhawan, 2015). Im Fall Nigerias, welches die Briten ab den 1850er Jahren vermehrt gewaltvoll kolonisierten (Falola, 2009), bildeten bereits christliche Missionierungen die Grundlage und Legitimierung für eine spätere Kolonialregierung (Ikime, 1972). In solchen Kolonisierungsprozess wurden vielfältige gesellschaftliche Organisationsformen, von dem durch Grenzen organisierten

Westen, zu tribalen Einheiten umgedeutet und als statische „Stämme“ konstruiert (Wright, 1999; Eckert, o. D., zit. in Kerner, 2012).

Diese Verflechtung von Imperialismus und Wissensproduktion trug nicht nur zur Legitimierung von Kolonialbesetzungen bei, sondern ebenfalls zur Zerstörung präkolonialen Wissens (Kerner, 2012). Der in Deutschland lehrende simbabwische Historiker Ndlovu-Gatsheni nennt vier primäre Auswirkungen des Eindringens des westlichen „cognitive empires“ in die Gedankenwelt kolonisierter Menschen:

epistemicides (killing of existing endogenous knowledges), linguicides (killing of existing indigenous languages and the imposition of colonial languages), culturecides (killing of indigenous cultures and setting afoot cultural imperialism) and alienation (exiling of indigenous people from their languages, histories and cultures, and even from themselves). (Ndlovu-Gatsheni, 2021, S. 886)

Im weiteren Verlauf wird sich zeigen, wie Prozesse kolonialer Umstrukturierung unter anderem zu *alienation* und *culturecides* innerhalb der Gesellschaften der protestierenden Frauen* führten.

2.3 Postkoloniale Theorie und Dekolonisierung

Keine Region dieser Welt konnte sich kolonialen Praktiken und Diskursen entziehen (Castro Varela & Dhawan, 2015). Auch nach dem formalen Ende des Kolonialismus wirken rassistische, eurozentristische Denkweisen und Diskurse in Wirtschaft, Politik und Kultur weiter (Kerner, 2012). „Diskurs“ meint nach Foucault (1970) einen Prozess, in dem Wissen, Macht und Identitäten durch Sprache, Texte und kulturelle Praktiken geformt und konstruiert wird.

Postkoloniale Theorie kann als Form des Widerstandes und eine Menge diskursiver Praktiken verstanden werden. Sie versucht interdisziplinär und methodologisch divers, intervenierend koloniale Ideologien, ihre Konsequenzen und Kontinuitäten aufzudecken und zu transformieren (Castro Varela & Dhawan, 2015). Sie vereint teils widersprüchliche Konzepte des Poststrukturalismus (Problematik des modernen, universalistischen Geschichts- und Fortschrittverständnisses des Westens) sowie des Marxismus (kapitalismuskritische Thematisierung globaler materieller Ungleichheit) (ebd.; Kerner, 2012). Kolonialismus und Imperialismus werden in postkolonialen Theorien als eng verflochtene Narrative betrachtet. Sie bilden ein europäisches als auch außereuropäisches Gesamtphänomen, in welchem vorkoloniale Strukturen koloniale Systeme mitgestalteten (Castro Varela & Dhawan, 2015). Der kamerunische Politikwissenschaftler Achille Mbembé (2006) bezeichnet postkoloniale Theorie auch als heterogen und von einem kritischen, fragmentierten Denken geprägt, welches die inhärente Gewalt des Eurozentrismus aufdeckt, imperiale Projekte dekonstruiert und den europäischen Humanismus und Universalismus kritisiert. Ihren transformativen Charakter bezeichnet er als „*humanity-in-the-making*“ (Mbembé, 2006, S. 118).

Postkoloniale Theorien knüpfen darüber hinaus an Dekolonisierung an (ebd.) Der algerisch-französische Psychiater Frantz Fanon (1966) beschreibt Dekolonisierung als Gewaltphänomen, welches darauf abzielt, die bestehende, durch Gewalt aufrechterhaltene Welt umzuwälzen. Sie begann mit antikolonialen Unabhängigkeitsbewegungen als Reaktion auf Erfahrungen von Rassismus, Versklavung, Imperialismus und Kapitalismus (Ndlovu-Gatsheni, 2022). Sie ist zudem ein kontinuierlicher, unvollendeter Prozess, der als Deprivilegierung eines durch rassistische Konstruktionen auf-

recht erhaltenen Status beschrieben wird (Castro Varela & Dhawan, 2009), jedoch intersektional mit Klasse und Gender gedacht werden sollte.

Ndlovu-Gatsheni (2022) versteht Dekolonisierung im afrikanischen Kontext auch als Weg zur epistemischen Freiheit, einen Zustand, welcher die Anerkennung von Menschlichkeit sowie aller Wissenssysteme als legitim beinhaltet. Bestehenden kognitiven Ungerechtigkeiten muss demnach durch Domestizierung der Wissensproduktion – Entprovinzialisierung Afrikas durch Infragestellung vorherrschender europäischer Wissensbestände – entgegengewirkt werden.

Diese theoretischen Perspektiven sind für die vorliegende Analyse zentral, da sie helfen die kolonialen Machtverhältnisse, epistemischen Gewaltformen und sozialen Umbrüche zu benennen, in denen sich der Women's War 1929 ereignete. Sie schaffen damit das Fundament, um die Proteste südostnigerianischer Frauen* nicht als isoliertes Ereignis, sondern als Teil breiterer kolonialer und dekolonialer Auseinandersetzungen zu verstehen. Vor diesem Hintergrund lässt sich im nächsten Abschnitt nachvollziehen, wie diese Strukturen den Widerstand und die Formierung nationalistischer Bewegungen prägten.

2.4 Widerstand und Nationalismus

Um Widerstandsbewegungen in kolonialen Kontexten einzuordnen, sind die Analysen Fanons und die darauf aufbauenden Arbeiten der deutschen Politikwissenschaftlerin Kerner zentral. Beide zeigen, wie koloniale Gewalt gesellschaftliche Strukturen, Geschlechterverhältnisse und politische Handlungsspielräume prägte und wie sich diese Dynamiken in antikolonialen Bewegungen fortsetzten.

Vor diesem Hintergrund lässt sich nachvollziehen, wie sich der Wunsch nach der Überwindung kolonialer Fremdherrschaft in strategisch organisierten Widerstand und nationalistische Bestrebungen übersetzte. Befreiungskämpfe wie der Women's War sind demzufolge ein inhärenter Teil der Studien über Kolonialismus und postkolonialer Theorie (Castro Varela & Dhawan, 2009). Dennoch bezeichnen Castro Varela und Dhawan (2009) diesen Prozess im Allgemeinen als „Etablierung und Stabilisierung einer ‚reproduktiven Heteronormativität‘“ (S.13). Schließlich geht Nationalismus und Staatenbildung immer mit Grenzziehung und der Exklusion bestimmter Gruppen einher (Castro Varela & Dhawan, 2015).

Daran anknüpfend kritisiert Fanon (1966) das opportunistische Verhalten der nationalen Bourgeoisie und kolonisierten Intellektuellen innerhalb des Dekolonisierungsprozess, da sie ihre eigenen Interessen über die des Kollektivs stellen, nach Kompromissen mit Kolonialherren suchen und Kerner (2012) zufolge danach streben, diese zu „ersetzen“, statt koloniale Strukturen zu dekonstruieren. Neben dieser klassistischen Dimension beschreibt Fanon (zit. in Kerner, 2012), dass Kolonisator*innen Geschlecht für die Konstruktion kultureller Differenz instrumentalisierten. Beispielsweise durch die Inszenierung von Frauen* als hilflose Opfer, die von einheimischen, „rückständigen“ Männern unterdrückt werden, um Zivilisierungsinstitutionen als vermeintliche Mittel zur Geschlechtergerechtigkeit zu legitimieren. Darüber hinaus zementierten antikoloniale, maskuline Kämpfe zwischen Nationalisten und Kolonisatoren Geschlechternormen, indem sie unter anderem weibliche Körper als ideologischen Kampfplatz vereinnahmten (Castro Varela & Dhawan, 2009).

Die Kontinuität und Stabilisierung dieser Ungleichheitsstrukturen in postkolonialen Staaten unterstützt Fanons (1966) Schlussfolgerung, dass die ursprüngliche Struktur der Kolonialgesellschaft auch in der Dekolonisierungsphase „intakt“ blieb. Jene Widerstandskämpfer*innen, die gleichzeitig (mehrfach-)marginalisierten Gruppen angehörten, erfahren auch in postkolonialen Na-

tionen sowie in der Geschichtsschreibung Exklusion (Castro Varela & Dhawan, 2015; Bouka, 2021). Um einen differenzierteren, umfassenderen Dekolonisierungsprozess zu erlauben, benötigt es daher eine feministisch-postkoloniale Perspektive (Castro Varela & Dhawan, 2009).

2.5 Die Unabdingbarkeit einer feministisch-postkolonialen Theorie

Feministische als auch postkoloniale Theorien verfolgen das Ziel, traditionelle Machtstrukturen und Wissenssysteme, die Ungleichheit und Unterdrückung aufrechterhalten, zu dekonstruieren. Dabei üben beide Kritik an Abstraktionen sowie essentialistischen Vorstellungen und zielen grundlegend darauf ab, jenen Gehör zu verschaffen, die traditionell marginalisiert werden (Paras-har, 2016).

Jedoch weisen postkoloniale Theorien teils heteronormative Perspektiven auf, die Gender sowie Verflechtung kultureller, sexueller und geschlechtsspezifischer Differenzbildung vernachlässigen und das Bild „der Frau“ als passiv stabilisieren. Zudem bleibt die koloniale Beziehung in den Darstellungen von Kolonisatoren, antikolonialen Nationalisten als auch postkolonialen Theoretikern oft unhinterfragt heterosexuell oder als Vergewaltigungsmetapher konzipiert. Dabei wird das „entmannte“ Kolonialgebiet als „Frau“ und der Westen als männlich dominierender Akteur dargestellt (Castro Varela & Dhawan, 2015).

Westlicher, weißer Feminismus muss hingegen dafür kritisiert werden, dass er durch eurozentrische, universalisierende Methoden koloniale Machtverhältnisse reproduziert (Mohanty, 2003). Die feministisch-postkoloniale Theorie, verwurzelt im US-amerikanischen Black Feminism (Gross, 2011), erkennt hingegen die Ko-Konstituiertheit von Kolonialismus und Gender an (Paras-har, 2016).

Die indisch-amerikanische Literaturwissenschaftlerin und feministisch-postkoloniale Theoretikerin Spivak (1988) prägt in „*Can the Subaltern Speak*“ mit einer geschlechtersensiblen Herangehensweise das Verständnis des „vergeschlechtlichten subalternen Subjekts“. Damit bezeichnet Spivak jene Menschen, die in ehemals kolonialisierten Ländern mehrfach-marginalisiert sind, das bedeutet von allen Mobilitätsformen ausgeschlossen und ihre Stimmen sowie Perspektiven aufgrund dessen nicht oder nur verzerrt wahrgenommen werden. Dieses „Subjekt“, die subalterne Frau^{*2}, ist in mehrfacher Hinsicht vulnerabel: sowohl durch ökonomische Ausbeutung infolge des Imperialismus als auch durch erzwungene Unterordnung innerhalb patriarchaler Strukturen (Castro Varela & Dhawan, 2015).

Des Weiteren zeigt Spivak (1988), dass „der Westen“ sein Selbst durch die Konstruktion des kolonialen Subjekts als das „Andere“ und durch die Abgrenzung von diesem definiert und festigt. Zudem macht sie deutlich, wie die epistemische Gewalt des Kolonialismus zur systematischen Auslöschung der Wissenssysteme und prekären Subjektivität der „Anderen“ führt. Die indisch-amerikanische Theoretikerin Mohanty (2003) betont, dass feministische Arbeit sowohl die Mikropolitik des Kontexts und der Subjektivität als auch die Makropolitik globaler wirtschaftlicher und politischer Systeme und Prozesse im Blick haben und diesen antikapitalistisch gegenüber treten muss.

Ebenso wie Spivak kritisiert Mohanty die koloniale eurozentristische Kontinuität des westlichen Feminismus und plädiert für neue feministische Methodologien sowie einen von Frauen* der

² Feministische postkoloniale Theorien verbinden US-amerikanischen Black Feminism, der durch Arbeiten des Combahee River Collectives (1982) und bell hooks (1996) geprägt wurde, mit poststrukturalistischen und marxistischen Ansätzen.

„Dritten Welt“ ausgehenden „Feminismus von unten“ (Mohanty, 2003; Castro Varela & Dhawan, 2015). Dieser könnte die eurozentristische und männerfokussierte Wissensproduktion akademischer Disziplinen transformieren (Castro Varela & Dhawan, 2009) und zusammen mit fortführendem Rewriting „subalterne Subjekte“ und ihre Prekarität in Diskursen und im Mainstream der Geisteswissenschaften möglichst authentisch verankern.

3 Rewriting: Women's War in Nigeria 1929

Im Jahr 1929 kam es in Südost-Nigeria zu unbewaffneten Aufständen gegen die britische Kolonialbesatzung. Diese wurden von einheimischen Frauen* der Igbo und weiterer Volksgruppen organisiert, die sich als *Ohandum* (Igbo für „Woman of All Towns“) bezeichneten. Die Ereignisse dieses sogenannten *Ogu Umunwanyi* (Igbo für „Women's War“) sind in Beweisschriften von Verhören dokumentiert, die eine von der britischen Kolonialverwaltung eingesetzte Untersuchungskommission im Jahr 1930 durchführte. Obwohl *Ohandum* freiwillig an den Verhören teilnahmen und damit Einblicke darin gewährten, wie sie sich selbst und strukturelle Veränderungen unter der britischen Kolonialverwaltung wahrnahmen, ist eine kritische Betrachtung der Beweisschriften notwendig. Ihre Aussagen wurden durch die Untersuchungskommission „gefiltert“, welche ausschließlich aus europäischen und afrikanischen Männern in Machtpositionen bestand, welche oft wenig Verständnis für die Protestformen der Frauen* zeigten und unkritische Ansichten über ihre gesellschaftliche Rolle teilten (Bastian, 2002).

Ohandum wurden durch Kolonialismus und die Verschränkung zweier Patriarchate, dem indigenen sowie imperialistischen, unterdrückt und bis heute als antikoloniale Widerstandskämpferinnen* unzureichend anerkannt (Bouka, 2021). Die dazu beitragende, überwiegend eurozentristische und männerfokussierte Geschichtsschreibung soll feministisch-postkolonial *rewritten* werden. Dabei ist zu bedenken, dass möglicherweise Interpretationen auf Ereignisse projiziert werden, die eher westliche Ideen als jene der *Ohandum* widerspiegeln (Bastian, 2002).

In Anlehnung an Spivaks (1988) Verneinung einer unmittelbaren, authentischen Stimme der Subalternen werde ich Artikulationsmöglichkeiten der *Ohandum* untersuchen und versuchen einen Raum zu schaffen, in dem ihre Stimmen Gehör finden. Anknüpfend an meine Positionalisierung möchte ich ihre Interessen und Selbstverständnisse bestmöglich vertreten und den unvermeidlichen Einfluss meiner eigenen Vorstellungen auf ihre Darstellung auf ein Minimum reduzieren (Spivak, 1990).

3.1 Ursachen des Women's War

Die Gesellschaft der Igbo im vorkolonialen Südost-Nigeria zeichnete sich durch diffuse, informelle Organisation politischer Macht mit gemeinschaftlicher Entscheidungsfindung aus. Ihre patri-lineare Struktur ermöglichte Männern privilegierten Ressourcenzugang, dennoch besaßen Frauen*, entgegen eurozentristischer Narrative, öffentliche Handlungsfähigkeit und waren unabdingbar für Konfliktlösungen und Ordnungssicherung (Van Allen, 1975).

Unter anderem organisierten sich Igbo-Frauen* in ihrer politischen Sphäre in *ogbo*, Netzwerke von Frauen* gleicher Abstammung, und in *mikiri*, Frauen*-Vereinigungen, in denen sie öffentliche Regeln aufstellten und ihre Interessen vertraten. Diese Strukturen gewährten ihnen Kontrolle

von Landwirtschaft, Handel und lokalen Märkten. Gegen Regelverstoßende wandten sie die „sitting on a man“-Sanktion³ an (ebd.).

Ein Teil der aufständigen *Ohandum* waren Marktfrauen*, welche dadurch in vorkolonialer Zeit ein gewisses Maß an Autonomie, Fähigkeit zur Selbstversorgung und Verantwortung für den Austausch von Waren besaßen. In ihren Verhören machten *Ohandum* durch poetische Selbstbeschreibungen immer wieder auf ihre Rolle als Reproduzentinnen* und verantwortungstragende Mitglieder der Gemeinschaft aufmerksam (Bastian, 2002). Es ist ebenfalls anzunehmen, dass Marktfrauen* gesellschaftliche Autorität, basierend auf einer symbolischen statt biologischen Konzeption des Mutterseins innehatten, die politisch-gesellschaftlichen Aktivismus als inhärenten Bestandteil einschließt (Semley, 2012).

Jedoch betrachteten Europäer*innen den biologischen Körper als Beweis für Kategorien wie Gender und „Rasse“ und konstruierten Frauen* diskursiv als „Anderer“ (Oyewùmí, 1997). Demnach

Demnach wurde im Zuge der Kolonisierung neben der „Rassen-“ eine binäre Geschlechtersegregation zur Profitmaximierung implementiert, die Frauen* ökonomisch sowie politisch marginalisierte und in die häusliche, private Sphäre drängte.

wurde im Zuge der Kolonisierung neben der „Rassen-“ eine binäre Geschlechtersegregation zur Profitmaximierung implementiert, die Frauen* ökonomisch sowie politisch marginalisierte und in die häusliche, private Sphäre drängte (Bouka, 2021). Durch Enteignung ihrer Grundstücke und Produktionsrechte wurden sie Männern untergeordnet. Zwangsarbeit sowie die Neuordnung der geschlechtlichen Arbeitsteilung schufen eine unverhältnismäßige Mehrbelastung für Frauen*, was in patri-

archisch organisierten Plantagenökonomien mündete (ebd.; Schäfer, 2002). Die Schwarze Frau*, wie Castro Varela und Dhawan (2009) beschreiben, bildete das Rückgrat der Plantagenökonomie. Zudem führte die britische Kolonialverwaltung in Südost-Nigeria als Teil europäischer Rationalisierung neben anderen Maßnahmen Volkszählungen und Besteuerung von Männern ein, was letztlich auch südostnigerianischer Frauen* finanziell belastete. Durch steigende Brautpreise wurde es schwerer zu heiraten und damit auch, sich sozial abzusichern (Bastian, 2002).

Für ein umfassenderes Verständnis der Auswirkungen von Kolonialismus auf südostnigerianische Frauen* ist es essenziell auch die Verschränkung imperialistischer und indigener, sich gegenseitig legitimierender Patriarchate zu betrachten (Gayatri Spivak zit. in Castro Varela & Dhawan, 2009). Dabei spielt die partielle Beteiligung lokaler, männlicher Eliten am Kolonisierungsprozess eine entscheidende Rolle, schließlich delegierten die Briten Herrschaftsbefugnisse an diese (Castro Varela & Dhawan, 2015). Im Rahmen ihrer indirekten Herrschaft implementierte die britische Kolonialverwaltung eine „indigene Administration“. Hierbei wurden *Warrant Chiefs* als lokale Autoritäten eingesetzt, erhielten (Voll-)Macht über neugeschaffene *Native Court Areas* und regierten diese teils willkürlich, was die Autonomie einheimischer Dörfer untergrub (Van Allen, 1975). Auch Männer außerhalb korrumpierter indigener Institutionen erlangten mehr strukturelle Macht durch gesteigerte Mobilität und gesellschaftliche Unabhängigkeit. Dazu zählt auch, dass in Nigeria

³ „Sitting on a man“ ist eine sanktionierende, kollektivistische Institution von Igbo-Frauen*. Sie wurde als gesellschaftlich legitime Praxis betrachtet und diente den Frauen* zur Durchsetzung ihrer Entscheidungen und zum Schutz ihrer Interessen. Dafür versammelten sie sich auf dem Grundstück eines regelbrechenden Mannes – oft spät in der Nacht – und sangen beleidigende Lieder, die ihn verspotteten und seine Männlichkeit in Frage stellten, tanzten, schlugen mit Yamswurzeln auf seine Hütte oder ihn ein (Van Allen, 1972).

afrikanische Händler zunehmend in die von Frauen* geführten Märkte eindringen und diese zu kontrollieren versuchten (Bastian, 2002).

Anhand Beschreibungen des kenianischen Schriftstellers Ngũgĩ lässt sich veranschaulichen, wie koloniale Umstrukturierung Frauen* ihrer Macht sowie Autonomie beraubte und einen Keil zwischen die Gender der Igbo-Gesellschaft trieb. Seine Beschreibungen spiegeln die von Ndlovu-Gatsheni (2021) eingeführten primären Auswirkungen *culturecides* und *alienation* wider, die das Eindringen westlichen Gedankenguts in die Gedankenwelt kolonisierter Menschen hatte. Ngũgĩ (1986) erklärt, dass die Ausübung epistemischer Gewalt im Rahmen christlicher Missionierung und sprachlicher Umerziehung bei Kolonisierten zu einer verzerrten Selbstwahrnehmung und zu veränderten zwischenmenschlichen Beziehungen führte. Bastian (2002) schildert dies als ein abnehmend intimes Verständnis von Männern für das Leben und die Arbeit südostnigerianischer Frauen*: „*even 'familiar' men were becoming strangers under colonial conditions*“ (S.269). Folglich müssen kolonisierte südostnigerianische Männer als Teil der opportunistischen nationalen Bourgeoisie im Dekolonisierungsprozess eingeordnet werden.

Die patriarchalen, sozioökonomischen Umwälzungen der zunehmend invasiven Kolonialherrschaft sowie Zerstörung vorkolonialer Institutionen ließ den von Marktfrauen* betriebenen Handel unrentabel werden. Dies wurde zusätzlich verschärft durch die Weltwirtschaftskrise und den Preisverfall im Jahr 1929. Parallel drohte Marktfrauen* Verdrängung durch männlich-kontrollierte, umzäunte, „moderne“ Märkte. Sie und weitere Frauen* begannen sich als gegenderte Kategorie zu verstehen und, ausgelöst durch ihre drohende Besteuerung, aktiv Widerstand gegen koloniale Machtstrukturen zu organisieren (Bastian, 2002).

3.2 Ablauf des Women's War

Im Bestreben, eine gerechtere und kulturell angemessene sozioökonomische Ordnung zu etablieren und ihre vorkoloniale gesellschaftliche Verantwortung zurückzuerlangen, organisierten unter anderem Igbo-Frauen* Ende 1929 Proteste im Zuge des *Ogu Umunwanyi* (Bastian, 2002).

Bereits vier Jahre zuvor, im Jahr 1925, während *Nwaobiala* (Igbo für *Dancing Women's Movement*) protestierten Frauen* unter Verwendung von *egwu*, einer rituellen Tanz-Gesang-Performance, gegen patriarchale sowie koloniale Gesellschaftsumstrukturierungen. Dabei forderten sie von *Warrant Chiefs* kleine Geldsummen, deren Kappen, um ihnen ihre Autorität abzuerkennen, oder zerstörten ihre Häuser (ebd.).

Der Auslöser der *Ogu-Umunwanyi*-Ereignisse ist am 23. November 1929 zu finden: Emeruwa, ein Vertreter des Okugo-*Warrant-Chiefs*, forderte spätere *Ohandum* Nwanyeruwa zur Teilnahme an einer Haushaltszählung auf, was sie als Beleg für die Besteuerung von Frauen* interpretierte. In der Folge versammelte Nwanyeruwa 10.000 Frauen vor dem Büro des *Warrant Chiefs*, was die Verhaftung Emeruwas zufolge hatte. Im Verlauf des *Ogu Umunwanyi* stützen sich *Ohandum* auf eine starke Grassroots-Organisierung, die über *mikiri/ogbo*-Netzwerke kommunizierte (Van Allen, 1975). Sie protestierten vorrangig auf „modernen“ Märkten und nutzten Frauen*-dominierte Märkte als Versammlungsorte. Ziel ihrer Proteste waren primär Symbole britischer Indoktrinierung. Beispielsweise blockierten sie Regierungsstraßen und zerstörten unbewaffnet, mit ihren bloßen Körpern Fabriken, Regierungsgebäude, Gefängnisse und Zäune (Bastian, 2002).

Ihre Forderungen artikulierten *Ohandum* durch vielschichtige Ansätze, die sich traditioneller sowie britisch-kolonialer, soziokultureller Praktiken und Rhetoriken bedienten (Semley, 2012). So parodierten sie mittels Performance-Kunst und Sprichwörter die Absurdität kolonialer Bürokratie

(Bastian, 2002). Obwohl die tiefgründige Bedeutung vieler ihrer Artikulationsformen ungeklärt bleibt, weiß man, dass sich Frauen*, insbesondere analphabetische wie die *Ohandum*, in antikolonialen Kämpfen Medien wie Lieder, Musik, Slogans und Sprichwörter bedienten, während sie zugleich politisch relevante Care-Arbeit leisteten (ebd.; Bouka, 2021). Zudem setzten sie ihre nackten Körper, bereits in vorkolonialen Zeiten, zum Ausdruck ihrer Unzufriedenheit ein, wobei *Ohandum* Nacktheit gemeinsam mit *egwu* explizit als Protestmittel und zur Beschämung ihrer Gegner nutzten (Semley, 2012).

Im Laufe des *Ogu Umunwanyi* kamen kein Europäer, ein Afrikaner und mindestens 50 Frauen* zu Tode (Bastian, 2002). Letztlich veränderte sich an den strukturellen Machtverhältnissen zwischen den Geschlechtern sowie zwischen der britischen Kolonialmacht und der nigerianischen Bevölkerung nur wenig (Bastian, 2002).

Zudem setzten sie ihre nackten Körper, bereits in vorkolonialen Zeiten, zum Ausdruck ihrer Unzufriedenheit ein, wobei *Ohandum* Nacktheit gemeinsam mit *egwu* [einer rituellen Tanz-Gesang-Performance] explizit als Protestmittel und zur Beschämung ihrer Gegner nutzten.

3.3 Nigerianische Geschichtsschreibung und Nationalstaatsbildung

Spivak (1988) zeigt, wie die Kategorie des Geschlechts den Mann dominant hält, sowohl als Subjekt des Aufstands sowie als Objekt kolonialistischer Geschichtsschreibung. Obwohl die politische Arbeit und finanzielle Unterstützung von Marktfrauen* essenziell für die Dekolonisation Nigerias waren, verbleibt ihr Beitrag als Strateginnen* verkannt, ihre traditionellen Rollen und damit

Obwohl die politische Arbeit und finanzielle Unterstützung von Marktfrauen* essenziell für die Dekolonisation Nigerias waren, verbleibt ihr Beitrag als Strateginnen* verkannt, ihre traditionellen Rollen und damit verknüpfte Verantwortungen missinterpretiert und ihr Aktivismus als privat, trivial, obszön oder Nonsens dargestellt.

verknüpfte Verantwortungen missinterpretiert und ihr Aktivismus als privat, trivial, obszön oder Nonsens dargestellt (Bouka, 2021; Bastian, 2002). Frauen* wurden und werden kontinuierlich als passive, untergeordnete, schutzbedürftige Kategorie konstruiert (Oyèwùmí, 1997). Auch die männlich-dominierte Untersuchungskommission nahm an, dass *Ohandum* „Hausfrauen“ gewesen seien (Bastian, 2002). Diese männerfokussierte Perspektive auf antikoloniale Bestrebungen manifestiert sich in der geschichtswissenschaftlichen Bezeichnung des *Ogu Umunwanyi* als „Aba-Riots“, welcher die Unsichtbarkeit von Frauen in Politik und Geschichte unterstreicht: „The ‚picture‘ we have left is of ‚some riots at Aba‘ – not by women, not involving complex organization, and not ranging over most of southeastern Nigeria“ (Van Allen, 1975, S. 12).

Europäische Konstruktion von Gender beeinflusste ebenfalls, wie sich postkoloniale Nationen konstituierten (Bouka, 2021). Osterhammel (1995) bezeichnet säkularisierte, militärisch-gestützte Kolonialverwaltungen als Vorläufer postkolonialer Staaten. Daran anschließen lässt sich

McFaddens (2007) Beschreibung der opportunistischen, nationalen Bourgeoisie – insbesondere Schwarze Männer – die nach der formalen Unabhängigkeit koloniale Instrumente der Ausbeutung und Herrschaft nutzten, um ihre gesellschaftliche Position zu festigen. Sie schufen Bedingungen, die eine wirtschaftliche Akkumulation und Machtsicherung innerhalb der postkolonialen Gesellschaft ermöglichen und die Interessen marginalisierter Gruppen vernachlässigen.

Im Falle des *Ogu Umunwanyi* konnten *Ohandum* nicht viel an ihrer sozioökonomischen Positionierung verbessern (Bastian, 2002). Auch danach trugen zahlreiche Frauen*, wie Funmilayo Ransome-Kuti – die sich für Frauenwahlrechte und die Dekolonisierung einsetzte (Britannica, 2023) – Hajia Gambo und Margaret Ekpo (Jacob et al., 2023) aus Frustration über männlich-dominierte Bewegungen zu antikolonialen Kämpfen bei. Dennoch gliederte sich Nigeria nach seiner Unabhängigkeit 1960 in ein patriarchales, kapitalistisches und eurozentristisches, internationales Staatensystem ein (Bouka, 2021). Somit sind Frauen* in kolonialer Kontinuität auch im gegenwärtigen postkolonialen Nigeria in politischen und entscheidungsmächtigen Positionen unterrepräsentiert (Jacob et al., 2023). Zudem gehören subalterne Frauen* in der heutigen postkolonialen Welt zur ärmsten Bevölkerungsschicht (Castro Varela & Dhawan, 2009).

Letztlich muss anerkannt werden, dass subalterne Stimmen, wie die der *Ohandum*, trotz zahlreicher Geschichten des Widerstandes, durch sich überschneidende kolonial-patriarchale Diskurse mehrfach ausgelöscht werden. Solange nicht thematisiert wird, wie Kolonialismus und antikolonialer Nationalismus Geschlechternormen zur Rechtfertigung eigener Diskurse instrumentalisierten, bleibt Dekolonisierung ungeschlossen und epistemische Freiheit unerreicht (Bouka, 2021; Castro Varela & Dhawan, 2009).

4 Fazit

Zusammenfassend habe ich auf Grundlage feministisch-postkolonialer Theorie einen Teil nigerianischer Unabhängigkeitsgeschichte *rewritten*. Dabei ist es stets wichtig, verwendete Quellen und die Person, die das *Rewriting* vornimmt, kritisch zu betrachten.

Ich habe dargelegt, wie das komplexe Zusammenspiel von europäischem Kolonialismus, epistemischer Gewalt, Genderkonstruktion, opportunistischer Komplizenschaft einheimischer Männer und fortführende eurozentristische, männerfokussierte Geschichtsschreibung zur systematischen Auslöschung subalternen, weiblicher Stimmen des globalen Südens führten und kontinuierlich führen. Dabei habe ich Artikulationswege und Protestformen subalternen Frauen* anhand der *Ohandum* während des Women's War 1929 skizziert. Im Zuge britischer Kolonialherrschaft wurden diese südostnigerianischen Frauen* ihrer vorkolonialen Machtpositionen beraubt. Und auch heute noch bleiben sie als Widerstandskämpferinnen* verkannt und ihre Protestformen missinterpretiert.

Für ein umfassenderes Bild nigerianischer Geschichte bedarf es also fortführendes *Rewriting*, welches die Geschichten mehrfach-marginalisierter Akteur*innen und ihre Prekarität in Diskursen und im geisteswissenschaftlichen Mainstream verankert. Dies ist unabdingbar für die Dekonstruktion kolonialen Erbes und Wissensständen sowie bestehender Machtstrukturen.

Literaturverzeichnis

- Bastian, M. L. (2002). "Vultures of the Marketplace": Southeastern Nigerian Women and Discourses of the Ogu Umunwaanyi (Women's War) of 1929. In J. Allman, S. Geiger, & N. Musisi (Hrsg.), *Women in African Colonial Histories* (S. 260–281). Indiana University Press.
- Bouka, Y. (2021). Women, Colonial Resistance, and Decolonization: Challenging African Histories. In O. Jacob-Haliso & T. Falola (Hrsg.), *The Palgrave Handbook of African Women's Studies* (S. 1–19). Springer International Publishing.
- Britannica. (2023, Oktober 21). Funmilayo Ransome-Kuti: Nigerian feminist, political activist & leader. *Encyclopaedia Britannica*. <https://www.britannica.com/biography/Funmilayo-Ransome-Kuti>
- Castro Varela, M. do M., & Dhawan, N. (2009). Europa provinzialisieren? Ja, bitte! Aber wie? *Femina politica: Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft*, 18(2), 9–18.
- Castro Varela, M. do M., & Dhawan, N. (2015). *Postkoloniale Theorie: Eine kritische Einführung*. transcript.
- Combahee River Collective. (1982). A Black Feminist Statement. In G. T. Hull, P. B. Scott, & B. Smith (Hrsg.), *But Some of Us Are Brave. Black Women's Studies* (S. 13–22).
- Eckert, A., & Randeria, S. (2009). *Vom Imperialismus zum Empire: Nicht-westliche Perspektiven auf Globalisierung* (Bd. 2548). Suhrkamp.
- Falola, T. (2009). *Colonialism and Violence in Nigeria*. Indiana University Press.
- Fanon, F. (2024). *Die Verdammten dieser Erde* (20. Auflage). Suhrkamp.
- Foucault, M. (1970). The Order of Discourse. In R. J. C. Young, *Untying The Text: A Post-Structuralist Reader* (S. 48–78). Routledge & Kegan Paul.
- Gross, M. (2011, November 17). Feministische postkoloniale Positionen [Billet]. *soziologieblog*. <https://doi.org/10.58079/ui5k>
- Hall, S. (1994). Der Westen und der Rest: Diskurs und Macht. In S. Hall, *Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2* (S. 137–179).
- hooks, bell. (1996). *Sehnsucht und Widerstand. Kultur, Ethnie, Geschlecht*. Berlin.
- Ikime, O. (1972). Colonial Conquest and Resistance in Southern Nigeria. *Journal of the Historical Society of Nigeria*, 6(3), 251–270.
- Kerner, I. (2012). *Postkoloniale Theorien zur Einführung*. Junius.
- Mbembé, A. (2006). What is postcolonial thinking? *Esprit*, 12, 117–133.
- McFadden, P. (2007). African Feminist Perspectives of Post-Coloniality. *The Black Scholar*, 37(1), 36–42.
- Memmi, A. (1999). Kolonialismus und Rassismus. In C. Burgmer (Hrsg.), *Rassismus in der Diskussion* (S. 45–59).
- Mohanty, C. T. (2003). "Under Western Eyes" Revisited: Feminist Solidarity through Anticapitalist Struggles. *Signs: Journal of Women in Culture and Society*, 28(2), 499–535.
- Ndlovu-Gatsheni, S. J. (2021). The cognitive empire, politics of knowledge and African intellectual productions: Reflections on struggles for epistemic freedom and resurgence of decolonisation in the twenty-first century. *Third World Quarterly*, 42(5), 882–901.
- Ndlovu-Gatsheni, S. J. (2022). Decolonizing Knowledge: Reflections from Africa. *Sociologist*, 72(1), 3–31.
- Ngũgĩ, wa T. (1986). Decolonizing the mind: The politics of language in African literature. In *Decolonizing the mind* (S. 384–393).
- Osterhammel, J. (1995). *Kolonialismus: Geschichte, Formen, Folgen*. C.H.Beck.
- Oyěwùmí, O. (1997). *The Invention of Women: Making an African Sense of Western Gender Discourses*. University of Minnesota Press.
- Parashar, S. (2016). Feminism and Postcolonialism: The Twain Shall Meet. *Postcolonial Studies*, 19(4), 463–477.
- Philips, J. E. (2005). What Is African History? In J. E. Philips (Hrsg.), *Writing African History* (S. 25–48). Boydell & Brewer.
- Schäfer, R. (2002). Gender und ländliche Entwicklung in Afrika. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 13–14, 31–38.
- Semley, L. (2012). Public Motherhood in West Africa as Theory and Practice. *Gender & History*, 24(3), 600–616.
- Spivak, G. C. (1988). Can the Subaltern Speak? In C. Nelson & L. Grossberg (Hrsg.), *Marxism and the Interpretation of Culture* (S. 24–28). Macmillan Education.
- Spivak, G. C. (1990). *The Post-colonial Critic: Interviews, Strategies, Dialogues*. Psychology Press.
- Van Allen, J. (1972). „Sitting on a Man“: Colonialism and the Lost Political Institutions of Igbo Women. *Canadian Journal of African Studies / Revue Canadienne des Études Africaines*, 6(2), 165–181.

- Van Allen, J. (1975). Aba Riots or the Igbo Women's War? - Ideology, Stratification and the Invisibility of Women. *Ufahamu: A Journal of African Studies*, 6(1), 11-39.
- Wright, D. R. (1999). „What do you mean there were no tribes in Africa?“ Thoughts on boundaries: And related matters: In precolonial Africa. *History in Africa*, 26, 409–426.

Ghosts of Empire and Spirits of Europe

The Labour Party and the Failure of the
Briand Plan

Benjamin Beißwenger

Maastricht University

ÜBER
DACHT

Ghosts of Empire and Spirits of Europe

The Labour Party and the Failure of the Briand Plan

Benjamin Beißwenger, *Maastricht University*

Abstract: In the interwar period, European integration was imagined as a political antidote to continental fragmentation. One of the most ambitious proposals of that era was the Briand Plan, a French initiative for a federal European Union under the League of Nations. Britain's response was polite but reserved. This article investigates why. Focusing on the British government's reply and the political stance of the then-ruling Labour Party, the article argues that Britain's reluctance reflected two interwoven factors: its status as a global colonial power and its ideological commitment to universalist internationalism through the League. Drawing on primary sources such as official responses, party manifestos, and diplomatic records the article situates Britain's position within broader political continuities that transcended party lines. The analysis reveals a political zeitgeist that privileged global imperial coherence over regional integration. The Briand Plan did not fail because it was too idealistic, but because it collided with a deeper British spirit: one that looked outward across oceans and turned away from Europe.

Keywords: Briand Plan • European integration • foreign policy • internationalism

1 Introduction

In a time of renewed geopolitical tensions across the world, opinions have been increasing that decry the previous optimism of the triumph of democracy and freedom, that has dominated the public since the fall of communism, as naïve. This sounds uncomfortably familiar. “It was not a treaty; it was a hope.” This aphorism refers to the Treaty of Locarno of 1925 that allowed Germany's accession to the League of Nations and led to the spirit of Locarno. This spirit died with the Japanese invasion in Manchuria in 1931 – just as the illusion of global liberalism that emerged after the end of the Cold War died in Ukraine. Winged by this spirit and influenced by the millions of lives lost in the disastrous experience of the Great War, intellectuals and politicians elaborated several plans to create a stable European peace order.

One such effort was the Briand Plan, named after the French foreign minister of the time Aristide Briand and officially called *Mémoire sur l'organisation d'un régime d'Union fédérale européenne*. It was the first plan on European integration to be discussed on an intergovernmental level and called for institutionalised cooperation among the European countries. Just like all the other governments, the British government reacted quite reluctantly.

This paper asks the question: Why was Britain's response to the Briand Plan so reserved? Britain is a well-suited case as it was the dominant power of the time. I argue that the British reluctance to the Briand Plan was influenced by its status as a major colonial power and in line with the Labour Party's stance on colonial and European policy – particularly the primacy of the League of Nations – and general British foreign policy. This period of Labour government is particularly intriguing, for the party still styled itself, at least rhetorically, as a revolutionary force. One might therefore anticipate a decisive break with established traditions of British foreign policy. Yet, as this paper will demonstrate, no such rupture occurred. Examining Labour's foreign policy within the context of party ideology colliding with long-standing policy conventions thus promises to yield valuable insights.

To study such endeavours is to peer into a continent at a crossroads, trapped between the horrors of the past and an uncertain future. The relevance of these interwar initiatives exceeds their

To study such endeavours is to peer into a continent at a crossroads, trapped between the horrors of the past and an uncertain future. The relevance of these interwar initiatives exceeds their failure.

failure. Britain's ambivalent stance, caught between Europe, the vast expanse of its empire and the commitment to the League of Nations, speaks to the enduring tensions between continuity, colonial ambition, and the promise of a united Europe.

Therefore, I will firstly provide an overview of the current state of European integration during the interwar period, the League of Nations and British foreign and colonial politics as well as the Labour party's stance on these matters. Then the paper goes on to explain the case selection and the sources. This will be followed by locating and contextualising the Briand Plan alongside

other ideas on European integration that were articulated at the same time. Then the analysis will follow. Firstly, I will analyse the Briand Plan itself followed by the British response. Finally, I will contextualise it within British and Labour policies towards colonies, the League of Nations and Europe.

2 Literature Review

As a foundation for the following analysis, this section will provide an overview of the state of the art in the different topics which this paper touches on, such as interwar approaches to European integration, the League of Nations, British policy towards the League and Europe, the tension between regional and international organisations, and the Labour Party's role and programme in foreign policy.

The failure of the Briand Plan has sparked research interest, since it was one of the most ambitious projects of European integration in the interwar period. In his essay on the Briand Plan, Roobol (2002) compared the circumstances in 1930 to those after the Second World War and identified a number of key causes for the project's failure: Europe was still the most important continent, the US government did not actively support European integration and Germany was more concerned with regaining what it had lost after the First World War than with European integration (Roobol 2002, p. 44). The League of Nations and Britain's role in it had also been the object of thorough research. Pedersen (2016) sees the League as association of states that renounced the resolu-

tion of international disputes by force but at the same time used the League to defend their imperial aspirations.

Further research has retraced the development of the Labour Party's foreign policy in the decades after the First World War up to 1931 (Ashworth, 2009). The resulting foreign policy was at the same time internationalist (Vickers, 2011), socialist (Gordon, 1969) and standing in the tradition of the older Liberal Party (Taylor, 1969). Gordon (1969) stresses the Party's unity in matters of foreign policy until the 1930s while Taylor (1969) sees it in the Liberal tradition of dissent. The Labour Party's foreign secretary Arthur Henderson has also been the object of research. Hughes (2006) investigated Henderson's past as member of Lloyd George's War Cabinet and then an early promoter of the League of Nations and evaluates his position as being in line with the party positions laid out in the 1928 pamphlet *Labour and the Nation*.

As we have seen, research has been conducted on all these topics. Yet so far, no study has explicitly devoted itself to the interconnectedness of these factors. The investigation of the Briand Plan should be a suitable case study for this.

3 Research Design and Case Selection

Among the multitude of plans on European integration the Briand Plan is a particularly well-suited example on the search of an explanation for the ultimate failure of all these plans. While most of these plans never went beyond being a theory, the Briand Plan was, "a rare translation of utopianism to politics" (Hewitson, 2012, p. 15). It was the first plan on European integration to be discussed on an intergovernmental level and as all the 26 governments that were asked to respond to the memorandum actually responded, the Briand plan and its responses produce a unique picture of the official government standpoints on European integration in the summer of 1930. All responses were, though polite, reserved to outright declinatory.

The British response to the Briand Plan sent to the French government on 16 July 1930, is a prime example. There is a consensus that Britain was heavily involved in both the creation of the League of Nations and the mandate system. And being the dominant world power at the time, Britain's decision served as an example for other countries (Bosco, 1998, p. 350; Boyce, 2018, p. 20). As I argue that colonialism contributed significantly to the memorandum's failure, Britain is an obvious choice as the British Empire encompassed a quarter of the world's surface (Shephard, 2007, p. 27).

At the time when Britain responded to the Briand Plan the Labour Party was in office. It was only the second time this party – which officially still propagated socialism – was ever in office in British history, after a first short stint in 1924 (Ashworth, 2009, p. 30; Thorpe, 2007, p. 7). To thus evaluate in the party's general stance, this paper will use the 1928 pamphlet *Labour and the Nation* (Labour Party, 1928).

Yet, MacDonald and Henderson were not only leading Labourites and trade unionists but also prime minister and minister of foreign affairs respectively in His Majesty's government. It is therefore vital to contextualise the British response to the Briand Plan in the broader context of British politics.

4 Briand Plan

4.1 Contextualisation

The optimism that followed the Treaty of Locarno nourished the emergence and growth of various organisations advocating for European integration (Bariéty, 1998, p. 9; Boyce, 2012, p. 75). A proper understanding of the British reaction, however, requires an initial examination of the plan itself. The socialist politician Aristide Briand was far from being the only person to have devised an elaborate plan for European integration. On the contrary, many intellectuals and politicians with very different political standpoints all developed their own ideas on Europe, even though Briand's plan stands out as having been discussed on an intergovernmental level in contrast to most plans that never made it beyond niche journals (Hewitson, 2012, p. 15). These ideas on European integration were not undisputed. Universalist and regionalist approaches to international order differed considerably. The League of Nations was the first attempt to develop a global, universalist order of international law (Czapliński, 2005, p. 255). As Schreuer (1995) argues, these two approaches were not mutually exclusive but rather complemented each other. Yet regionalism emerged out of a perceived inefficiency of universalism and a general preference for regional solutions (Schreuer, 1995, p. 477). Guieu (2012) sees this preference as evolving. After initial support, failures of the League, such as to prevent the Corfu Crisis of 1923 which led to aggressions between Italy and Greece, led legal scholars such as Scelle to question the universalist approach as premature (Guieu, 2012, p. 321). Consequently, they elaborated plans for regional integration as an alternative. The Briand Plan was a further push in this direction and sparked a debate (Guieu, 2012, p. 326).

4.2 The Briand Plan

Influenced by the plethora of ideas on Europe and winged by the albeit quickly fading spirit of Locarno, Aristide Briand, at the time French prime minister, delivered a speech to the General Assembly of the League of Nations in Geneva on 5 September 1929. In this speech he proclaimed a federal bond between the nations of Europe (Briand, 1929, p. 52).

Building on this idea, the French government proposed a more elaborate plan on 1 May 1930: the *Mémoire sur l'organisation d'un régime d'Union fédérale européenne*¹, which is colloquially known as the Briand Plan. While Briand was prime minister at the time of his speech, he now served as minister of foreign affairs in the second Tardieu government dominated by the centre-right *Alliance démocratique*². The memorandum largely corresponds to the ideas of the speech: a federally organised European Union. However, there was one key difference: while Briand prioritised economic development over political integration, the memorandum prioritises political cooperation (Roobol, 2002, p. 43).

As it happens throughout the entirety of the text, the preamble already states that this European Union is to happen “sous le contrôle et dans l'esprit”³ (League of Nations, 1930a, p. 10) of the League of Nations. This European union was expected to promote “les possibilités d'élargissement du marché économique, les tentatives d'intensification et d'amélioration de la production indus-

¹ “Memorandum on the Organization of a European Federal Union”

² “Democratic Alliance”

³ “Under the control and in the spirit”

trielle”⁴ (League of Nations, 1930a, p. 10) and at the same time an “organisation universelle de la paix”⁵ (League of Nations, 1930a, p. 10).

The main part then goes on to lay out the practical details. Membership in this European Union should originally be reserved to European member states of the League of Nations. Yet, “Europe” is not defined any more precisely (League of Nations, 1930a, p. 14). This potentially leaves room for possible later expansions beyond Europe or beyond the member states of the League of Nations. Even though the plan time and again underlines the primacy of the League of Nations, it foresees the creation of new, independent institutions exclusive to the new union. It foresees the establishment of a “Conférence européenne” (League of Nations, 1930a, p. 14), which is comprised of representatives of the member governments. A “comité politique permanent” (League of Nations, 1930a, p. 14) is to be charged with the day-to-day organisation and should meet in Geneva. The presidency of this committee should rotate among the members (League of Nations, 1930a, p. 15). All this shall, of course, happen “dans le cadre de la Société des Nations”⁶ (League of Nations, 1930a, p. 14). This contradiction between internationalism and regional integration was pointed out by contemporaries (Guieu, 2012, p. 327). The memorandum then goes on to underline the prevalence of political integration over economic integration. Political integration makes the “effort constructeur”⁷ (League of Nations, 1930a, p. 16). A focus on economy alone, on the other hand, “apparaîtrait aux nations les plus faibles comme susceptible de les exposer”⁸ (League of Nations, 1930a, p. 16). Nothing is said about the role of colonies in Briand’s vision for Europe. The memorandum ends on an enthusiastic note: this is the time for Europe to “disposer elle-même de son propre destin”⁹ (League of Nations, 1930a, p. 20).

5 The British Response to the Briand Plan

On 16 July the British government responded to the proposal and sent its response to the French foreign office who forwarded it to the League of Nations (League of Nations 1930b). In twelve numbered points the British government elaborated its standpoint. After some introductory phrases about the careful study of the memorandum, the importance of empire and colonies and Britain’s role not as a state among all the other states of Europe but as a part of a global network becomes evident. Exemplary is the formula the British government uses every time to refer to itself: “le gouvernement de Sa Majesté dans le Royaume-Uni”¹⁰ (League of Nations, 1930b, pp. 73, 74, 75). This shows multiple things. The British government clearly differentiates between its own role as the United Kingdom’s government on one hand and “tous les autres gouvernements de Sa Majesté dans le British Commonwealth”¹¹ (League of Nations, 1930b, p. 73) on the other. Thus, it makes no claim to represent the whole Empire – which is by then preferably called Commonwealth, the expression of a change in self-image which is heavily influenced by Labour’s anti-imperialist tendency but also the changed legal framework after the Balfour Declaration and will be discussed in

⁴ “possibilities of enlarging the economic market, intensification and improvement of industrial production”

⁵ “universal peace organisation”

⁶ “within the framework of the League of Nations”

⁷ “effort of construction”

⁸ “would appear to the weakest nations as likely to expose them”

⁹ “to have control over its own destiny”

¹⁰ “His Majesty’s Government in the United Kingdom”

¹¹ “all other governments of His Majesty in the British Commonwealth”

further detail in the sections about the Labour Party. But it also underlines the king's power beyond the English shores. And this formula furthermore touches on a subject that will become more explicit in the Labour party's pamphlet: the power relations and hierarchies between the metropole and its colonies and dominions. The British government stresses the preliminary character of all its subsequent statements as it wants to examine the memorandum "en constatation avec tous les Gouvernements de Sa Majesté dans le British Commonwealth"¹² (League of Nations, 1930b, p. 73). This implies at least rhetorically a community of equals.

After a short summary the document then goes on to proclaim peace as the "premiers des intérêts britanniques"¹³ (League of Nations, 1930b, p. 73). The British government agrees with the French proposal of economic and political cooperation and underlines the common interests (League of Nations, 1930b, p. 74). But this agreement in principle quickly turns into open disagreement in detail. The government is openly opposed to Briand's idea of creating new institutions which it judges not "nécessaires ou désirables"¹⁴ (League of Nations, 1930b, p. 74). It opposes these proposals as they are not in line with the League of Nations Covenant and part XII of the Treaty of Versailles (League of Nations, 1930b, p. 74). The creation of an exclusively European organisation distinct from the League of Nations might, as the British government fears, spark "rivalités et hostilités intercontinentales"¹⁵ (League of Nations, 1930b, p. 74). It sees it as its task to diminish and avoid this danger.

Britain's role as centre of a colonial empire is explicitly stated, even though Britain only refers to itself as a member of the British Commonwealth, avoiding any mention of hierarchy within the Commonwealth. Finally, the government proposes to alter the memorandum so that it fully fits into the existing framework of the League of Nations (League of Nations, 1930b, p. 75). In the British response the pillars of British foreign policy become evident: Empire and a traditional commitment to the League of Nations. In the debate on universalism and regionalism, Britain clearly took the universalist side.

However, a government is never a monolithic bloc but always composed of individual members with their own agendas who are at the same time members of a political party. The positions of this party influence a politician's decisions. In the general elections of 1929 Labour had won 46,7% of seats. Yet even though it was dependant on Liberal support, the resulting Second MacDonald Ministry was exclusively composed of Labour ministers. Therefore, it suggests itself to investigate the Labour Party's more general political stance.

In the British response the pillars of British foreign policy become evident: Empire and a traditional commitment to the League of Nations. In the debate on universalism and regionalism, Britain clearly took the universalist side.

¹² "in consultation with all of Her Majesty's Governments in the British Commonwealth"

¹³ "first of British interests"

¹⁴ "necessary or desirable"

¹⁵ "intercontinental rivalries and hostilities"

6 The Labour Party between Revolution and Continuity

6.1 The Labour Party on Colonialism and League of Nations Mandates

The outbreak of First World War and particularly the British declaration of war on Germany on 4 August 1914 plunged the Labour Party into a dilemma. Officially committed to the Second International's opposition to war, the majority of the Party supported the war (Thorpe, 2007, p. 6). Former opponents would soon find themselves collaborating in the same cabinet. Ramsay MacDonald, once the leader of the opponents of the war who had resigned from his office as parliamentary leader in protest against the war, would rise to become Britain's first Labour Prime Minister in 1924 and again in 1929. Both times he appointed Arthur Henderson as Foreign Secretary, who had joined both H.H. Asquith's and Lloyd George's wartime coalition governments (Thorpe, 2007, p. 7).

The Labour Party had traditionally neglected foreign policy to the benefit of domestic topics. However, by 1928 the Labour Party had developed with the help of international relations experts comprehensive positions on foreign policy (Ashworth, 2009). The result of this work becomes evident in *Labour and the Nation*, a manifesto laying out the party's vision for the country. It focuses on changing the society and commits the party to socialism in Britain (Hughes, 2006, p. 72). The Party's declared goal is to "end the capitalist dictatorship in which democracy finds everywhere its most insidious and most relentless foe" (Labour Party, 1928, p. 8). Whereas most of the text is dedicated to showing the Tories' responsibility for the deplorable situation and present Labour's solution, there are also passages on foreign policy. The Party portrays itself as the true promoter of peace in contrast to the Conservative Party (Labour Party, 1928, p. 12). The League of Nations is called "the principal bulwark which stands between the world and the horrors of another war" (Labour Party, 1928, p. 13). The "whole structure of peace and of a foreign policy of co-operation must be built firmly on the foundation of the League of Nations" (Labour Party, 1928, p. 46). Britain is defined as "at once part of Europe and detached from it" (Labour Party, 1928, p. 12). We can therefore establish that the unwavering preference for the League of Nations and the rather reservedly positive to indifferent reaction to European integration which clearly show in the British response to the Briand Plan are in line with Labour's general programme.¹⁶

The manifesto then goes on to demand closer cooperation between Great Britain, the Dominions and other states of the Commonwealth. The term Empire is not used and a whole paragraph is dedicated to the protection of indigenous people (Labour Party, 1928, p. 50). This may imply a different ideological approach to colonialism, particularly given the Party's anti-colonialist factions (Williams, 2021). Socialists in the closing years of the 19th century decried the British Empire and imperialism in general as serving only the aristocracy and the trading classes (Claeys, 2010, p. 225). While the general rise in popularity of imperialist ideas during the Boer Wars on the threshold of the 20th century also affected the Labour Party, Ramsay MacDonald was more steadfast (Claeys,

¹⁶ This can also be explained on a biographical note, since Henderson was an early supporter of the League of Nations (Hughes, 2006, p. 70). But while supporting the idea of the League, he was not uncritical. He was, as Hughes puts it, a "practical utopian" (Hughes, 2006, p. 84). In 1922, in *Labour and Foreign Affairs*, he argues for the admission of new countries and to strengthen the role of the Assembly of League as compared to the Council and to abolish the principle of unanimity (Henderson, 1922, p. 9).

2010, pp. 126, 199). However, in 1908 he saw potential for the Empire as “a powerful element in the maintenance of peace and the promotion of the international spirit” (Claeys, 2010, p. 201).

Once in power, Labour could not evade the inherent responsibility of having to govern an Empire stretching from Canada to Suez to Hong Kong and encompassing over 400 million people. Apart from rhetoric, little distinguished Labour’s colonial politics from its conservative predecessors. This rhetoric, however, stayed, as Labour and the Nation showed, consistently sceptical of colonialism.

In the interwar years, British colonial policy was chiefly preoccupied with charting a course of action in relation to the mandate territories entrusted to it by the League of Nations, territories carved from the fallen German and Ottoman Empires. Within the Mandate System two regions were particularly important to Britain: Tanganyika and Iraq (Pedersen, 2015, pp. 222; 261). The Labour government’s actions in the Tanganyika question were not as bold as *Labour and the Nation* would lead one to expect as they did not categorically reject the idea of white settler colonialism (Pedersen, 2015, p. 229).

In Iraq, by contrast, Labour undertook bold and unexpected measures: on 4 November 1929 it announced its intention for Iraq to attain sovereignty and membership of the League of Nations by 1932, thus hastening a Liberal initiative already in motion (Pedersen, 2015, p. 263). Labour merely accelerated this process. This was, however, too abrupt in the eyes of the League of Nations’ Mandate Commission. But instead of slowing down and trying to comply, Foreign Secretary Henderson tried to bypass the Commission by questioning its responsibility (Pedersen, 2015, p. 167). How does this fit into the claim made in *Labour and the Nation* that “Labour’s policy will thus be built upon the foundation of the League” (Labour Party, 1928, p. 46)?

When investigating Labour’s policy towards the League, it must be recognised that neither the Party nor the Labour government agreed on that matter. Generally, Labour’s attitude was, at least compared to the Conservatives’ opposition and the Liberals’ support, rather ambiguous (McCarthy, 2014, p. 63). Parts of the Party’s leadership were considerably more enthusiastic than the middle-class dominated grassroots level (McCarthy, 2014, p. 66). There were considerable professional discrepancies between MacDonald and Henderson. Yet, they also disagreed on private matters. Furthermore, the questions of collective security and the League of Nations were particularly contested (Hughes, 2006, p. 74).

Hence, we can conclude that a rhetorically strong theoretical commitment to the League of Nations was widely accepted within the Labour Party, as *Labour and the Nation* has shown. When it came to realising these promises in practice, however, opinions varied significantly. The language used in the British response to the Briand Plan aligns with this theoretical commitment.

6.2 The Labour Party on Europe

European integration was no priority for the Labour Party. In *Labour and Nation*, only a short paragraph talks explicitly about Europe, showing its position on Britain’s position in and relationship to Europe was ambivalent: Britain is defined as “at once part of Europe and detached from it – because she neither lies aloof in remote isolation nor lives with her eyes fixed on her frontiers” (Labour Party, 1928, p. 12). Henderson does not address it at all in *Labour and Foreign Affairs*. This low priority for a political Europe is nothing new. British politics traditionally only devoted little attention to projects of European cooperation (Boyce, 2018, p. 24).

After the First World War, the primary focus was on reordering Europe and Labour had a clear position on the Paris Treaties and the reparations which had been imposed on Germany. “The Peace Treaties have failed” (Henderson, 1922, p. 2) states Henderson in *Labour and Foreign Affairs* and cites Keynes: “The policy of reducing Germany to servitude for a generation [...] should be abhorrent and detestable” (Henderson, 1922, p. 3). Furthermore, the Party demands “the immediate and unconditional withdrawal of all foreign troops from the Rhineland.” (Labour Party, 1928, p. 48) Seeing the French perseverance in the German question as main obstacle to a stable peace order in Europe, the Labour government became “almost pathologically francophobe” (Boyce, 2018, p. 21).

Much more attention was given to the economic relationship with the Continent. Britain was committed to the most-favoured-nation principle and both in 1925 and 1928 the Board of Trade, a government agency, blocked any derogation from it (Boyce, 2018, p. 23). The Labour Party was particularly adherent to free trade (Boyce, 2018, p. 20). It aimed to abolish “obstacles to commerce” (Labour Party, 1928, p. 48). Against the backdrop of worsening economic conditions, the Chancellor of the Exchequer only narrowly succeeded in obtaining the Cabinet’s approval to a tariff truce among several mainly Northern European trading nations (Boyce, 2018, p. 23). Yet, on the Imperial Conference in Ottawa in 1932 Britain, pressured by its Dominions, agreed to the principle of imperial preference and publicly denounced regional trade agreements among foreign countries (Boyce, 2018, pp. 29–30).

We can therefore conclude that Labour, in its reluctance and partially outright refusal to participate in Briand’s European Union, was in line with the reactions of previous and subsequent governments. Even where there were signs of European integration - in the economic sphere, to which Labor was the most open - the colonial ties acted as a restraining factor, which illustrates their influence.

7 Conclusion

The Briand Plan was not merely a political proposal; it was the expression of a fragile, fleeting European zeitgeist born from the ashes of war and animated by the hope of a different future. In Britain, that spirit found no home.

This paper showed that Britain’s reluctance was indeed influenced by its colonies. This is clearly visible in the British response to the Briand Plan, in which the government explicitly cites its obligations on other continents as a reason for opposition and stresses the need to consult the other governments of the Commonwealth. The extent of the colonies’ influence on British politics became increasingly evident during the Imperial Conference in Ottawa in 1932 when the Dominions succeeded to pressure Britain into abandoning its longstanding policy of free trade and adopt the principle of imperial preference.

Another reason for Britain to respond in this reserved way was, as I showed, its commitment to the League of Nations. The government, in its response to Briand, clearly expresses its opposition to the creation of international institutions outside of the framework of the League of Nations. This commitment to the League of Nations is a constant factor of British foreign policy during the inter-war period.

As the Labour Party, that was in power at the time Briand proposed his memorandum, used a radical rhetoric and proclaimed its commitment to lead Britain to socialism, it would be logical to assume a radical shift in policy after the Party’s second accession to power in 1929. Yet, as I was able to demonstrate using the example of the Briand Plan and Labour’s colonial and European policy,

this was not the case. Neither in matters of colonial policy nor in those of foreign or European policy deviated Labour radically from the course set by previous governments. In colonial politics

Neither in matters of colonial policy nor in those of foreign or European policy deviated Labour radically from the course set by previous governments.

it continued the politics towards the British mandates and merely, giving some credit to its electoral promises in *Labour and the Nation*, accelerated the process of transforming them into independent states. In its attitude towards the League of Nations, Labour maintained a strongly supportive rhetoric. The challenge Briand's European Union with its own set of institutions would pose to the authority of the League was its main argument against the plan. Policy actions, however, were highly contested among leading Labourites and not everyone was as enthusiastic about the League. Consequently, its policies were not as supportive as a reader of their manifesto might well expect. In its relation to Europe, Labour was notably ambiguous. While particularly its positions on Allied attitudes towards Germany were quite far-reaching, the Party did not agitate for European cooperation beyond peace and free trade. It thus followed the path of previous governments in a time that witnessed a general development away from free trade towards tariffs.

Hence, we can conclude that the British response to the Briand Plan was indeed influenced by Britain's status as the major colonial power and dominating world power of its time and the Labour Party's political stance even though the general British policy was much more influential. While this study showed the influence of political continuity, it only briefly touched upon the relevance of economic matters. Aimed at retracing the official reasons for British reluctance vis-à-vis European integration, this paper used official government and party communiqués as primary sources. The scope was not to focus on personal motivations, although research in that area may provide insightful results. Focusing on the influence of colonies and Labour politics, this paper only briefly touched on economic factors. Particularly against the backdrop of a precipitously deteriorating economic situation in Europe following the Wall Street crash and the predominant role of economic policies, this topic surely deserves attention. Further research should explore this correlation in greater depth. Ultimately, this study contributes to a deeper understanding of the political processes and continuities that defined Britain's reserved approach to European integration during the interwar years by interpreting their communiqués not only as statements, but performative utterance.

The British response to the Briand Plan was indeed influenced by Britain's status as the major colonial power of its time and the Labour Party's political stance even though the general British policy was much more influential.

In the end, the spirit of Locarno did not fail because it was too idealistic. It failed because it did not prevail against the spirits already in power: the ghosts of empire, of exceptionalism, of cautious self-preservation. The British response to the Briand Plan was not a misstep. It was the echo of a zeitgeist that looked across oceans and turned its back on Europe.

References

- Ashworth, L. M. (2009). Rethinking a socialist foreign policy: The British Labour Party and international relations experts, 1918 to 1931. *International Labor and Working-Class History*, 75(1), 30–48.
- Bariéty, J. (1998). Aristide Briand: Les raisons d'un oubli. In A. Fleury & L. Jílek (Eds.), *Le plan Briand d'union fédérale européenne: Perspectives nationales et transnationales, avec documents actes du colloque international tenu à Genève du 19 au 21 septembre 1991* (pp. 1–13). Peter Lang.
- Bosco, A. (1998). The British Foreign Office and the Briand Plan. In A. Fleury & L. Jílek (Eds.), *Le plan Briand d'union fédérale européenne: Perspectives nationales et transnationales, avec documents actes du colloque international tenu à Genève du 19 au 21 septembre 1991* (pp. 345–372). Peter Lang.
- Boyce, R. (2012). Aristide Briand: Defending the Republic through economic appeasement. *Histoire@Politique*, 16, 71–93. <https://doi.org/10.3917/hp.016.0071>
- Boyce, R. (2018). Was there a “British” alternative to the Briand Plan? In K. Morris & P. Catterall (Eds.), *Britain and the threat to stability in Europe, 1918–45* (pp. 5–32). Bloomsbury Publishing.
- Briand, A. (1929). Speech before the Tenth Ordinary Session of the Assembly of the League of Nations, Sixth Plenary Meeting, September 5th, 1929. *League of Nations Official Journal, Special Supplement*, 75, 49–53.
- Claeys, G. (2010). *Imperial sceptics: British critics of empire, 1850–1920*. Cambridge University Press.
- Czapliński, W. (2005). Universalism, regionalism, and localism in the age of globalization. In R. St. J. Macdonald (Ed.), *Towards world constitutionalism* (pp. 255–271). Brill | Nijhoff. https://brill.com/view/book/edcoll/9789047415916/B9789047415916_s013.xml
- Gordon, M. R. (1969). *Conflict and consensus in Labour's foreign policy, 1914–1965*. Stanford University Press.
- Guieu, J.-M. (2012). The debate about a European institutional order among international legal scholars in the 1920s and its legacy. *Contemporary European History*, 21(3), 319–337. <https://doi.org/10.1017/S0960777312000227>
- Henderson, A. (1922). *Labour and foreign affairs*. The Labour Party.
- Hewitson, M. (2012). The United States of Europe: The European question in the 1920s. In M. Hewitson & M. D'Auria (Eds.), *Europe in crisis: Intellectuals and the European idea, 1917–1957* (pp. 15–34). Berghahn Books.
- Hughes, M. (2006). *British foreign secretaries in an uncertain world, 1919–1939*. Routledge.
- Labour Party. (1928). *Labour and the nation*. The Labour Party.
- League of Nations. (1930a). *Mémoire du Gouvernement français sur l'organisation d'un régime d'union fédérale européenne*.
- League of Nations. (1930b). *Recueil officiel des réponses des Gouvernements au mémorandum du Gouvernement français*.
- McCarthy, H. (2014). *The British people and the League of Nations: Democracy, citizenship, and internationalism, c. 1918–45*. Manchester University Press.
- Pedersen, S. (2015). *The guardians: The League of Nations and the crisis of empire*. Oxford University Press.
- Pedersen, S. (2016). Empires, states and the League of Nations. In G. Sluga & P. Clavin (Eds.), *Internationalisms* (pp. 113–138). Cambridge University Press. https://www.cambridge.org/core/product/identifiant/9781107477568%23CN-bp-6/type/book_part
- Roobol, W. (2002). Aristide Briand's plan: The seed of European unification. In M. Spiering & M. J. Wintle (Eds.), *Ideas of Europe since 1914: The legacy of the First World War* (pp. 32–46). Palgrave Macmillan.
- Schreuer, C. (1995). Regionalism v. universalism. *European Journal of International Law*, 6(3), 477–499. <https://doi.org/10.1093/oxfordjournals.ejil.a035932>
- Shephard, J. (2007). A gentleman at the Foreign Office: Influences shaping Ramsay MacDonald's internationalism in 1924. In P. Corthorn & J. S. Davis (Eds.), *The British Labour Party and the wider world: Domestic politics, internationalism and foreign policy* (pp. 25–47). I.B. Tauris.
- Taylor, A. J. P. (1969). *The troublemakers: Dissent over foreign policy, 1792–1939*. Panther.
- Thorpe, A. (2007). Introduction. In P. Corthorn & J. S. Davis (Eds.), *The British Labour Party and the wider world: Domestic politics, internationalism and foreign policy* (pp. 1–24). I.B. Tauris.
- Vickers, R. (2011). *The Labour Party and the world*. Manchester University Press.

Williams, T. (2021). Collective security or colonial revolution? The 1938 Conference on Peace and Empire, anticolonialism, and the Popular Front. *Twentieth Century British History*, 32(3), 325–349. <https://doi.org/10.1093/tcbh/hwaa008>

Das erinnerungs- politische Erbe der DDR

Die Auswirkungen der SED-Erinnerungs-
und Gedenkstättenpolitik bezüglich der
Shoah auf die Erinnerungskultur in den
neuen Bundesländern

Jonas Flöck

Universität Potsdam

ÜBER
DACHT

Das erinnerungspolitische Erbe der DDR

Die Auswirkungen der SED-Erinnerungs- und Gedenkstättenpolitik bezüglich der Shoah auf die Erinnerungskultur in den neuen Bundesländern

Jonas Flöck, *Universität Potsdam*

Abstract: Die Erinnerungspolitik der DDR war durch einen staatlich verordneten Antifaschismus geprägt, in dem die Shoah nicht als eigenständiges Verbrechen thematisiert, sondern in ein heroisches Narrativ des Widerstandskampfes integriert wurde. Die in diesem Aufsatz vorgelegte historische Analyse konzentriert sich auf den erinnerungspolitischen Umgang mit der Shoah und zeigt, dass kommunistische Widerstandskämpfer:innen beim Gedenken hervorgehoben wurden, während die verfolgten und ermordeten Jüd:innen gemeinsam mit anderen Opfergruppen subsumiert wurden. Gedenkstätten und Gedenktage dienten vor allem der Legitimation der SED-Herrschaft und ließen individuelle Schuldverstrickungen weitgehend unberücksichtigt. Diese erinnerungspolitische Praxis wurde flankiert von einer antiisraelischen Staatsdoktrin, die antizionistische und antisemitische Deutungsmuster verfestigte. Mit Blick auf die Transformationszeit nach 1990 und die aktuellen Entwicklungen in Ostdeutschland – etwa das Erstarken rechtsextremer Bewegungen, geschichtsrevisionsistische Angriffe auf Gedenkstätten oder die erinnerungspolitischen Forderungen der AfD – stellt der Aufsatz dar, wo Kontinuitäten liegen könnten, die aus der erinnerungspolitischen Tradition der DDR resultieren.

Schlagerworte: Erinnerungspolitik • Geschichtspolitik • DDR • Gedenkstätten

1 Einleitung

In der Deutschen Demokratischen Republik sind die Bürger jüdischer Herkunft oder jüdischen Glaubens fest in der sozialistischen Gesellschaft verwurzelt. Denn hier sind die Ursachen des Antisemitismus mit Stumpf und Stiel ausgerottet worden (zitiert nach Rosbach, 2009).

Wenn etwas „ausgerottet“ ist, heißt das in der Regel, dass es nicht zurückkommt. Die Wortwahl des SED-Propagandisten Karl-Eduard von Schnitzler lässt darauf schließen, dass dies aus dessen Sicht auch für den Antisemitismus in der DDR hätte gelten sollen.

Wenn in den letzten Jahren bundesweit – und besonders in den neuen Bundesländern – fast ausnahmslos ein Wachstum der antisemitisch motivierten Straftaten festzustellen war, stellt sich

allerdings die Frage, wie dies im Zusammenhang mit dem Umgang mit Antisemitismus in der Vergangenheit, auch in der DDR, steht. Antisemitismus kann gerade in Deutschland nicht unabhängig von der Geschichte der Shoah betrachtet werden, weshalb der zeitgenössische erinnerungspolitische Umgang mit einer der größten Katastrophen des 20. Jahrhunderts Aufschlüsse darüber gibt, wie eine Gemeinschaft sich der Problematik des Antisemitismus stellt. Dieser Aufsatz wird sich deshalb mit der SED-Erinnerungspolitik in Bezug auf die Shoah auseinandersetzen, um zu verstehen, wie dieser Aspekt in den Kontext des grassierenden Antisemitismus gerade in den neuen Bundesländern einzuordnen ist.

Aufgrund der Umbruchs- und Transformationsdynamiken durch die deutsche Wiedervereinigung werde ich einen Fokus auf die ostdeutschen Entwicklungen richten. Diesem Aufsatz liegt die These zugrunde, dass der erinnerungspolitische Umgang mit der Shoah nicht gelungen sei. Dieser Aufsatz fokussiert sich allerdings nicht allein deshalb darauf. Auch in der BRD lief die Erinnerung an die Shoah vor allem auf staatlicher Ebene ebenfalls schleppend an, denn auch die BRD wollte nicht als Nachfolgestaat des nationalsozialistischen Deutschlands angesehen werden (Dittberner, 1999). Zudem ist Antisemitismus kein rein ostdeutsches Problem: Von den über 8.500 antisemitischen Vorfällen, die im Jahresbericht des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) aufgelistet sind, wurden knapp 15% in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) gemeldet (Bundesverband RIAS, 2025). Das deckt sich ungefähr mit dem ostdeutschen Bevölkerungsanteil von 16,7%.

Allerdings kam es bereits in den späten 1980er- und in den 1990er-Jahren zu einem Anwachsen rechtsextremer Bewegungen in Ostdeutschland, die vermehrt Orte ins Visier nahmen, an denen an nationalsozialistische Verbrechen erinnert werden sollte. So war beispielsweise die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen in den 1990er-Jahren Ziel rechtsradikaler Anschläge und geschichtsrevisio-nistischer Abhandlungen (Mentel, 2014). Auch auf parlamentarischer Ebene ist der Antisemitismus vertreten. Aufmerksamkeit erregte Björn Höcke, als er im Januar 2017 während einer Rede das Mahnmal für die ermordeten Jüd:innen Europas in Berlin als „Mahnmal der Schande“ bezeichnete und eine „erinnerungspolitische Wende“ um 180 Grad forderte (Kamann, 2017). Höcke ist bis heute Landes- und Fraktionsvorsitzender der der vom thüringischen Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuften Partei Alternative für Deutschland (AfD) in Thüringen, die dort die letzten Landtagswahlen gewann (Wierzioc, 2024; Wahlen im Freistaat Thüringen, 2024).

Deshalb beschäftigt sich dieser Aufsatz mit der Frage, wie erfolgreich die Bekämpfung des Antisemitismus in der DDR tatsächlich war und inwiefern hier Kontinuitäten vorliegen. Viele Ostdeutsche wurden in der DDR sozialisiert. Um diese Frage zu beantworten, muss ein Blick auf den erinnerungspolitischen Umgang mit der Shoah seitens der SED-Führung geworfen werden.

Dafür werden zuerst der staatlich verordnete Antifaschismus und die darauf aufbauenden Grundlinien der SED-Erinnerungspolitik umrissen. Im gleichen Zug wird analysiert, wie sich dies auf den erinnerungspolitischen Umgang mit der Shoah, ihren Opfern und den Tatorten auswirkte, gerade mit Blick auf die SED-Gedenkstättenpolitik. Abschließend wird ein Blick auf die aktuellen Entwicklungen in den neuen Bundesländern in der Bundesrepublik Deutschland geworfen. Diese sollen mit der Erinnerungspolitik zu DDR-Zeiten in Verbindung gebracht werden.

Im Zuge dieses Aufsatzes werden die Begriffe ‚Antisemitismus‘ und ‚Antizionismus‘ verwendet. In Bezug auf den Begriff des ‚Antisemitismus‘ werde ich der Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) folgen:

Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat

gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen (IHRA, 2016).

Peter Ullrich definiert Antizionismus als „weltbildhafte Ablehnung des Staates Israel und der diesem zugrunde liegenden nationalen Bewegung“ (Ullrich, 2014, S. 106). Antizionismus geht dabei oft mit Antisemitismus einher, dennoch sind die beiden Begriffe voneinander abzugrenzen, da eine ideologische Ablehnung des Staates Israel nicht automatisch gegen Menschen jüdischen Glaubens gerichtet ist.

2 Grundlinien der SED-Erinnerungspolitik

Michael Kohlstruck beschreibt Erinnerung als einen Mechanismus, mit dem man „den aktuellen Fokus der Aufmerksamkeit auf bestimmte vergangene Erfahrungen“ lenke. „Auf der Ebene von Gesellschaft und Politik ‚gibt‘ es Erinnerung nicht, sie wird vielmehr hergestellt: Keine Identität ohne ‚Identitäter‘ und keine Erinnerung ohne Akteure.“

Gerade junge Regime bauen auf erinnerungspolitischen Erzählungen auf, um ihre Machtposition zu rechtfertigen und zu festigen und vor allem auch, um sich von ihren Vorgängern abzugrenzen.

Erinnerungspolitik ist dementsprechend die politische Steuerung des gesellschaftlichen Erinnerungsfokus. Dabei werden die eigenen Interpretationen von Geschehenem strategisch eingesetzt, meist um die eigene Politik und das politische System zu legitimieren. Gerade junge Regime bauen auf erinnerungspolitischen Erzählungen auf, um ihre Machtposition zu rechtfertigen und zu festigen und vor allem auch, um sich von ihren Vorgängern abzugrenzen. Deshalb wird diese Erinnerungspolitik öffentlichkeitswirksam dargestellt und in das Bildungssystem implementiert. Somit ist Erinnerungspolitik ein zentraler

Baustein von Nationsbildung und eine Garantie der Stabilität dieser (Kohlstruck, 2004, S. 176-182).

In der DDR erfolgte diese erinnerungspolitische Abgrenzung vor allem vom nationalsozialistischen Regime, aber auch von der Bundesrepublik als zweiten deutschen Staat, der parallel zur DDR entstand. Im Selbstverständnis der DDR wurde die BRD als „Nachfolgestaat der Täter“ angesehen, der als solcher das Erbe des Faschismus antrete (Bialas, 2003, S. 167). „Die mythische Formel heißt: DDR ist gleich Antifaschismus und als Gegenpart: Bundesrepublik ist gleich Faschismus“, so Raina Zimmering. Dabei wurde das westliche Wirtschaftsmodell des Kapitalismus mit Nationalsozialismus und Faschismus gleichgesetzt (Zimmering, 2000, S. 68).

Der Antifaschismus wurde somit zur Gründungserzählung der DDR und zum Grundgerüst der SED-Erinnerungspolitik (Zimmering, 2000). In dieser Gründungserzählung nahm der Widerstand gegen den Nationalsozialismus eine zentrale Rolle ein. Kommunistische Widerstandskämpfer:innen wie Ernst Thälmann wurden dabei besonders hervorgehoben. Thälmann, der im KZ Buchenwald erschossen wurde, nahm im Erinnerungsmythos der DDR die Position als „Opfer Nummer eins“ ein (Zimmering, 2000, S. 81). Anderen Opfergruppen hingegen wurde nur vereinzelt gesondert gedacht, meist wurden sie in das Spektrum der ‚Opfer des Faschismus‘ eingegliedert und für das antifaschistische Gedenken instrumentalisiert. Das galt insbesondere auch für den erinnerungspolitischen Umgang mit der Shoah (Moller, 2010).

2.1 Der staatlich verordnete Antifaschismus als Grundlage der Erinnerungspolitik

Die Aufarbeitung der NS-Zeit erfolgte vor allem auf kollektiver, aber kaum auf individueller Ebene. Ein Beispiel dafür ist die Rekrutierung von Lehrkräften für das Bildungssystem der DDR. Da die sozialistische und antifaschistische Ideologie auch hier als Grundlage diente, nahmen Lehrkräfte als Vermittlungspersonen eine wichtige erinnerungspolitische Rolle ein. Dabei wurden Verbindungen zum nationalsozialistischen Staat in den Biographien dieser sogenannten ‚Neulehrer‘, beispielsweise als Soldaten der ‚Wehrmacht‘ oder durch Mitgliedschaften in NS-Verbänden wie dem ‚Bund Deutscher Mädel‘, im Prinzip ignoriert. Zimmering nennt die ‚Neulehrer‘ deshalb „Antifaschisten quasi ohne Vergangenheit“ (Zimmering, 2000, S. 42). Dieses Beispiel zeigt, dass auf individuelle Erfahrungen kaum Rücksicht genommen wurde. Sie wurden im kollektiven Gedächtnis stattdessen durch selektive Erinnerung und eine antifaschistische Geschichtserzählung ersetzt, die in Wahrheit nur dem Schicksal einzelner Personen entsprach. Kollektive Erinnerung wurde somit politisch konstruiert (Zimmering, 2000).

Dies spiegelte sich auch in der konkreten Ausgestaltung der Erinnerungspolitik wider: Führend bei der Aufarbeitung waren ehemalige KPD-Akteur:innen, die sich bereits im Mai 1945 im ‚Hauptausschuss für die Opfer des Faschismus‘ zusammengeschlossen hatten. Im Fokus der Ausschussarbeit stand die Heroisierung ‚antifaschistischer Widerstandskämpfer‘. Dabei kam es schnell zu Konflikten, da einige Mitglieder sich über den wachsenden parteipolitischen Einfluss beschwerten. Aus diesem Konflikt heraus entstand die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) als eigenständige Organisation. Ihr Ziel war es, außerhalb des parteipolitischen Einflusses zu operieren. Sie wurde sowohl in Ost- und West-Berlin gegründet und hatte auch nach der endgültigen Teilung Deutschlands Ableger in beiden deutschen Staaten. Der Fokus des Gedenkens sollte nach dem Konzept der VVN nicht nur auf politisch Verfolgte gelegt werden, sondern auf die Gesamtheit der vom Nationalsozialismus Verfolgten (zur Nieden, 1996b).

Doch auch hier übten SED-Funktionär:innen weiter ihren Einfluss aus, was dazu führte, dass Mitglieder, die an einer überparteilichen Konzeptionierung des Gedenkens interessiert gewesen waren, aus der VVN austraten. Vertreter:innen der jüdischen Gemeinden kritisierten vor allem eine unzureichende Aufarbeitung der Shoah. Die VVN wurde in der DDR schließlich 1953 aufgelöst, da die Parteiseite ein eigenständiges Gremium für nicht notwendig erachtete. Das Gedenken an Widerstand und Verfolgung wurde zur Staatsaufgabe erklärt, die SED pflegte mit der Staatsgründung einen weitestgehend einseitigen Diskurs im Hinblick auf die NS-Vergangenheit (zur Nieden, 1996b). Dabei ging es vor allem darum, die DDR in eine Reihe mit sogenannten „antifaschistischen Widerstandskämpfern“ wie Ernst Thälmann zu stellen und weniger darum, selbst Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen zu übernehmen. Dies zeigte sich besonders im Umgang mit der Shoah und ihren Opfern (Zimmering, 2000).

Dabei ging es vor allem darum, die DDR in eine Reihe mit sogenannten „antifaschistischen Widerstandskämpfern“ wie Ernst Thälmann zu stellen und weniger darum, selbst Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen zu übernehmen.

2.2 Der erinnerungspolitische Umgang mit der Shoah

Der erinnerungspolitische Umgang mit der Shoah und die Wahrnehmung des Judentums in der DDR waren eng mit dem seitens der SED-Führung gängigen Bild vom Staat Israel verknüpft. Zuerst war die oberste Parteietage gegenüber der Gründung eines jüdischen Staates noch positiv eingestellt. Man orientierte sich bei der Haltung gegenüber des Staates Israel jedoch an der Linie der anderen Ostblockstaaten und so folgte man auch dem diesbezüglichen Haltungswechsel, der sich zu Beginn der 50er-Jahre vollzog und in einer strikten Ablehnungshaltung in Bezug auf das Existenzrecht Israels resultierte, nachdem Israel US-amerikanische Hilfen angenommen hatte.

Diese Positionierung hielt sich über beinahe die gesamte Zeitspanne der Existenz der DDR, erst Mitte der 80er-Jahre gab es erste Annäherungsversuche. Man passte sich somit auch der zunehmend antisemitischen Politik Joseph Stalins an. Dies äußerte sich durch Schauprozesse gegen Parteifunktionäre jüdischer Herkunft und weiteren Repressionen von Jüd:innen. Diese antisemitischen „Säuberungswellen“, wie Peter Ullrich sie nennt, vollzogen sich in den Jahren 1952/53 auch in SED-Gremien und führten dazu, dass zahlreiche Jüd:innen das Land verließen (Ullrich, 2007, S. 459f.).

Die zionistische Bewegung sei in diesem Zuge als „reaktionäre, nationalistische Bewegung in der jüdischen Bourgeoisie“ diskreditiert worden, so Wolfgang Benz; ein Bild, das auf das gesamte Judentum projiziert wurde (Benz, 2018a, S. 9). In der Bevölkerung stoß diese Linie kaum auf Widerstand. Benz begründet das damit, dass die antisemitische Doktrin des Nationalsozialismus noch in den Köpfen der Menschen gesteckt hätte (Benz, 2018b).

Im direkten Widerspruch dazu stand das antifaschistische Selbstverständnis der DDR, demzufolge die SED-Führung sich als frei von jeglichem Antisemitismus begriff. Ein erneutes Aufleben der nationalsozialistischen Ideologie wurde in der DDR aufgrund des selbstproklamierten Antifaschismus als Unmöglichkeit angesehen, sodass man daraus keine weitere Notwendigkeit der Aufarbeitung schlussfolgerte. Aus diesem Grund lehnte man auch Entschädigungszahlungen an die Opfer der Shoah ab (Königseder & Wetzel, 2018).

Obwohl die NS-Ideologie nicht einfach aus den Köpfen der Menschen verschwunden war, wurde bei den Bürger:innen auch keine individuelle Schuld gesehen, da man die Wurzeln des Terrors im Kapitalismus vermutete (Zimmering, 2000).

Die Shoah wurde zum Beiwerk eines kapitalistisch-faschistischen Nationalsozialismus erklärt, Antisemitismus wurde dabei nicht als zentraler Bestandteil der NS-Ideologie gesehen. Das erklärt, wieso das Gedenken an die Shoah keinen eigenen Platz in der SED-Erinnerungspolitik erhielt, sondern in das antifaschistische Gedenken eingebettet wurde. So wurden verfolgte und ermordete Jüd:innen als „Opfer des Faschismus“ angesehen und somit im Vergleich mit Widerstandskämpfer:innen erinnerungspolitisch subsumiert (Schubert, 2017, S. 45-49).

Das soll keineswegs heißen, dass die Shoah unter den Teppich gekehrt worden sei und antisemitische Ausschreitungen geduldet worden seien. Es folgte aber aus solchen Vorfällen keine Grundsatzdebatte über den Umgang mit Antisemitismus und die eigene Mitschuld an der Shoah (Kahane & Radvan, 2005).

Stattdessen wurden die Shoah und ihre Opfer Teil der erinnerungspolitischen Inszenierung der DDR. Die Shoah fand dann erinnerungspolitische Verwendung, wenn die SED sich von nationalsozialistischen Verbrechen abgrenzen und die eigene Ideologie rechtfertigen wollte. Auch der Gedenktag an die Pogrome gegen Jüd:innen am 9. November 1938 erfüllte diesen Zweck. Es handelt sich hierbei um den einzigen Gedenktag, an dem konkret der Shoah gedacht wurde. So lässt sich an diesem Beispiel die antisemitische Stimmung Anfang der 50er-Jahre erkennen: Zwischen 1950 und

1953 wurden die Gedenkveranstaltungen zu diesem Anlass komplett ausgesetzt. Auch danach ging das Gedenken an diesem Tag primär von der Partei aus, da die jüdischen Gemeinden selbst erst ab Anfang der 1960er-Jahre eigene Gedächtnisfeiern veranstalteten. Dieser Gedenktag hatte primär einen ideologischen Nutzen und diente nur zum Teil dem tatsächlichen Gedenken. Die relativ geringe Bedeutung lässt sich auch daran erkennen, dass der Gedenktag Groehler zufolge lange Zeit nur „ein Erinnerungstag zweiter Ordnung“ gewesen sei. Zwar wuchs seine Bedeutung in den 1970er- und 1980er-Jahren, von Parteiseite aus wurde er aber weiterhin vorrangig zu politischen Zwecken benutzt. Der Gedenktag steht somit stellvertretend für das gesamte Gedenken an die Shoah in der DDR (Groehler, 1995, S. 294-298).

3 Gedenkstätten als Teil der Erinnerungspolitik

Physische Repräsentationen der Erinnerungspolitik sind unter anderem Gedenkstätten. Diese unterlagen, wie auch andere historisierte Teilbereiche des Lebens, einer spezifischen Gedenkstättenpolitik. Auch hier ist das Schema der politischen Instrumentalisierung der Opfer nationalsozialistischer Verbrechen wiederzuerkennen. Interessant sind dabei vor allem zwei Aspekte: Die Art und Weise, wie die Ideologie Besuchenden der Gedenkstätte präsentiert wurde, und die Anfangsphase der Konzeptionierung, die von einigen Kontroversen und Auseinandersetzungen geprägt war, und in ihrem Resultat widerspiegelt, wie in der DDR Erinnerungspolitik gemacht wurde.

Durch Denkmäler wird das kulturelle Gedächtnis einer Gesellschaft ausgedrückt. Zudem lassen sich an ihnen auch immer die erinnerungspolitischen Schwerpunkte derjenigen erkennen, die das Denkmal in Auftrag gegeben haben. Somit dienen Denkmäler selten ausschließlich dem reinen Gedenken an ein Ereignis oder eine Person, sondern auch der Legitimation gegenwärtiger politischer Verhältnisse. Das gilt in besonderem Maße für Gedenkstätten als Denkmäler an den konkreten Orten des Geschehens (Zimmering, 2000).

Die Ausgestaltung der Gedenkstätten an den Orten nationalsozialistischer Verbrechen in der DDR folgte den bereits skizzierten Grundlinien der SED-Erinnerungspolitik. An den Standorten ehemaliger KZ wurde an erster Stelle Widerstandskämpfer:innen gedacht. Die anderen Opfergruppen gerieten in den Hintergrund. Es sollte ein heroischer Mythos im Vordergrund stehen, Mitschuld an den NS-Verbrechen wurde hier nicht eingestanden. Sinn der Gedenkstätten war, auf der Basis des „antifaschistischen Widerstandskampfes“ eine gemeinsame Identität für die noch junge DDR und ihre Bürger:innen zu schaffen (Zimmering, 2000, S. 79-82).

Groehler teilt die Gedenkstättenpolitik der SED in drei Phasen ein: In der direkten Nachkriegszeit, vor Gründung der DDR im Jahr 1949, sei das Gedenken in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) noch sehr dezentral und eher spontan organisiert gewesen. „Gedenkstätten schossen offenbar 1945/1946 [...] aus dem Boden“, eine klare Konzeption gab es direkt nach Kriegsende noch nicht. Getragen wurde das Gedenken zu dieser Zeit zu großen Teilen von den Angehörigen von Opfern nationalsozialistischer Verbrechen, ehemaligen Inhaftierten und Verfolgten (Groehler, 1995, S. 286-289).

Das änderte sich Anfang der 1950er-Jahre. Mit Gründung der DDR hatte die SED-Führung klare erinnerungspolitische Vorstellungen entwickelt. Nach einer ersten Skepsis gegenüber Gedenkstätten an den Standorten ehemaliger KZ erklärte die SED diese im Laufe der 50er-Jahre zur besonderen staatlichen Verantwortung. Bis 1950 hatten sich dort noch die sowjetischen Speziallager befunden, in denen Menschen aus politischen Gründen inhaftiert waren. Auf die Speziallager

wurde an den neu entstehenden Gedenkstätten nicht aufmerksam gemacht. Sie verschwanden aus dem öffentlichen Gedächtnis (zur Nieden, 1996a).

Die Grundzüge der Gedenkstättenpolitik, die der antifaschistischen Linie der Erinnerungspolitik folgten, blieben über die gesamte Existenz der DDR bestehen. Mit der Machtübernahme Erich Honeckers im Jahr 1971 gab es Änderungen an Details, so sollte der innere Widerstand noch mehr hervorgehoben werden. Insgesamt sollte ein „lebendigerer Antifaschismus“ geschaffen werden, so wurde inoffiziell auch versucht, die VVN wiederzubeleben. Der Versuch glich aber eher einer nostalgischen Verklärung. Dennoch ließ sich seit den 1970er-Jahren ein Anstieg der Gedenkstättenanzahl verzeichnen. Die Errichtung von Gedenkstätten beschränkte sich zumeist auf die Tatorte von NS-Verbrechen, sonstige Orte mit NS-Vergangenheit wie beispielsweise Regierungs- und Verwaltungsgebäude wurden zu großen Teilen unsichtbar gemacht oder umfunktioniert (Groehler, 1995, S. 290f.).

Eine zentrale Rolle in der Gedenkstättenplanung nahmen die Standorte ehemaliger KZs ein, und zwar vor allem die in Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück. Dabei hatten nicht alle die gleiche Relevanz, es gab eine klare Rangfolge. Das Konzentrationslager in Buchenwald nahm

Das Konzentrationslager in Buchenwald nahm eine Schlüsselrolle ein, da es sich wegen der Selbstbefreiung der Inhaftierten in die Erzählung eines ‚antifaschistischen Widerstandskampfes‘ einbetten ließ.

eine Schlüsselrolle ein, da es sich wegen der Selbstbefreiung der Inhaftierten in die Erzählung eines ‚antifaschistischen Widerstandskampfes‘ einbetten ließ. Hier wurden die Schwerpunkte der SED-Erinnerungspolitik besonders deutlich: Hauptteil der Gedenkstätte war nicht das Gelände des Lagers selbst, sondern ein ästhetisch ausgestalteter Ehrenhain, der den antifaschistischen Widerstandskämpfenden gewidmet war (Zimmering, 2000).

Den zweiten Platz in der erinnerungspolitischen Rangfolge nahm das KZ Sachsenhausen ein. Hier ließ sich ein antifaschistisch-heroischer Mythos bezogen auf den deutschen Widerstandskampf nur bedingt erzählen, da das Lager von der Roten Armee befreit wurde. Als ‚Helden‘ dienten hier deshalb eher die Soldaten der Roten Armee (Zimmering, 2000).

Das KZ Ravensbrück, auf dem dritten und letzten Platz in der Rangfolge, wurde wenig politisch instrumentalisiert und war somit erinnerungspolitisch weniger relevant. Hier waren ausschließlich Frauen und Kinder inhaftiert; der Fokus wurde mehr auf die Insassen als Opfer des nationalsozialistischen Terrors als auf einen heroischen Widerstand gelegt, der vor allem in Buchenwald und in Teilen auch in Sachsenhausen bei der Konzeption der Gedenkstätten eine übergeordnete Rolle gespielt hatte (Zimmering, 2000).

Nach dem Mauerfall und der Wiedervereinigung fand eine neue Auseinandersetzung mit den ehemaligen Tatorten der NS-Verbrechen und der Ausgestaltung der Gedenkstätten durch die SED statt. Zeitgleich wurden die Standorte vermehrt zum Ziel von rechtsextremen Attacken und Geschichtsklitterung (Mentel, 2014).

4 Die zeitgenössische Erinnerungskultur in den neuen Bundesländern

Bereits im Zeitraum kurz vor der Wiedervereinigung kam es in der DDR vermehrt zu Vorfällen, die dem rechtsextremen Milieu zugeordnet werden können. Jürgen Danyel bezeichnet den zunehmenden Rechtsextremismus als ein „Phänomen der Transformation der ostdeutschen Gesellschaft“, der aus der „soziale[n] und mentale[n] Konditionierung der Ostdeutschen“ durch die antifaschistische Doktrin und die staatlich gesteuerte Erinnerungspolitik resultiere (Danyel, 2003, S. 26-34).

Natürlich war und ist Rechtsextremismus kein rein ostdeutsches Phänomen. Doch bezogen auf die Bevölkerungsdichte war das Aufkommen rechtsextremer Gewalttaten zur Jahrtausendwende in Ostdeutschland höher: Im Jahr 2000 kamen rund die Hälfte der gewaltbereiten Rechtsextremist:innen aus den neuen Bundesländern, jedoch machte der ostdeutsche Bevölkerungsanteil lediglich 21% aus (Danyel, 2003).

Hinsichtlich dieser Zahlen kommt die Frage auf welchen Einfluss die Erinnerungs- und Gedenkstättenpolitik der SED auf die ostdeutsche Erinnerungskultur hatte und welche Rolle die Gedenkstätten dabei spielten.

4.1 Die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen als Ziel von Rechtsradikalismus und Geschichtsrevisionismus

Nach der Wende gab es eine rege Diskussion, wie mit den Gedenkstätten an den Tatorten des Nationalsozialismus umgegangen werden sollte. Am Standort des ehemaligen KZ Sachsenhausen, das nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs als sowjetisches Speziallager genutzt wurde, stieß ein Gedenkstein, der an die Existenz dieses „Speziallagers Nr. 7“ erinnern sollte und noch vor der Wiedervereinigung eingeweiht wurde, in SED-Kreisen auf Protest. Generell sollte sich die Gedenkstätte nach der Wiedervereinigung von der erinnerungspolitischen Färbung aus der DDR-Zeit lösen. Die zentrale Ausstellung aus dieser Zeit blieb jedoch zunächst bestehen, aber weniger als historische Auseinandersetzung mit der Geschichte des Ortes und mehr „als Dokument über den Umgang der DDR mit dem Nationalsozialismus“ (Dittberner, 1999, S. 42-45).

Gleichzeitig gab es die Sorge, das ehemalige KZ könnte zu einer „Wallfahrtsstätte Rechtsradikaler“ werden. In der Zeit nach der Wende fielen zunächst vor allem Gästebucheinträge mit Parolen wie „Sieg Heil“, „Deutschland den Deutschen“ oder „Hoch die SS“ auf (Dittberner, 1999, S. 46-48). Im Jahr 1990 inszenierten Neonazis an Gräbern der Opfer des Speziallagers eine Kranzniederlegung und posierten mit Reichsflagge und erhobenen rechten Armen. Zwei Jahre später kam es in der Nacht vom 25. auf den 26. September 1992, kurz nach dem Besuch des damaligen israelischen Ministerpräsidenten Itzhak Rabin, zu einem Brandanschlag auf die „Jüdische Baracken“ 38 und 39 durch mutmaßliche Neonazis (Mentel, 2014).

Zusätzlich werden die ehemaligen NS-Konzentrationslager seit den 1990er-Jahren immer wieder von geschichtsrevisionistischen Autor:innen in den Fokus genommen. Dabei wird explizit der Standort Sachsenhausen fokussiert, da es sich hier um ein im Vergleich zu Vernichtungslagern wie dem KZ Auschwitz-Birkenau eher kleineres Lager handelt, bei dem sich die Anzahl der Ermordeten leichter relativieren lässt. In diesem Sinne wird die Existenz des Lagers nicht direkt bestritten, vielmehr werden die Systematik der NS-Verbrechen und der gezielte Massenmord an Millionen von Menschen gelehrt (Mentel, 2014).

Geschichtsrevisionist:innen verfolgen in diesem Fall zwei unterschiedliche Strategien. Zum einen gibt es einen autobiografischen Ansatz, bei dem die Autor:innen aus der eigenen Erfahrung heraus die Existenz des nationalsozialistischen KZs und die des sowjetischen „Speziallagers Nr. 7“ in Relation zueinander setzen und versuchen mit der Sowjet- und DDR-Vergangenheit des Ortes NS-Verbrechen zu relativieren oder zu vertuschen. Angeblich stamme beispielsweise die Genickschussanlage aus sowjetischer Zeit, gezielte Massenerschießungen hätten in der KZ-Zeit also gar nicht stattfinden können. Dass wissenschaftliche Untersuchungen die NS-Vergangenheit der Anlage dokumentieren, wird dabei ignoriert. Als Grundlage für die Argumentation dient lediglich anekdotische Evidenz (Mentel, 2014).

Zum anderen versucht man mit pseudowissenschaftlichen Erkenntnissen die NS-Verbrechen zu entlasten. Sowjetische Forschungserkenntnisse in Bezug auf die Gaskammer und die Genickschussanlage werden grundsätzlich abgelehnt. Generell wird nur das angenommen, was in die eigene Geschichtserzählung passt. So werden Fakten umgedichtet, dabei ist die Quellengrundlage entweder dünn und fragwürdig oder gar nicht vorhanden (Mentel, 2014).

Zusätzlich liegt diesem Geschichtsrevisionismus Antisemitismus zugrunde. „Denn während den Revisionisten zufolge ‚die Deutschen‘ unterjocht würden, seien ‚die Juden‘ die Nutznießer und damit auch die Urheber dieser welthistorisch einzigartigen Machenschaften“, so Christian Mentel (2014, S. 58).

In dieser revisionistischen Erzählung vollzieht sich eine Täter-Opfer-Umkehr, die die deutsche Bevölkerung als die eigentlichen Opfer dastehen lassen soll. Der Geschichtsrevisionismus in Kombination mit den rechtsradikalen und neonazistischen Aktionen in den 1990er-Jahren ließ die Sorge, die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen könnte in das Visier von Rechtsradikalen geraten, Realität werden.

4.2 Auswirkungen der SED-Erinnerungspolitik

„Eine persönliche Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen hat innerhalb der meisten Familien nicht stattgefunden und war auch vom Staat nicht gewollt“ (Kahane & Radvan, 2005, S. 13). So wird die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der DDR in einer Broschüre der Antonio-Amadeu-Stiftung zu Erfahrungen mit Antisemitismus in Ostdeutschland beschrieben. Die erinnerungspolitischen Maßnahmen operierten lediglich auf institutioneller Ebene. Auf individueller Ebene gab es kaum Auseinandersetzung mit einer möglichen Mitschuld an den Verbrechen der NS-Zeit. So blieben antisemitische Einstellungen in den Köpfen verankert. Zwar gab die DDR nach außen hin vor, den Antisemitismus bekämpfen zu wollen, doch jüdisches Leben fand öffentlich nicht statt. Die jüdischen Gemeinden blieben größtenteils im Verborgenen. „Schon das Wort ‚Jude‘ wurde in der Öffentlichkeit gemieden“ (Kahane & Radvan, 2005, S. 12f.). Das spiegelte sich auch im eher negativen Bild des Staates Israel wider, welches salonfähig geblieben ist. Wolfgang Benz nennt den Antizionismus das „wirkungsmächtigste[...] Erbe der DDR“ (Benz, 2018b, S. 271f.).

Auf individueller Ebene gab es kaum Auseinandersetzung mit einer möglichen Mitschuld an den Verbrechen der NS-Zeit. So blieben antisemitische Einstellungen in den Köpfen verankert.

Dass das Israelbild der DDR nicht nur antizionistisch, sondern auch antisemitisch war, und im Zusammenhang mit dem erinnerungspolitischen Umgang mit der Shoah stand, wurde im Rahmen dieses Aufsatzes bereits dargelegt. Das wirkte sich auch auf die Bevölkerung aus und blieb nach der Wiedervereinigung erhalten. Dem bereits erwähnten Bericht der Antonio-Amadeu-Stiftung zufolge „tauchte der Antisemitismus nach und nach aus seiner ideologischen Verpackung wieder hervor“. Dies lässt sich an den Reaktionen auf die Anschläge vom 11. September 2001 erkennen. Es verbreiteten sich in diesem Zuge viele Verschwörungstheorien, die in ihrem Kern zum einen auf die Theorie einer zionistischen Weltverschwörung zurückgehen, zum anderen aber auch auf die „Kette der Gleichsetzung von Imperialismus = Zionismus = Rassismus = Faschismus = Herrschaft“, die auf der Erinnerungspolitik und dem Israelbild der SED fußt. In diesen Kreisen findet häufig eine Gleichsetzung der Politik Israels und der USA mit der NS-Politik statt. Zudem hat auch der erstarkende Rechtsextremismus einen antisemitischen Kern (Kahane & Radvan, 2005, S. 14f.).

Rechtsextreme Politik ist schon lange kein Randphänomen mehr. Mit der AfD ist diese mittlerweile auch in den Bundestag eingezogen. Politiker:innen der AfD reproduzieren antisemitische Verschwörungstheorien wie die von einem „großen Bevölkerungsaustausch“ in Bezug auf die Migrationsdebatte oder die einer „globalistischen Elite“, die im Hintergrund die Fäden ziehen und die globale Politik steuern würde. Auch wenn dies nicht immer direkt auf jüdische Menschen bezogen wird, steckt hinter diesen sogenannten ‚Dogwhistles‘ dennoch Antisemitismus (Amadeu Antonio Stiftung, 2023).

Die AfD spricht sich außerdem für einen Paradigmenwechsel in der Erinnerungspolitik aus. Methodisch, wenn auch aus gänzlich anderen Gründen und Überzeugungen, möchte die AfD ähnlich der SED den erinnerungspolitischen Fokus weniger auf den Nationalsozialismus und die Aufarbeitung der Shoah legen und eine eigene Geschichtserzählung konstruieren (Alternative für Deutschland, 2016, S. 48). Es kann hier zwar kein direkter Zusammenhang hergestellt werden, dennoch sind die Parallelen bemerkenswert.

5 Zusammenfassung und Fazit

Die DDR mag in ihrer Staatsdoktrin nicht direkt antisemitisch gewesen sein, trug mit ihrer antiisraelischen Haltung und vor allem mit der Erinnerungspolitik aber auch nicht zur Bekämpfung des Antisemitismus bei. Die antisemitischen „Säuberungswellen“ führten dazu, dass Jüd:innen, die zunächst noch explizit in die DDR gekommen waren, weil sie sich vom Sozialismus und Antifaschismus einen Neuanfang erhofften, den Staat wieder verließen (Ullrich, 2007).

Die Shoah wurde in der DDR nie nachhaltig aufgearbeitet, sondern war immer Teil eines antifaschistischen Gedenkens, das darauf abzielte, die Politik und Ideologie der SED zu legitimieren. Auf institutioneller Ebene sollte es zwar eine gründliche Entnazifizierung geben, jedoch wurde hierbei die individuelle Ebene vernachlässigt. Hier ist das Beispiel der ‚Neulehrer‘ zu nennen, die die sozialistische und antifaschistische Ideologie vermitteln sollten. Dabei wurde oftmals über deren nationalsozialistische Vergangenheit hinweggesehen.

Auch an den Orten des Verbrechens gab es kein unvoreingenommenes Gedenken. Es gab früh die ersten Pläne für Gedenkstätten, doch als diese dann umgesetzt wurden, war die Konzeption in erster Linie auf die SED-Erinnerungspolitik ausgerichtet.

Das ehemalige KZ Sachsenhausen ist ein trauriges Beispiel dafür, dass der Antisemitismus in Ostdeutschland tatsächlich nicht „mit Stumpf und Stiel ausgerottet“ wurde (zitiert nach Rosbach,

2009). 1992 wurde es Ziel eines Brandanschlages mit mutmaßlich neonazistischem Hintergrund. An Vorfällen wie diesem zeichnet sich das erinnerungspolitische Erbe der DDR ab.

Auch politisch ist der Antisemitismus nicht ausgestorben, sondern wird von rechtsextremen Kräften wie der AfD am Leben gehalten. Doch nicht nur die AfD bedient sich antisemitischer Narrative. Auch rechtskonservative Politiker:innen wie der Ex-Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz Hans-Georg Maaßen greifen auf antisemitische Chiffren zurück. Maaßen kandidierte 2021 für die CDU in Thüringen für den Deutschen Bundestag und gründete später mit der ‚WerteUnion‘ eine eigene Partei. Während seiner Kandidatur schrieb er auf dem Kurznachrichtendienst ‚X‘: „Globalisten und Sozialisten (und Teile der Kirchen) sind in einem Punkt der gleichen Meinung: die Verachtung der gewöhnlichen Menschen, ihres bürgerlichen Lebens, ihrer Kultur und ihres Anspruchs, ihr Leben selbst bestimmen zu wollen“ (Maaßen, 2021). Der bayrische Vize-Ministerpräsident Hubert Aiwanger von den Freien Wählern konnte sich trotz der Affäre um ein antisemitisches Flugblatt, dass er in seiner Jugend verfasst und verbreitet haben soll, im Amt halten (Halder & Kirschner, 2024).

Das letztgenannte Beispiel zeigt, dass man an dieser Stelle der Analyse Vorsicht walten lassen muss: Die AfD fährt in Ostdeutschland zwar ihre stärksten Ergebnisse ein, hat sich aber längst auch im Rest der Republik als politische Kraft etabliert. Für die neuen Bundesländer lassen sich antisemitische Tendenzen sicherlich auch mit dem erinnerungspolitischen Erbe der DDR erklären, allerdings lässt sich diese Analyse nicht einfach auf ganz Deutschland ausweiten. Außerdem wäre es falsch, den Antisemitismus monokausal mit der SED-Erinnerungspolitik erklären zu wollen, gerade weil er kein singuläres Phänomen ist, das sich auf Ostdeutschland beschränkte. Die in diesem Aufsatz dargestellte Analyse soll lediglich einen Erklärungsansatz darstellen, ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben. Da es sich um ein komplexes soziohistorisches Phänomen handelt, bedarf es weiterer, tiefergehender Analysen, die sich der Frage nach antisemitischen Strömungen und Einstellungen in Deutschland und den Ursprüngen und Hintergründen dieser widmen.

Literaturverzeichnis

- Alternative für Deutschland (2016). Programm für Deutschland. *Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland*. Alternative für Deutschland.
- Amadeu Antonio Stiftung (2023, 19. Mai). *Antisemitismus und die AfD*. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/antisemitismus-und-die-afd-99509/> (zuletzt abgerufen am 01.10.2023).
- Benz, W. (2018a). Antizionismus als Staatsdoktrin. Implementierung und Durchsetzung des Israelbildes der DDR. In W. Benz (Hrsg.), *Antisemitismus in der DDR. Manifestationen und Folgen des Feindbildes Israel* (S. 9–41). Metropol.
- Benz, W. (2018b). Nachwirkungen der DDR-Propaganda im Israelbild der Gegenwart. In W. Benz (Hrsg.), *Antisemitismus in der DDR. Manifestationen und Folgen des Feindbildes Israel* (263–274). Metropol.
- Bialas, W. (2003). Antifaschismus als Sinnstiftung. Konturen eines ostdeutschen Konzepts. In W. Bergem (Hrsg.), *Die NS-Diktatur im deutschen Erinnerungsdiskurs* (S. 151–170). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V. (Bundesverband RIAS) (2025). *Jahresbericht. Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024*. Bundesverband RIAS.
- Danyel, J. (2003). Spätfolgen? Der ostdeutsche Rechtsextremismus als Hypothek der DDR-Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur. In J. C. Behrends et al. (Hrsg.), *Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland* (S. 23–40). Metropol.
- Dittberner, J. (1999). *Schwierigkeiten mit dem Gedenken. Auseinandersetzungen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit*. Westdeutscher Verlag.
- Groehler, O. (1995). Zur Gedenkstättenpolitik und zum Umgang mit der „Reichskristallnacht“ in der SBZ und DDR (1945-1988). In W. Bergmann et al. (Hrsg.), *Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland* (S. 285–301). Campus.
- Halder, A. & Kirschner, R. (2024, 26. August). *Ein Jahr Flugblattaffäre. Was wurde aus dem Aiwanger-Skandal?* tagesschau.de. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/flugblatt-aiwanger-antisemitismus-100.html> (zuletzt zugegriffen am 11.05.2025).
- International Holocaust Remembrance Alliance (2016, 26. Mai). Arbeitsdefinition von Antisemitismus. <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus> (zuletzt zugegriffen am 30.07.2025).
- Kahane, A. & Radvan, H. (2005). Antisemitismus in den neuen Bundesländern, In Amadeu Antonio Stiftung, *Was tun gegen Antisemitismus. Erfahrungen aus der Projektarbeit der Amadeu Antonio Stiftung* (S. 11–15). Amadeu Antonio Stiftung.
- Kamann, M. (2017, 18. Januar). *Was Höcke mit der „Denkmal der Schande“-Rede bezweckt*. Welt Online. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article161286915/Was-Hoecke-mit-der-Denkmal-der-Schande-Rede-bezweckt.html> (zuletzt zugegriffen am 01.10.2023).
- Kohlstruck, M. (2004). Erinnerungspolitik: Kollektive Identität, Neue Ordnung, Diskurshegemonie. In B. Schwellung (Hrsg.), *Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen* (S. 173–194). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Königseder, A. & Wetzel, J. (2018). Antisemitismus und Antifaschismus in der DDR. Kritische Betrachtungen zum Forschungsstand. In W. Benz (Hrsg.), *Antisemitismus in der DDR. Manifestationen und Folgen des Feindbildes Israel* (S. 204–231). Metropol.
- Maaßen, H.-G. (2021, 10. Januar). x.com. <https://x.com/HGMaassen/status/1348372161279496196?s=20> (zuletzt zugegriffen am 01.10.2023).
- Mentel, C. (2014). „Nichts weiter als sowjetische Propaganda“. KZ Sachsenhausen und die Revisionisten. In C. Kopke (Hrsg.), *Angriffe auf die Erinnerung an die national-sozialistischen Verbrechen. Rechtsextremismus in Brandenburg und die Gedenkstätte Sachsenhausen* (S. 53–76). Metropol.
- Moller, S. (2010, 12. April). *Erinnerung und Gedächtnis*. Docupedia-Zeitgeschichte. https://docupedia.de/zg/Erinnerung_und_Ged%25C3%25A4chtis (zuletzt zugegriffen am 01.10.2023).
- Rosbach, J. (2009, 16. Oktober). *Antisemitismus in der DDR*. Deutschlandfunk Kultur. <https://www.deutschlandfunkkultur.de/antisemitismus-in-der-ddr-100.html> (zuletzt zugegriffen am 01.10.2023).
- Schubert, K. (2017). Judentum und Holocaust in sozialistischen Erinnerungskulturen, *Studentische Fachzeitschrift für Politikwissenschaft Jena*, 2(1), 45–57.
- Ullrich, P. (2007). Nationaler Kommunismus nach Auschwitz – die DDR und die Jüdinnen und Juden. Ein Bilanzierungsversuch, *UTOPIE kreativ, Mai 2007 (Heft 199)*, 455–467.

- Ullrich, P. (2014). Antisemitismus, Antizionismus und Kritik an Israel in Deutschland: Dynamiken eines diskursiven Feldes. In S. Schüler-Springorum (Hrsg.), *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*, 23, 105–120. Metropol.
- Wahlen im Freistaat Thüringen (2024, 1. September). *Landtagswahl 2024 in Thüringen – endgültiges Ergebnis*. <https://wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=LW&wjahr=2024&zeigeErg=Land> (zuletzt zugegriffen am 10.05.2025).
- Wierzioch, B. (2024, 14. März). Wieso wird die Thüringer AfD vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft? mdr.de. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/afd-rechtsextremistisch-einstufung-verfassungsschutz-100.html> (zuletzt zugegriffen am 21.11.2025).
- Zimmering, R. (2000). Mythen in der Politik der DDR. *Ein Beitrag zur Erforschung politischer Mythen*. Leske + Budrich.
- zur Nieden, S. (1996a), Vom Interregnum zum Speziallager. In G. Morsch (Hrsg.), *Von der Erinnerung zum Monument. Die Entstehungsgeschichte der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen* (S. 68–76). Edition Hentrich.
- zur Nieden, S. (1996b). Antifaschismus und Kalter Krieg. Vom Hauptausschuß für die Opfer des Faschismus zur Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. In G. Morsch (Hrsg.), *Von der Erinnerung zum Monument. Die Entstehungsgeschichte der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen* (S. 77–86). Edition Hentrich.

Bühnen des Wandels

Eine dramaturgische Analyse der
Inszenierung sozialer Bewegungen und
deren Konstruktion gesellschaftlicher
Realitäten

Johanna Budahn

University of Oslo

ÜBER
DACHT

Bühnen des Wandels

Eine dramaturgische Analyse der Inszenierung sozialer Bewegungen und deren Konstruktion gesellschaftlicher Realitäten

Johanna Budahn, *University of Oslo*

Abstract: In diesem Artikel wird untersucht, wie soziale Bewegungen etablierte gesellschaftliche Wissensordnungen und Deutungsmuster herausfordern und zur Konstruktion alternativer gesellschaftlicher Wirklichkeiten beitragen können. Mittels wissenssoziologischer Diskursanalyse und ethnografischer Feldforschung werden die bewussten und unbewussten Taktiken der Wissenserzeugung progressiver sozialer Bewegungen herausgearbeitet. Im Fokus dieser Studie steht dabei die „Protestaktion gegen den Fleischkongress“ anhand derer exemplarisch aufgezeigt wird, wie soziale Bewegungen dramaturgische Taktiken und diskursive Strategien verwenden, um Menschen zu mobilisieren und neues Wissen zu etablieren. Der Artikel wirft die Frage auf, wie Diskurse sozialen Wandel bewirken und zeigt, dass soziale Bewegungen Gelegenheitsstrukturen schaffen, in denen gesellschaftliche Deutungsmuster neu ausgelegt werden können. Die Analyse verdeutlicht, dass soziale Bewegungen zur Konstruktion und Verbreitung spezifischer Wissensbestände beitragen, indem sie bestimmte Themen und Perspektiven in den Vordergrund rücken und so Irritationserfahrungen schaffen, die alte Deutungsmuster inkonsistent machen. Durch ihre Inszenierungen können sie die öffentliche Wahrnehmung und das Verständnis sozialer Realitäten beeinflussen. Offen bleibt, ob weniger dramatische und offenere Kommunikationsweisen langfristig erfolgreicher wären, oder ob Dramatisierung notwendig ist, um Aufmerksamkeit zu generieren und Wandel zu initiieren.

Schlagerworte: Protest • Neue Soziale Bewegungen • Diskursanalyse • Wissenssoziologie

1 Einleitung

Unter dem Wort Zeitgeist verstehe ich Denkweisen oder Werte, die für eine bestimmte Zeit die Gesellschaft prägen. Der Zeitgeist wird von verschiedenen Akteur:innen beeinflusst und hat zugleich Einfluss auf sie. In diesem Text beschäftige ich mich mit sozialen Bewegungen, da sie dominante Wissensordnungen – den Zeitgeist – hinterfragen und alternative Perspektiven auf gesellschaftliche Wirklichkeit schaffen. Als kollektive Akteur:innen außerhalb institutioneller Politik er-

öffnen sie Räume für Partizipation und Wandel aus der Gesellschaft heraus. Sie verbreiten Ideen und Deutungen, welche die gesellschaftliche Wahrnehmung – und damit auch den Zeitgeist – beeinflussen können. Bewegungen wie die Anti-Apartheid- oder die Frauenbewegung zeigen eindrücklich, wie tiefgreifend soziale Bewegungen Gesellschaften verändern können (Rucht, 2022).

In dieser Studie untersuche ich, wie eine Gruppe sich aufgrund empfundener Diskrepanzen zwischen gesellschaftlich vorgegebenen Wissensordnungen und Deutungsmustern und den eigenen Erfahrungen und Perspektiven zusammenschließt, um die herrschenden epistemologischen Strukturen kritisch zu hinterfragen und alternative Sichtweisen auf gesellschaftliche Wirklichkeit zu entwickeln. Dabei entstehen neue Verständnisse und Narrative, die bestehende Machtverhältnisse und gesellschaftliche Deutungshoheiten herausfordern. Dies geschieht auf einer epistemologischen Ebene, weshalb ich für meine Analyse wissenssoziologische Perspektiven gewählt habe.

Um neues Wissen zu etablieren, muss eine soziale Bewegung Menschen mobilisieren und erreichen. Das Mobilisieren erfordert Überzeugungsstrategien und Selbstdarstellung. Fischer-Lichte (2007) macht diese Selbstdarstellung metaphorisch greifbar: „Wo der menschliche Körper und die Objekte seiner Umwelt in ihrer materiellen Gegebenheit als Zeichen eingesetzt werden, hat [...] Theater sich konstituiert“ (ebd., S. 19). Ausgehend von diesem Gedanken, betrachte ich im Folgenden die Selbstdarstellung und die Diskurse sozialer Bewegungen als (bewusst) konstruierte Wirklichkeiten.

Der Begriff der Inszenierung soll in diesem Kontext nicht als Synonym für Täuschung verstanden werden, sondern als bewusster Einsatz von Darstellungsmitteln, die auf eine bestimmte Wirkung abzielen (Meyer et al., 2000). Dabei folge ich dem Pfad des Konstruktivismus und erkenne den prinzipiellen Konstruktionscharakter von Wirklichkeit an. Aus einer konstruktivistischen Perspektive wird jede soziale Interaktion als eine Form der Inszenierung verstanden. Dies erlaubt mir, Inszenierung als Handlung an sich wertfrei zu analysieren, da ich sie als allgegenwärtigen Bestandteil sozialer Wirklichkeit betrachte und nicht als absichtliche Täuschung.

Erving Goffman liefert mit seinem Werk „Wir alle spielen Theater“ ein wichtiges Werkzeug, um soziale Interaktionen von ihrer scheinbaren Selbstverständlichkeit zu entkoppeln (Goffman, 2021). Seine Prämisse liegt meiner Forschung zugrunde. Sie zielt darauf ab, besonders am Beispiel der „Protestaktion gegen den Fleischkongress“ die Strategien hinter scheinbar natürlichen Diskursen aufzudecken und zu verstehen, wie mit ihrer Hilfe Bedeutung erzeugt wird.

Zusammenfassend soll diese Studie untersuchen, wie alternative Sichtweisen auf die Gesellschaft durch die Inszenierung sozialer Bewegungen entstehen und normalisiert werden. Dabei werde ich die ethnografische Forschung mit wissenssoziologischen Perspektiven zusammenbringen, um einen tieferen Einblick in die Praktiken sozialer Bewegungen zu erlangen.

2 Begriffsdefinition und Forschungsstand

Seit den 1960er Jahren werden Bewegungen, die postmaterialistische Ziele verfolgen und deren Anliegen eher aus der Mittelschicht stammen, als „Neue Soziale Bewegungen“ bezeichnet (Weisskircher, 2022). Auf diese Art von Bewegungen beschränke ich mich in der folgenden Unter-

suchung. Sie werden im heutigen Europa weitgehend als legitimes Mittel zur Herbeiführung von Veränderungen angesehen (Rucht, 2022).

So vielfältig wie soziale Bewegungen sind, ist auch die Begriffsbestimmung. Die am häufigsten zitierte Definition sozialer Bewegungen stammt von Diani und wird als Netzwerkansatz bezeichnet. Soziale Bewegungen werden hier beschrieben als „network of informal interactions between a plurality of individuals, groups and/or organizations, engaged in a political or cultural conflict, on the basis of a shared collective identity“ (Diani, 1992, S. 13). Diese Definition hebt den organisierten Zusammenschluss einer Gruppe aufgrund eines Konflikts hervor und betont auch die Wichtigkeit einer geteilten Gruppenidentität. Soziale Bewegungen sollen im Folgenden unter dieser Definition betrachtet werden, obgleich keine Definition erschöpfend sein kann, da soziale Bewegungen ein sich ständig wandelndes Phänomen sind.

Die Pluralität sozialer Bewegungen drückt sich auch in der Vielzahl an Perspektiven und Fragerichtungen auf diese aus, die von der Analyse des Entstehungskontextes, über die Betrachtung der inneren Dynamiken, bis hin zur Untersuchung der Auswirkungen auf die Gesellschaft und ihre politischen Systeme reichen (Weisskircher, 2022). Insgesamt lassen sich zwei wesentliche Fragerichtungen identifizieren, die die Forschung prägen. Einige Studien fragen primär nach externen Entstehungsbedingungen, sie erklären die Entstehung sozialer Bewegungen aufgrund von strukturellen Spannungen in der Gesellschaft oder politischen Gelegenheitsstrukturen. Andere Ansätze wiederum konzentrieren sich auf interne Aspekte. Also Fragen, wie ein Gefühl der Zugehörigkeit aufgebaut und aufrechterhalten wird, wie Themen vermittelt und legitimiert werden und nach der Fähigkeit, Ressourcen zu gewinnen und effektiv einzusetzen (ebd.). In dieser Untersuchung soll es vor allem um diese zweite Frage Richtung, also interne Betrachtungsweisen, gehen.

In der wissenssoziologischen Erforschung sozialer Bewegungen wird der Fokus auf die Bedeutung sozialer Bewegungen für unsere Gesellschaft gelegt und nicht darauf, wie sie entstehen (Della Porta & Pavan, 2017). Wissenssoziologische Praktiken in der Forschung zu sozialen Bewegungen sind bislang weniger präsent. Der Fokus zur Erforschung sozialer Bewegungen lag lange Zeit auf rationalen und äußeren Faktoren (ebd.). Seit dem Aufkommen der „Neuen Sozialen Bewegungen“ werden vermehrt identitätsstiftende Aspekte und Framing untersucht, was sich wissenssoziologischen Perspektiven annähert. Della Porta und Pavan unterstreichen die Bedeutsamkeit der Anerkennung sozialer Bewegungen als Wissenserzeuger, um sie ganzheitlich zu verstehen. Soziale Bewegungen tragen für sie nicht nur durch ihre offensichtlichen Bemühungen zu einer Veränderung von Politik und Gesellschaft bei, sondern auch durch die Herausarbeitung von alternativer Epistemologie (ebd.).

Es gibt einige diskursanalytische Forschungen zu Konfliktdiskursen wie beispielsweise dem Umweltdiskurs, in denen untersucht wird, wie Konflikte erzeugt und kommuniziert werden (Keller, 2011b). Diese Forschungen fokussieren sich jedoch auf das Gesprochene, ohne Machtstrukturen, Praktiken und die Rolle von sozialen Bewegungen in der Erzeugung neuer Epistemologie zu betrachten.

Die wissenssoziologische Forschung zu sozialen Bewegungen weist entsprechend einige Lücken auf, an denen meine Studie ansetzen soll. Vor allem die Frage, wie soziale Bewegungen zur Wissenskonstruktion beitragen, bedarf meiner Ansicht nach mehr Aufmerksamkeit. Eine Besonderheit meiner Untersuchung liegt in der Verschränkung von Ethnografie und Wissenssoziologie, die es ermöglicht subjektive Erfahrungen abzubilden und in einen strukturellen Kontext von Macht einzubinden.

3 Theoretischer Hintergrund

Die nachfolgenden Überlegungen stützen sich auf Berger und Luckmanns These, dass Wirklichkeit gesellschaftlich konstruiert ist. Dies meint, dass Dinge nicht unabhängig von unserer Wahrnehmung und der diskursiven Interaktion zwischen Menschen bestehen. Genauer heißt das, dass bestimmte Dinge zwar sehr wohl objektiv existieren – wie wir jedoch über sie reden und sie infolgedessen wahrnehmen, kann niemals objektiv richtig sein. Trotzdem einigen sich viele Gesellschaften auf einen mehr oder weniger geteilten Wissensbestand, welcher die gesellschaftliche Wirklichkeit definiert, und menschliches Zusammenleben ermöglicht. Er entsteht in gesellschaftlichen Situationen und wird durch diese weitergegeben. Viele Individuen sehen diesen Wissensstand als Realität an und hinterfragen ihn nicht. Von Soziolog:innen kann ebendieser Wissensbestand jedoch niemals als der einzig Wahre hingenommen werden (Berger & Luckmann, 1999).

Meine Analysen folgen dem Pfad der Wissenssoziologie, wobei mikrosoziologische Situationen hinterfragt und dekonstruiert werden, um die Fragilität der gesellschaftlich geteilten Definition von „Wirklichkeit“ aufzuzeigen. Soziale Bewegungen bieten hierfür ein gutes Beispiel, da sie bestehendes Wissen aktiv hinterfragen sowie Neues produzieren und vermitteln. Durch das Analysieren sozialer Interaktionen und das Hinterfragen emergenter Bedeutungen, erkennt der dramaturgische Ansatz an, dass die Bedeutungsgenerierung ein kontinuierliches Ergebnis menschlicher Interaktion ist, das fortwährend von Wandel und Ambiguität geprägt ist (Benford & Hunt, 1992). Diese Perspektive ermöglicht es, die subtilen Mechanismen zu erkennen, durch die die soziale Ordnung aufrechterhalten und verändert wird. Soziale Bewegungen tragen zur Konstruktion und Verbreitung spezifischer Wissensbestände bei, indem sie bestimmte Themen und Perspektiven in den Vordergrund rücken.

Durch ihre Inszenierungen können [soziale Bewegungen] die öffentliche Wahrnehmung und das Verständnis sozialer Realitäten beeinflussen und damit zur sozialen Konstruktion von gesellschaftlicher Wirklichkeit beitragen.

Durch ihre Inszenierungen können sie die öffentliche Wahrnehmung und das Verständnis sozialer Realitäten beeinflussen und damit zur sozialen Konstruktion von gesellschaftlicher Wirklichkeit beitragen. Sie schaffen Räume für alternative Sichtweisen und fordern bestehende Machtverhältnisse heraus (Aderhold, 2010). Die Untersuchung dieser Prozesse bietet tiefe Einblicke in die Mechanismen sozialen und mentalen Wandels und wie sie „Wahrheiten“ in der Gesellschaft prägen.

4 Methodik

Angesichts des Umfangs dieser Studie habe ich mich dazu entschieden, mich auf eine Protestaktion zu konzentrieren und diese umso genauer zu untersuchen, statt viele Beobachtungen oberflächlich zu behandeln. Diese Untersuchung erhebt daher nicht den Anspruch, eine ausgearbeitete Theorie zu entwickeln, sondern möchte erste Impulse für mögliche weitere Forschungen geben und einen Denkprozess anstoßen.

Das Beobachtungsfeld sozialer Bewegungen ist vielfältig. Meine Analyse bezieht sich auf das „Bündnis gegen den Fleischkongress“, einen Zusammenschluss von Bewegungen, der gegen den jährlichen Fleischindustriekongress in Mainz protestiert. Die Auswahl meines Forschungsfeldes war nicht geplant. Bewusst gewählt war lediglich das Thema „Soziale Bewegungen“. Im Rahmen

offener Feldforschung beobachtete ich verschiedene Bewegungen in unterschiedlichen Kontexten. Der Fokus auf die Protestaktion ergab sich im Forschungsprozess. Durch ein Plakat wurde ich zufällig auf die Aktion aufmerksam und entschloss mich, sie zu beobachten. Die Entscheidung war weniger eine strategische Vorauswahl, sondern vielmehr das Ergebnis meiner Feldpositionierung. Das Material der Kundgebung erwies sich als besonders reichhaltig und die anschaulichen Felddynamiken weckten mein soziologisches Interesse. Die Fallauswahl folgte demnach ethnografischen Prinzipien und wissenssoziologischer Annahmen, wonach Forschung stets situiert ist.

Der ethnografische Blick konzentriert sich „auf jene Aspekte der Wirklichkeit, die [alltägliche Teilnehmer] gleichsam als selbstverständlich voraussetzen, [...] und fragt, wie es die Teilnehmer schaffen, sich selbst und anderen gegenüber soziale Fakten zu schaffen“ (Lüders, 2017, S. 390). Die ethnografische Forschung eignet sich daher gut, um die Dynamiken sozialer Bewegungen zu untersuchen, da sie ein vertieftes Verständnis sozialer Praktiken und Bedeutungszuschreibungen ermöglicht. Ethnografisches Arbeiten zeichnet sich durch einen ständigen Wechsel zwischen Teilnahme, Beobachtung und Reflexion dieser Erfahrungen aus. Meine Untersuchung basiert auf Daten aus teilnehmend (-verdeckten) Beobachtungen sowie auf Diskursanalysen. Die erhobenen Daten werden nicht als neutrale Informationen verstanden, sondern als Ergebnis eines interpretativen Prozesses (Breidenstein et al., 2020). Ein wichtiger Bestandteil ethnografischer Forschung besteht in der Dokumentation von Beobachtungen im Feld (ebd.). Ich habe Notizen zu Reden und Sprechchören, Gestiken und Körperhaltung, und ähnlichem angefertigt. Gleichzeitig habe ich ein Aufnahmegerät laufen lassen, dessen Aufzeichnung ich später transkribiert habe. Als zusätzliche Gedächtnisstütze habe ich Fotos aufgenommen. Diese Daten habe ich zu Beobachtungsprotokollen verarbeitet. Diese Nacherzählung oder „dichte Beschreibung“ dient der Nachvollziehbarkeit der von mir beobachteten Situationen (ebd.). Dabei ist es als Forscherin wichtig, das als selbstverständlich Wahrgenommene kritisch zu reflektieren und methodisch zu verfremden (ebd.). Dies erfordert eine kontinuierliche Reflexion meines eigenen Forschungsprozesses, die in Form von Memos geleistet wurde.

Bei der Auswertung der Daten bin ich den Konzepten der Grounded Theory gefolgt. Diese ist von der Idee des Entdeckens geleitet. Eine empirische Theorie entsteht aus dem Datenmaterial heraus. Hierzu wird ein zirkulärer Forschungsprozess aus Beobachten, Verschriftlichen, Lesen, Vergleichen, Kodieren, Kategorisieren und Reflektieren angewandt. Der Prozess der Themenfindung umfasst nicht nur die Analyse des Datenmaterials, sondern basiert auch auf der Lektüre von Fachliteratur und einem ständigen Überarbeiten (Breidenstein et al., 2020). Meine Methode weicht an diesem Punkt geringfügig von der Ethnografie ab und vermischt sich mit dem Vorgehen der wissenssoziologischen Diskursanalyse (WDA), da ich mich besonders darauf fokussiere, wie soziale Wirklichkeit durch Sprache geschaffen wird und Wissen in ihr zirkuliert. So werden in meiner Studie die Methoden der Ethnografie mit dem theoretischen Ansatz der WDA kombiniert.

Die WDA entstand aus dem wissenssoziologischen Paradigma von Berger und Luckmann in Kombination mit der Diskursanalyse von Foucault. Wie aus dem Kapitel „Theoretischer Hintergrund“ hervorgeht, betrachten die Autoren soziale Wirklichkeit als diskursiv hergestellt (Berger & Luckmann, 1999). In der WDA soll genau diese Analyse von Konstruktionsprozessen im Mittelpunkt stehen. In der Tradition Foucaults werden dabei auch Machtstrukturen betrachtet, denn Wissen bedeutet immer auch Macht in dem Sinne, dass man den Diskurs steuert und somit Definitionsmacht über die intersubjektive Wirklichkeit hat. So gibt es nach Foucault, „keine Machtbeziehung [...], ohne dass sich ein entsprechendes Wissensfeld konstituiert, und kein Wissen, das nicht gleichzeitig Machtbeziehungen voraussetzt und konstituiert“ (Foucault, 2021, S. 39). Durch Diskurse wird

Bedeutung generiert. Dabei dienen Diskurse als Bedingung für soziale Phänomene und gleichzeitig sind sie als Manifestation derselben zu verstehen. Sie manifestieren sich in Form von Kommunikation, Texten, Artefakten und Handlungen. So werden sie zur Grundlage der Realitätskonstruktion sozialer Akteur:innen (Keller, 2011b).

Darüber hinaus zielen Diskurse darauf ab, „Sinnformen über die Zeit hinweg zu stabilisieren und dadurch einen bindenden Horizont von Deutungen, Werten und Handlungen beziehungsweise Handlungsfähigkeiten in sozialen Kollektiven aufrechtzuerhalten“ (Keller, 2012, S. 45). Diskurse werden also als Praktiken verstanden, die das, worüber sie sprechen, aktiv hervorbringen. Der Mensch muss sie aktiv vollziehen und ist dabei an weitere diskursiv vorgegebene Wahrheiten und Regeln gebunden. Dabei beschränkt sich der Diskursbegriff nicht auf das gesprochene Wort, sondern umfasst auch andere Praktiken, die Bedeutungen vermitteln, wie zum Beispiel das Visuelle. Alle diese Praktiken werden als in institutionelle und historische Kontexte eingebettet betrachtet, die bestimmen, was als legitimes Wissen gilt (ebd.). Diskurse bilden somit immer auch Machtstrukturen, in denen Kämpfe um die Deutungsmacht ausgetragen werden. Dabei stehen Diskurse immer in Konkurrenz zu anderen Diskursen, indem sie um Legitimation ringen, wobei nicht unbedingt die Diskurskoalition mit den besseren Argumenten gewinnt. Nach Keller gibt es verschiedene Einflussfaktoren für die Durchsetzung einer Definition oder Sinnstruktur, welcher die WDA auf den Grund gehen möchte (Keller, 2011b).

Methodisch greift die WDA häufig die Instrumentarien der Ethnografie und der Grounded Theory auf. So verweist Keller beispielsweise bei der Datensammlung, dem Sampling und dem analytischen Kodieren auf das Vorgehen der Grounded Theory (Keller, 2011a). Mithilfe von vier Taktiken sollen Diskurse eingeordnet und gedeutet werden. Keller bezeichnet diese als „Interpretationsrepertoire“. Dieses Repertoire ist immer von den jeweils aktuellen Diskursen und Interpretationen geprägt. Es umfasst: Deutungsmuster, Klassifikationen, Phänomenstrukturen und narrative Strukturen (Keller, 2012).

Wissenssoziologische Diskursanalysen zielen somit darauf ab, Strukturen, Strategien und Prozesse zu identifizieren, durch die Diskurse Wirklichkeit formen. Dabei wird insbesondere untersucht, wie Diskurse konstituiert, konstruiert, kontextualisiert und mit Bedeutung versehen werden. Die WDA ist daher besonders geeignet, die komplexen Wechselwirkungen zwischen Wissen, Macht und sozialer Praxis zu analysieren (ebd.).

4.1 Wissenssoziologische Einordnung einer Protestaktion

Keller (2009) sieht Wissen nie als neutral – denn es ist seiner Ansicht nach sozial konstruiert, sprachlich vermittelt und durch kulturelle Ordnungen geprägt. Soziale Bewegungen produzieren Gegenwissen zu bestehenden Wissensstrukturen. Dieses Wissen entsteht nicht im luftleeren Raum, sondern in spezifischen Diskursfeldern – etwa Medien, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft –, in denen verschiedene Akteur:innen mit unterschiedlichen Ressourcen konkurrieren (Keller, 2012). Sie nutzen Taktiken, um die soziale Wirklichkeit so darzustellen, dass sie Menschen emotional erreichen und sie für ihre Ziele gewinnen können.

Im Folgenden werden die vier Taktiken der WDA auf die im Kapitel „Methodik“ beschriebene Protestaktion angewandt. Sie zeigen, wie soziale Bewegungen gesellschaftliche Wirklichkeit strukturieren, und alternative Wahrheiten sowie Legitimität erzeugen.

4.2 Deutungsmuster: (Un-)Gerechtigkeit

Deutungsmuster sind kulturell geteilte Interpretationsrahmen, an denen sich Menschen orientieren, um Dinge einzuordnen. Sie strukturieren Wahrnehmung, Emotion und Handlung. Deutungsmuster liegen unserem Denken meist als impliziter Wissensvorrat zugrunde (Keller, 2011b; 2012). In der von mir beobachteten Protestaktion dominiert das Deutungsmuster der (Un-)Gerechtigkeit: Die Aktivist:innen stellen Ausbeutung – von Tieren, Menschen und Umwelt – als moralisches Problem dar. Dieses Muster aktiviert grundlegende gesellschaftliche Werte wie Gleichheit, Fürsorge und Verantwortung.

Die Fleischindustrie wird als Symbol systematischer Ungerechtigkeit dargestellt. Begriffe wie „menschenfeindliche Arbeitsbedingungen“ oder „unbeschreibliches Leid fühlender Lebewesen“ emotionalisieren und rufen zum Handeln auf. Das Deutungsmuster erleichtert Solidarisierung, da es auf verbreitete moralische Grundüberzeugungen rekurriert.

4.3 Klassifikation: Gut gegen Böse

Klassifikationen ordnen Phänomene in vereinfachte Kategorien. Sie reduzieren Komplexität, sind aber nie neutral. Individuelle Klassifikationen können voneinander abweichen, weshalb es immer einen Deutungskampf um die „richtige“ Zuordnung gibt (Keller, 2011b; 2012). Die Kategorisierung erleichtert es, nicht Individuen zu sehen, sondern Kollektive, denen Eigenschaften wie gut oder böse zugeschrieben werden. Beim Fleischkongress werden „engagierte und zukunftsorientierte“ Bürger:innen den „profitgetriebenen“ Vertreter:innen der Fleischindustrie gegenübergestellt. Die Protestaktionen arbeiten mit einer dichotomen Klassifikation: Aktivist:innen werden als „Rettende“ dargestellt – informiert, empathisch, moralisch integer. Die Fleischindustrie erscheint als „Täterin“ – profitorientiert, ausbeuterisch, unmenschlich.

Klassifikationen verschärfen Polarisierung. Sie fördern ein „Wir-gegen-sie“-Denken, das Zugehörigkeit stärkt, aber zugleich Differenzierung erschwert. Die Komplexität individueller Positionen tritt zugunsten kollektiver Deutungsangebote zurück.

4.4 Phänomenstruktur: Fleischindustrie als gesellschaftliches Problem

Phänomenstrukturen beschreiben, wie soziale Phänomene dargestellt werden. Die Phänomenstrukturen beinhalten dabei mehrere Dimensionen, die das Bezugsphänomen, hier die Fleischindustrie, konstituieren und damit einen unterschiedlichen Fokus setzen. Denn die Art und Weise, wie ein Phänomen beschrieben wird, kann variieren (Keller, 2011b). Die Fleischindustrie wird in der beobachteten Situation als Problem konstituiert. Die Ursachen werden in der Massentierhaltung und der Tierquälerei gesehen. Dabei wird die Verantwortung bei den Handelnden in der Politik gesehen. Der Redner betont, die Verantwortung der Politik, eine „ausbeuterische Industrie“ nicht zu unterstützen und weist auf die lokalen und globalen Folgen ihres Handelns hin.

Eine alternative Problemkonstruktion wäre beispielsweise die ethischen Bedenken in den Vordergrund zu rücken und die Verantwortung bei den Konsument:innen zu suchen. Auf diese Phänomenstruktur wird hier jedoch nicht zurückgegriffen. Unterschiedliche Ursachen und Verantwortungszuschreibungen bedingen auch, was als Lösungsvorschlag gesehen wird. Dadurch entstehen

unterschiedliche Diskursdynamiken – mit je eigener Reichweite und gesellschaftlicher Anschlussfähigkeit.

4.5 Narrative Struktur: David gegen Goliath

Narrative fügen Deutungsmuster, Klassifikationen und Phänomenstrukturen zu kohärenten Geschichten zusammen. Sie bilden einen roten Faden, indem sie eine leicht nachvollziehbare und einprägsame Geschichte erzählen. Dabei werden oft Muster wie Held:innen- oder Untergangsgeschichten erzählt. Die Erzählstrukturen ähneln Dramen. Sie informieren nicht nur, sondern motivieren und binden Menschen emotional ein (Keller, 2012).

In der Protestaktion wird ein klassisches David-gegen-Goliath-Narrativ verwendet: Die Protestierenden stellen sich als moralisch überlegen, aber mit weniger Ressourcen ausgestattet dar. Es geht um den Kampf gegen eine ungleich mächtigere Gegnerin, die Fleischindustrie. Die Aktion erzählt die Geschichte von wirkmächtigen Bürger:innen, die gegen die Politik und die Fleischlobby aufbegehren und sich für Gerechtigkeit und Moral einsetzen. Dadurch wird ein Gemeinschaftsgefühl des „Wir gegen die“ erzeugt. Die Erzählstruktur impliziert, dass Politiker:innen und die Fleischindustrie nur am Profit interessiert sind und nicht am langfristigen Wohl der Bürger:innen. Innerhalb dieser Geschichten sind die Aktivist:innen Kämpfende für ethische Werte und Menschlichkeit. Die Aktion impliziert, dass Individuen etwas verändern können, und ermutigt zu Protest und Selbstwirksamkeit. Der Redner beendet die Petitionsübergabe an eine Politikerin mit den Worten: „Ich glaube, wir sehen uns hier nächstes Jahr wieder und wir werden mehr Leute sein als heute.“ Er appelliert damit an den Kampfgeist des Publikums und mobilisiert die Menschen, nächstes Jahr wieder teilzunehmen und noch mehr zu geben. Der erfolglose Ausgang der Kundgebung und der Petitionsübergabe wird so umgedeutet. Es wird keine Enttäuschung oder Resignation gezeigt, sondern der Redner betont, dass das Kollektiv nicht aufgeben wird. Dies ist eine implizite Aufforderung an das Publikum, weiter für ihr Anliegen zu kämpfen.

Solche Narrative sind anschlussfähig, weil sie einfache Rollen anbieten (Held:in vs. Gegner:in), individuelle Handlungsmöglichkeiten betonen und moralische Eindeutigkeit versprechen. Sie funktionieren wie dramatische Erzählungen – mit klaren Konflikten, Wendepunkten und Zielen.

5 Dramaturgie und Macht in sozialen Bewegungen

Soziale Bewegungen, Macht und Wissensproduktion sind eng verwoben. Sie alle wirken zusammen, um sozialen Wandel herbeizuführen. Ihr Zusammenspiel lässt sich besonders anschaulich über die Metapher des Theaters beschreiben. Bereits seit der Antike werden soziale Prozesse durch Begriffe wie Rolle, Bühne, Skript und Publikum veranschaulicht. Diese Metaphorik erinnert an die Konstruiertheit sozialer Wirklichkeit – und an die Notwendigkeit, gesellschaftliche Rollen aktiv darzustellen (Kolesch, 2008).

Anstatt Inszenierung als Täuschung zu verstehen, plädiert diese Studie für eine erkenntnistheoretische Perspektive, die Darstellung als Bedingung von Wahrnehmbarkeit begreift: Alles, was für uns existiert, muss dargestellt werden – sei es sprachlich, symbolisch oder körperlich. Die moderne Ablehnung von Inszenierung, etwa als „Inszenierte Nicht-Inszeniertheit“ (Kolesch, 2008, S. 23), also die bewusste Darstellung von etwas in einer Art und Weise, sodass es gesellschaftlich als

nicht dargestellt oder echt wahrgenommen wird, verkennt diese grundlegende Bedingung sozialer Kommunikation. Etwas muss immer inszeniert werden, um es darzustellen.

Erving Goffmans Konzept der „dramaturgischen Interaktion“ liefert ein analytisches Werkzeug, um soziale Wirklichkeit als Ergebnis bewusster und unbewusster Inszenierungen zu verstehen. Das „Selbst“ erscheint hier nicht als feste Entität, sondern als „dramatische Wirkung“ – erzeugt in der sozialen Interaktion. Entscheidend ist dabei nicht, ob eine Darstellung „wahr“ ist, sondern ob sie glaubwürdig wirkt (Goffman, 2021). Während Goffmans Konzept für mikrosoziologische Situationen entwickelt wurde, beschreiben Benford und Hunt, basierend auf Goffmans Theorie, vier dramaturgische Taktiken, mit denen soziale Bewegungen alternative Realitäten inszenieren und gesellschaftliche Machtverhältnisse herausfordern (Benford & Hunt, 1992). Diese dramaturgischen Taktiken operationalisieren Goffmans Überlegungen und bringen sie auf eine kollektive Ebene. Um Deutungshoheit zu erlangen, müssen Soziale Bewegungen Narrative entwickeln, moralische Plausibilität erzeugen und sich als handlungsfähige Akteure präsentieren. Im Folgenden werde ich diese Taktiken vorstellen und mit Goffmans Konzept der dramaturgischen Interaktion vergleichen.

Scripting: Bewegungen entwerfen ein Skript, das Normen, Werte und Deutungen umfasst. Es dient als symbolische Grundlage kollektiver Identität und orientiert das Handeln. Goffman (2021) spricht in diesem Zusammenhang von der „Hinterbühne“ – dem Ort, an dem Rollen vorbereitet werden.

Staging: Die Inszenierung im physischen und symbolischen Raum umfasst die Gestaltung von Orten, Requisiten und Symbolen. Kleidung, Körpersprache und Raumverteilung erzeugen Bedeutungen (Benford & Hunt, 1992) – vergleichbar mit Goffmans (2021) „Fassade“, die der Darstellung Kohärenz verleiht.

Performing: In der konkreten Handlung wird das Skript lebendig. Hier zeigt sich die kollektive Selbstwirksamkeit der Bewegung. Die öffentliche Aufführung erzeugt Emotionen, verfestigt Rollenbilder und demonstriert moralische Überlegenheit (Benford & Hunt, 1992). Goffmans (2021) „Vorderbühne“ ist der Ort dieser Darstellung – sie kommuniziert Entschlossenheit und moralische Integrität.

Interpreting: Die Rezeption und Deutung der Inszenierung entscheiden über ihre Wirkung. Interpretationen sind vielfältig und kontextabhängig. Bewegungen nutzen visuelle, sprachliche und narrative Mittel, um Wahrnehmungen zu lenken (Benford & Hunt, 1992). Goffmans (2021) Konzept der „Ausdruckskontrolle“ beschreibt diesen Prozess als entscheidend für die Glaubwürdigkeit einer Rolle.

Indem soziale Bewegungen Gegenwissen erzeugen, verschieben sie die Grenzen des Sag- und Denkbaren.

Diese Taktiken wirken nicht isoliert, sondern sind miteinander verwoben. Gemeinsam ermöglichen sie es, bestehende Wirklichkeitsdeutungen in Frage zu stellen und neue Deutungsmuster zu etablieren. Der Diskursraum, in dem sie wirken, ist dabei nie neutral: Er ist strukturiert durch bestehende Machtverhältnisse. Foucaults (2021) bereits oben beschriebene Theorie, dass Wissen stets machtförmig organisiert ist, trifft auch auf soziale Bewegungen zu – sie sind Produkte des Diskurses, gestalten ihn aber zugleich aktiv mit (Baumgarten & Ullrich, 2012; Gunzelmann, 2019). Innerhalb dieses Wissensraums verhandeln soziale Bewegungen intern Wissen. So können neue Interpretationsweisen ent-

Diese Taktiken wirken nicht isoliert, sondern sind miteinander verwoben. Gemeinsam ermöglichen sie es, bestehende Wirklichkeitsdeutungen in Frage zu stellen und neue Deutungsmuster zu etablieren. Der Diskursraum, in dem sie wirken, ist dabei nie neutral: Er ist strukturiert durch bestehende Machtverhältnisse.

Dramaturgie ist dabei kein Nebenaspekt, sondern konstitutiver Bestandteil politischer Wirkung.

stehen. Indem soziale Bewegungen Gegenwissen erzeugen, verschieben sie die Grenzen des Sag- und Denkbaren. Sie mobilisieren durch Inszenierung, verändern gesellschaftliche Wahrnehmung und fordern dominante Wissensregime heraus. Dramaturgie ist dabei kein Nebenaspekt, sondern konstitutiver Bestandteil politischer Wirkung.

6 Dramaturgische Analyse einer Protestaktion

Die von mir beobachtete Protestaktion gegen den Fleischkongress in Mainz, die ich zuvor schon wissenssoziologisch analysiert habe, zeigt beispielhaft, wie soziale Bewegungen durch dramaturgische Taktiken ihre Botschaften vermitteln, Deutungsmuster verankern und kollektive Identität schaffen. Die vier zentralen Taktiken nach Benford und Hunt (1992) – Scripting, Staging, Performing und Interpreting – strukturieren dabei meinen Analyseansatz.

6.1 Scripting: Die Erzählung gestalten

Das Scripting formt das narrative Gerüst der Aktion: Die Protestierenden inszenieren sich als moralisch motivierte Akteur:innen im Kampf gegen eine ausbeuterische Industrie. Protagonist:innen sind Aktivist:innen und Unterstützer:innen der Petition; Antagonist:innen sind Vertreter:innen der Fleischindustrie – bezeichnet als „Mörder“ und Symbol für Umweltzerstörung, Tierleid und soziale Ausbeutung. Dabei wird auf schlechte Ereignisse Bezug genommen, um die Zuschreibung der Antagonist:innen zu rechtfertigen.

Die desaströsen Auswirkungen der Fleischindustrie auf die Klimakatastrophe und das Artensterben werden dabei ebenso gekonnt ignoriert wie die menschenfeindlichen Arbeitsbedingungen in Schlacht- und Zerlegebetrieben. Und nicht zuletzt: das unbeschreibliche Leid unzähliger fühlender Lebewesen. In der Stadt Mainz, in der Fairtrade-Stadt Mainz, ist kein Platz für einen Branchen-Treffen dieser Art. (Auszug einer Rede: Die desaströsen Auswirkungen der Fleischindustrie)

Emotional aufgeladene Begriffe („unzählige fühlende Lebewesen“) visualisieren das Leid und verstärken das moralische Argument. Das Wir-Gefühl wird durch direkte Ansprache des Publikums („Gemeinsam mit Ihnen..“) sowie durch klare Rollenzuweisung gefestigt. Durch lokale Bezüge („Fairtrade-Stadt Mainz“) wird der Protest im gesellschaftlichen Kontext verankert. Die Definition eines Feindbildes stärkt auch die eigene Identitätsbildung als moralisch überlegenes Gegenstück der Antagonist:innen. Das Scripting erzeugt so ein kohärentes Narrativ, das sowohl identitätsstiftend als auch mobilisierend wirkt.

6.2 Staging: Die Szene arrangieren

Die räumliche, visuelle und symbolische Gestaltung des Protestes verstärkt die dramaturgische Wirkung. Die Aktivist:innen positionieren sich geschlossen vor der Bühne, während die Teilnehmenden des Fleischkongresses – erkennbar an formeller Kleidung und Sektgläsern – abseits oder hinter Fenstern bleiben. Diese Trennung im Raum spiegelt die moralische Abgrenzung und Antagonismen wider.

Visuelle Marker, wie Protestplakate und ein Pappschwein in einem engen Käfig, veranschaulichen das Tierleid und emotionalisieren.



Abbildung 1: Foto der Bühne; Quelle: Greenpeace Mainz-Wiesbaden (2023).

Die Auswahl und gezielte Verlesung von Programmpunkten des Kongresses, wie in dem folgenden Auszug deutlich wird, wird genutzt, um den Fleischkongress als eine Art Verschwörungstreffen der Fleischindustrie zu inszenieren, das Menschen bewusst zu mehr Fleischkonsum verführen soll. Die Bühne wird zum performativen Raum kollektiver Selbstvergewisserung, in dem Werte sichtbar und normativ aufgeladen werden.

Ich lese noch mal vor aus dem Programm: ähm um 16 Uhr 10, konnten wir dort leider nicht hören: ‚Fleischbashing stoppen, neue Kommunikationskampagnen für selbstbewussten Genuss von Fleisch und Wurst‘. Genau, und dann haben wir noch auf dem Programm, das kommt dann morgen um 12 Uhr 15: ‚Angriff ist besser als Verteidigung: Fleisch und Wurst erfolgreich verkaufen [Buh-Rufe] – worauf kommt es heute und in Zukunft an?‘ (Auszug einer Rede: Programmpunkte Fleischkongress)

6.3 Performing: Die Forderung verkörpern

Performing ist das aktive Handeln; Macht wird demonstriert und inszeniert. Dabei wird ein Gefühl der Selbstwirksamkeit erfahren (Benford & Hunt, 1992). Die konkrete Durchführung – Reden, Sprechchöre, symbolische Handlungen – verdichtet die Inszenierung zu einem kollektiven Auftritt. Das Ausbuhen der Politikerin, die den Fleischkongress genehmigte, oder Rufe wie „Brecht die Macht der Mörder und Konzerne“ wirken im Alltag provokant, erscheinen im Rahmen der Protestaktion jedoch als legitime Ausdrucksform moralischer Empörung und entfachen Emotionen.

Durch das kollektive Handeln entsteht ein Gemeinschaftsgefühl, das sich in Applaus, Zustimmung und Körpersprache manifestiert. Das Aktivwerden gibt den Aktivist:innen Macht – sie nehmen empfundene Ungerechtigkeiten nicht hin, sondern widersetzen sich. So können sie einen Einfluss auf die Gesellschaft haben, indem die Kundgebung den ruhigen Ablauf des Kongresses stört und ihn somit denormalisiert.

Die symbolische Übergabe der Petition an die Politikerin stellt eine performative Handlung dar, die politische Einflussnahme suggeriert und ein Gefühl von Selbstwirksamkeit erzeugt.

Unsere Petition ‚Nein zum deutschen Fleischkongress in Mainz‘ wurde seit August von weit über 20.000 Menschen unterschrieben. Gemeinsam mit euch, gemeinsam mit Ihnen, fordern wir Sie, Frau Matz und auch Herrn Haase [zeigt auf den leeren Stuhl], den fordern wir auch dazu auf, ihrer lokalen und globalen Verantwortung gerecht zu werden. Und dem deutschen Fleischkongress in Mainz ein für alle Mal die Plattform zu entziehen. [Beifall] Frau Matz, hier finden Sie die Namen aller bisherigen Unterstützer:innen unserer Petition. An dieser Stelle noch mal ein großes Dankeschön an euch alle, die sich hier bereits mit uns auf den Weg gemacht haben. Danke, ihr seid ganz toll. [Beifall] (Auszug einer Rede: Petitionsübergabe)

6.4 Interpreting: Die Bedeutung formen

Interpretation ist ein fortlaufender Prozess innerhalb der Bewegung wie auch im gesellschaftlichen Diskurs. Die Aktivist:innen deuten ihr Engagement als moralisch gerechtfertigt und notwendig. Die Gegenseite wird als unmoralisch klassifiziert. Diese Deutung wird nicht nur argumentativ, sondern auch performativ und visuell gestützt.



Abbildung 2: Aktionsposter zur Protestkundgebung, Quelle: Kolibri Kollektiv (2023).

Auf dem Aktionsposter wird Tierleid visuell dargestellt. Blut tropft von der Fassade der Kongresshalle in Mainz und suggeriert, dass alle Teilnehmenden sinnbildlich gesprochen das Blut vieler Tiere an den Händen haften haben.

Bezüge auf gesellschaftlich geteilte Werte (z.B. Gerechtigkeit, Verantwortung) stärken die eigene Position. Die Aktivist:innen interpretieren ihre Handlungen im Einklang mit dem Leitbild der Stadt Mainz – und positionieren sich so als legitimer Teil der Zivilgesellschaft.

Wir haben mal geschaut, in Ihren Umweltleitlinien steht: ‚die Einhaltung der Grundwerte hinsichtlich Menschenrechten, Arbeitsnormen und Umweltschutz sind für uns selbstverständlich‘ – wie kann hier das zentrale Treffen mit dieser Leitlinie ausgerichtet werden von einer Industrie, die diese Werte wirklich mit allen Füßen, die sie zur Verfügung hat, tritt? (Auszug einer Rede: Leitlinien der Stadt Mainz)

Das Publikum wird durch diese Deutungen vor eine binäre Entscheidung gestellt: Teil der Lösung („Pflanzen machen alle satt“) oder Teil des Problems („Mörder und Konzerne“) zu sein.

7 Sozialer Wandel durch Diskurse?

Abschließend stellt sich die Frage, ob und wie Diskurse nun sozialen Wandel bewirken können. Keller definiert sozialen Wandel als „soziokulturellen Transformationsprozess [...], der durch Diskurse vermittelt wird“ (2011b, S. 279). Aber wann und wie können in der Vorstrukturiertheit von Diskursen neue Deutungsangebote entstehen? Keller stellt die These auf, dass es dazu eines Ereignisses bedarf, das alte Deutungsmuster inkonsistent und nicht mehr übertragbar macht. In der Regel haben wir Deutungsmuster weitgehend verinnerlicht und wenden sie unbewusst in unserer Wahrnehmung an. Dabei deuten wir Phänomene in der Regel so, dass sie zu dem passen, was wir kennen und hinterfragen unsere Deutungen nicht. Lassen sich Phänomene jedoch nicht eindeutig einordnen, suchen wir nach neuen Interpretationen (ebd.). Um es in Kellers Worten zu sagen: „[Es] lässt sich die These formulieren, dass Irritationserfahrungen auf der Ebene kollektiver Wissensvorräte beziehungsweise symbolischer Ordnungen zum Katalysator von Diskursen werden, die ‚neue‘ Interpretationen generieren und damit in Konkurrenz und Herausforderung zu den etablierten Diskursformationen treten“ (ebd., S. 291).

Im Folgenden soll dieser Prozess am Beispiel des Fleischkonsums dargestellt werden. Der Diskurs um den Fleischkonsum wird ausgelöst durch die Aufdeckung von Missständen in der Fleischindustrie oder durch die Unvereinbarkeit mit einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Lebensweise. Solche Ereignisse führen zu den oben beschriebenen Irritationserlebnissen. Dies führt zu Interpretationskonflikten, in denen Individuen, wenn sie motiviert sind, Deutungsmuster überdenken und öffentlich thematisieren können. Diese Motivation hängt immer auch mit der eigenen Positionierung und den eigenen Interessen zusammen. In der Folge entstehen Deutungs- und Interpretationskämpfe, wie sie im Bündnis gegen den Fleischkongress zum Ausdruck kommen. Dies impliziert nicht, dass die Aktivist:innen aufgrund ihrer fehlenden finanziellen Interessen eine objektivere Perspektive einnehmen, während Fleischproduzierende bewusst Sachverhalte umdeuten, um ihre Machtposition zu erhalten. Vielmehr können unterschiedliche Positionierungen, Erfahrungen und Assoziationen zu divergierenden Deutungen führen, ohne dass dies einer intentionalen Verzerrung geschuldet ist. Je nachdem, was im Leben der jeweiligen Person eine zentrale Rolle spielt, können bestimmte Irritationserfahrungen für Menschen nicht immer präsent sein, so dass eine Umdeutung nicht notwendig ist. Bei der öffentlichen Auslegung des Phänomens beziehungsweise Problems spielen auch Faktoren wie Wissenschaft und Medien eine Rolle. Konflikte werden zu Diskursen, in denen Klassifikationen, Narrative etc. miteinander konkurrieren. Soziale Bewegungen müssen sich dabei darstellen, um Menschen für ihr Anliegen zu gewinnen. Die Resonanz in der Öffentlichkeit hängt auch davon ab, wie tief das bisherige Wissensregime verwurzelt ist. Ereignisse wie diese eröffnen daher Gelegenheitsstrukturen, in denen das Interpretationsrepertoire neu ausgelegt werden kann.

8 Diskussion und Fazit

Diese Untersuchung hat gezeigt, wie soziale Bewegungen durch dramaturgische Taktiken und diskursive Strategien alternative Sichtweisen auf die Gesellschaft erzeugen, normalisieren und verbreiten. Im Zentrum stand die Frage, wie Gegenwissen entsteht, sich durch Inszenierung legitimiert und gesellschaftlich wirksam wird.

Die Kombination aus ethnografischer Beobachtung und wissenssoziologischer Diskursanalyse ermöglichte einen dichten Einblick in die symbolischen Ordnungen und Deutungsmuster sozialer Bewegungen. Besonders prägnant war die wiederkehrende Struktur eines moralischen Dualismus (Gut/Böse), das Deutungsmuster der (Un-)Gerechtigkeit und das David-gegen-Goliath-Narrativ. Diese Vereinfachungen stärken die kollektive Identität, bergen jedoch auch die Gefahr von Polarisierung und Ausschluss.

Anhand der vier Taktiken – Scripting, Staging, Performing und Interpreting – wurde deutlich, wie Bewegungen ihre Themen emotional aufladen, visuell verkörpern und in kohärente Narrative übersetzen. Dabei wird die Inszenierung nicht als Täuschung verstanden, sondern als notwendiger Ausdruck sozialer Kommunikation. Der Vergleich mit Goffmans Theatermetapher erlaubt es, auch scheinbar „authentische“ Protestformen als strukturierte Wirklichkeitskonstruktionen zu analysieren.

Offen bleibt die Frage, ob Bewegungen langfristig erfolgreicher wären, wenn sie weniger dramatisierend und kompromissoffener kommunizieren würden – oder ob Dramatisierung gerade notwendig

Offen bleibt die Frage, ob Bewegungen langfristig erfolgreicher wären, wenn sie weniger dramatisierend und kompromissoffener kommunizieren würden.

ist, um Aufmerksamkeit zu erzeugen, neue Deutungsräume zu öffnen und Wandel einzuleiten. Dieser Spannungsbogen bietet einen fruchtbaren Ausgangspunkt für weitere Forschung. Insgesamt zeigt sich: Soziale Bewegungen sind nicht nur politische Kollektive, sondern auch Produzent:innen symbolischer Ordnung. Ihre Inszenierungen sind nicht bloß

Ausdruck, sondern Voraussetzung dafür, gesellschaftliche Wirklichkeit neu zu denken – und möglicherweise den Zeitgeist zu prägen.

Literaturverzeichnis

- Aderhold, J. (2010). Soziale Bewegungen und die Bedeutung sozialer Netzwerke. In C. Stegbauer, & R. Häußling (Hrsg.), *Handbuch Netzwerkforschung* (S. 739-754). VS Verlag.
- Baumgarten, B., & Ullrich, P. (2012). Discourse, Power and Governmentality. *Social Movement Research with and beyond Foucault*. Discussion Paper SP IV2012 -401. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Benford, R. D., & Hunt, S. A. (1992). Dramaturgy and Social Movements: The Social Construction and Communication of Power. *Sociological Inquiry* 62(1), 36–55. <https://doi.org/10.1111/j.1475-682X.1992.tb00182.x>
- Berger, P. L., & Luckmann, T. (1999). *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit: eine Theorie der Wissenssoziologie*. Fischer Taschenbuch.
- Breidenstein, G., Hirschauer, S., Kalthoff, H., & Nieswand, B. (2020). *Ethnografie: die Praxis der Feldforschung* (3. überarbeitete Aufl.). UVK Verlag.
- Della Porta, D. & Pavan, E. (2017). Repertoires of knowledge practices: social movements in times of crisis. *Qualitative Research in Organizations and Management* 12(4), 297-314. doi: 10.1108/QROM-01-2017-1483
- Diani, M. (1992). The Concept of Social Movement. *The Sociological Review* 40(1), 1–25. doi: 10.1111/j.1467-954X.1992.tb02943.x.
- Fischer-Lichte, E. (2007). *Semiotik des Theaters: Das System der theatralischen Zeichen* (Bd. 1. 5., unveränd. Aufl.). Narr.
- Foucault, M. (2021). *Überwachen und Strafen: die Geburt des Gefängnisses* (19. Aufl.). Suhrkamp.
- Goffman, E. (2021). *Wir alle spielen Theater: die Selbstdarstellung im Alltag* (19. Aufl.). Piper.
- Greenpeace Mainz-Wiesbaden. (2023). *Kundgebung gegen den Deutschen Fleischkongress in Mainz*. Greenpeace Mainz-Wiesbaden. <https://www.greenpeace-mz-wi.de/konsumwende/kundgebung-gegen-deutschen-fleischkongress-in-mainz/> (zuletzt zugegriffen am 25. Dezember 2025)
- Gunzelmann, H. (2019). Diskurse, Konflikte und Macht: Eine Foucault'sche Perspektive auf Deutungskämpfe in sozialen Bewegungen. In J. Vey, J. Leinius, & I. Hagemann (Hrsg.), *Handbuch Poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen: Ansätze, Methoden und Forschungspraxis* (S. 70-87). transcript Verlag.
- Keller, R. (2009). *Müll - Die gesellschaftliche Konstruktion des Wertvollen. Die öffentliche Diskussion über Abfall in Deutschland und Frankreich* (2. Aufl.). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Keller, R. (2011a). *Diskursforschung: eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen* (4. Aufl.). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Keller, R. (2011b). *Wissenssoziologische Diskursanalyse: Grundlegung eines Forschungsprogramms* (3. Aufl.). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Keller, R. (2012). Entering discourses: A new agenda for qualitative research and sociology of knowledge. *Qualitative Sociology Review*, 8(2), 46-75. (aktualisierte und gekürzte Fassung)
- Kolesch, D. (2008). Politik als Theater. Plädoyer für ein ungeliebtes Paar. *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 42, 35-40.
- Kolibri Kollektiv. (2023). *NEIN zum Deutschen Fleischkongress in Mainz* [Onlinepetition]. Change.org. <https://www.change.org/p/nein-zum-deutschen-fleischkongress-in-mainz/u/32040787> (zuletzt zugegriffen am 25. Dezember 2025)
- Lüders, C. (2017). Beobachten im Feld und Ethnografie. In U. Flick, E. von Kardorff, & I. Steinke (Hrsg.), *Qualitative Forschung. Ein Handbuch* (S. 384-401). Reinbek.
- Meyer, T., Ontrup, R., & Schicha, C. (2000). *Die Inszenierung des Politischen: zur Theatralität von Mediendiskursen*. Westdeutscher Verlag.
- Rucht, D. (2022). *Soziale Bewegungen*. In Staatslexikon online. https://www.staatslexikon-online.de/Lexikon/Soziale_Bewegungen
- Weisskircher, M. (2022). Politik auf der Straße? Zum Forschungsstand zu sozialen Bewegungen, Protest und Zivilgesellschaft. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 16(3), 581–98. doi: 10.1007/s12286-022-00542-8.

Arbeitskraftregime der Gastarbeiter:in- nenmigration

Der Versuch einer materialistischen
Regimeanalyse

Paula Gaier

Universität Hamburg

ÜBER
DACHT

Arbeitskraftregime der Gastarbeiter:innenmigration

Der Versuch einer materialistischen Regimeanalyse

Paula Gaier, *Universität Hamburg*

Abstract: Lassen sich mittels Sekundärquellenanalyse der Gastarbeiter:innenmigration historische Aushandlungen in einen rezenten Forschungstrend einordnen? Lässt sich die theoretische Grundlage der Analyse von einem migrantischen Grenzregime auf ein Arbeitskraftregime übertragen? Der Artikel löst die Theorie der materialistischen (Grenz-)Regimeanalyse von ihrem Fallbeispiel des „langen Sommers der Migration“ und wendet sie auf den historischen Kontext der Gastarbeiter:innenmigration zwischen 1955 und 1973 in der BRD an. Die theoretischen Kernaspekte der vorherrschenden Kräfteverhältnisse und Strukturwidersprüche dienen als roter Faden für die Charakterisierung des damaligen Arbeitskraftregimes. Somit ist die Zielsetzung die Durchführung einer systemischen Analyse und parallel die Überprüfung der Anwendbarkeit derselben. Im Rahmen der Analyse werden das neoliberale, autonome, national-konservative und linksliberal-alternative Hegemonieprojekt herausgearbeitet. In ihrem dynamischen Aushandlungsprozess um den Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit formen diese Kräfteverhältnisse seine Konkretisierung und folglich das entscheidende Charakteristikum des Arbeitskraftregimes der Gastarbeiter:innenmigration. Dementsprechend lässt sich eine Anwendbarkeit der theoretischen Grundlage auf ein anderes Fallbeispiel bejahen und öffnet mögliche Adaptionen im Forschungsfeld zu aktuellen und historischen Regimen.

Schlagworte: Gastarbeiter • Regimeanalyse • Migrationsforschung

1 Einleitung

Deutschlands Geschichte der Nachkriegszeit ist eine Geschichte der Migration und der Einwanderung im Speziellen (vgl. Bauer & Zimmermann, 1996). Damit verbunden ist das jeweilige Ringen um die Ausgestaltung der temporären Migration, ebenso wie die Regulation oder die Regulationsversuche dieser. Bedingt durch die historische Dimension im Sinne eines Weltmarkts für Arbeitskraft und des dementsprechend weltweiten Transfers für Arbeitskraft entwickeln sich Migrationsregime zu einem elementaren Bestandteil von Arbeitskraftregimen (vgl. Georgi, 2016). Wenn die Arbeitskraftpolitik durch migrationspolitische Entscheidungen so maßgeblich geprägt wird wie zu Zeiten der westdeutschen Gastarbeiter:innenmigration, dann stellt sich die Frage, inwiefern migrationstheoretische Analyseansätze auch für Arbeitskraftregime angewendet werden können.

Dieser Artikel setzt sich zum Ziel, eine materialistische (Grenz-)Regimeanalyse in ihren Grundsätzen der Gastarbeiter:innenmigration zwischen 1955 und 1973 in der BRD durchzuführen.

Grundlage für die Analyse ist der Artikel „Widersprüche im langen Sommer der Migration. Ansätze einer materialistischen Grenzregimeanalyse“ von Fabian Georgi, welcher 2016 in *PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft* erschien und sich in das erstarkende Forschungsfeld der Regimeanalysen und Regimebegriffe einordnet. In den vergangenen Jahren nimmt die Forschung zu Regimen nicht nur als politisches System, sondern schwerpunktmäßig als Netzwerk zu (vgl. Hess et al., 2018). Somit findet sich dazu zwar eine breitgefächerte Literaturgrundlage, doch sie ist ebenso heterogen wie ihre Anwendung und daher nur in adaptierter Form als theoretische Grundlage anwendbar. Für den zweiten Themenblock der Gastarbeiter:innenmigration besteht ein umfassender Forschungsstand, der auf vielfältige Art und Weise sozial(psychologisch)e sowie kulturelle Auswirkung beleuchtet. Dabei werden jedoch systemische Analysen und dementsprechend das Zusammenspiel von ökonomischen, sozialen, gesellschaftlichen, historischen und politischen Faktoren vernachlässigt, was dieser Artikel versucht zu gewährleisten.

Er ordnet sich thematisch schwerpunktmäßig kritischen Perspektiven auf Migration und damit verbunden Migrationsregimen zu und stellt den Anspruch einer Systemanalyse unter Einbeziehung verschiedener Dimensionen. Als methodische Grundlage wird die Auswertung und Kontextualisierung von wissenschaftlichen Sekundärquellen, überwiegend in Form von Artikeln aus Fachzeitschriften oder Sammelbänden, herangezogen und durch die Nutzung einzelner Internetquellen ergänzt. Als roter Faden für den Artikel gilt die Leitfrage: „Welche Kräfteverhältnisse und Strukturwidersprüche des Arbeitskraftregimes der Gastarbeiter:innenmigration lassen sich mittels einer materialistischen Regimeanalyse charakterisieren?“, woraus sich kohärent der Aufbau des Textes ergibt. Beginnend mit der Definition und theoretischen Abgrenzung des Regimebegriffs, analysiert die Ausarbeitung auf Grundlage dieser die Kräfteverhältnisse anhand der unterschiedlichen Hegemonieprojekte im Untersuchungszeitraum. Die nachfolgende Betrachtung der auftretenden Strukturwidersprüche legt einen thematischen Fokus auf die Arbeitskraftpolitik und auf den Widerspruch von Arbeit und Kapital, um abschließend den Artikel mit einem Fazit und der Rückkehr zur Leitfrage abzurunden.

2 Definition des Regimebegriffes

In den vergangenen Jahren erstarkte im Kontext der Migrationsforschung sowie auch in weiteren Forschungsfeldern, wie beispielsweise der Mobilität oder der Gender Studies der Regimebegriff. Seine Auslegung und Definition ist ebenso vielseitig wie seine Anwendung, dennoch in seinem Grundsatz der Netzwerkförmigkeit und dem Netzwerkförmig-Werden von Regimen und Macht vergleichbar (vgl. Hess et al., 2018). Um eine Abgrenzung und ein Verständnis für die Entstehung und Verwendung des hier verwendeten Regimebegriffes zu ermöglichen, erfolgt eine Darlegung der ethnographischen und materialistischen Definition von jenem.

2.1 Ethnographisch

Die ethnographische Auslegung des Regimebegriffs wird maßgeblich durch die sogenannte Transit Migration Forschungsgruppe und ihren Sammelband „Turbulente Ränder“ (2007) geprägt (vgl. Georgi, 2016). Sie versteht unter einem Regime „ein Ensemble von gesellschaftlichen Praktiken und Strukturen – [wie] Diskurse, Subjekte, staatliche Praktiken – deren Anordnung nicht von vorneherein gegeben ist, sondern das genau darin besteht, Antworten auf die durch die dynamischen Elemente und Prozesse aufgeworfenen Fragen und Probleme, zu generieren“ (Karakayali & Tsianos,

2007, S. 14). Diese ausgehandelte Dynamik (siehe Zitat) wird einerseits als autonom, kontingent und regimeimmanent betrachtet, andererseits beeinflusst durch externe Einflüsse, Zufälligkeiten und Ereignisse (vgl. Georgi, 2016). Die ethnographische Regimeanalyse verzichtet auf ökonomistische und funktionalistische Analyseebenen, um somit die Bestandteile eines Regimes in ihrer konstitutiven und produktiven Art beleuchten zu können (vgl. Karakayali & Tsianos, 2007).

2.2 Materialistisch

Basierend auf den ethnographischen Ansätzen einer Regimeanalyse entwickelt Fabian Georgi in Kombination mit der Methode einer historisch-materialistischen Politikanalyse (HMPA) seine veränderte und kritisch differenzierte materialistische Regimeanalyse (vgl. Georgi, 2016). Diese erweiterte theoretische Grundlage erläutert er beispielhaft in seiner Ausarbeitung „Widersprüche im langen Sommer der Migration. Ansätze einer materialistischen Grenzregimeanalyse“ von 2016, veröffentlicht in *PROKLA* (vgl. ebd.). Er greift in seiner Ausarbeitung die Aspekte der Autonomie verschiedener Akteur:innen auf, ebenso wie die Dynamik als Aushandlungsprozess und problematisiert diese als zu losgelöst von vorherrschenden Strukturen. Georgi geht nicht von einem vorherrschenden System aus, sondern von einer Vielzahl an kapitalistischen Strukturen, welche reproduziert werden und selbst reproduzieren, wodurch eine vorbestimmte systemische Logik entsteht (vgl. ebd.).

Seine Betrachtung der ausgehandelten Dynamik als historische Konkretisierung von Strukturwidersprüchen erfolgt unter Einbeziehung von Strukturebenen verschiedener Dimensionen wie beispielsweise gesellschaftlichen Diskursen und dadurch ermöglichten wirtschaftlichen Taktiken (vgl. ebd.). Somit integriert Georgi im Kontrast zum ethnographischen Regimebegriff ebenfalls ökonomische Dynamiken und die Politökonomie in Form von Handlungsbeziehungen. Zusätzlich greift er den Grundsatz der Autonomie aller Beteiligten, im Sinne einer HMPA verändert, auf und charakterisiert die Vielfalt an Akteur:innen und Akteurspraktiken entlang sogenannter Hegemonieprojekte, welche in ihrer räumlich und zeitlich spezifischen Konstellation die Kräfteverhältnisse eines Regimes determinieren (vgl. ebd.). Diese Kräfteverhältnisse führen zur jeweiligen Konkretisierung der historisch in differenzierter Form konstant auftretenden politökonomischen Strukturwidersprüche. Ganz nach Karakayali und Tsianos (2007) entsteht auch laut Georgis Theorie die Anordnung eines Regimes durch die Herausforderung an selbiges. Allerdings geschieht dies im Kontrast zum ethnographischen Bild unter Einbeziehung einer systemischen Logik, Politökonomie, einer relationalen Handlungsautonomie und einer Dynamik dieser Autonomie als historische Konkretisierung von Strukturwidersprüchen, wodurch ökonomistische und funktionalistische Analyseebenen integriert werden (vgl. Georgi, 2016; Karakayali & Tsianos, 2007).

Das erläuterte Theoriekonzept der materialistischen (Grenz-)Regimeanalyse inklusive seiner detaillierten Konstitution dient als Orientierung und theoretische Grundlage, findet in den folgenden Kapiteln seine Anwendung und sucht die Frage der Übertragbarkeit zu beantworten.

3 Materialistische Arbeitskraftregimeanalyse der Gastarbeiter:innenmigration

Georgis Ausarbeitung zur materialistischen (Grenz-)Regimeanalyse lässt sich auf theoretischer Basis unter Herausarbeitung der spezifischen Kräfteverhältnisse und ausgehandelten Strukturwidersprüche untersuchen (vgl. Georgi et al., 2014). Allerdings gilt es hierbei die Einschränkung durch die erschwerte Separation des Arbeitskraftregimes und dem verknüpften Migrationsregime zu beachten. Ein Arbeitskraftregime beschäftigt sich mit Kontexten der Bedingungen, Formen des Einsatzes und der Reproduktion von Arbeitskraft, ebenso wie mit der Hierarchisierung und Entrechtung von Arbeitskräften (vgl. ebd.). Während der westdeutschen Etappe der Gastarbeiter:innenmigration zwischen 1955 und 1973 lassen sich all diese zu regulierenden und zugleich reproduzierenden kapitalistischen Strukturen von Arbeitskraft mit der Migration verknüpfen, welche durch die unterschiedlichen Akteur:innen und ihre Praktiken ausgehandelt werden. Diese (migratorische) Aushandlungsdynamik und die verbundene Ausformung des Arbeitskraftregimes wird im Nachfolgenden mittels einer Analyse der Kräfteverhältnisse anhand der Hegemonieprojekte dargestellt und die theoretische Übertragbarkeit dementsprechend diskutiert.

3.1 Kräfteverhältnisse

Um einen Einblick in die Kräfteverhältnisse dieser historischen Etappe zu erlangen, kann sich vorrangig mit dem Beginn der Anwerbung von Arbeitskräften und dem anschließenden Verlauf der Regulierung der Gastarbeiter:innenmigration aus dem Ausland beschäftigt werden. Als erstes relevantes Hegemonieprojekt erscheint das neoliberale: Nach Kriegsende 1945 migrierten hunderttausende flüchtende Personen von ostdeutscher Seite aus in die BRD und trugen zum westdeutschen wirtschaftlichen Aufstieg der Nachkriegszeit bei (vgl. Hahamovitch, 2003). Somit umging die BRD bis Mitte der 1950er Jahre vorerst die Etablierung von ausländischer Gastarbeit aus Südeuropa, welche in den benachbarten Staaten wie Großbritannien, Frankreich und Belgien bereits im direkten Anschluss an das Kriegsende stattfand (vgl. ebd.). Ab Mitte der 1950er Jahre sah sich das neoliberale Hegemonieprojekt, maßgeblich bestehend aus diversen Unternehmen und bestimmten staatlichen Institutionen wie dem Bundeswirtschaftsministerium, aufgrund von Arbeitskräftemangel genötigt, für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftswunders eine gezielte Anwerbung von Arbeitskräften einzuleiten, welche für geringe Löhne beschäftigt werden konnten (vgl. Hahamovitch, 2003; vgl. Bojadžijev, 2008). Dieser Schritt erhielt eine dringlichere Notwendigkeit durch die bereits eigenmächtigen Anwerbungen ausländischer Fachkräfte aus dem südlichen peripheren Europa wie Italien, Spanien oder Griechenland durch einzelne Privatunternehmen des Bergbausektors und Baugewerbes (vgl. Bojadžijev 2008). Das tatsächliche Zustandekommen der Anwerbeverträge geschah schlussendlich aufgrund der Initiativergreifung der südlichen Staaten und nicht durch eine deutsche initiierende Annäherung (vgl. ebd.).

Laut Manuela Bojadžijev spielt für diese Beobachtung das Hegemonieprojekt der autonomen Migrationsbewegungen die entscheidende Rolle und die Abkommen zwischen den Staaten lassen sich als Versuch betrachten, eine Kontrolle über diese Migration zurückzugewinnen (vgl. ebd.). Sie nutzt in ihrem Buch „Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration“ das Beispiel Spanien für eine weitreichendere Erläuterung der versuchten Kontrollrückergreifung (vgl. ebd.). Während des Franco-Regimes im Verlauf der 1950er Jahre migrierten über 500.000 Spanier:innen in die BRD, darunter wirtschaftlich, aber auch politisch motivierte Migrant:innen (vgl. ebd.).

Diese Abwanderung suchte die spanische Regierung zu unterbinden und stieß auf deutscher Seite auf Zustimmung, um die illegale Anwerbung durch private Vermittler:innen zu stoppen. Laut Bojadžijev lässt sich die gesamte Entstehung des westdeutschen Gastarbeiter:innensystems auf Einzelentscheidungen zurückführen, die keiner migrationspolitischen Kohärenz unterlagen (vgl. ebd.).

Dieser Aussage stimmt diese Ausarbeitung nur bedingt zu, denn selbst wenn es keine ausgesprochene migrationspolitische Kohärenz gab, so lässt sich doch die These aufstellen, dass eine arbeitskraftpolitische Kohärenz existierte, wie im Strategiewechsel der BRD zur neu gewonnenen Offenheit gegenüber Anwerbeverträgen erkennbar ist (vgl. Hahamovitch, 2003). Zusätzlich lässt sich nach Georgi et. al. argumentieren, dass die arbeitskraftpolitischen Maßnahmen und Regulierungen das jeweilige Arbeitskraftregime definieren, die gemanagte Migration der Gastarbeiter:innen Mitte des vergangenen Jahrhunderts als arbeitskraftpolitische Maßnahme zu betrachten ist und somit über einen strukturellen kohärenten Charakter verfügt (vgl. Georgi et al., 2014). Schlussfolgernd ist die Entstehung nicht auf eine Reihe von Einzelentscheidungen zurückzuführen. Der Beginn der Anwerbung von Gastarbeiter:innen verdeutlicht eindrucksvoll sowohl die relationale Autonomie der Akteur:innen anhand ihrer jeweiligen Hegemonieprojekte als auch die Dynamik eines Aushandlungsprozesses und die Verschiebung von Kräfteverhältnissen (vgl. Georgi, 2016).

Der Beginn der Anwerbung von Gastarbeiter:innen verdeutlicht eindrucksvoll [...] die Dynamik eines Aushandlungsprozesses und die Verschiebung von Kräfteverhältnissen.

Bei näherer Betrachtung des Charakters der Anwerbeverträge wird ein weiteres Hegemonieprojekt sichtbar: das national-konservative. Hierunter lassen sich beispielsweise das Bundesinnenministerium, das Bundesarbeitsministerium und bestimmte Gewerkschaften fassen (vgl. Bojadžijev, 2008). Das Bundesinnenministerium setzte sich schwerpunktmäßig mit möglicher, von ausländischen Arbeitskräften ausgehender Gefährdung der inneren Sicherheit und Ordnung auseinander, was sich in den Bedingungen zur Ausstellung einer Aufenthaltserlaubnis in der historischen Gesetzeslage finden lässt: „[D]ie Anwesenheit des Ausländers [darf] Belange der Bundesrepublik Deutschland nicht beeinträchtige[n]“ (Bauer & Zimmermann, 1996, S. 75). Gleichmaßen ist die Besorgnis über eine mögliche Benachteiligung westdeutscher Arbeitnehmer:innen durch das Bundesarbeitsministerium und einige Gewerkschaften erkennbar, welche sich im 1969 verabschiedeten Vermittlungsprimat für Inländer ausdrückte (vgl. ebd.). Somit dürfen bei der Arbeitsvermittlung den Arbeitsämtern gemeldete freie Arbeitsplätze nur von ausländischen Arbeitskräften besetzt werden, wenn sich keine geeignete Person mit westdeutscher Staatsbürgerschaft findet (vgl. ebd.). Das national-konservative Hegemonieprojekt stützte schlussfolgernd die Regulierung der neoliberal befürworteten Anwerbeverträge, um eine Kontrolle über die Autonomie der Migrationsbewegungen zu erlangen.

Laut Bojadžijev war dies ein gescheiterter Versuch, denn die Migrant:innen aus dem südlichen Europa nutzten das System und machten sich selbiges zueigen, ganz nach dem theoretischen Konzept der Autonomie der Migration (vgl. Bojadžijev, 2008). Strukturen wurden genutzt, die gleichzeitig unterdrückten, wie am Beispiel verschiedener Einreise- und Aufenthaltsmöglichkeiten sowie Arbeitserlaubnisse verdeutlicht werden kann (vgl. ebd.). Durch eine Differenzierung innerhalb der Anwerbung über deutsche Vermittlungsagenturen mit zu erfüllenden Vorschriften, durch das Sichtmerksverfahren, die Einreise als Tourist:innen oder der Freizügigkeit EWG (Europäische

Wertegemeinschaft) und die Familienzusammenführung bildet sich eine Hierarchisierung der Gastarbeiter:innen heraus (vgl. ebd.).

Bedingt durch zunehmende Legalisierung, den Abfall des Wirtschaftsbooms der Nachkriegszeit und der Erstarkung des national-konservativen Hegemonieprojektes mit rechten Stimmen verschärfte sich die Situation im Arbeitskraftregime zunehmend (vgl. Bojadžijev, 2008; Hahamovitch, 2003). Je mehr Rechte die Gastarbeiter:innen in der BRD erhielten und je stabiler sie sich niederließen, desto eher weigerten sie sich, Arbeit für eine geringe Bezahlung zu verrichten und desto lauter wurden Forderungen nach gleichen Rechten für alle Arbeiter:innen. Je weiter das Wirtschaftswachstum abfiel, desto mehr reduzierte sich die Bereitschaft, die Gastarbeiter:innenmigration aufrechtzuerhalten (vgl. Bojadžijev, 2008; Hahamovitch, 2003). Die Forderungen einer Abschaffung des Gastarbeiter:innensystems mit einem sofortigen Vermittlungsstopp kamen seitens des neoliberalen Hegemonieprojektes motiviert durch den wirtschaftlichen Abfall und die Ölpreiskrise 1973, ebenso wie durch das national-konservative durch Fremdenfeindlichkeit und protektionistische Bedürfnisse, westdeutsche öffentliche Ressourcen nicht teilen zu müssen (vgl. Bauer & Zimmermann, 1996; Berlinghoff, 2012; Hahamovitch, 2003).

Die Forderungen einer Abschaffung des Gastarbeiter:innensystems mit einem sofortigen Vermittlungsstopp kamen seitens des neoliberalen Hegemonieprojektes motiviert durch den wirtschaftlichen Abfall und die Ölpreiskrise 1973, ebenso wie durch das national-konservative durch Fremdenfeindlichkeit und protektionistische Bedürfnisse, westdeutsche öffentliche Ressourcen nicht teilen zu müssen.

Beispielhaft an der geforderten Abschaffung erscheint das linksliberale-alternative Hegemonieprojekt, wozu bestimmte Parteien, verschiedene Wohlfahrtsverbände und Interessenvertretungen der Gastarbeiter:innen gezählt werden können (vgl. Bojadžijev, 2008). Sie kritisierten die Erschaffung einer extrem ausbeutbaren Unterschicht durch das System und eine Ungleichbehandlung der Arbeiter:innen (vgl. Bojadžijev, 2008; Hahamovitch, 2003).

Diese gesellschaftliche Diskursverschiebung prägte nachfolgende wirtschaftliche Restriktionen der Gastarbeiter:innenmigration und lässt sich somit als ein weiteres Argument für die Übertragbarkeit einer materialistischen Regimeanalyse im Kontext von Arbeit anführen (vgl. Georgi, 2016). Die Mehrheit der Hegemonieprojekte setzte sich für einen sofortigen Vermittlungsstopp ein, welcher am 23.11.1973 umgesetzt wurde (vgl. Berlinghoff, 2012). Das herausgearbeitete Hegemonieprojekt der autonomen Migrationsbewegungen ist in diesem Prozess schwer zu fassen und war direkt stark betroffen, allerdings indirekt auch nicht, da die Migration sich in ihrer eigenen Dynamik in neuen Wegen entfaltete (vgl. Berlinghoff, 2012; Carstensen et al., 2018). Dennoch ist anzumerken, dass in den folgenden Jahren eine äußerst restriktive Migrationspolitik einsetzte, welche Migrant:

Um die Jahrhundertwende gewann der humanitäre Aspekt von Migration zunehmend Bedeutung und verschob somit sowohl Verwertungslogiken als auch das Kräfteverhältnis der Hegemonieprojekte zugunsten des linksliberal-alternativen.

innen und somit Migration vermehrt in die Illegalität drängte und deren Hierarchisierung sich durch innereuropäische Sonderregelungen maßgeblich ausbaute (vgl. Bauer & Zimmermann, 1996; Bellinghoff, 2012; Bojadžijev, 2008). Um die Jahrhundertwende gewann der humanitäre Aspekt von Migration zunehmend Bedeutung und verschob somit sowohl Verwertungslogiken als auch das Kräfteverhältnis der Hegemonieprojekte zugunsten des linksliberal-alternativen (vgl. Carstensen et al., 2018). Dennoch sind das neoliberale und national-konservative Hegemonieprojekt präsent geblieben, ebenso wie die autonomen Migrationsbewegungen. Dadurch sind andere Kräfteverhältnisse mit bereits bekannten Hegemonieprojekten in nur bedingt veränderter Ausrichtung entstanden (vgl. ebd.; Georgi, 2016). Ihre räumliche und zeitliche spezifische Konstellation determiniert das jeweilige Regime und die immanenten Widersprüche (vgl. Georgi, 2016).

3.2 Strukturwidersprüche

In der von Fabian Georgi entwickelten materialistischen (Grenz-)Regimeanalyse ringen die verschiedenen Hegemonieprojekte in ihrem Kräfteverhältnis um sogenannte Strukturwidersprüche, welche durch die kapitalistische Vergesellschaftungsweise entstehen (vgl. Georgi, 2016). Unter dieser versteht Georgi „wie Menschen unter kapitalistischen Bedingungen vergesellschaftet werden (zentral durch Privateigentum an Produktionsmitteln, Privatproduktion, Warentausch, Lohnarbeit und Konkurrenz)“ (Georgi, 2016, S. 186). Die kapitalistischen Akkumulationsprozesse bleiben dabei nie alleinstehend, sondern sind immer verbunden mit verschiedenen Herrschaftsverhältnissen und erlangen dementsprechend ihre Ausprägung (vgl. Georgi, 2016). Jene Widersprüche charakterisieren sich als Antagonismen, konträr zueinanderstehende Bedingungen und Anforderungen an ein System. Bei langfristiger Betrachtung sind sie nicht ständig wechselnd und ebenso wenig zufällig. Sie treten in variierender Kombination je nach räumlichen, zeitlichen und thematischen Rahmen auf und nicht sie selbst, sondern ihre Form der Konkretisierung können zur Charakterisierung eines Regimes herangezogen werden (vgl. ebd.). Vereinfacht formuliert existieren diverse Erwartungen an ein System, die sich widersprüchlich gegenüberstehen und durch die vorhandenen Kräfte und Gruppen geprägt werden, wobei ihr Grundantagonismus kontinuierlich bleibt und nur ihre temporäre Ausprägung differenziert. Georgi stellt in seinem Artikel zur Erläuterung der Anwendung der materialistischen Regimeanalyse drei beispielhafte Strukturwidersprüche dar: Akkumulation und Autonomie der Migration, Migrationsregime als Arbeitskraftregime, Hegemonie und struktureller Chauvinismus (vgl. ebd.). Dieser Artikel greift die Zusammenhänge zwischen Migrations- und Arbeitskraftregimen auf und fokussiert sich schlussfolgernd auf die historische Konkretisierung von Georgis zweitem Strukturwiderspruch im Rahmen der Gastarbeiter:innenmigration zwischen 1955 und 1973, ohne die Relevanz der beiden anderen und deren Einflüsse negieren zu wollen.

In dem Zusammenhang lässt sich feststellen, dass die Regulation von Migration konstant mit Interessen und Strategien von Kapital und Arbeit verbunden ist, welche sich oft als kapitalistisch bedingt antagonistisch erweisen (vgl. Georgi, 2016). Georgi greift in seiner Ausarbeitung sowohl grundlegende Annahmen von Karl Marx in Form des Grundwiderspruchs von Kapital und Arbeit auf, wie auch von David Harvey, welcher mit Werken wie „*Social Justice and the City*“ verstärkt marxistische Ansätze in eigener Interpretation behandelt (vgl. Georgi, 2016; Keil, 1987). Das von David Harvey beschriebene Arbeitskraftproblem eröffnet die Sichtweise auf zwei relational autonome Akteur:innen, welche sich gegensätzlich gegenüberstehen, wodurch der Widerspruch produziert wird und sich gleichermaßen selbst reproduziert (vgl. Georgi, 2016). Somit erlangen die Kon-

flikte zwischen dem Kapital (Seite der Unternehmer:innen und des Staates) und der Arbeit (Seite der Arbeitnehmer:innen) einen strukturellen Charakter. Denn bedingt durch das kapitalistische System muss das Kapital einen Weg finden, diese Konflikte zu lösen und eine schlichte Akzeptanz ihrer Existenz ist nicht möglich (vgl. Georgi, 2016). Der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit im Sinne der Kapitallogik liegt darin, dass das Kapital mit „perfekten“ Arbeiter:innen Profit zu erlangen erstrebt, während die Arbeiter:innen gleichermaßen eine maximale Erfüllung ihrer Bedürfnisse wünschen, die nicht mit den Ansprüchen seitens des Kapitals harmonieren (vgl. Georgi, 2016). Laut Georgi entsteht der antagonistische Charakter dieser Arbeitskraftprobleme jedoch erst durch die (potenzielle) Widerständigkeit der Arbeiter:innen, denn diese kann die theoretisch verfügbare Arbeitskraft in praktischer Anwendung auf null reduzieren (vgl. ebd.). Dieser Artikel argumentiert, dass die Gastarbeiter:innenmigration die potenzielle Widerständigkeit bestimmter Gruppen von Arbeiter:innen in verschiedener Form reduziert hat und somit der Kapitalfraktion einen Weg aufzeigte, den Strukturwiderspruch temporär zu regulieren. Diese erwünschte Reduzierung der Widerständigkeit erfolgte zum einen durch staatliche und zum anderen durch sozialpsychologische Strukturen.

Die staatlichen Strukturen lassen sich an den Regulierungen der Einreise- und Aufenthaltsbedingungen in den Anwerbeverträgen oder den unterschiedlichen Unterbringungsarten verdeutlichen, welche seit dem Beginn der deutschen Gastarbeiter:innenmigration zu einer Hierarchisierung innerhalb von Arbeitsmigrant:innen und Arbeitnehmer:innen und zu ihrer strukturellen Benachteiligung führte (vgl. Bojadžijev, 2008; Hahamovitch, 2003). Dieser äußere staatliche Rahmen bedingt die Kritik an der Erzeugung einer extrem ausbeutbaren Unterschicht, die anfangs sozialpsychologisch geprägt keine Veränderung forderte (vgl. Bojadžijev, 2008; Hahamovitch, 2003).

Unter Einbeziehung des migrationstheoretischen Ansatzes des dualen Arbeitsmarktes, geprägt durch Michael J. Piore ab 1979, wird der Arbeitsmarkt in ein primäres und sekundäres Jobsegment gegliedert (vgl. Parnreiter, 2000). Das sekundäre Jobsegment beinhaltet „schlechte“ Jobs, charakterisiert durch niedrige Löhne, hohe Instabilität und schlechte Arbeitsbedingungen sowie ein geringes Sozialprestige (vgl. ebd.). Bei Betrachtung der Beschäftigungsfelder am Beispiel männlicher Gastarbeit wird erkenntlich, dass ein Drittel in der Metall- und Elektroindustrie tätig war und

Durch den temporären Charakter existierte keine identitätsstiftende Rolle der Lohnarbeit. Es war ein Instrument, welches genutzt wurde, um die identitätsstiftende, soziale Rolle in der als Heimat empfundenen Region zu stärken und zu verbessern.

somit 48 Stunden die Woche auf sechs Tage aufgeteilt an den Hochöfen mit hohen gesundheitlichen Belastungen arbeiteten (vgl. Haerdle, 2014; Prontera, o. D.). Diese Beschäftigungsart lässt sich dem sekundären Jobsegment zuordnen, welches durch einheimische Arbeitskräfte gemieden wurde (vgl. Parnreiter, 2000). „Seit Beginn der Anwerbung Mitte der 1950er Jahre kamen etwa 14 Millionen Arbeitskräfte in die Bundesrepublik, etwa 11 Millionen davon kehrten zurück oder wanderten weiter“ (Berlinghoff, 2023). Der Aufenthalt in der BRD war für die Mehrheit der Gastarbeiter:innen nur zeitlich begrenzt, wodurch die schlechten Bedingungen im unteren Jobsegment akzeptiert wurden (vgl. Parnreiter, 2000). Durch den temporären Charakter existierte keine identitätsstiftende

Rolle der Lohnarbeit. Es war ein Instrument, welches genutzt wurde, um die identitätsstiftende, soziale Rolle in der als Heimat empfundenen Region zu stärken und zu verbessern (vgl. ebd.). „Migrant:innen [leben] in der Selbstwahrnehmung außerhalb der Sozialstruktur, in der sie arbeiten,

und arbeiten außerhalb der Sozialstruktur, in der sie leben“ (Parnreiter, 2000, S. 30). Wenn sich diese Sozialstrukturen durch einen längeren Aufenthalt angleichen, dann entfällt die Bereitschaft, im sekundären Segment zu arbeiten und es entsteht, wie in den 1970er Jahren an verstärkten Protesten erkennbar war, Widerständigkeit (vgl. Hahamovitch, 2003; Parnreiter, 2000). Diese Proteste markieren in Kombination mit zuvor erläuterten Faktoren das Ende der westdeutschen Gastarbeit und schlussfolgernd ebenfalls das Ende der historischen Konkretisierung des Strukturwiderspruchs von Kapital und Arbeit bzw. formuliert durch Georgi des Widerspruchs von Migrationsregimen als Arbeitskraftregime (vgl. Georgi, 2016).

4 Fazit

Zusammenfassend lässt sich eine zunehmende Etablierung von Regimeanalysen im aktuellen wissenschaftlichen Diskurs feststellen, welche in diesem Artikel in Form einer materialistischen Analyse aufgegriffen werden. Dabei erfolgt eine Fokussierung auf die Anordnung eines Regimes durch die Herausforderung an selbiges, unter Einbeziehung einer systemischen Logik, Politökonomie, einer relationalen Handlungsautonomie und einer Dynamik dieser Autonomie als historische Konkretisierung von Strukturwidersprüchen. Im Sinne der westdeutschen Gastarbeiter:innenmigration findet eine Charakterisierung der Kräfteverhältnisse statt, um anschließend die spezifische historische Konkretisierung eines strukturellen Strukturwiderspruchs beleuchten zu können, der wiederum durch die jeweiligen Hegemonieprojekte ausgehandelt wird. Zwischen 1955 und 1973 waren in der BRD vier entscheidende Hegemonieprojekte erkennbar, welche das Arbeitskraftregime prägten. Beginnend mit dem neoliberalen Hegemonieprojekt, welches vorrangig für ökonomische Interessen in ihren Akteurspraktiken stand, wurden die beteiligten Kräfte zusätzlich um autonome Migrationsbewegungen erweitert. Zur Erlangung der Kontrolle über diese Akteurspraktiken führte die Analyse zum national-konservativen Hegemonieprojekt, welches gemeinsam mit den linksliberal-alternativen Akteur:innen zum Ende der Anwerbephase verstärkt sichtbar wurde. Diese beteiligten Hegemonieprojekte führten zur spezifischen historischen Konkretisierung des Strukturwiderspruchs von Migrationsregimen als Arbeitskraftregime. Jener wird maßgeblich durch die potenzielle Widerständigkeit der Arbeiter:innen zum notwendig zu lösenden Konflikt. Mittels der Gastarbeiter:innenmigration entstand einerseits eine Hierarchisierung der Arbeitskräfte, wodurch strukturelle Möglichkeiten zur Widerständigkeit immens erschwert wurden. Andererseits wurden laut der Theorie des dualen Arbeitsmarktes soziopsychologische Charakteristika genutzt, wodurch eine Reduzierung des Antriebs zur Widerständigkeit realisiert und die historische Konkretisierung des Strukturwiderspruches abgerundet wurde.

Im Hinblick auf die in der Einleitung formulierte Fragestellung und Zielsetzung der Artikel lässt sich feststellen, dass die Anwendung einer materialistischen (Grenz-)Regimeanalyse auf ein Arbeitskraftregime umsetzbar ist. Eine Charakterisierung von Kräfteverhältnissen und Strukturwidersprüchen gelingt, dennoch bleibt die Ausarbeitung nah an ihrer theoretischen Grundlage. Diese Nähe ist kritisch zu reflektieren, denn dadurch verliert sich teils die Offenheit für andere Aspekte und heterogene Analyseansätze. Zusätzlich erfolgt mehr ein Versuch, die Theorie in einem anderen Kontext auf ähnliche Art und Weise anzuwenden als eine eigene Regimeanalyse. Fragen nach weiteren Hegemonieprojekten und deren Einflüssen auf historisch konkretisierte Strukturwidersprüche bleiben offen, ebenso wie eine kritische Reflexion der Theorie von Fabian Georgi. Diese Ausarbeitung hält eine gesamtheitliche Analyse von Regimen für sinnvoll und folgt daher dem materialistischen Ansatz, jedoch wird dies in der Reflexion zu unkritisch umgesetzt.

Die Forschung zu Regimen ist ein vergleichsweise junges Feld und lässt viel Raum für weitreichende Fragestellungen in der Zukunft, sowohl auf theoretischer Ebene als auch bei ihrer Anwendung. Wie lassen sich Regime abgrenzen? Ist eine Abgrenzung überhaupt möglich oder greifen heterogene Regime an einem bestimmten Punkt immer ineinander und determinieren sich gegenseitig? Welche Expressionen von Strukturwidersprüchen lassen sich im Zeitlauf finden und kann eine solche Analyse auch bereits für die Gegenwart geschehen? Durch den strukturellen Charakter von Regimen muss die Forschung und somit auch der Artikel grundsätzlich in einen größeren Rahmen eingeordnet werden. Dieser Rahmen lässt sich im Kapitalismus finden, denn dieses vorherrschende Weltsystem bedingt durch seine Vergesellschaftungsweise die Strukturwidersprüche und somit die Konflikte, um welche im jeweiligen Regime gerungen wird. Sie produzieren und werden reproduziert und bilden somit die Grundlage der dynamischen Aushandlungen innerhalb der Regime.

Literaturverzeichnis

- Bauer, T. & Zimmermann, F. (1996). Gastarbeiter und Wirtschaftsentwicklung im Nachkriegsdeutschland. *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte/Economic History Yearbook*, 37(2), 73–108.
- Berlinghoff, M. (2012). Der europäisierte Anwerbestopp. In J. Oltmer, A. Kreienbrink & C. Sanz Díaz (Hrsg.), *Das „Gastarbeiter“-System: Arbeitsmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa* (S. 149–164). Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Berlinghoff, M. (2023, 23. November). *Ein überschätztes Schlüsselereignis? Warum der Anwerbestopp die Einwanderung nicht beendete, sondern stärkte*. FES. <https://www.fes.de/themenportal-flucht-migration-integration/artikelseite-flucht-migration-integration/anwerbestopp>.
- Bojadžijev, M. (2008). *Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration*. Unrast.
- Carstensen, A. L., Heimeshoff, L.-M. & Riedner, L. (2018). Der Zwang zur Arbeit. Verwertungslogiken in den umkämpften Regimen der Anwerbe-, Flucht- und EU-Migration. *Sozial.Geschichte*, 23, 235–269.
- Georgi, F. (2016). Widersprüche im langen Sommer der Migration. Ansätze einer materialistischen Grenzregimeanalyse. *PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft*, Berlin, 46(183) 183–203.
- Georgi, F., Huke, N. & Wissel, J. (2014). Fachkräftemangel, Lohndumping und Puzzle-Politik: Die europäische „Blue Card“ als arbeitspolitisches Projekt. In Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (Hrsg.), *Kämpfe um Migrationspolitik* (S. 209–225). Transcript.
- Haerdle, B. (2014, 29. Dezember). Arbeit im Wandel. Ochsentour. Bessere Arbeitsbedingungen, mehr Freizeit, mehr Rechte: Wie sich die Arbeitswelt in der jüngsten Vergangenheit zum Guten gewandelt hat. *Tagesspiegel*. <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/ochsentour-8471893.html>.
- Hahamovitch, C. (2003). Creating Perfect Immigrants: guestworkers of the world in historical perspective. *Labor History*, 44(1), 69–94.
- Hess, S., Kasperek, B. & Schwertl, M. (2018). Regime ist nicht Regime ist nicht Regime. Zum theoriepolitischen Einsatz der ethnographischen (Grenz-) Regimeanalyse. In A. Pott, C. Rass & F. Wolff (Hrsg.), *Was ist ein Migrationsregime? What is a migration regime?* (S. 257–283). Springer VS.
- Karakayali, S. & Tsianos, V. (2007). Movements That Matter. Eine Einleitung. In Transit Migration Forschungsgruppe (Hrsg.), *Turbulente Ränder: Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas* (S. 7–17). Transcript.
- Keil, R. (1987). David Harvey und das Projekt einer materialistischen Stadttheorie. *PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft*, 17(69), 132–147.
- Parnreiter, C. (2000). Theorien und Forschungsansätze zu Migration, In Husa, K., Parnreiter, C. & Stacher, I. (Hrsg.), *Internationale Migration. Die globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts* (25–52). Brandes & Apsel.
- Prontera, G. (o. D.). Das europäische System der Arbeitsmigration und das Anwerbeabkommen der Bundesrepublik Deutschland mit der Republik Italien. *Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit*. <https://www.blz.bayern.de/das-europaische-system-der-arbeitsmigration-und-das-anwerbeabkommen-der-bundesrepublik-deutschland-mit-der-republik-italien.html>.

Von ‚echten‘ und ‚falschen‘ Flüchtlingen

Die Klassifizierung von Migrant:innen
als „Wirtschaftsflüchtlinge“ im
westdeutschen Asyldiskurs der späten
1970er und 1980er Jahre

Yasin Özün

Freie Universität Berlin

ÜBER
DACHT

Von ‚echten‘ und ‚falschen‘ Flüchtlingen

Die Klassifizierung von Migrant:innen als
„Wirtschaftsflüchtlinge“ im westdeutschen Asyldiskurs der
späten 1970er und 1980er Jahre

Yasin Özün, *Freie Universität Berlin*

Abstract: Der vorliegende Beitrag untersucht, welche Rolle die „Wirtschaftsflüchtlings“- (und die synonym gebrauchte „Wirtschaftsmigrant“-)Terminologie und deren Verwendung durch politische Akteur:innen in Bezug auf People of Color während der späten 1970er und Anfang der 1980er Jahre in der Bonner Bundesrepublik spielt. Hierfür beleuchte ich den migrationshistorischen Kontext des untersuchten Zeitraums, aber auch den der Ost-West-Wanderungen während der unmittelbaren Nachkriegszeit, der belegt, dass der Begriff schon früher existierte. Diese Kategorisierung vereinheitlichte heterogene Fluchtmotive in eine einzige Kategorie und delegitimierte somit Flucht und ihre Ursachen. Zudem wurde sie kontinuierlich auf neue Geflüchtetenengruppen erweitert. So wurden neue Krisennarrative entwickelt und xenophobe gesamtgesellschaftliche Stimmungen (politisch) legitimiert oder verstärkt. Die Kategorisierung diente den Regierungen zur Legitimation ihrer Kurswechsel mit zunehmend restriktiveren asyl- und ausländer:innenpolitischen Regelungen, wie beispielsweise der Westberliner Ausschluss von Asylsuchenden aus der Bargeldwirtschaft. Gegenwärtig ähnlich stattfindende politische Diskussionen zeugen von der Aktualität des Forschungsgegenstandes.

Schlagworte: Migrationsgeschichte • Bundesrepublik Deutschland • Flüchtlinge • Asyl

1 Einleitung

Die hierzulande geführten Diskussionen erregen wieder einmal Aufsehen: Debatten über die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, Migration, Seenotrettung, darüber, unter welchen Bedingungen man Geflüchtete aufnehmen sollte, aber auch über Ausweisungen, verbunden mit einem Wiederaufleben der Frage, inwiefern Abschiebungen nach Afghanistan oder Syrien ermöglicht werden sollten (Kiesel, 2024). Betrachtet man die deutsche Migrationsgeschichte, wir-

ken diese heutigen Aussprachen wie Geister aus einer anderen Zeit. An dieser Stelle setzt dieser Beitrag an.

Es gibt verschiedene Parallelen zwischen damaligen und gegenwärtigen staatlich dekretierten Maßnahmen für Geflüchtete, wie z. B. die von der Westberliner christdemokratischen Senatsverwaltung ins Leben gerufenen „vouchers“ (Stokes, 2019, S. 38 f.), welche an die jetzigen Diskussionen über die Einführung von „Bezahlkarten“ (Hackenbruch, 2024) erinnern. Parallelen existieren indes nicht nur zwischen Maßnahmen: Auch werden in aktuellen Bezügen Kategorisierungen benutzt, die sich entweder im Wortlaut oder ihrem Sinn nach bereits in den 1970er bzw. 1980er Jahren finden lassen – und die Migrant:innen klassifizieren, wie beispielsweise die Dichotomie von „echte[n] Flüchtlinge[n]“ (Stokes, 2019, S. 19) und „Wirtschaftsflüchtlinge[n]“ (ebd.), aber auch politische Schlagworte wie „Sozialtourist“, die nicht nur von extrem rechten Akteur:innen verwendet werden (Ismar, 2022).

Letztere von unterschiedlichen Parteien benutzte und oft heterogene Kategorisierungen suggerieren häufig auch eine bereits im Namen eingeschlossene vermeintliche oder tatsächliche Ursache der Emigration. Diese Heterogenität der Terminologie zeigt sich auch in der jungen Bundesrepublik, in welcher der zeitgenössische Quellenbegriff des sogenannten „Wirtschaftsflüchtlings“ nächst dem dazugehörigen „Wirtschaftsasylant“ verwendet wurde. Es ist ein auffälliges Indiz, dass sich bei einer Suche auf dem Google Books Ngram Viewer dieser Termini zeigt, dass sie in diesem Korpus in den späten 1970er und in den 1980er Jahren einen deutlichen Aufschwung verzeichnen (Google Books Ngram Viewer, 2024a, 2024b)¹. In diesem Beitrag analysiere ich, welche Rolle der Begriff in der damals in der Bundesrepublik geführten Migrationsdebatte in den späten 1970er und den 1980er Jahren spielte. Dafür beleuchte ich nacheinander den migrationsgeschichtlichen Kontext von der Nachkriegszeit bis in die 1980er Jahre, die Bedeutungsentwicklung des Begriffs und seine Verwendung in der politischen Debatte.

2 Historischer Kontext: Migration in der Nachkriegszeit

Um die Begriffe „Wirtschaftsflüchtling“ und „Wirtschaftsasylant“ und deren Verwendung im deutschen Diskurs zu verstehen, ist es nötig, sie im Kontext der Zuwanderung nach Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg zu sehen. Dieses Kapitel gibt einen Abriss über die Zuwanderung aus dem Osten Deutschlands, die Anwerbepolitik sowie die weitere Migration nach dem Anwerbestopp. Auf diesen Zusammenhängen bauen dann die Kapitel 3 und 4 auf.

2.1 Ost-West-Wanderungen im Schatten des Kalten Krieges

Bis zum Mauerbau, den die DDR als Maßnahme ergriff, um ihre Bürger:innen davon abzuhalten, den Osten zu verlassen (Stokes, 2019), hat es in der Nachkriegszeit verschiedene (innerdeutsche) Migrationsbewegungen gen Westdeutschland gegeben. Zu nennen sind etwa die Migrationsbewegungen aus der ostdeutschen Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bzw. nach 1949 aus der DDR. Zwischen Anfang 1951 und dem Mauerbau im August 1961 gelangten so etwa zweieinhalb bis dreieinhalb Millionen Ostdeutsche in den Westen.²

¹ Für Informationen zu diesem Korpus siehe u. a. Michel et al., 2011.

² Vgl. zum Umfang der Ost-West-Wanderung: Während Lauren Stokes (2019, S. 26) von etwa 3,5 Millionen schreibt, bezieht sich Maren Möhring (2015, S. 375) bei ihren „gut 2,6 Millionen“ auf Jörg Roesler (2004, S. 12). Ich schreibe

Eines der zentralen Motive der DDR-Bürger:innen, ihrer ostdeutschen Heimat den Rücken zu kehren, war hierbei der Wunsch, die eigenen Lebensverhältnisse zu verbessern, auch in Anbetracht der höheren Einkommen in Westdeutschland (Roesler, 2004). Die Gründe waren aber multikausal (ebd. S. 23), sodass ein Großteil der (Sowjet-)Zonenflüchtlinge (Liebisch-Gümüş, 2021, S. 46)³ seine Migration auch mit „Familienzusammenführung“ (Roesler, 2004, S. 34) begründete, während die politische Repression des SED-Staats aber ebenso eine Rolle spielte (ebd.).

Zu Beginn der 1950er Jahre verstand die Bundesregierung auch aufgrund hoher Arbeitslosigkeit jedwede Immigration als zusätzliche Belastung. Im Fall der Ostmigration war zusätzlich die Angst vor damit verbundener sozialistischer Spionage omnipräsent (Möhring, 2015). Aus diesem Grund waren die in den Uelzener Beschlüssen und im Bundesnotaufnahmegesetz von 1950 geregelten Aufnahmebedingungen noch einschränkend, doch veränderte sich ihre Einstellung in den Folgejahren (Roesler, 2004). Dieses Umdenken, das auch der Profilierung des angeblich „bessere[n] und einzig legitimierte[n]“ (ebd. S. 16) Deutschlands im Kalten Krieg diene, resultierte in einer höheren Aufnahmebereitschaft. Dieser lagen auch wirtschaftliche Ursachen zugrunde, selbst wenn es eine staatlich organisierte, gezielte, systematische Arbeitskräftebeschaffung aus dem Osten – anders als von DDR-Medien proklamiert – nicht gab (ebd.). Trotzdem begann die Bundesrepublik im Jahrzehnt des westdeutschen Wirtschaftswunders, auf DDR-Arbeitskräfte als „renewable resource of mobile labor“ (Stokes, 2019, S. 30) angewiesen zu sein (Bade, 2015).

Mit dem Bau der Berliner Mauer ging einher, dass die Quelle aus der Sowjetzone kommender (und auch z. B. täglich von Ost- nach Westberlin pendelnder) Arbeitskräfte wegfiel, von denen auch westdeutsche Arbeitgeber:innen bundesweit abhängig waren (Stokes, 2019). In der Folge wurden diese Arbeitskräfte, wie Lauren Stokes argumentiert, durch die bereits 1955 initiierten, in den 1960ern intensivierten Anwerbeabkommen ersetzt – dem „guestworker program“ (ebd. S. 31).

Abseits dieser deutsch-deutschen Ost-West-Wanderung kam die Mehrheit der Asylsuchenden in den 1950ern und frühen 1960ern aus Osteuropa. Asylbewerber:innen aus Jugoslawien waren hierbei maßgeblich (ebd.).

2.2 Westdeutsche Anwerbepolitik

Die Etikettierung Deutschlands als „Einwanderungsland“ war bereits vor der Wende umstritten: Bis zum Regierungsantritt der Koalition aus SPD und Grünen 1998 herrschte das Paradigma der Bundesregierung, dass Deutschland *kein* Einwanderungsland sei, welches sogar als Ursache für die Verschärfung der Einreisebedingungen (Wagner, 2023) oder sogar in einigen Fällen als Ausweisungsgrund (ebd.) diene. Der Sozialdemokrat Heinz Kühn proklamierte 1979 in der Rolle als erster Ausländerbeauftragter des Bundes in seiner Bestandsaufnahme, dem sogenannten Kühn-Memorandum: „Deutschland sei ‚faktisch ein Einwanderungsland‘“ (Kühn, 1979).⁴

von ca. 2,5 bis 3,5 Millionen, während genaue Zahlen aber auch wegen nicht immer staatlich erfasster Migration nicht anzugeben sind (s. auch Roesler, 2004).

³ Der Begriff „Sowjetzonenflüchtling“ wurde für Geflüchtete aus der SBZ/DDR verwendet und wird zusätzlich in Abgrenzung zu den Vertriebenen aus den ehemaligen Ostgebieten benutzt. Das Bundesvertriebenengesetz (BVFG) definiert und unterscheidet explizit Vertriebene und Sowjetzonenflüchtlinge, siehe § 1 BVFG (Vertriebener) und § 3 BVFG (Sowjetzonenflüchtling). Vgl. hierzu auch Stokes (2019).

⁴ Vgl. außerdem zur offiziellen Position der Bundesregierung bis etwa zum Regierungswechsel 1998 und dem damit verbundenen Paradigmenwechsel: Hell, 2005. Diese Leitvorstellung konnte u. a. auch Grund dafür sein, als Migrant:in nicht eingebürgert werden zu können, da es die „Belange der BRD“ (Settele, 2012, S. 76) verletze.

Er prognostiziert, dass sich viele ausländische Familien in Deutschland niederlassen würden. Die Rede ist hierbei von einer „nicht mehr umkehrbare[n] Entwicklung“ (Kühn, 1979, S. 2) und einem „starken Trend zur Seßhaftigkeit“ (ebd., S. 8). Dieses „erste[] Anzeichen der Akzeptanz und eines möglichen Umdenkens“ (Rudolf, 2019, S. 20) begründete er mit der migrationspolitischen Situation in der Bundesrepublik der 1970er, der sich die Bundesregierung gegenüber sah: Durch den Wegfall der Binnengrenzen im Raum der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, kodifiziert in den Römischen Verträgen, kam es zu nicht vom Staat begleiteter Zuwanderung in die junge Bundesrepublik. Abseits hiervon schloss die westdeutsche Regierung zusätzlich in erster Linie wirtschaftlich motivierte Anwerbeabkommen, beispielsweise mit Italien (1955), aber auch mit Ländern, die nicht Teil der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft waren, vornehmlich mit Griechenland und Spanien (1960) oder mit der Türkei (1961) ab (Prontera, 2012). Entsprechende Abkommen wurden auch mit Maghreb-Staaten geschlossen (Hunn, 2005).

Bis zum Anwerbestopp im Jahr 1973, für welchen das Bundesarbeitsministerium im Kabinett Brandt II als legitimierenden Vorwand den Jom-Kippur-Krieg, das daraus resultierende Ölembargo arabischer Ölstaaten und die Ölkrise anführte (Pleinen, 2016; Berlinghoff 2012), gelangten so etwa 14 Millionen (Arbeits-)Migrant:innen in die Bundesrepublik. Von diesen blieb die Mehrheit indes nicht dauerhaft (Hoerder, 2010).

Auf diese Weise wurde „das sogenannte Gastarbeiter-Regime durch andere Formen der Migration abgelöst“ (Berlinghoff, 2012, S. 149). Denn der bundesdeutsche Anwerbestopp ging nicht mit einem gleichzeitigen Zuwanderungsstopp einher. Dies wird nicht nur durch die Hunderttausenden von Familienangehörigen der Arbeitsmigrant:innen untermauert, die bis 1980 in die Bundesrepublik gekommen waren (Stokes, 2019), sondern auch durch anderweitige – auch außereuropäische – Migration im Rahmen von Asylverfahren ergänzt (Möhring, 2015). Diese Migration hatte vor 1974 noch marginale Relevanz (Berlinghoff, 2012).

2.3 Migration nach dem Anwerbestopp 1973

Von im Jahr 1973 insgesamt etwa 3.966.200 sich im Bundesgebiet aufhaltenden Ausländer:innen vergrößerte sich die Anzahl bis 1979 auf etwa 4.143.836 Personen (Unterrichtung durch die Bundesregierung 8/4437, 1980). Im Jahr 1982 erreichte die Zahl für den Beginn der 1980er mit näherungsweise 4,7 Millionen sogar ihren vorläufigen Höhepunkt (Herbert, 2017).

Diese sukzessiv steigende Tendenz ist aber nicht nur auf den Familiennachzug, sondern auch auf einen Anstieg Asylsuchender im Laufe der 1970er bzw. des Beginns des folgenden Jahrzehnts (ebd.) zurückzuführen. Während sich die Asylanträge im Jahr 1973 auf 4.792 beliefen, wurde 1980 erstmals die 100.000-Marke überschritten (Falk & Nohlen, 2011).⁵ Diesmal kamen die Antragstellenden hauptsächlich aus blockfreien Staaten oder sogenannten Entwicklungsländern, wodurch sich eine Diversifizierung der (zuvörderst nicht-europäischen) Herkunftsregionen anbahnte: Kurd:innen, Palästinenser:innen, Pakistaner:innen, Eritreer:innen, Iraner:innen oder Chilen:innen verließen ihre Heimat jeweils wegen regionaler, innenpolitischer Konflikte (etwa die Militärputsche in Chile und in der Türkei oder die islamisch-schiitische Revolution im Iran) (vgl. Kolb & Schneider, 2015; Möhring, 2015; Stokes, 2019).

⁵ In Falk und Nohlen (2011) ist die Rede von 92.918 Anträgen, Möhrings (2015) Forschung spricht sogar von ca. 100.000 Asylsuchenden im Jahr 1980. Auch Ulrich Herbert redet von etwa 107.818 Asylbewerber:innen im Jahr 1980 (Herbert, 2017), weshalb ich vor dem Hintergrund der neueren Forschung davon schreibe, dass die Marke 100.000 erstmals überschritten worden ist.

Für Türkeistämmige, die die Hälfte der Asylsuchenden ausmachten, stellte der Asylantrag nach dem Anwerbestopp, neben dem Instrument des Familiennachzugs, eine der wenigen Gelegenheiten dar, nach Deutschland zu kommen (Bösch, 2019). Politisch motivierte Fluchtursachen wurden also in einem Zusammenspiel von wirtschaftlichen und sozialen Faktoren ergänzt (Möhring, 2015). Die Bundesrepublik Deutschland war dabei aufgrund schon bestehender, aus der Zeit der Anwerbeabkommen hervorgegangener Netzwerke (ebd.) ein beliebtes Anlaufziel, welches viele Asylbewerber:innen (ohne die dafür vorgesehenen Dokumente oder Visa) auch durch eine Reise zum Ostberliner Flughafen Schönefeld und anschließend über das *Berliner Loch* erreichen konnten (Liebisch-Gümüß, 2021).

Neben Asylbewerber:innen gelangte eine Vielzahl von Migrant:innen auf anderem Wege legal nach Deutschland. Obwohl die Forschung dazu noch in den Kinderschuhen steckt (Bösch, 2017), sind in diesem Kontext viele der nach dem Ende des Vietnamkriegs und der Machterlangung der nordvietnamesischen Kommunist:innen im Jahr 1975 aus dem Vietnam flüchtenden (in erster Linie südvietnamesischen) *boat people*⁶ zu erwähnen. Diese wurden trotz Widerstands der Bundesregierung und anfänglichen Zögerns u. a. durch Druck der christdemokratischen Opposition auf die sozialliberale Bundesregierung (Bösch, 2017) aufgenommen. Die Aufnahme geschah aufgrund humanitärer Notlage ohne Antrag auf Asyl als bevorrechtigte „Kontingentflüchtlinge“ (Hoerder, 2010; Bösch, 2017, S. 35) in Westdeutschland, auch oft durch einzelne unionsregierte Bundesländer im Alleingang⁷ (Bösch, 2017; Poutrus, 2019).

Die Aufnahme und Hilfe für Bootsflüchtlinge wurden nicht nur von der Jungen Union, der CDU und der CSU begrüßt (Bösch, 2017), welche das Kabinett Schmidt drängten, Hilfgelder und Kontingente für diese zu erhöhen, sondern auch unter Journalist:innen (ebd.) gab es zivilgesellschaftliches Engagement. Der vom Journalisten Rupert Neudeck gegründete Verein „Ein Schiff für Vietnam“, der später vor allem durch sein der Flüchtlingsrettung auf dem Südchinesischen Meer dienendes Hospitalschiff *Cap Anamur* bekannt wurde, konnte so bis 1982 etwa 10.000 Geflüchtete retten, die mehrheitlich in die Bundesrepublik eingeflogen werden konnten (ebd.). Nachdem die Kontingente sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene peu à peu erhöht worden waren, konnten zu dieser Zeit schätzungsweise 30.000 Bootsflüchtlinge eingeflogen werden (Bösch, 2019).

3 Bedeutung und Geschichte des Begriffs „Wirtschaftsflüchtling“

Der in der Wissenschaft umstrittene (Quellen-)Begriff „Wirtschaftsflüchtling“ (Oltmer, 2016) suggeriert eine ausschließlich auf ökonomischen Gründen beruhende, freiwillige Migration ohne Notwendigkeit (Bade, 2015). Sie impliziert durch das Determinans so bereits eine im Namen steckende Kategorisierung der Migrant:innengruppen bezüglich ihrer individuellen (zugeschriebenen) Fluchtmotivation (Neumair, 2022; Möhring, 2015). Dabei wird der

Der in der Wissenschaft umstrittene (Quellen-)Begriff „Wirtschaftsflüchtling“ suggeriert eine ausschließlich auf ökonomischen Gründen beruhende, freiwillige Migration ohne Notwendigkeit.

⁶ Der Name der Bootsflüchtlinge ist hier charakteristisch, da diese sich in überfüllten Booten oft auf lebensgefährliche Reisen über das Südchinesische Meer begaben, siehe die berühmte „Hai Hong“ im Jahr 1978 (Bösch, 2017).

⁷ Hier ist v. a. Niedersachsen unter Ministerpräsident Ernst Albrecht zu nennen (Poutrus, 2019; Bösch, 2017).

„Wirtschaftsflüchtling“ als jemand dargestellt, der absichtlich die Trennungslinien zwischen politischen und wirtschaftlichen Fluchtmotiven verwischt, um von einer potenziellen Asylgewährung – ohne wirklich asylberechtigt zu sein – zu profitieren, weswegen die Bezeichnung im deutschsprachigen Raum oft eine negative und abwertende Konnotation besitzt (Stokes, 2019; Gosewinkel & Katzy-Reinshagen, 2023). Diese des „Asylmissbrauchs“ (Nimführ, 2021, S. 33) beschuldigten und eben deswegen „als betrügerische Opportunisten“ (Stokes, 2019, S. 19) bezeichneten Geflüchteten seien somit als Asylsuchende mit zugeschriebenen „ungerechtfertigten“ wirtschaftlichen Motiven im Gegensatz zu „echten Flüchtlingen“ mit als legitim verstandenen politischen und mit einer Not verbundenen Migrationsgründen zu sehen (Möhring, 2015). Die Binarität dieser Unterscheidung besaß in verschiedenen Perioden westdeutscher Geschichte eine Schlüsselrolle in der Asylpolitik – und wurde so immer wieder auf andere, stets rassifizierte Migrant:innengruppen, also PoC, angewandt (Stokes, 2019).

Der Begriff hat sich dabei wahrscheinlich in den 1950ern bzw. frühen 1960ern entwickelt und wurde zuerst in Bezug auf Geflüchtete aus der SBZ, der DDR bzw. aus dem Ostblock verwendet (ebd.; Möhring, 2015). Im Fokus standen dabei neben Ostdeutschen auch z. B. Jugoslaw:innen, die Westdeutschland – auch wenn man ihnen unterstellte, ausschließlich aufgrund wirtschaftlicher Motive geflohen zu sein – nicht ausweisen konnte und tolerieren musste. Dies geschah vor dem Hintergrund der Hallstein-Doktrin, die es der Bundesregierung verbot, diplomatische Beziehungen zu Staaten zu haben, die die DDR anerkennen (Stokes, 2019). Unter diesem Eindruck priorisierte bereits das Bundesnotaufnahmegesetz von 1950, das als Instrument galt, den Zuzug ostdeutscher „Wirtschaftsflüchtlinge“ einzudämmen, in erster Linie Geflüchtete mit vom (Notaufnahme-)Verfahren definierten „politische[n]“ Beweggründen (Bade, 2015, S. 2). So schaffte das Gesetz Privilegien (Stokes, 2019) und machte eine Unterscheidung zwischen den Geflüchteten (Bade, 2015).

Auch in Schlagabtauschen im Bundestag war die Bezeichnung Gegenstand der Debatten. So gibt es beispielsweise eine Reihe Mündlicher Anfragen des CDU-Bundestagsabgeordneten Dietrich Rollmann aus den Jahren 1965 und 1966, wo dieser Begriff in Bezug auf Geflüchtete aus den „Satellitenstaaten“ (Stenographisches Plenarprotokoll 05/10, 1965, S. 402) oder „Ostblockstaaten“ (Stenographisches Plenarprotokoll 05/18, 1966, S. 713) auftaucht. Auf eine Frage Rollmanns vom 26. Januar 1966 antwortete der zuständige Staatssekretär Hans Schäfer, Rollmann „verstehe[] [...] unter Wirtschaftsflüchtlingen offenbar [...] Flüchtlinge aus den Ostblockstaaten, die ohne Asylgründe in das Bundesgebiet gekommen sind, [...] ohne daß sie selbst behaupten, politisch, rassisch oder religiös verfolgt zu sein“ (Stenographisches Plenarprotokoll 05/16, 1966, S. 611 f.). Hinzufügend betont Schäfer, dass nicht unter letzteren Umständen verfolgte Personen dem für die Prüfung der Asylberechtigung zuständigen Zirndorfer Bundesamt „überhaupt nicht [...] zugeführt“ (ebd., S. 612) würden, ja dieses sich ausschließlich um „echte[] Asylfälle“ (ebd., S. 613) kümmere. Laut ihm handele es sich bei diesen nicht um Asylberechtigte im Sinne des Grundgesetzes und der Genfer Flüchtlingskonvention (ebd.).

Eine Frage des SPD-Bundestagsabgeordneten Fritz Büttner in derselben Plenarsitzung, wer diese Bezeichnung erfunden hätte, zusammen mit seiner Bemerkung, es sei „ein scheußlicher Ausdruck“ (ebd. S. 614), der „zwei Arten von Flüchtlingen geschaffen“ (ebd.) habe, beantwortete Schäfer damit, dass er auch nicht wisse, wer den Begriff erfunden habe, dieser sich „wohl in der Presse oder sonstwo entwickelt“ (ebd., S. 615) habe, womit er sich von dem Ausdruck distanzierte (ebd.). Bereits hier scheint es demnach nicht nur eine, in diesem Fall sozialdemokratische, Problematisierung des Begriffs gegeben zu haben, sondern auch eine Frage nach der Herkunft dieser sich auch hier mani-

festierenden Kategorisierung von Migrant:innen. Büttner wirft dem Innenministerium im weiteren Verlauf eine Ungleichbehandlung im Umgang mit diesen Flüchtlingen vor (ebd.).

Nach der Eingliederung der Jugoslaw:innen in das „guestworker‘ program“ (Stokes, 2019, S. 34), das auch anderen Ostblock-Geflüchteten die Arbeitserlaubnis gab, wurde der Begriff ab 1966 seltener in Bezug auf Ostblock-Flüchtlinge verwendet. Gleichzeitig etablierte sich im weiteren Verlauf in den 1960ern für Arbeitsmigrant:innen aus der Mittelmeerregion die „Gastarbeiter“-Kategorie, die unterschiedliche Ursachen ihrer Migration auch mittelbar in die Kategorie eines „Wirtschaftsflüchtlings“ vereinheitlichte. Damit konnte die westdeutsche Regierung das Bild eines:r sich nur temporär in Deutschland aufhaltenden Migrant:in suggerieren, weswegen diese Terminologie – wenn auch indirekt – weiterhin bestand (ebd.).

Der Begriff des „Wirtschaftsflüchtlings“ erlebte dann in den 1970er-Jahren eine Renaissance (ebd.)⁸ und wurde diesmal nicht für SBZ- oder DDR-Migrant:innen, sondern für Asylbewerber:innen aus der sogenannten Dritten Welt verwendet. Laut Maren Möhring (2015, S. 394) sei das „ein Beleg für die je nach (politischer) Konjunktur wechselnde Kategorisierung bestimmter Migrantengruppen“. Dazu wurde der Ausdruck diesmal vom Begriff „Wirtschaftsasylant“ begleitet, welcher zumindest in den Parlamentsunterlagen der 5. Legislaturperiode noch keine Erwähnung fand (Stokes, 2019; Dokumentations- und Informationssystem für die Parlamentsmaterialien)⁹. Bereits ohne die Kompositumsbildung verbreitete sich die Bezeichnung „Asylant“ in der Öffentlichkeit dabei auch in den 1970er Jahren, aber zunächst ohne negative Besetzung (Nimführ, 2021). Die am Ende des Jahrzehnts beginnenden Asyldiskurse beförderten aber einen zunehmend abwertenden Beiklang des Wortes. Dieser Beiklang ist nicht nur der diesem dann vorangestellten „Wirtschafts-“ – und später auch „Schein-“ – geschuldet, sondern auch den Assoziationen, die der Begriff durch das Suffix „-ant“ hervorruft: mit anderen „deviant[en], vom Normalen abweichend beschriebenen Menschengruppen“ (Pagenstecher, 2008, S. 608), wie „Simulanten“ (ebd.) oder „Bummelanten“ (Zitat ebd.; Nimführ, 2021). „Asylant“ besaß im Gegensatz zu „Flüchtling“ bereits einen abwertenden Unterton und schuf so schon eine Unterscheidung, bevor sich das

Der Begriff des „Wirtschaftsflüchtlings“ erlebte dann in den 1970er-Jahren eine Renaissance und wurde diesmal nicht für SBZ- oder DDR-Migrant:innen, sondern für Asylbewerber:innen aus der sogenannten Dritten Welt verwendet.

⁸ Wengleich hierbei das Gütekriterium der Reliabilität und Repräsentativität nicht gänzlich gegeben ist, da die im Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentsmaterialien befindlichen Dokumente aus dem Deutschen Bundestag nicht die Bandbreite öffentlicher Debatten, Medienberichte und der in diesen und damit durch die Gesamtgesellschaft verwendeten Begriffen abbilden, ist eines zusätzlich bemerkenswert: Weder „Wirtschaftsflüchtling“ noch „Wirtschaftsasylant“ kommen in den Parlamentsunterlagen der sechsten und siebten Legislaturperiode, d. h. in Vorgängen (z. B. Gesetzentwürfen oder Gesetzesanträgen), Dokumenten (z. B. Unterrichtungen durch die Bundesregierung) oder Aktivitäten (z. B. (Änderungs-)Anträge oder Anträge aus den jeweiligen Ausschüssen) vor. Auch Stokes hält das fest, wenn sie davon spricht, dass der Begriff „resurfaced“ (Stokes, 2019, S. 35).

⁹ Ich behandle in dieser Arbeit die beiden Begriffe als Synonyme und untersuche nicht die semantischen Unterschiede zwischen „Wirtschaftsflüchtling“ und „Wirtschaftsasylant“. Dennoch ist anzumerken, dass die Unterlagen nicht die Bandbreite gesellschaftlicher Diskurse abbilden können. So betont auch Stokes, dass „Wirtschaftsasylant“ (economic asylum seeker) erst ab den 1970ern die „Wirtschaftsflüchtling“-Terminologie begleitet (Stokes, 2019, S. 35). Ähnliches zeigt das Google Ngram zu „Wirtschaftsasylant“ (Google Ngram, 2024b).

Wort im weiteren Verlauf durch die Zusammensetzungen noch verschärfte (Pagenstecher, 2008; Nimführ, 2021).

4 Verwendung des Begriffs im politischen Diskurs der 1970er und 1980er

Neben dem breiten bürgergesellschaftlichen und auch christdemokratisch-oppositionellen Engagement für die Bootsflüchtlinge begann zeitgleich in den 1970- bzw. 1980ern eine rhetorische Verschärfung im Hinblick auf Geflüchtete (Bösch, 2019). Dies geschah also zu einer Zeit, in der Migrationsbewegungen auch international intensiv zunahmen.¹⁰ In westdeutschen Asyldiskussionen häufte sich vermehrt die von Medienberichten getragene Vorstellung, dass viele Vietnames:innen nicht vor politischer Verfolgung, sondern aufgrund wirtschaftlicher Faktoren flüchteten, was dazu beitrug, dass die vorherige – auch gesamtgesellschaftliche – Unterstützung für diese abebbte (Bösch, 2017, 2019). Dieser Meinungswandel¹¹ in der westdeutschen Bevölkerung und das sich zunehmend verschärfende rassistische Klima ist multikausal: erstens mit einem Anstieg der (außereuropäischen) Asylsuchenden ab 1980, zweitens mit dem Wissen darüber, dass die Zahl der Migrant:innen im Bundesgebiet trotz des Anwerbestopps 1973 zunahm, drittens mit einer aus der fast parallelen Revolution im Iran hervorgehenden Angst vor dem Islam (Bösch, 2019) und viertens der mit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit einhergehenden Wirtschaftskrise 1980. Im Zuge dieser Wirtschaftskrise trat das „Das Boot ist voll“-Narrativ von nun an verstärkt in den Vordergrund, wie es zur gleichen Zeit in migrationspolitischen Debatten in der Schweiz auch benutzt wurde (Pagenstecher, 2008). In Westdeutschland wurde die Zuwanderungsablehnung zunehmend durch Abwertungen wie „Wirtschaftsflüchtlinge“ und „Scheinasylanten“ flankiert, die auch das Ziel verfolgten, das Bild einer Masseneinwanderung herzustellen (Herbert, 2017). Die Gesellschaft für deutsche Sprache, die ausgehend von der Präsenz und Dominanz der Worte in öffentlichen Debatten jedes Jahr das „Wort des Jahres“ bestimmt, platzierte im Jahr 1980 „Asylant“ dementsprechend auf den zweiten Platz (Oltmer, 2024).

Somit fand die humanitäre Hilfe für vietnamesische Bootsflüchtlinge in einer „Scharnierphase“ (Bösch, 2019, S. 190) zwischen Solidarität und Abschottung statt. In der „Asyldebatte“ (Liebisch-Gümüß, 2021, S. 52) sollte die Asylpolitik nicht nur neu gedacht werden, sondern wurde auch ein deutlich sichtbarer, integraler Bestandteil des Wahlkampfs der verschiedenen Parteien, z. B. im Zuge der Bundestagswahl 1980 (Herbert, 2017). Die Christdemokrat:innen, die eine dominante Rolle bei der Forderung nach höherer Unterstützung für die Bootsflüchtlinge einnahmen, prägten dabei als Erste den Begriff eines „Wirtschaftsasylanten“, vor dem sie warnten (Bösch, 2017; Bösch, 2019).

Diese Entgegensetzung von „asylwürdigen“, ergo „echten Flüchtlingen“, und „Wirtschaftsflüchtlingen“, ergo „falschen Flüchtlingen“, diente dabei als Hauptargument in der Asyldebatte. Darin vertraten nicht nur konservative Politiker:innen den Standpunkt, dass das in Artikel 16 des

¹⁰ Frank Bösch (2019) schreibt in seiner Monografie von einer Zeitenwende 1979 durch die Islamischen Revolution im Iran, den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan oder auch die Revolution in Nicaragua und den großen Exodus von Vietnames:innen nach Ende des Vietnam-Kriegs. Auch diese Ereignisse trugen dazu bei, dass Migration ein zentrales Thema in der Bundesrepublik war, bei dem – so Bösch – die BRD versuchte, „ihre Rolle zu finden“ (ebd., S. 190).

¹¹ Umfragen zufolge nahm in der deutschen Gesellschaft die Auffassung zu, „die Ausländer sollten in ihre Heimat zurückkehren“ (Bösch, 2019, S. 221).

Grundgesetzes und der Genfer Flüchtlingskonvention vorgeschriebene Grundrecht auf Asyl von „falschen Flüchtlingen“ zweckentfremdet und instrumentalisiert würde. Man legte ihnen zur Last, keine „reasons eligible for asylum“ (Liebisch-Gümüş, 2021, S. 52) zu haben, sondern vom alleinigen, unberechtigten Wunsch motiviert zu sein, ein besseres Leben mit höheren (sozio-)ökonomischen Lebensstandards zu führen, und deswegen „Asylmissbrauch“ (ebd., S. 53) zu betreiben, weshalb der Begriff in diesem Kontext auch einen denunziatorischen Unterton hatte (ebd.). Am 6. März 1980 behauptete der CSU-Abgeordnete Carl-Dieter Spranger beispielsweise, dass „etwa 90% aller Asylbewerber nicht aus politischen Gründen Asyl beantragen“ (Stenographisches Plenarprotokoll 8/205, 1980, 16471), sondern sie durch wirtschaftliche oder „sonstige“ (ebd.) Ursachen motiviert seien. Gleichzeitig würden diese „angelockt durch ein außerordentlich großzügiges Sozialsystem“ (ebd.). In derselben Sitzung ist auffällig, dass nicht nur die Opposition, sondern auch der liberale Innenminister Gerhart Baum den Ausdruck „Wirtschaftsasylant“ benutzte (ebd., 16479). Der Spiegel schrieb Ende 1981:

Denen [den sozial Schwachen] ist unverständlich, daß Wirtschaftsasylanten den Rechtsstaat jahrelang auf dem Prozeßweg narren können, während sie [...] Sozialhilfe beziehen und mancherorts auf Kosten der Steuerzahler im Hotel wohnen können. (Der Spiegel, 1981)

In den Debatten verbreitete sich deswegen zudem parallel die Vorstellung eines „Scheinasylanten“, wobei die beiden Begriffe „Wirtschaftsflüchtling“ und „Scheinasylant“ oft nebeneinander und im selben Kontext verwendet wurden (Liebisch-Gümüş, 2021). Spranger betonte:

[W]ir wollen [...] ein rechtsstaatlich einwandfreies Verfahren, das möglichst schnell – ich wiederhole den Begriff, weil er bei den Fachleuten unumstritten ist – Schein-Asylanten von tatsächlichen politischen Flüchtlingen trennt. [...] Wir wollen nicht, daß Schein-Asylanten und Wirtschaftsflüchtlinge das Asylrecht bei uns ad absurdum führen. (Spranger in Stenographisches Plenarprotokoll 8/205, 1980, 16472)

Auch der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth sprach von einer „Scheinasylantenlawine“ (Der Spiegel, 1980) im Zusammenhang mit „faktisch unkontrollierte[m] Hereinlassen jedes Wirtschaftsflüchtlings“ (ebd.). Zentrales Problem war demnach ein „Scheinasylant“, der Leistungen illegitim in Anspruch nehme, wie auch Franz-Josef Strauß betonte. Während er Vietnames:innen zu Beginn explizit nicht zu dieser Gruppe zählte, gerieten in der Öffentlichkeit insbesondere türkische Asylbewerber:innen ins Visier (Liebisch-Gümüş, 2021; Bösch, 2019).

Jenseits der polemischen Zuspitzung in Diskussionen in Medien, Gesellschaft und in Parlamenten hatte die Kategorie eines „Wirtschaftsflüchtlings“ auch unmittelbare Auswirkungen auf die

Jenseits der polemischen Zuspitzung in Diskussionen in Medien, Gesellschaft und in Parlamenten hatte die Kategorie eines „Wirtschaftsflüchtlings“ auch unmittelbare Auswirkungen auf die politische Praxis.

politische Praxis. Lauren Stokes legt dar, dass die Figur des Wirtschaftsflüchtlings den Herrschenden mehrmals zur Legitimation ihrer politischen Agenda oder ihrer Kurswechsel mit grundlegend restriktiveren asyl- und ausländer:innenpolitischen Regelungen diene (Stokes, 2019). In diesem Zusammenhang ist nicht nur der Anwerbestopp zu nennen, sondern ab Ende 1974 auch ein generelles Arbeitsverbot für alle Familienangehörigen, die nach Westdeutschland zogen (ebd.). Aufgrund des gleichzeitigen

Anstiegs der Asylbewerber:innen und der damit verbundenen Belastung der Kommunen entschied die Bundesregierung ab März 1975, Asylbewerber:innen während des Wartens auf die Entscheidung über ihren Asylantrag die Arbeitserlaubnis zu gewähren. In der Folge war der Asylantrag – auch vor dem Hintergrund des zeitgleichen Arbeitsverbots für Familienangehörige – die einzige Gelegenheit, legal zu arbeiten (ebd.). Daraus resultierend nahmen viele Beamte an, dass Familienangehörige, vor allem türkische, nur einen Asylantrag stellten, um über diesen Weg arbeiten zu können, per se aber nicht asylberechtigt seien und die Kategorien verwischten (ebd.; Liebisch-Gümüş, 2021).

Um dieser Entwicklung zu begegnen und Türkeistämmige daran zu hindern, einen Asylantrag zu stellen, beschloss die Bundesregierung im Sommer 1980 ein „Sofortprogramm zur Begrenzung der Einreise ‚unechter‘ Asylbewerber“ (Szatkowski, 2016, S. 32), das Asylbewerber:innen die Arbeitserlaubnis grundsätzlich entzog und die Visumspflicht für türkische Staatsbürger:innen bzw. Hauptherkunftsländer¹² ausweitete (Stokes, 2019). Die Tatsache, dass in den Folgejahren (1981/82) die Zahl der Asylbewerber:innen massiv sank, insbesondere der Anteil der türkischen Asylbewerber:innen von 60 auf 30 Prozent, wurde auch als Erfolg des Sofortprogramms interpretiert. Das bestärkte viele in Deutschland in ihrem Glauben, dass die Mehrheit der (türkischen) Asylbewerber:innen „Wirtschaftsflüchtlinge“ seien (Stokes, 2019). Diese Kategorie wurde für viele also bestätigt.

Dass mit diesen Beschlüssen in erster Linie beabsichtigt war, vermeintliche „Wirtschaftsflüchtlinge“ abzuschrecken, wird auch dadurch untermauert, dass das in der Folge dauerhaft festgeschriebene Wartezeitgesetz zwischen asylsuchenden „Wirtschaftsflüchtlingen“, die zwei Jahre warten mussten, bis sie arbeiten durften, und aus sozialistischen Staaten fliehenden „politischen“ Asylbewerber:innen, die nur ein Jahr warten mussten, unterschied (Stokes, 2019; Herbert, 2017). Während das (temporäre) Arbeitsverbot dazu führte, dass arbeitslose Geflüchtete in der Öffentlichkeit als „Schmarotzer“ stigmatisiert werden konnten, konnten die sehr hohen Ablehnungszahlen¹³ (Bade, 2015) erneut als Beweis für die „Wirtschaftsflüchtling“-These herhalten (Herbert, 2017).

Nachdem durch einen Beschluss des Innenministeriums 1974, zuvor hauptsächlich in Zirndorf untergebrachte Asylsuchende bundesweit zu verteilen, die Migration zu einer gesamtwestdeutschen Frage wurde (Stokes, 2019), ergriff man auch auf Landesebene Abschreckungsmaßnahmen und Restriktionen gegen „Wirtschaftsflüchtlinge“. So schloss der Westberliner Senat beispielsweise Asylsuchende aus dem Bargeldverkehr aus, indem er diesen Hilfe überwiegend in Form von Gutscheinen bereitstellte. Vonseiten der Amtsträger wurde damit auch das Ziel verfolgt, „Wirtschaftsmigranten“ abzuschrecken, denen man vorwarf, Geldleistungen in ihre Heimatländer zu senden (ebd.). Aber auch andere Bundesländer zielten darauf ab, Geflüchtete abzuschrecken, indem ihre Lebensverhältnisse bis zur Entscheidung über ihren Asylantrag unattraktiv gemacht und verschlechtert wurden, wie beispielsweise durch die Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit durch eine Residenzpflicht (Poutrus, 2019). Die um 1980 zunehmenden, vom Bund und den Ländern geförderten und vorangetriebenen Abschiebungen sollten ebenfalls eine abschreckende Wirkung erzielen (Wagner, 2023).

¹² Hauptherkunftsländer waren Afghanistan, Äthiopien, Sri Lanka, Indien, Bangladesch und die Türkei (Kolb & Schneider, 2015).

¹³ Zu den niedrigen Anerkennungsquoten ist hinzuzufügen, dass viele nicht rechtmäßig waren und Geflüchtete so durch Widerspruchsverfahren anerkannt werden konnten, siehe „De-facto-Flüchtlinge“ (Möhring, 2015, S. 395).

5 Fazit

Die vorliegende Arbeit demonstriert, dass der Topos eines „Wirtschaftsflüchtlings“ bzw. „Wirtschaftsasyllanten“ im westdeutschen Migrationsdiskurs, welchem ein Paradigmenwechsel in der Bevölkerung vorausging, mehrere zentrale Rollen hatte: Erstens verfolgte das Kompositum durch seinen abwertenden Charakter das Ziel, Geflüchtete in einer Zeit, in der die Asylzahlen stiegen, zu kategorisieren, indem man ihnen eine Fluchtmotivation unterstellte und sie im Gegensatz zu „echten“ Flüchtlingen stigmatisierte. Diese Gegenüberstellung erlaubte es, den Begriff der Flucht grundsätzlich zu delegitimieren, was auch durch dessen Gleichsetzung mit „Scheinasyllant“ erreicht wurde, obgleich tatsächlich, wie es Stokes oder Liebisch-Gümüş darstellen, die Fluchtursachen dieser Migrant:innen multikausal und -direktional waren. Auch unter Ostdeutschen und außereuropäischen Geflüchteten gab es eine Bandbreite an zur Emigration motivierenden Gründen, unter denen ökonomische, politische oder anderweitige Gesichtspunkte gleichzeitig existieren konnten, die aber so in eine einzige Kategorie vereinheitlicht wurden (Stokes, 2019; Liebisch-Gümüş, 2021). Infolgedessen diente die Bezeichnung auch als Werkzeug dafür, den Meinungswandel einerseits zu provozieren und ihn andererseits zu legitimieren.

Zweitens konnte gleichzeitig diese künstliche Zuschreibung ein Ersatz für – beispielsweise zur selben Zeit im schweizerischen Migrationsdiskurs benutzte – „Das Boot ist voll“-Parolen sein. Durch solche Parolen wurde versucht, in einer Zeit der vermehrten Asylanträge (über 100.000 im Jahr) das Bild einer „Überflutung“ entstehen zu lassen und so den Überfremdungsdiskurs zu verstärken.

Diese Arbeit hat aber auch aufzeigen können, dass diese Einteilung eine konstitutive und somit wesentliche Funktion als Grundlage „to justify shifts in policy“ (Stokes, 2019, S. 21) innehatte. Viele restriktive(-re) Maßnahmen und Verschärfungen, um den hohen Asylzahlen zu begegnen, wie beispielsweise das Sofortprogramm von 1980 oder der Westberliner Ausschluss von Asylsuchenden aus der Bargeldwirtschaft, konnten durch den „Wirtschaftsflüchtling“ legitimiert werden, der der Politik somit als Vorwand für Kurswechsel dienen konnte. Insgesamt konnte zusätzlich dargelegt werden, dass die Bezeichnung „ein Beleg für die je nach (politischer) Konjunktur wechselnde Kategorisierung bestimmter Migrantengruppen ist“ (Möhring, 2015, S. 394), indem sie kontinuierlich auf neue Geflüchtete angewandt wurde, wodurch mittels dieser Figur immer neue Krisennarrative fabriziert werden konnten (Stokes, 2019).

Die vorliegende Arbeit verortet sich in einem jungen Forschungsfeld, in dem insbesondere die Ausführungen von Lauren Stokes maßgebliche Impulse geben. Weitere Forschung ist allerdings erforderlich, um ein klares Bild der Systematiken und Wirkweisen von kategorisierenden Bezeichnungen in öffentlichen Zuwanderungsdiskussionen zu erhalten. Eine mögliche Forschungsfrage ist, inwieweit genau diese Stigmatisierung zu der parallelen Geburt des Heidelberger Manifests, rechtsterroristischen Strukturen wie der Deutschen Aktionsgruppen oder zum Aufstieg der rechtspopu-

Viele restriktive(-re) Maßnahmen und Verschärfungen, um den hohen Asylzahlen zu begegnen, wie beispielsweise das Sofortprogramm von 1980 oder der Westberliner Ausschluss von Asylsuchenden aus der Bargeldwirtschaft, konnten durch den „Wirtschaftsflüchtling“ legitimiert werden, der der Politik somit als Vorwand für Kurswechsel dienen konnte.

Teil A | Von ‚echten‘ und ‚falschen‘ Flüchtlingen

listischen Republikaner beitrug. Ebenfalls kann weitere Forschung dazu beitragen, zu erörtern, ob es eine mittelbare oder unmittelbare Verbindung zwischen der Asyldebatte Anfang 1980 (bzw. den „Asylmissbrauch“- und „Wirtschaftsasyllant“-Narrativen) und der rassistischen Gewalt in den sogenannten „Baseballschlägerjahren“ gibt oder vielleicht sogar zu der Zuspitzung im Asylkompromiss 1993 führte. Weitere offene Fragen sind etwa: Was sind weitere Ursachen für einen in den 1970ern auftretenden Meinungswandel in der Bevölkerung, welchen Einfluss hatten z. B. die Olympischen Sommerspiele 1972 und die anschließende rassistische Diskussion über Migration?¹⁴ Wann wurde der Begriff „Wirtschaftsflüchtling“ nun an absolut erster Stelle verwendet? Welche Rolle spielt er in heutigen Diskussionen? In welchem Kontext, aber vor allem von welchen Akteur:innen wird er heute benutzt?¹⁵ Eine nicht rein geschichtswissenschaftliche, sondern auch politikwissenschaftliche und soziologische Auseinandersetzung mit diesen Fragen erscheint vielversprechend.

¹⁴ Beispielsweise titelte Der Spiegel am 17.09.1972 „Der Araber – dem ist nicht zu trauen“ (Der Spiegel, 1972).

¹⁵ Das Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2021 stellt so z. B. „Wirtschaftsflüchtlinge“ deutschen Steuerzahler:innen gegenüber (Gosewinkel & Katzy-Reinshagen, 2023).

Quellenverzeichnis

- Der Spiegel. (1972, 17. September). „Der Araber – dem ist nicht zu trauen“. *Der Spiegel*, 39/1972. <https://www.spiegel.de/politik/der-araber-dem-ist-nicht-zu-trauen-a-c5d647ab-0002-0001-0000-000042842884>.
- Der Spiegel. (1980, 14. September). „Raus mit dem Volk“. *Der Spiegel* 38/1980. <https://www.spiegel.de/politik/raus-mit-dem-volk-a-0035c008-0002-0001-0000-000014329214?context=issue>.
- Der Spiegel. (1981, 6. Dezember). „Ausländer: ‚Schmerzhaftes Grenze gezogen‘“. *Der Spiegel* 50/1981. <https://www.spiegel.de/politik/auslaender-schmerzhaftes-grenze-gezogen-a-d7cb1106-0002-0001-0000-000014351381>.
- Deutscher Bundestag. (1965, 2. Dezember). *Protokoll der 10. Sitzung des 5. Deutschen Bundestages (Stenographisches Plenarprotokoll 05/10)*. Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentsmaterialien. <https://dserver.bundestag.de/btp/05/05010.pdf>.
- Deutscher Bundestag. (1966, 26. Januar). *Protokoll der 16. Sitzung des 5. Deutschen Bundestages (Stenographisches Plenarprotokoll 05/16)*. Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentsmaterialien. <https://dserver.bundestag.de/btp/05/05016.pdf>.
- Deutscher Bundestag (1966, 9. Februar). *Protokoll der 18. Sitzung des 5. Deutschen Bundestages (Stenographisches Plenarprotokoll 05/18)*. Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentsmaterialien. <https://dserver.bundestag.de/btp/05/05018.pdf>.
- Deutscher Bundestag. (1980, 6. März). *Protokoll der 205. Sitzung des 8. Deutschen Bundestages (Stenographisches Plenarprotokoll 08/205)*. Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentsmaterialien. <https://dserver.bundestag.de/btp/08/08205.pdf>.
- Deutscher Bundestag. (1980, 8. August). *Unterrichtung durch die Bundesregierung: Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland (Drucksache 8/4437)*. Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentsmaterialien. <https://dserver.bundestag.de/btd/08/044/0804437.pdf>.
- Google Ngram Viewer (2024a). „Wirtschaftsflüchtling(e)“. https://books.google.com/ngrams/graph?content=Wirtschaftsflüchtling%2C+Wirtschaftsflüchtlinge&year_start=1945&year_end=2019&corpus=de-2019&smoothing=3.
- Google Ngram Viewer (2024b). „Wirtschaftsasylant(en)“. https://books.google.com/ngrams/graph?content=Wirtschaftsasylant%2CWirtschaftsasylanten&year_start=1945&year_end=2019&corpus=de-2019&smoothing=3.
- Kühn, H. (1979). *Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland: Memorandum des Beauftragten der Bundesregierung*. Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Literaturverzeichnis

- Bade, K. J. (2015). Zur Karriere und Funktion abschätziger Begriffe in der deutschen Asylpolitik. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 65(25), 3-7.
- Berlinghoff, M. (2012). *Der europäisierte Anwerbestopp*. In J. Oltmer, A. Kreienbrink & C. S. Díaz (Hrsg.), *Das „Gastarbeiter“-System. Arbeitsmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa* (S. 149–164). Oldenbourg Verlag.
- Bösch, F. (2017). Engagement für Flüchtlinge. Die Aufnahme vietnamesischer »Boat People« in der Bundesrepublik. *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, 14(1), 13–40.
- Bösch, F. (2019). *Zeitenwende 1979*. C.H. Beck.
- Falk, K. & Nohlen, D. (2011). *Asyl/Asylpolitik*. In F. Grotz & D. Nohlen (Hrsg.), *Kleines Lexikon der Politik* (S. 23–28). C.H. Beck.
- Goswinkel, D. & Katzy-Reinshagen, A. (2023). Ausländer. In I. Bartels et al. (Hrsg.), *Umkämpfte Begriffe der Migration. Ein Inventar* (S. 45–60). transcript Verlag.
- Hackenbruch, F. (2024, 19. Februar). „Theoretische Debatte“ Grüne stemmen sich gegen bundesweite Bezahlkarte. *Tagesspiegel*. <https://www.tagesspiegel.de/politik/theoretische-debatte-gruene-stemmen-sich-gegen-bundesweite-bezahlkarte-11235679.html>.
- Hell, M. (2005). *Einwanderungsland Deutschland? Die Zuwanderungsdiskussion 1998–2002*. VS Verlag.

- Herbert, U. (2015, Dezember). *Flucht und Asyl. Zeithistorische Bemerkungen zu einem aktuellen Problem*. Zeitgeschichte-online. <https://zeitgeschichte-online.de/themen/flucht-und-asyl>.
- Herbert, U. (2017). *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*. C. H. Beck.
- Hoerder, D. (2010). *Geschichte der deutschen Migration. Vom Mittelalter bis heute*. C. H. Beck.
- Hunn, K. (2005). „Nächstes Jahr kehren wir zurück ...“ Die Geschichte der türkischen „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik. Wallstein.
- Ismar, G. (2022, 27. September). Merz und die „Sozialtouristen“ aus der Ukraine. Hat der CDU-Chef ein Kommunikationsproblem oder ist das Kalkül? *Tagesspiegel*. <https://www.tagesspiegel.de/politik/merz-und-die-sozialtouristen-aus-der-ukraine-hat-der-cdu-chef-ein-kommunikationsproblem-oder-ist-das-kalkul-8689717.html>.
- Kiesel, R. (2024, 6. Juni). Afghanistan und Syrien „sichere Herkunftsländer“? Berlins Innensenatorin muss sich selbst korrigieren. *Tagesspiegel*. <https://www.tagesspiegel.de/berlin/afghanistan-und-syrien-sichere-herkunftslaender-berlins-innensenatorin-muss-sich-selbst-korrigieren-11780426.html>.
- Kolb, H. & Schneider, J. (2015). *Asyl/Asylpolitik*. In F. Grotz & D. Nohlen (Hrsg.), *Kleines Lexikon der Politik* (S. 23–29). C.H. Beck.
- Liebisch-Gümüş, C. (2021). Airborne Asylum: Migration by Airplane in (West) Germany, 1945–1980s. *Bulletin of the German Historical Institute Washington*, 68(2021), 39–60.
- Michel, J.-B., Shen, Y. K., Aiden, A. P., Veres, A., Gray, M. K., Pickett, J. P., Hoiberg, D., Clancy, D., Norvig, P., Orwant, J., Pinker, S., Nowak, M. A., & Aiden, E. L. (2011). Quantitative Analysis of Culture Using Millions of Digitized Books. *Science (American Association for the Advancement of Science)*, 331(6014), 176–182. <https://doi.org/10.1126/science.1199644>.
- Möhring, M. (2015). *Mobilität und Migration in und zwischen Ost und West*. In F. Bösch (Hrsg.), *Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000* (369–410). Vandenhoeck & Ruprecht.
- Neumair, P. A. (2022). *Die Bedeutung von Flüchtling, Geflüchtete_r und Migrant_in. Eine frame-semantische Untersuchung zum Diskurs zur sog. Flüchtlingskrise*. Springer VS.
- Nimführ, S. (2021). *Asyl*. In M. Liebig & B. Schmidt-Lauber (Hrsg.), *Begriffe der Gegenwart. Ein kulturwissenschaftliches Glossar* (S. 31–38). Böhlau.
- Oltmer, J. (2016). Das Aushandeln von Migration: Historische und historiographische Perspektiven. *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften*, 14, 333–350.
- Oltmer, J. (2024, 4. Juli). *Das gesellschaftliche Sprechen und Schreiben über Migration. Zugehörigkeit und Zusammenhalt in der Migrationsgesellschaft*. Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdosiers/550161/das-gesellschaftliche-sprechen-und-schreiben-ueber-migration/>.
- Pagenstecher, C. (2008). „Das Boot ist voll“. Schreckensvision des vereinten Deutschland. In G. Paul (Hrsg.), *Jahrhundert der Bilder. Band II: 1949 bis heute* (S. 606–613). Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung.
- Pleinen, J. (2016). Ein Europa von Sonderfällen? Überlegungen zu einer Migrationsgeschichte der Bundesrepublik in europäischer Perspektive. In S. Levsen & C. Torp (Hrsg.), *Wo liegt die Bundesrepublik? Vergleichende Perspektiven auf die westdeutsche Geschichte* (255–273). Vandenhoeck & Ruprecht.
- Poutrus, P. G. (2019). *Umkämpftes Asyl. Vom Nachkriegsdeutschland bis in die Gegenwart*. Christoph Links.
- Prontera, G. (2012). Das Emigrationszentrum in Verona. Anwerbung und Vermittlung italienischer Arbeitskräfte in die Bundesrepublik Deutschland 1955–1975. In J. Oltmer, A. Kreienbrink & C. S. Díaz (Hrsg.), *Das „Gastarbeiter“-System. Arbeitsmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa* (89–102). Oldenbourg Verlag.
- Roesler, J. (2004). „Rübermachen“. Politische Zwänge, ökonomisches Kalkül und verwandtschaftliche Bindungen als häufigste Motive der deutsch-deutschen Wanderungen zwischen 1953 und 1961. *Hefte zur DDR-Geschichte*, 85.
- Rudolf, D. B. (2019). Neue Lehren aus alten Fehlern? Das Kühn-Memorandum als Fingerzeig für die gegenwärtige Integrationsdebatte. In Y. Bizeul & D. B. Rudolf (Hrsg.), *Politische Debatten um Migration und Integration. Konzepte und Fallbeispiele* (19–40). Springer VS.
- Settele, V. (2012). Rechtliche Grundlegungen der Arbeitsmigration nach Deutschland und Österreich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. *historia.scribere*, 4, 67–85.

- Stokes, L. (2019). The Permanent Refugee Crisis in the Federal Republic of Germany, 1949–. *Central European History*, 52(1), 19–44.
- Szatkowski, T. (2016). *Die Bundesrepublik Deutschland und die Türkei 1978 bis 1983*. Walter de Gruyter.
- Wagner, F. (2023). Ausweisungsgrund: „Aussereuropäisch“. People of Color und die Entstehung des bundesdeutschen Abschieberegimes. *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, 20, 51–84.

Antike Strategien im modernen Wahlkampf?

Ein Vergleich römischer und deutscher
Wahlkampfstrategien

Friederike Küstermann

Georg-August-Universität Göttingen

ÜBER
DACHT

Antike Strategien im modernen Wahlkampf?

Ein Vergleich römischer und deutscher Wahlkampfstrategien

Friederike Küstermann, *Georg-August-Universität Göttingen*

Abstract: „Durch drei Dinge werden die Menschen am ehesten zu Wohlwollen und Interesse an der Wahl geführt: durch erwiesene Wohltat, geweckte Hoffnung und spontane Sympathie“. Was wie ein guter Ratschlag einer modernen Politikerin oder eines modernen Politikers klingt, ist tatsächlich ein Rat, den Quintus Tullius Cicero seinem Bruder vor mehr als 2000 Jahren für dessen Wahl zum Konsul gab. Denn wie heute gab es auch in der Zeit der römischen Republik Wahlen und dementsprechend Wahlkampfstrategien. Weisen die Wahlkampfaktiken des antiken Roms noch immer Relevanz für die Politik demokratischer Verfassungsstaaten auf? Um diese Forschungsfrage zu beantworten, werden die Wahlkampfstrategien aus den Briefen des Q. Cicero aus der Zeit der späten römischen Republik und die von Frank Brettschneider erwähnten Wahlkampfstrategien der Parteien zur Bundestagswahl 2021 einzeln analysiert und anschließend miteinander verglichen. Die Analyse kommt zu dem Schluss, dass die Wahlkampfstrategien im antiken Rom auch für die Politik demokratischer Verfassungsstaaten noch relevant sind. Zu den genannten Strategien zählen beispielsweise die Personalisierung, die Unterstützung durch einflussreiche Personen, Bürgernähe und öffentliche Präsenz. Sie unterscheiden sich jedoch auch stark, beispielsweise in Bezug auf Amtszeit und Wiederwahl, die Professionalisierung des Wahlkampfes durch Wahlkampfteams oder die Formulierung konkreter politischer Aussagen.

Schlagworte: Wahlkampf • Römisches Reich • Bundesrepublik Deutschland

1 Einleitung

Am 23.02.2025 wurde in der Bundesrepublik Deutschland die Wahl zum 21. Bundestag durchgeführt. Zuvor führten die Parteien wie vor jeder Wahl einen langen Wahlkampf, wobei die von den Parteien verwendeten Wahlkampfstrategien von verschiedenen Wissenschaftler*innen untersucht wurden. Ein Beispiel ist der Kommunikationswissenschaftler Frank Brettschneider, der die Wahlkampfstrategien der Parteien von der vorherigen Bundestagswahl 2021 analysiert hat.

Bereits in der Zeit der römischen Republik (ca. 509 bis 27 v. Chr.) existierten Wahlen und dementsprechend auch Wahlkampfstrategien (Brodersen, 2017). Das *Commentariolum petitionis* von

Quintus Tullius Cicero (102 bis 43 v. Chr.) ist ein bedeutendes Werk aus der Zeit der späten römischen Republik. Der Brief wurde um das Jahr 64 v. Chr. für seinen Bruder Marcus Tullius Cicero (106 bis 43 v. Chr.) verfasst, der sich zu diesem Zeitpunkt als Kandidat für das Amt des Konsuls (*consul*) aufstellte. In dem Schriftstück gibt Quintus seinem Bruder eine Reihe von Empfehlungen, die dazu beitragen sollen, einen erfolgreichen Wahlkampf zu führen. Das Werk von Quintus Tullius Cicero (Q. Cicero) wurde über die Zeit hinweg von verschiedenen Historiker*innen rezipiert und übersetzt. In dem vorliegenden Artikel werden jedoch vornehmlich Übersetzungen und Kommentare von Historiker*innen aus dem frühen 21. Jahrhundert verwendet, darunter Kai Brodersen, Philip Freeman und Günter Laser. Kai Brodersen beschäftigte sich auch mit der Frage, ob die Wahlkampfstrategien im spätrepublikanischen Rom eine ungebrochene Relevanz für die Politik demokratischer Verfassungsstaaten aufweisen (Cicero, 2013). Er vertritt dabei die unter Wissenschaftler*innen vorherrschende Meinung, dass diese antiken Wahlkampfmethoden auch in der heutigen Zeit noch Anwendung finden. Günter Laser kommentiert in seiner Übersetzung von *Commentarium Petitionis* auch die Frage der Autorenschaft der Quelle (Cicero, 2001). In Kapitel 2.4 wird ebenfalls auf diese Frage eingegangen. Auch andere Autor*innen greifen die Erkenntnisse aus den Briefen Q. Cicero auf und haben diese noch weiter auf die speziellen Aussagen und Strategien analysiert, welche Q. Cicero empfiehlt. Ein besonders zu beachtendes Werk ist „Antike Traditionen im modernen Wahlkampf. Quintus T. Ciceros Denkschriften über die Konsulatsbewerbung“ von Nikolaus Jakob (2002). In diesem Aufsatz geht er der Frage nach, inwiefern sich antike Wahlkampfstrategien in modernen Wahlkämpfen wiederfinden. Ein weiterer Autor, der sich mit dem Text von Q. Cicero beschäftigt hat, ist Karl Wilhelm Weeber mit seinem Buch „Wahlkampf im alten Rom“ (2007). Im Gegensatz zu Jakob verzichtet Weeber in seiner Forschung auf einen Vergleich zwischen modernen und antiken Wahlkampfstrategien. Er möchte sich bei seiner Arbeit ausschließlich auf die Analyse der Briefe beziehen und erhebt nicht den Anspruch, die Thematik mit modernen Wahlkampfstrategien zu vergleichen.

Der moderne Wahlkampf und dessen Strategien, sowie die damit einhergehenden nationalen Unterschiede, sind ein vielschichtiges Forschungsfeld, das bereits von zahlreichen Wissenschaftler*innen wie Markus Karp (2004), Paul Nolte oder Frank Brettschneider untersucht wurde. In der vorliegenden Arbeit wird sich spezifisch auf die Analyse von Wahlkampfstrategien fokussiert, die von Frank Brettschneider im Rahmen seiner Forschung zu verschiedenen Bundestagswahlen entwickelt und evaluiert wurden. Sie wird sich im Besonderen mit dessen Auswertung zur Bundestagswahl 2021 auseinandersetzen. Der direkte Vergleich von den Wahlkampfstrategien im alten Rom und denen in der Moderne, speziell in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2021, wurde jedoch bisher nur von wenigen Wissenschaftler*innen, wie die genannten Arbeiten von Nikolaus Jakob oder Georg Kahl (2014), vorgenommen, wobei Letzterer seine Analyse im Rahmen einer Studienarbeit durchgeführt hat.

Der vorliegende Aufsatz ist in vier Teile untergliedert. Zunächst werden die Wahlkampfstrategien aus den Briefen von Q. Cicero mit der Hilfe von Übersetzungen und Kommentaren verschiedener Historiker analysiert. Im weiteren Verlauf werden die von Frank Brettschneider (2021) in seinem Artikel „Wahlkampf. Funktionen, Instrumente und Wirkungen“ erwähnten Wahlkampfstrategien der Parteien zur Bundestagswahl 2021 ermittelt. In diesem Zusammenhang werden auch die Analysen anderer Autoren wie Wolfgang Rudzio (2019) hinsichtlich verschiedener Einflüsse auf den Wahlkampf von Parteien berücksichtigt. Im Rahmen dessen werden zunächst die grundlegenden Wahlkampfstrategien herausgestellt und anschließend in die Anweisungen, wie diese Strategien umgesetzt werden sollen, unterteilt. Des Weiteren wird die Wirkung dieser Strategien auf die

jeweilige Bevölkerung untersucht. Im Anschluss erfolgt ein Vergleich der beiden Strategien, wobei sowohl Gemeinsamkeiten und Unterschiede als auch schwer zu vergleichende Elemente herausgearbeitet werden. Der dritte und zentrale Teil der Arbeit beschäftigt sich mit der Frage, ob die Wahlkampfstrategien des antiken Roms eine ungebrochene Relevanz für die Politik demokratischer Verfassungsstaaten aufweisen und ob ein solcher Vergleich aufgrund der zeitlichen Distanz möglich und empfehlenswert ist. Zu diesem Zweck bediene ich mich der Methode des historischen Vergleichs. Abschließend werden die Ergebnisse und das Fazit der Untersuchung präsentiert.

2 Klärung der begrifflichen und theoretischen Grundlagen

2.1 Definition Wahlkampfstrategie

Der Terminus „Wahlkampfstrategie“ bezeichnet sämtliche politischen Planungen sowie die personellen, programmatischen und organisatorischen Maßnahmen, die den Verlauf der Wahlkampagne bestimmen. Zweck dieser Maßnahmen ist die Erreichung eines politischen Amtes. Hierbei sind die eigenen Möglichkeiten, die sich wandelnden politischen Gegebenheiten sowie das Potenzial des politischen Gegners zu berücksichtigen (Sarcinelli, 2009, S. 758).

2.2 Wahlsystem in der Bundesrepublik Deutschland

Das Grundgesetz gibt für die legitime Wahl des Parlaments lediglich die Grundsätze einer „allgemeinen, freien, unmittelbaren, gleichen und geheimen Wahl“ (GG Art. 28,1 und 38,1) vor. Die Umsetzung dieser Wahlgrundsätze erfolgt mittels des ‚personalisierten Verhältniswahlrechts‘. Dieses Wahlrecht wird dadurch umgesetzt, dass die Wähler*innen bei der Bundestagswahl zwei Stimmen abgeben können. Bei der Erststimme wird eine Wahlkreiskandidat*in aus einem der 299 Einzelwahlkreise mit einfacher Mehrheit direkt gewählt, was als ‚personalisiert‘ bezeichnet wird. Die Zweitstimme wird für geschlossene Parteilisten abgegeben, was als ‚Verhältniswahl‘ bezeichnet wird (Rudzio, 2019). Die Wahlperiode des Bundestags beträgt vier Jahre. Gemäß den gesetzlichen Bestimmungen zur Bundestagswahl sind alle deutschen Staatsbürger (GG Art. 116) wahlberechtigt, die am Tag der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens drei Monaten in Deutschland wohnhaft sind und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen wurden.

2.3 Wahlsystem im alten Rom

Der Begriff „altes Rom“ beschreibt hier die Zeit der späten römischen Republik (ca. 133 v. Chr. bis 31 v. Chr.), wobei der Fokus auf dem Jahr 64 v. Chr. liegt, in dem Marcus Tullius Cicero (M. Cicero) zum Konsul gewählt wurde. Das politische System der römischen Republik war so konzipiert, dass an der Spitze der Regierung zwei Konsuln standen, die jedes Jahr vom Volk neu gewählt wurden und das höchste Wahlamt des Staates innehatten. Das aktive Wahlrecht hatten alle freien erwachsenen römischen Bürger.¹ Frauen und Sklaven waren von der Wahl ausgeschlossen. Gewählt werden konnten alle freien erwachsenen römischen Bürger, die das Mindestalter von 42 Jahren er-

¹ Unter den Begriff römische Bürger fallen nur Männer, da zu dieser Zeit ausschließlich Männer wählen und gewählt

füllten. Außerdem gab es eine Sperrfrist, dies bedeutete, dass ein gewählter Konsul nicht direkt bei den nächsten Wahlen antreten durfte (Cicero, 2001). Das Wahlsystem war so organisiert, dass es unterschiedliche Wahlkörper gab. Die unteren Ämter der kurulischen Ädilen (*aediles*) und der Quaestoren (*quaestores*), wurden durch die Tributkomitien (*comitia tributa*) gewählt, die nach Verwaltungsbezirken organisiert waren. Darüber hinaus existierten die nach militärischen Einheiten gegliederten und nach Vermögensklassen sortierten Zenturiatskomitien (*comitia centuriata*).² Diese versammelten sich alljährlich, um die beiden höchsten Ämter des *cursus honorum*, das Konsulat und die Prätur, zu bestimmen. Darüber hinaus wählten sie alle fünf Jahre das Amt der Zensoren (Eder, 2006). Zensoren waren hochrangige römische Beamte. Zu ihren Aufgaben gehörten unter anderem die Besetzung des Senats (*lectio senatus*), die Aufsicht über die Sitten der Römer (*regimen morum*), sowie die Durchführung von Volks- und Vermögensschätzungen. Nur ehemalige Konsuln konnten Zensor werden (Gizewski, 1997).

Die Wahl des Konsuls wurde in Rom auf dem Marsfeld abgehalten, sodass sich die tatsächliche Wahlteilnahme vermutlich auf die Bewohner Roms beschränkte (Förtsch, 2006). Diese Beobachtung lässt den Schluss zu, dass die Wahl in der Praxis nicht für alle römischen Bürger zugänglich war. Die Stimmen wurden ausschließlich innerhalb der jeweiligen Zenturie gezählt und die Mehrheit in einer Zenturie bestimmte das Ergebnis dieser Gruppe. Jede Zenturie erhielt eine Stimme und die notwendige Mehrheit für den gesamten Wahlprozess bestand aus 97 Stimmen. Die Zenturien stimmten in einer Reihenfolge, die den Vermögensklassen von oben nach unten folgte. Wurde die erforderliche Mehrheit erreicht, wurde der Wahlvorgang beendet. Die Stimmen der weniger wohlhabenden Klassen hatten demnach nur selten entscheidenden Einfluss (Brodersen, 2017).

2.4 Thematik der Autorschaft von *Commentariolum Petitionis*

In Bezug auf den überlieferten Brief lässt sich nicht eindeutig feststellen, ob es sich um den Brief von Q. Cicero handelt und in welchem Jahr er verfasst wurde. Historiker*innen sind sich in dieser Frage nicht einig. Es ist äußerst schwierig zu klären, ob dieser Brief an M. Cicero bereits vor seiner Wahl zum Konsul oder erst danach verfasst wurde. Es besteht die Möglichkeit, dass der Brief lediglich verfasst wurde, um eine Zusammenfassung der Ereignisse der Wahl zu liefern (Cicero, 2001). Da der Ursprung des Briefes nicht geklärt ist, wird im Folgenden davon ausgegangen, dass Q. Cicero ihn im Jahr 64 v. Chr. für seinen Bruder M. Cicero verfasst hat, um ihn bei dessen Wahlkampf zum Konsul zu unterstützen. Durch diese Festlegung handeln beide Texte von Wahlkampfstrategien und sind besser miteinander vergleichbar.

werden durften. Bei der Behandlung von Themen, die sich auf die Wahlen im alten Rom beziehen, wird deshalb eine geschlechtsneutrale Formulierung vermieden. Dies dient dazu, eine verzerrte Darstellung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu dieser Zeit zu vermeiden (Eder, 2006).

² Neben der *comitia tributa* und der *comitia centuriata* ist zudem das *concilium plebis* zu nennen. Dieses Organ fungierte als Versammlungsort, Entscheidungsgremium und Wahlbehörde für die Plebejer. Die Plebejer bildeten die nicht-adlige Bevölkerung Roms und stellten somit die größte Gruppe der Römer dar. Zu ihnen zählten vor allem Bauern und Handwerker, aber auch Händler und Wohlhabende. Das *concilium plebis* wählte für jeweils ein Jahr den *tribunus plebis*, was ein ordentliches Amt war, das in der Regel nach der Quaestur übernommen wurde. Der Tribun hatte Zugang zum Senat und durfte vor diesem referieren (von Ungern-Sternberg, 2000).

3 Analyse

3.1 Quintus Tullius Cicero

In seinem Werk *Commentariolum petitionis* behandelt Q. Cicero die zwei seiner Meinung nach zentralen Strategien für einen erfolgreichen Wahlkampf.

Die erste Strategie sei es, die Sympathie der Bevölkerung für sich zu gewinnen (Cicero, 2013). Es empfehle sich für einen Kandidaten, sich beim Wahlvolk so beliebt wie möglich zu machen und sich kontinuierlich als angenehmer Kandidat zu präsentieren. Am effektivsten erreiche man dies durch ständiges Bitten um Unterstützung. Der Kandidat soll sich in der Rolle eines Dieners den Wählern unterordnen. Die Generierung von Wählerstimmen erfordere Bürgernähe, den direkten Kontakt zur Bevölkerung und ein freundliches Auftreten, um nicht als arrogant wahrgenommen zu werden (Weeber, 2007). Dabei empfiehlt Q. Cicero unter anderem, sich auch zu verstellen, zu schauspielern oder ein zweites Gesicht aufzulegen, um die Zustimmung der Wähler für sich zu gewinnen (Jackob, 2002). Ein Kandidat sollte nach Q. Cicero stets um seinen Ruf bemüht sein (Cicero 2013). Hierbei ist jedoch anzumerken, dass Q. Cicero trotzdem in den Vordergrund stellt, dass der Kandidat zunächst ein guter Wahlkämpfer und nicht ein guter Mensch sein sollte, um die Wahl zu gewinnen (Weeber, 2007). Der Wahlkampf wird von Q. Cicero deshalb auch als „gute Show“ bezeichnet (Cicero 2013).

Es sei jedoch angemerkt, dass innerhalb des Wahlkampfes eine signifikante Personalisierung zu verzeichnen ist (Brodersen, 2017). Diese ist jedoch in erster Linie auf die politischen Umstände

Q. Cicero empfiehlt seinem Bruder, sich den römischen Politiker und Redner Gaius Aurelius Cotta, welcher von 124 v. Chr. bis 74 v. Chr. gelebt hat, als Vorbild zu nehmen und wie Cotta den Wählenden alle Versprechungen zu machen und niemanden zurückzuweisen, da es als vorteilhafter angesehen werde, mehr Zusagen als Ablehnungen zu äußern.

der damaligen Zeit zurückzuführen: Da es zu dieser Zeit noch keine speziellen Parteien gab, musste der Kandidat primär selbst um seinen Wahlkampf kümmern (Weeber, 2007). Q. Cicero empfiehlt seinem Bruder, sich den römischen Politiker und Redner Gaius Aurelius Cotta, welcher von 124 v. Chr. bis 74 v. Chr. gelebt hat (Ducos, 1994), als Vorbild zu nehmen und wie Cotta den Wählenden alle Versprechungen zu machen und niemanden zurückzuweisen, da es als vorteilhafter angesehen werde, mehr Zusagen als Ablehnungen zu äußern (Cicero 2012).

Q. Cicero weist zudem darauf hin, dass es für M. Cicero von entscheidender Bedeutung

sei, eine politische Festlegung zu vermeiden. Die Tötung konkreter politischer Aussagen könnte dazu führen, dass er auf die Unterstützung bestimmter Wählergruppen verzichten muss (Weeber, 2007). Es lässt sich zwar erkennen, dass man die Kandidaten grob einer politischen Richtung zuordnen konnte,³ jedoch kann man dies nicht als politische Festlegung bezeichnen.

³ Im alten Rom unterschied man grundsätzlich zwischen den Popularen und den Optimaten. Die Popularen (übersetzt „im Interesse des Volkes“) waren römische Politiker, die sich stärker für Reformen einsetzen (von Ungern-Sternberg, 2006). Die Optimaten (übersetzt „die Besten“) wollten im Gegensatz zu den Popularen den Status quo beibehalten (Burckhardt, 2006).

Ein weiterer Aspekt, den Q. Cicero im Zusammenhang mit der Gewinnung der Sympathie der Bevölkerung nennt, ist die Diffamierung politischer Gegner. Diese Strategie wird von Q. Cicero als sehr effizient betrachtet, um das Wahlverhalten der Bevölkerung zu beeinflussen (Cicero, 2012). Diese Strategie der Diffamierung politischer Gegner war in der Römischen Republik sehr verbreitet und alltäglich (Cicero, 2001).

Die zweite Wahlkampfstrategie, die Q. Cicero als essenziell für einen Wahlsieg ansieht, ist die Sicherung der Unterstützung durch Freunde (Cicero, 2013). Er empfiehlt, möglichst viele Unterstützer zu gewinnen und rät seinem Bruder auch, dass die eigenen Unterstützer ihre Zustimmung zur Kandidatur gegenüber den Wählern deutlich machen, indem sie sich beispielsweise öffentlich positiv für den Kandidaten aussprechen (Weeber, 2007). Gemäß Quintus ist es von signifikanter Relevanz, dass die Unterstützer über ein hohes Ansehen, Einfluss und Erfolg verfügen, da die Bevölkerung sich maßgeblich von der Äußerung dieser Akteure beeinflussen lässt und infolgedessen eine Unterstützung des Kandidaten erfolgt. Die Unterstützung durch einflussreiche Förderer kann beispielsweise durch das Einfordern von Gefälligkeiten erlangt werden. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass zuvor eine entsprechende Gegenleistung erbracht wurde (Cicero, 2013). Empfehlenswert sei zudem die Erstellung eines solchen Netzwerks politischer Freunde bereits vor dem Wahlkampf. Q. Cicero empfiehlt, dass M. Cicero mit seinen Unterstützern durch die Stadt Rom geht, um die Bevölkerung zu beeindrucken und zu demonstrieren, dass er über eine Vielzahl an Unterstützern verfügt. Das Ziel besteht darin, die Bevölkerung dazu zu motivieren, sich ebenfalls für M. Cicero einzusetzen und zu wählen (Jackob, 2002).

Zusätzlich weist Q. Cicero seinen Bruder daraufhin, dass es von großer Wichtigkeit ist, die Unterstützung aus seinem Heimatstadtteil zu sichern. Dies sei von Relevanz, da die Bevölkerung mehr Vertrauen in einen Kandidaten hat, der auch von den Personen, welche ihm am vertrautesten sind, unterstützt wird.

Die Forschung vom Historiker Kai Brodersen hat zudem ergeben, dass im alten Rom der einfachste und offenbar häufig beschrittene Weg zum Wahlerfolg die Wahlbestechung (*ambitus*) war. Für diese Form der Korruption tätigten manche Kandidaten finanzielle Investitionen in beträchtlichem Umfang oder beschafften sich auf illegale Weise Geldmittel⁴ (Brodersen, 2017).

Die bereits von Q. Cicero angesprochene Wichtigkeit der öffentlichen Präsenz soll durch Wahlplakate am Eingang der Stadt sowie durch Präsenz auf öffentlichen Plätzen, wie dem Markt, noch weiter gestärkt werden.

Q. Cicero führt abschließend die Relevanz des Einflusses von Berufsvereinen wie dem der Bauern an. Diese Vereine sind in der Lage, für einen Kandidaten zu werben und ihre Mitglieder zu beeinflussen, damit sie diesen wählen (Weeber, 2007).

3.2 Bundesrepublik Deutschland

Frank Brettschneider analysiert in seinem Artikel „Wahlkampf. Funktionen, Instrumente und Wirkungen“ aus dem Jahr 2021 moderne Wahlkampfstrategien. Im Vordergrund stehen dabei die Wahlkampfstrategien in der Bundesrepublik Deutschland zur Bundestagswahl 2021. Dabei analy-

⁴ Zu den illegalen Mitteln zählen beispielsweise Bestechungsgelder oder Geschenke. Gemäß der im alten Rom geltenden Direktive war es Politikern untersagt, Geschenke anzunehmen. Es bestand die allgemeine Übereinkunft, dass lediglich kleine Geschenke zulässig waren, jedoch wurde keine explizite Definition für den Begriff „klein“ festgelegt. Dadurch ergaben sich für öffentliche Personen gewisse „Spielräume“, um sich selbst als ehrliche Menschen darzustellen (Horn-Conrad, 2022, S. 31–33).

siert er die Rahmenbedingungen der Wahl, beleuchtet die Planungsprozesse der Parteien und untersucht die Umsetzung ihrer Strategien. Brettschneider spricht dabei insbesondere die Professionalisierung des Wahlkampfes an, beispielsweise durch die Etablierung von Wahlkampfteams, welche den Wahlkampf einer Partei permanent überprüfen und verbessern. Darüber hinaus bietet er praktische Empfehlungen, die die Chance auf einen Wahlerfolg einer Partei im Wahlkampf erhöhen können. Gemäß Brettschneider lassen sich im Kontext des Wahlkampfes zur Bundestagswahl 2021 zwei wesentliche Strategien differenzieren.

Die erste Wahlkampfstrategie fokussiert sich auf die Mobilisierung der Anhängerschaft, wobei insbesondere vor dem Hintergrund des Parteiensystems in der Bundesrepublik Deutschland die Mobilisierung der Parteimitglieder eine signifikante Rolle einnimmt (Brettschneider, 2021). Die Wahlkampfstrategie der Mobilisierung von Anhängerschaft ist vor dem Hintergrund der sinkenden Parteibindung und der sinkenden Zahlen der Parteimitglieder jedoch stark in den Hintergrund gerückt (Rudzio, 2019).⁵

Es besteht die Möglichkeit, dass Verbände und Interessengruppen auch zur Anhängerschaft gezählt werden können. Verbände und Interessengruppen versuchen nach Wolfgang Rudzio, das Wahlverhalten ihrer Mitglieder für politische Zwecke einzusetzen. Zwar erfolgt in der Regel kein expliziter Aufruf zu einer Wahl oder zur Nichtwahl einer bestimmten Partei, jedoch werden beispielsweise in Mitgliederversammlungen Übereinstimmungen bzw. Kontroversen mit einer Partei hervorgehoben. Dabei stehen Verbände und Interessengruppen einigen Parteien inhaltlich näher als anderen, so stehen die Kirchen eher der CDU und die Gewerkschaften der SPD nahe (Rudzio, 2019).

Brettschneider zufolge ist für einen erfolgreichen Wahlkampf ein geschlossenes Auftreten der Partei sowie eine Abgrenzung von der Hauptkonkurrenz erforderlich. Dieser Ansatz wird als „Richtungswahlkampf“ (Brettschneider, 2021, S. 142) bezeichnet. Das politische Führungspersonal muss zudem über Überzeugungskraft, Vertrauenswürdigkeit, Führungsqualitäten und Problemlösekompetenz verfügen (Brettschneider, 2021).

Gemäß Brettschneider stellt die Mobilisation der Wählerschaft die zweite Wahlkampfstrategie dar. Er empfiehlt den Parteien eine Reihe von Maßnahmen, um die Wahl zu gewinnen: Zunächst sollen Parteien zentrale Wahlkampfthemen festlegen und konkrete Aussagen treffen, die in einer einfachen und verständlichen Form kommuniziert werden müssen. Brettschneider zufolge ist es für eine Partei von entscheidender Bedeutung, im Wahlkampf bestimmte Kernbotschaften immer wieder zu wiederholen, um die Zustimmung der Bevölkerung zu gewinnen. Darüber hinaus wird betont, dass die Pflege des persönlichen Kontakts und der direkten Kommunikation mit den Wählenden einen entscheidenden Faktor für den Wahlerfolg einer Partei darstellt (Brettschneider, 2021).

In der wissenschaftlichen Literatur wurde bereits untersucht, wie bedeutsam der unmittelbare Kontakt zwischen der*em Kandidat*in und der Bevölkerung ist und dass dieser kontinuierlich aufrechterhalten werden sollte. Historisch betrachtet hat sich diese Maßnahme als besonders effektiv erwiesen. Insbesondere wird empfohlen, in öffentlichen Bereichen wie dem örtlichen Marktplatz präsent zu sein (Nolte, 2025). Brettschneider weist darauf hin, dass Parteien im Wahlkampf auf direkte Kommunikation mit den Wähler*innen setzen müssen, z.B. durch Hausbesuche, Straßenwahlkampf, Paid Media im Internet oder Wahlplakate, Werbespots und Broschüren (Brettschneider, 2021).

⁵ Im Hinblick auf die Bundestagswahl 2025 zeichnet sich eine Trendwende ab. Viele Parteien vermelden eine Mitgliederzunahme. Die Linke etwa hat jetzt so viele Mitglieder wie nie zuvor (Tagesschau, 2025, 11. Februar).

Hierbei ist anzumerken, dass es das öffentliche Ansehen entweder steigern oder minimieren kann, wenn ein*e Politiker*in den Wahlkreis, in welchem sie das Direktmandat bei der letzten Wahl gewonnen hat, verteidigt oder verliert.⁶ Brettschneider kommt zu dem Schluss, dass Wahlplakate ein besonders effizientes Instrument im Wahlkampf darstellen. Gemäß einer Umfrage, welche ermittelte, auf welchem Wege die Bevölkerung Kenntnis von dem Wahlkampf erlangt hat, gaben 68 % der Befragten ‚Wahlplakate‘ an (Brettschneider et al., 2021).

Ein weiteres Mittel im Wahlkampf zur Mobilisierung der Wählerschaft ist laut Brettschneider das „Negative Campaigning“ (Brettschneider, 2021, S. 144). Dabei wird der Angriff als beste Verteidigungsstrategie angesehen. Die Angriffe können sich gegen programmatische Positionen oder gegen persönliche Eigenschaften der Hauptkonkurrenz im Wahlkampf richten (Brettschneider, 2021).

Das letzte Instrument ist die Personalisierung. Obwohl dieses Phänomen in der Bundesrepublik Deutschland kein neues ist, ist es nach Brettschneider dennoch von sehr großer Relevanz. Im Rahmen der Personalisierung von Wahlkämpfen kommt den eigentlichen Themen und Werten der Partei eine untergeordnete Bedeutung zu. Der Fokus liegt stattdessen auf der kandidierenden Person. Zudem sind nach Brettschneider die Medien im Wahlkampf wichtig. Die Berichterstattung in den Medien beeinflusst maßgeblich die öffentliche Wahrnehmung der Parteien und ihrer*n Spitzenkandidat*innen. Darüber hinaus nimmt die Berichterstattung in den Medien ebenfalls Einfluss auf die Themen-Agenda (Brettschneider, 2021).

3.3 Vergleich

In beiden Wahlkampfssystemen stellt die Personalisierung eine wichtige Praktik dar. Zum alten Rom ist jedoch zu beachten, dass es kein Parteiensystem gab und die Kandidaten allein von sich aus angetreten sind. Folglich legten die Kandidaten im alten Rom ihre Wahlkampagne darauf aus, welche Eigenschaften sie als guter Mensch (*bonus vir*) bzw. als guter Wahlkämpfer (*bonus petitor*) aufzuweisen hatte (Weeber, 2007).

Von Q. Cicero und Brettschneider wird die öffentliche Präsenz der Kandidierenden als erfolgreiche Wahlkampfstrategie beschrieben. Das Wirken von Wahlkampfständen kann heute mit dem Auftritt der Konsul-Kandidaten auf dem römischen Markt verglichen werden. Die Nähe zur Bevölkerung ist vor allem entscheidend für die öffentliche Präsenz. Der Gang über den Markt im alten Rom und der moderne Straßen- und Haustürwahlkampf verdeutlichen, dass es entscheidend ist, mit den Wähler*innen ins Gespräch zu treten und für sie greifbar zu sein, um ihre Zustimmung zu erhalten (Nolte, 2025). Gerade Q. Cicero empfiehlt seinem Bruder hierbei, sich mit angesehenen oder einflussreichen Personen sehen zu lassen, da er dadurch besonders vertrauensvoll auf die Bevölkerung wirkt und auch höheres Ansehen genießt (Cicero, 2013). Auch in der Moderne kommt es dazu, dass sich einflussreiche Personen, beispielsweise Musiker*innen, für eine Partei aussprechen und dadurch auch ihre eigene Anhängerschaft dazu motivieren, diese Partei zu wählen (Doering, 2025). Gemäß der Empfehlung der beiden Autoren sollten Kandidierende bzw. Parteien neben der Unterstützung durch einflussreiche Personen auch die Zustimmung von Interessengruppen erlangen. Wolfgang Rudzio (2019) hat in seinen Forschungen herausgefunden, dass Berufsvereine über die Fähigkeit verfügen, ihre Mitglieder dazu zu motivieren, die*den Kandidat*in zu wählen, für die*den sie sich aussprechen. Bestimmte Verbände und Interessengruppen stehen in der Bundesrepublik

⁶ Die mediale Aufbereitung nach der Niederlage von Robert Habeck bei der Direktwahl zeigt, dass das Ansehen einer Politikerin bzw. eines Politikers minimiert wird, wenn sie bzw. er den eigenen Wahlkreis nicht gewinnt (Tagesschau 2025, 24. Februar).

häufig einer Partei näher und sind untereinander stärker vernetzt, so dass ihre Wahlempfehlung oft schon vor der Wahl feststeht.

Eine weitere Ähnlichkeit zwischen den Wahlkampfstrategien besteht darin, dass Q. Cicero seinem Bruder empfiehlt, sich die Zustimmung des heimatlichen Stadtviertels zu sichern, was auch in der heutigen Zeit ein erstrebenswertes Ziel für Politiker*innen ist, da sie dadurch ihr öffentliches Ansehen steigern können. Als eine der effektivsten Wahlkampfinstrumente zur Mobilisation der Wählerschaft beschreiben Q. Cicero und Brettschneider die Wirkung von Wahlplakaten. Bei den Wahlplakaten im alten Rom handelte es sich jedoch um in Stein gemeißelte Texte, die die Bevölkerung zur Wahl eines bestimmten Kandidaten auffordern sollte.

Das Wirken von Wahlkampfständen kann heute mit dem Auftritt der Konsul-Kandidaten auf dem römischen Markt verglichen werden.

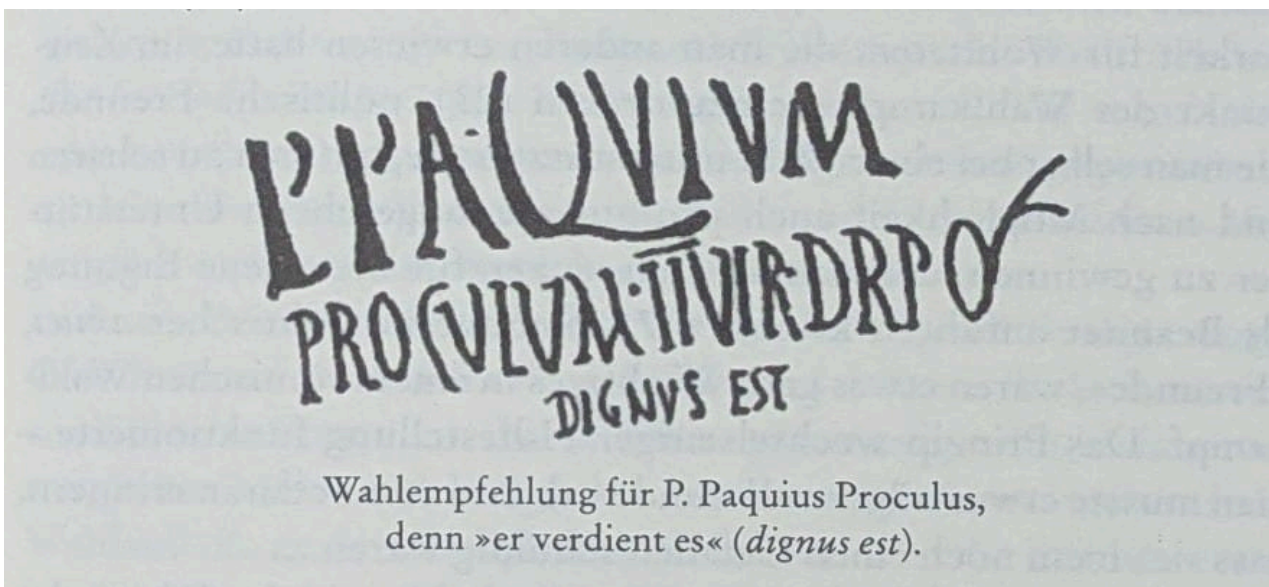


Abbildung 1: Weeber 2007, S. 69

Moderne Wahlkampfplakate, die überall in der Stadt aufgehängt werden und das Porträtfoto der Kandidatin oder des Kandidaten zeigen, wären zu dieser Zeit aufgrund des hohen Aufwands, der mit der Erstellung von Schreibmaterial wie Papyrus verbunden war, nicht realisierbar gewesen (Dorandi & Quack, 2000). Dennoch ist die zugrunde liegende Idee und deren Wirkung identisch.

Die Wahlkampfstrategien unterscheiden sich jedoch in ihren unterschiedlichen Amtszeiten. In der Bundesrepublik wird alle vier Jahre ein neuer Bundestag gewählt und die Kandidat*innen können bei jeder Wahl wiedergewählt werden. Dadurch entsteht ein permanenter Wahlkampf unter dem Motto „Nach der Wahl ist vor der Wahl“ (Kercher, 2010). Im alten Rom wurden die Konsuln nur für ein Jahr gewählt und durften danach nicht direkt wiedergewählt werden, sondern hatte eine ‚Sperrfrist‘ von zehn Jahren (Eber, 2006). Der Wahlkampf im alten Rom wies demnach eine andere Form auf, da Konsuln, sobald sie das Amt innehatten, nicht unbedingt darauf ausgerichtet waren, direkt eine erneute Wahl zu gewinnen.

Die im alten Rom gängige Praxis der Wahlbestechung findet im aktuellen Wahlsystem der Bundesrepublik Deutschland keine Anwendung. Allerdings findet in der Bundesrepublik eine um-

gekehrte Wahlbeeinflussung statt, indem bestimmte Verbände, Unternehmen oder Privatpersonen den Parteien Geld spenden und als Gegenleistung zu erwarten, dass ihre gewünschten Themen und Forderungen angesprochen bzw. umgesetzt werden (Bundestag, 2021).

Das Wahlsystem der Bundesrepublik Deutschland ist zudem parteisystemgebunden. Diese Konstellation ermöglicht den Parteien den Einsatz eines umfangreichen logistischen Apparates, der sich ausschließlich auf den Wahlkampf konzentriert, sodass nicht jede*r Kandidat*in die gesamte Wahlkampagne selbst organisieren muss. Darüber hinaus engagieren sich die Parteien für spezifische Themen, wie beispielsweise die SPD für soziale Gerechtigkeit oder Bündnis 90/Die Grünen für Umweltschutz. Dadurch tätigen sie konkrete politische Aussagen, eine Strategie, die Brettschneider empfiehlt. Zudem sollen Parteien diese konkreten Aussagen permanent wiederholen. Q. Cicero lehnt diese Strategie jedoch ausdrücklich ab, da dadurch potenzielle Wählergruppen wegfallen könnten.

Der Aspekt der Mobilisierung der Anhängerschaft erweist sich im Hinblick auf einen Vergleich als problematisch. Zwar postuliert Q. Cicero in seinem Werk, dass sein Bruder M. Cicero seine Anhängerschaft mobilisieren sollte, dabei wird jedoch lediglich auf die Mobilisierung von Freunden und Bekannten eingegangen und der Prozess, wie diese mobilisiert werden sollten, wird lediglich durch das Einfordern von Gefälligkeiten veranschaulicht. In Deutschland hingegen ist die Situation eine andere. Dort stehen hinter den Kandidierenden oftmals die Mitglieder der jeweiligen Partei, die diese aufgrund der Parteibindung unterstützen.

4 Vergleichbarkeit

Die grundlegenden Empfehlungen der Wahlkampfstrategien der beiden Autoren weisen eine hohe Übereinstimmung auf, da beide die Mobilisation der Anhängerschaft sowie die Mobilisation der Wählenden als wesentliche Strategie zum Erreichen eines Wahlerfolgs betrachten. Dabei betonen sie insbesondere die Relevanz der Bürgernähe, der öffentlichen Präsenz, beispielsweise durch Wahlplakate, sowie der Unterstützung durch einflussreiche Personen.

Ein Vergleich dieser beiden Strategien ist aufgrund der zeitlichen Distanz und der unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Kontexte schwierig. In der Konsequenz ergibt sich die Frage, ob ein adäquater Vergleich dieser beiden Strategien überhaupt möglich ist. Es gibt die Theorie des „Individualitätsaxiom“, die davon ausgeht, dass historische Phänomene als singulär zu betrachten sind und nur unter Berücksichtigung eines hohen Maßes an Vorsicht und Zurückhaltung mit anderen Phänomenen verglichen werden können (Haas, 2023). Darüber hinaus unterscheiden sich das Wahlsystem und daraus folgend auch der Wahlkampf in der Bundesrepublik Deutschland im alten Rom klar. Im alten Rom war es beispielsweise ausreichend, wenn die Kandidaten die Unterstützung von freien, erwachsenen römischen Bürgern erhielten. Dies resultierte in einem kleineren Kreis der Wahlberechtigten und einer geringeren Vielfalt im Wahlkampf. Zwar empfiehlt Q. Cicero seinem Bruder, jedem Wähler alles zu versprechen, jedoch lagen die Wünsche der Wähler nicht so stark auseinander. Zwar vertraten die Wähler untereinander unterschiedliche Ansichten, jedoch wiesen sie eine größere Homogenität auf als die heutige, vielfältige Gesellschaft in Deutschland. In der Bundesrepublik Deutschland obliegt es den Parteien, die kulturellen Diversitäten innerhalb der Gesellschaft zu erfassen und zu vertreten. Darüber hinaus sind die Direktkandidaten aufgefordert, sich spezifisch auf die Anliegen, Forderungen und Sorgen der Bevölkerung einzulassen. Obwohl die Grundprinzipien des Wahlkampfes gleichgeblieben sind, hat sich die Art und Weise der Ausführung gewandelt. Zudem ist der heutige Wahlkampf durch Social Media geprägt. Dieses Kommunikationsmittel war für die Römer undenkbar und lässt sich kaum mit antiken

Praktiken vergleichen. Obwohl gewisse Ideen und Herangehensweisen im Hinblick auf Wahlkampfstrategien gewisse Ähnlichkeiten aufweisen, ist die konkrete Umsetzung aufgrund des zeitlichen Abstandes als divergierend zu betrachten.

Social Media [...] war für die Römer undenkbar und lässt sich kaum mit antiken Praktiken vergleichen.

5 Fazit

Der vorliegende Artikel hat gezeigt, dass die Wahlkampfstrategien im antiken Rom für die Politik demokratischer Verfassungsstaaten noch von Relevanz sind. Als Beispiele wurden Personalisierung, Unterstützung durch einflussreiche Personen, Bürgernähe oder öffentliche Präsenz genannt. Am Beispiel der Wahlplakate wird diese These besonders deutlich. Beide Autoren empfehlen den Kandidierenden eine starke öffentliche Präsenz und betonen, dass diese durch Wahlplakate erreicht werden kann. Die Form der Wahlplakate variiert jedoch je nach den zur Verfügung stehenden Ressourcen und Mitteln.

Es ist jedoch zu beachten, dass sich die Wahlsysteme und Gesellschaften der beiden Staaten stark voneinander unterscheiden; zum Beispiel in Bezug auf Amtszeit und Wiederwahl, die Professionalisierung des Wahlkampfes durch Wahlkampfteams oder auch die Formulierung konkreter politischer Aussagen. Auch das im alten Rom übliche Mittel der Wählermobilisierung, die Bestechung, ist ein deutlicher Unterschied. In der Bundesrepublik wäre es ein großer Skandal, wenn sich herausstellen würde, dass ein*e Kandidat*in den Wählenden Geld dafür zahlt, sie*ihn zu wählen. Es ist daher erforderlich, in Bezug auf den historischen Kontext einen vorsichtigen Vergleich der beiden Systeme zu wagen.

Eine Frage, die noch weiterer Untersuchung bedarf, ist die Möglichkeit eines Vergleichs der von beiden Autoren erwähnten Mobilisation der Anhängerschaft, da beide eine andere Definition von dieser Anhängerschaft verwenden. Diese Thematik wurde von mir in dem Aufsatz nur in einer komprimierten Form behandelt.

Quellenverzeichnis

- Cicero, Q. T. (2001). *Commentariolum petitionis* (Hrsg., übers. & komm. v. G. Laser). Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Cicero, Q. T. (2012). *How to win an election. An ancient guide for modern politicians* (Hrsg., übers. & komm. v. P. Freeman). Princeton University Press.
- Cicero, Q. T. (2013). *Tipps für einen erfolgreichen Wahlkampf* (Hrsg., übers. & komm. v. K. Brodersen). Reclam.

Literaturverzeichnis

- Brettschneider, F. (2021). Wahlkampf: Funktionen, Instrumente und Wirkungen. In *Bürger & Staat*, 71(3), 141–147. https://www.buergerundstaat.de/3_21/bundestagswahl_2021.pdf (zuletzt abgerufen am 26. Juli 2025).
- Brettschneider, F., Güllner, M., & Matuschek, P. (2021). *Wahlkampf, Stimmungen, Meinungen*. Universität Hohenheim. https://komm.uni-hohenheim.de/uploads/media/Landtagswahl_2021_Baden-Wuerttemberg.pdf (zuletzt abgerufen am 26. Juli 2025).
- Brodersen, K. (2017). Nachgefragt. Was bedeutete Wahlkampf in der Antike, Herr Professor Brodersen? *WortMelder. Der Forschungsblog der Universität Erfurt*. <https://www.uni-erfurt.de/forschung/aktuelles/forschungsblog-wortmelder/nachgefragt-was-bedeutete-wahlkampf-in-der-antike-herr-professor-brodersen> (zuletzt abgerufen am 26. Juli 2025).
- Bundestag (2021). *Parteispenden über 50.000 € – Jahr 2021. Unterrichtung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages*. <https://www.bundestag.de/parlament/praesidium/parteienfinanzierung/fundstellen50000/2021/2021-inhalt-816896> (zuletzt abgerufen am 26. Juli 2025).
- Burckhardt, L. (2006). Optimates. In H. Cancik & H. Schneider (Hrsg.), *Der Neue Pauly online*. Brill. https://doi.org/10.1163/1574-9347_dnp_e832680 (zuletzt abgerufen am 26. Juli 2025).
- Horn-Conrad, A. (2022). Geschenk oder Bestochen? Korruption in der Antike, „verdrehte Transfers“ und was wir heute daraus lernen können. In *Portal Wissen*, 2, 30–33.
- Doering, K. (2025, Februar 20). Bundestagswahl. Warum Prominente die SPD unterstützen. *vorwärts*. <https://www.vorwaerts.de/parteeleben/bundestagswahl-warumprominente-die-spd-unterstuetzen> (zuletzt abgerufen am 26. Juli 2025).
- Dorandi, T., & Quack, J. (2000). Papyrus. In H. Cancik, H. Schneider (Hrsg.), *Der Neue Pauly* 9 (S. 298–300), Metzler.
- Ducos, M. (1994). Cotta (C. Aurelius). In R. Goulet (Hrsg.), *Dictionnaire des philosophes antiques* Bd. 2 (480 f.), CMRS-Editions.
- Eder, W. (2006). Wahlen. In H. Cancik, H. Schneider (Hrsg.), *Der Neue Pauly* 12/2 (Sp. 366–369). Metzler.
- Försch, R. (2006). Campus Martius. In H. Cancik, H. Schneider (Hrsg.), *Der Neue Pauly* 2 (Sp. 958–959). Metzler.
- Gizewski, C. (1997). Censores. In H. Cancik & H. Schneider (Hrsg.), *Der Neue Pauly*. 2 (Sp. 1056–1057). Metzler.
- Haas, S. (2023). *Geschichtswissenschaft. Eine Einführung*. utb.
- Jackob, N. (2002). Antike Traditionen im modernen Wahlkampf. Quintus T. Ciceros Denkschriften über die Konsulatsbewerbung. In T. Berg (Hrsg.), *Moderner Wahlkampf. Blick hinter die Kulissen* (9–24). Leske und Budrich.
- Kahl, G. (2014). *Antiker und moderner Wahlkampf im Vergleich. Ciceros Ideen in der heutigen Zeit*. GRIN.
- Karp, M., & Zolleis, U. (2004). Imagebildung als Kern moderner Wahlkampfstrategien: Chancen des Politischen Marketings bei Wahlkämpfen. *Politische Studien*, 55(395), 71–84.
- Kercher, J. (2010). Nach der Wahl ist vor der Wahl? *Themenwahl und Verständlichkeit der Parteien vor und nach der Bundestagswahl 2009*. Universität Hohenheim. https://komm.uni-hohenheim.de/fileadmin/einrichtungen/komm/Bilder/Komm/PolitMonitor/Studie_Themenwahl_und_Verstaendlichkeit.pdf (zuletzt abgerufen am 26. Juli 2025).
- Nolte, P. (2025). Wahlkämpfe in Deutschland. In *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 75(6–7), 4–10.
- Rudzio, W. (2019). *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland* (10. Aufl.). Springer.

- Sarcinelli, U. (2009). Wahlkampf. In U. Andersen et al. (Hrsg.), *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland* (6. Aufl., 758–765). Springer.
- Tagesschau. (2025, 11. Februar). Bundestagswahl 2025. *Anstieg bei mehreren Parteien—Linke meldet Mitgliederrekord*. tagesschau.de. <https://www.tagesschau.de/inland/bundestagswahl/linkeparteimitglieder-100.html> (zuletzt abgerufen am 26. Juli 2025).
- Tagesschau. (2025, 24. Februar). Bundestagswahl 2025. *Robert Habeck verliert seinen Wahlkreis*. tagesschau.de. <https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/bundestagswahl/Bundestagswahl-2025-Robert-Habeck-verliert-seinen-Wahlkreis,habeck1362.html> (zuletzt abgerufen am 26. Juli 2025).
- von Ungern-Sternberg, J. (2000). Plebs. In H. Cancik & H. Schneider (Hrsg.), *Der Neue Pauly* 9 (Sp. 1124–1127). Metzler.
- von Ungern-Sternberg, J. (2006). Populares. In H. Cancik & H. Schneider (Hrsg.), *Der Neue Pauly online*. Brill. https://doi.org/10.1163/1574-9347_dnp_e1004810 (zuletzt abgerufen am 26. Juli 2025).
- Weeber, K.-W. (2007). *Wahlkampf im alten Rom*. Patmos.

Becoming Three- Dimensional

Representations of Depersonalization
and Derealization in Kate Beaton's
Ducks: Two Years in the Oil Sands

Pernille Grage

Humboldt University Berlin

ÜBER
DACHT

Becoming Three-Dimensional

Representations of Depersonalization and Derealization in Kate Beaton's *Ducks: Two Years in the Oil Sands*

Pernille Grae, *Humboldt University Berlin*

Abstract: This article analyzes the depiction of depersonalization and derealization as pathological and protective reactions to trauma in Kate Beaton's *Ducks* (2022). These reactions are recreated for the reader in the graphic form not only within the depiction of the traumatizing events but also throughout the novel as peritraumatic symptoms, meaning around the time of the trauma. The graphic memoir captures these peritraumatic symptoms in its visual language and through a depersonalized out-of-bodied narrative mode. Thereby, this article adds to research on the unique suitability of graphic narratives to depict trauma as a fragmented and fragmenting force and brings symptoms of depersonalization/derealization to the discursive forefront.

Keywords: Trauma Studies • Graphic Novel • Kate Beaton

1 Introduction

In Kate Beaton's graphic memoir *Ducks: Two Years in the Oil Sands* (2022), a ghostly figure haunts the pages. This phantom in blue, grey, and black ink is Kate¹ herself, the comics version of Beaton emerging from her authorial pen. In *Ducks*, Beaton recounts her experiences with sexism and assault working in the oil sands of Alberta, Canada. Having only recently graduated from college with an arts degree and a mountain of student debt, 21-year-old Kate Beaton sees no other option than to leave her home in Cape Breton for the oil sands, which entice with well-paid jobs. After two years, Kate manages to settle her student debt, yet her economic freedom does not come without a cost. Over the course of the memoir, Beaton highlights the never-ending slew of sexual harassment in the toxic environment of the oil sands. It is this sexist environment, fostered by the geographical and social isolation, that allows for the cause of two major traumas in Kate's life: Twice, Kate is raped by men at parties on the plants; both times the assault remains unreported and without repercussions.

¹ To distinguish between author and character, I will use the name "Kate" when referring to the comics character, and "Beaton" when referring to the author.

In the memoir, Kate’s strategy of coping with the trauma relies largely on dissociating her *self* from her body and her environment. During the assaults, Kate enters multiple dissociative states, namely depersonalization and derealization, that allow her to unsettle the boundaries of her *self*, her body, and reality as a protective measure against the violent events. Using trauma studies, I will examine how depersonalization/derealization appear in the memoir. I argue that *Ducks* makes use of the inherent qualities of abstraction and self-depiction of the graphic form to create a depersonalized and derealized narrative mode. In this narrative mode, the reader takes the place of the out-of-bodied mind that watches detachedly as the traumatic events unfold. Furthermore, this visualization allows her to highlight the violation of seemingly secure physical and metaphysical boundaries under the threat of traumatizing events. To begin, I will review trauma studies as a literary and cultural studies field and define depersonalization/derealization as peritraumatic reactions within trauma studies. Then, I will analyze Kate’s depersonalization/derealization during the two assaults before presenting the general dissociated narrative mode at hand in *Ducks*.

2 Trauma Studies and Dissociation

Trauma studies, as a literary/cultural studies approach, is an interdisciplinary field that attempts to grasp the impact of trauma in a societal context. Broadly, trauma is understood as not just the traumatic event itself – that is, an event that shatters a person’s sense of self and understanding of the world around them – but as the lasting effects of that event on one or multiple affected bodies. The overwhelming focus of trauma studies lies on the failure of traumatized people(s) to process the trauma as it occurs and its perpetual return due to this failed mnemonic integration into a consistent narrative of self. Cathy Caruth (1995) describes trauma as “a response, sometimes delayed, to an overwhelming event or events, which takes the form of repeated, intrusive hallucinations, dreams, thoughts or behaviors stemming from the event, along with numbing that may have begun during or after the experience, and possibly also increased arousal to (and avoidance of) stimuli recalling the event” (p. 4). In other words, trauma is the reaction to a debilitating event that cannot be understood in the moment it occurs. This reaction features a fragmentation and repression of the memory of the traumatic event. Afterwards, the memory then forcibly returns, mainly through intrusive flashbacks and other cognitive symptoms that occur during or after the traumatic event. Much of the field has concentrated on this fragmentation of memory and its perpetual return.

Most theoretical frameworks of trauma have focused on Post-Traumatic Stress Disorder (PTSD).

This is because most theoretical frameworks of trauma, both in cultural/literary studies as well as psychology, have focused on Post-Traumatic Stress Disorder (PTSD) as the primary response to trauma.² At the heart of PTSD lies this intrusive return of the memory, namely “[d]issociative reactions (e.g. flashbacks) in which the individual feels or acts as if the traumatic event(s) were recurring” (American Psychiatric Association, 2013, p. 271). This recurring of the traumatic event is often conceptualized in visually, for example “as hallucinations, flashbacks, or nightmares” (Bond & Craps, 2019, p. 4); however, the stimuli can also include the return of cognitive or physical reactions to the trauma, such as numb-

² Trauma lies at the heart of many disorders aside from PTSD, yet the literary/cultural trauma studies have left other reactions largely unexamined.

ing of the body: the body reverts into the survival mechanisms employed when the trauma occurred.

One cognitive reaction is the dissociation of the self. Dissociation is a concept that covers many cognitive symptoms that affect a person's sense of self in relation to their body, their surroundings, and their past, i.e., their memory. Dissociative symptoms can be positive, i.e., intrusive, or negative, meaning the loss of a function like the sense of self in the body. Dissociation also exists on "a continuum of increasing complexity, chronicity [i.e., frequency and duration], and severity," meaning that most people will experience mild forms of dissociation like daydreaming during their lives (Ross, 1996, p. 12). Further down the spectrum, dissociative symptoms become pathological and severely impact people's sense of self in context. During a traumatic event, especially one of human-perpetrated violence, the self of the victim is under threat. As philosopher Susan Brison (2002) writes, "[v]ictims of human-inflicted trauma are reduced to mere objects by their tormentors: their subjectivity is rendered useless and viewed as worthless" (p. 40). In response to this denial of personhood, many victims disconnect their sense of self from their experience of the event, the body, and their surroundings to protect the self from dehumanization.

In trauma studies, dissociation has largely been focused on as the return of dissociated memory through flashbacks. For this article, however, I want to highlight peritraumatic, meaning around the time of the traumatic event, dissociative symptoms that are not commonly researched in literary trauma studies but that are at the forefront of Kate's reaction to the traumatic events: depersonalization and derealization. Depersonalization is a dissociative symptom in which the self disconnects from the context of its body. The DSM-5, the diagnostic manual of the American Psychiatric Association, describes depersonalization as "experiences of feeling detached from, and as if one were an outside observer of, one's mental processes or body (e.g., feeling as though one were in a dream; feeling a sense of unreality of self or body or of time moving slowly)" (American Psychiatric Association, 2013, p. 272). This experience of detachment can include feeling as if body parts are not one's own, and can go as far as feeling an out-of-body experience, where the self "live[s] a phantom existence on its own" (van der Kolk, 2015, p. 102). The protective measure behind depersonalization is that the trauma does not happen to oneself but to a body, to "*some body*" (ibid., p. 247).

Derealization is the "flipside of [...] depersonalization" (Simeon and Abugel, 2023, p. 3). Here, it is not the perception of one's own body that becomes distorted, but the perception of one's surroundings. Individuals with symptoms of derealization often experience their surroundings in a dream-like state or "as if there were a veil or a glass wall between the individual and world around" (American Psychiatric Association, 2013, p. 303). Importantly, derealization often includes a change in visual perception, for instance by making the surroundings seem "colorless," or other "visual distortions, such as blurriness, heightened acuity, widened or narrowed visual field, two-dimensionality or flatness, exaggerated three-dimensionality, or altered distance or size of objects" (ibid.). Derealization is a protective strategy because the sense of surreality establishes that the world in which a traumatic event happens is not real.

This distortion of perception makes derealization a very graphic experience (although it may not be limited to visual distortions). Similarly, the experience of viewing oneself from the outside (as a symptom of depersonalization), can be shockingly visual. As I will show, the visuality of these dissociative forms uniquely lends itself to representation in graphic form, as *Ducks* does. Indeed, Simeon and Abugel (2023) write that people suffering from depersonalization and derealization often struggle with describing their experiences in words: "The only way to give an approximate

account of one's subjective experiences is then to paint a picture in words" (p. 44). As a graphic memoir, *Ducks* deals with this issue by capturing the depersonalization/derealization not in words but in its visual language. The memoir is usually held in a simplistic comics style with a three-by-three panel roster, colored in a blue-grey color wash. It keeps flash pages, that cover the entire page, to a minimum. As I will show in the following section, during the traumatic events *Ducks* shifts this visual language: it moves from blue-grey hues to black and white, changes its use of gutter space and panel arrangement, and destabilizes its line weight.

3 Depersonalization and Derealization in *Ducks*

Ducks is uniquely suitable for examining forms of depersonalization/derealization in graphic narratives because it is Kate's dominant trauma response, more so than the repression and return of traumatic memory.³ During both assaults, the depiction of symptoms of derealization and depersonalization overwhelm the visual space of the graphic memoir, creating a sense of defamiliarization and unreality. This visualization of dissociative symptoms exemplifies the way trauma can destabilize visual senses and physical boundaries that are often taken for granted. For the following analysis, I will highlight symptoms of derealization during the first assault and depersonalization during the second assault, as these are the respective dominant forms of dissociation during each traumatic event.

During Kate's first assault, the derealization effect is accomplished through the visual distortion and abstraction of her surroundings. Kate's first sexual assault happens at a party in the oil and gas barracks, where she is assaulted after following her attacker to retrieve a bottle of vodka she has left in his room (see Beaton, 2022, pp. 191-198).⁴ Returning to the DSM-5 description of derealization, I see multiple of the mentioned visual distortions represented in the assault scene: colorlessness, "widened or narrowed visual field, [...] exaggerated three-dimensionality, or altered distance or size of objects" (American Psychiatric Association, 2013, p. 302).

The first and most obvious visual distortion is the change of the grey-blue color wash of the memoir into bleak shades of grey. This draining of color begins after Kate has entered the room (Beaton, 2022, p. 191) and continues over five pages until the blacked-out splash page after Kate has returned home (ibid., p. 198). This sudden colorlessness is a visually defamiliarizing shock – a sudden shift in the visual landscape of the memoir. The color drains immediately from one panel to the next, as opposed to a slow draining over multiple panels. The visual language one has gotten accustomed to over the past two hundred pages changes abruptly. Importantly, this shift happens before the actual assault when Kate's assaulter ominously closes the door. Consequently, the feeling of imminent threat is created, one that does not start during the attack, but as Kate enters the dangerous scene. The traumatic event and the victim's response to it, here, is not limited to the attack itself, but to an understood beginning, an entering of a perilous space. This is supported by the missing page numbers during the assault that starts on the same page (191). The lack of numbering signals a derealization of time, a misintegration of the traumatic event in a chronological perception. Within the memoir, the rape happens in liminal time, outside the chronology of page numbers. Nonetheless, the traumatic event is marked with a beginning: Through the removal of the number-

³ Dissociative amnesia, flashbacks, and fragmented memory do appear in *Ducks*, but are not as visually dominant as derealization/depersonalization.

⁴ The pages from 191 to 200 are not labeled with page numbers. I will still refer to these pages by their presumed page numbers, as the numbering continues linearly.

ing and the loss of color, Beaton circumscribes the traumatic event and delineates it from the rest of the book.

In addition to the draining of color, the other obvious visual distortion is the narrowing of the field of vision. This effect is primarily represented in a narrowing not of vision within the panels, but of the panels themselves. Pages 191 to 195 show a column of four panels, with page 196 displaying only three panels – a stark contrast to the usual three-by-three panel roster. Most notably, the margin space drastically increases and closes in on the panels. Here, the limited visual field is represented by the tightening of panel space on the page. This narrowed field of vision is aided by a vignette within the panels on page 192. These four panels depict a close-up of Kate, first facing away from the reader, then turning towards them. Here, the now grey color-wash forms the vignette around Kate that contracts around her and disavows all her surroundings. In these four panels, Kate is fully disconnected, visually, from the world around her, encompassed by a gray void. Vision fully evades the reader on the next page, where all four panels are kept in black – a literal blackout of the following assault.

In addition to these more apparent visual changes, there are multiple moments of derealization after the blackout. For instance, the thinning line weight in the panels represents an unstable perception of the space around Kate. In the column of panels directly after the blackout, the hallway outside the room is depicted four times with the last one showing Kate exiting the room (*ibid.*, p. 194). In these panels, the line weight is light, almost fragile, creating the sense that form and contour could disappear at any moment. The next panel on the following page suddenly shifts to a heavy and chunky line weight with crookedly drawn doors. These sudden changes in thickness increase the sense of surreality created by the colorlessness and limited field of vision. Additionally, these panels show a heightened sense of three-dimensionality through the use of a deep one-point perspective that shows the full length of the hallway.⁵ Lastly, as Kate finally leaves the party, the panel depicts the people around her with empty speech bubbles (*ibid.*, p. 195). This indicates a muting of the world around Kate, a lack of sound perception that further disconnects her from her surroundings. Indeed, most of the assault is eerily quiet, a sensory effect created by the lack of text and speech bubbles during the scene. The only two instances of talking during the entire assault are Kate saying “You were right!” when she finds her drink (*ibid.*, p. 191) and her assaulter saying “Come here, now,” before he rapes her (*ibid.*, p. 192).

During the second assault, similar visual distortions occur, namely the draining of color and the limiting of the field of vision. The page numbers, too, are removed.⁶ Here, however, I want to note the depiction of depersonalization in its most extreme form: an out-of-body experience. This out-of-body experience is fully visualized in Ducks during the second assault, which again occurs at a party some time after her first rape (*ibid.*, pp. 212-214). The depersonalization, i.e., the disconnect of her self from her body, begins with a dissolving of her physical form. During the beginning of her assault, the panel shows her lying on the bed with her assaulter above her (Beaton, 2022, p. 213). In the fourth panel of the two-by-six spread, her form turns from firm outline to a rough sketch with loose edges that barely contain the shades of grey in her hair and clothing. The shaky and thin linework implies an unstable physical form, and consequently an unstable sense of her body and its borders. The panel shows two sets of wonkily drawn hands, which makes it hard to distinguish which set belongs to whom. The rough sketchiness of the hands initially implies Kate’s

⁵ While Beaton usually creates some depth within her panels, none show such perspective depth as the column of panels showing the hallway (Beaton, 2022, p. 194).

⁶ The numbers are missing for pages 213-216. As before, the pages will be referred to by their assumed number.

distorted perception of her physical form and what her hands feel like. Additionally, the unclear hand ownership heightens this distortion to a disconnect from her body, where she is unable to distinguish her own hands from her attacker's—neither feel like her own. This dissolution of physical form is heightened in the fifth panel where her and her attacker's form converge in roughly sketched lines and blobs of grey. Like with her hands, Kate disconnects from her sense of body, so much so that her own and her attacker's body become the same to her—a physical object with no clear boundary.

It is in this moment of physical borderlessness that a second version of Kate emerges from the bodies and exits the scene (Beaton, 2022, p. 213). Here, Kate splits herself from the body that is assaulted, creating a spectral version that, in a literal visualization of an out-of-body experience, detaches from her body and leaves the scene of the assault. This version of Kate goes to a faraway place, the beach near her home in Cape Breton (ibid., p. 214). The final page of her second assault depicts Kate (her dissociated version) standing outside. The third panel reveals that she is standing at the beach. This panel stands out, because it is the only panel in blue amongst the sea of derealized grey. Secondly, it is almost an exact repetition of a previous panel where Kate stood at the beach of her home in Cape Breton just before she left for the oil sands (ibid., p. 29), except for the slightly grayer hue of blue. Here, in this memory of home, far away from the actual assault, Kate's self is able to button up her blouse, controlling the way she is presented. Importantly, it is also here where she is able to cry and hug herself. Her emotions can only come out when disconnected from her actual body. Her dissociation allows her to break through emotional numbing and regain agency over her self and how the reader sees her, in a moment when her selfhood is violently assaulted. She can protect her self by letting it go home. Consequently, the trauma responses of derealization and depersonalization are not just depicted as negative reactions to a terrible incomprehensible event, but as survival strategies that allow Kate to protect her self during the traumatic events.

In sum, with the depiction of derealization and depersonalization, Beaton not only effectively visualizes common peritraumatic responses that otherwise evade language, she also highlights how these dissociative forms blur personal boundaries of the self in context as a protective measure. Beaton visualizes the inherent violent transgression of physical boundaries through the trauma, here the rapes. In reaction to this violation, depersonalization and derealization emerge as measures that disconnect the self from the traumatic event, from its surroundings and the body. Thus, Beaton portrays derealization and depersonalization not just as negative effects caused by trauma, but as measures that can allow a victim like her to protect their self and reestablish agency.

4 Ducks as a Dissociated Narrative

Building on the visualization strategies of depersonalization/derealization in the graphic memoir, I will show next that *Ducks* has an inherently dissociated narrative mode. The ability of graphic narratives to capture experiences of trauma has been noted by multiple researchers of trauma and comics studies (see Chute, 2010; Kunka, 2018; Romero-Jódar, 2017), though most tend to focus on trauma's fragmented and fragmenting nature.⁷ To this I want to add that the comics form is also uniquely suitable for the depiction of dissociative symptoms like derealization and depersonalization, which *Ducks* makes use of in its depersonalized and derealized narrative mode.

⁷ One reference to the depersonalized placement of the reader in relation to the graphic memoir is in Katalin Orbán's (2020) chapter "Graphic Narratives as Trauma Fiction" (p. 322). However, it is only mentioned briefly and is not analyzed further as part of an inherent quality of graphic narratives.

Firstly, graphic narratives are suited for the depiction of derealization due to their inherent iconographic abstraction and the visuality of the derealization experience. As Scott McCloud (1993) writes, comics abstract and simplify their objects visually (pp. 24-27). In this way, graphic narratives can easily incorporate visual distortion within their panels, shift perspective from one panel to another, and play with color. They can shift from a flat surface to a deep one-point-perspective that creates a sense of three-dimensionality. This aligns with the visual experience of derealization. Moreover, the symptom in which one perceives the world as flat or “as if there were a veil or a glass wall between the individual and world around” (American Psychiatric Association, 2013, p. 303) aligns with the medium of comics. No matter how immersive the text or how well an illusion of three-dimensionality is created through perspective, the comic will always be a depiction of iconographs on the flat surface of a page. As a reader, we experience the world depicted in the graphic narrative indeed “as if there were a veil” between us and the characters, but in this case the veil is a page. The depicted world of the narrative is always separated from the reader, contained within the edges of panels on the page.

This abstraction is also emblematic of autobiographic (graphic) novels⁸ being inherently depersonalized, due to the author drawing an abstracted version of how they see themselves. The author writing and drawing their story “dissociates” a version of themselves onto the page, a version that “live[s] a phantom existence on its own,” using van der Kolk’s (2015) words (p. 102). In the graphic form, the abstracted self-perception of the comics self reflects the distorted visual self-perception of depersonalized people. Furthermore, the casting-off of the self in abstracted form (be it written or drawn) exemplifies an attempt of the author to detach themselves from the trauma. In the graphic novel, the trauma then is not happening to the author, but to a comics version of them. Like the traumatized depersonalized self, so too is the authorial self disconnected from the body of the comics self, who is physically bound by ink to the page. As they are drawing themselves, the author is looking at their comics-version live through the traumatic events from the outside, mirroring an out-of-body experience. This can also function as a therapeutic strategy that allows a victim to work through the experience without it directly happening to them.

In *Ducks*, these inherent aspects are used for a depersonalized and derealized narrative mode that allows the reader to understand the experience of dissociation. Most importantly, this is achieved through the lack of narrative voice. The prologue is the only instance in which Kate takes on the role of the narrator and directly addresses the reader. Afterwards, there is no narrative “voice” in the traditional comics sense, as there are no boxes of narrative text in or outside the panels. In *Ducks*, all words are diegetic, i.e., within the world of the comic “spoken” in dialogue or written on books or signs, and some onomatopoeia are used to indicate diegetic sound or movement. The lack of narrative voice establishes the semi-distance of the “dissociative” reading experience. On the one hand, there is no narration to disrupt the reader’s immersive experience of the events unfolding on the page. At the same time, the lack of narrative voice excludes them from the internal thought processes of the characters. Consequently, the reader is a bystander, one who is immersed yet still at a distance – similar to an out-of-body mind looking at a dissociated body experiencing the traumatic event(s). In addition to the lack of narrative voice, the visual narration furthers the “dissociative” experience of the reader. In *Ducks*, Beaton uses very few point-of-view perspectives, in which the reader takes on the perspective of Kate. Instead, in most panels the reader views Kate

⁸ In what follows I will refer specifically to the graphical medium, but this self-abstraction is indicative of autobiographies in general.

in a third-person perspective, which furthers the reader's placement as an out-of-body spectator of her trauma. What follows is that in many of the aforementioned depictions of depersonalization/derealization, the reader's perspective is distorted. For instance, the narrowing of vision during the first assault is represented by the panels roster narrowing to four panels in a column. The gutter space closes in on the scene. Here, it is not only Kate's vision that narrows, but the reader's. Similarly, the draining of color affects the reader's view of the drawn environment.

The effect of the reader's "depersonalized" experience of the narrative is twofold. Firstly, it allows Beaton to convey the effects and affects of depersonalization and derealization by making the reader experience the symptoms firsthand. Secondly, Beaton hereby puts boundaries of the self and the body into question. In depersonalization, the question of self and body is pathological: Where does my body begin and where my self? During her second assault, when Kate's and her assaulter's physical forms converge, the question becomes: Where does my body begin and where my assaulter's? When Beaton makes the reader an out-of-body spectator of her dissociated self, she blurs the boundaries between her comics self and the reader. By using and displaying forms of depersonalization and derealization, Beaton exemplifies that trauma inadvertently complicates these boundaries of self and body that we so often take for granted.

By using and displaying forms of depersonalization and derealization, Beaton exemplifies that trauma inadvertently complicates these boundaries of self and body that we so often take for granted.

That her comics self is a depersonalized version of Beaton, one that is tied to her traumatic experiences at the oil sands, is framed in the memoir through a self-aware creation of the version and its dissolution at the end. Kate acknowledges her depersonalized form in the beginning of the memoir, when she says: "This is me at twenty-one. I'm much older now, and three dimensional" (Beaton, 2022, p. 9). In the panel, she is standing in a void of light blue-grey ink and looking at her own drawn hands. Kate's awareness of her two-dimensionality acknowledges that she is an abstracted comics version of the authorial self.⁹ As a symptom of depersonalization, her abstracted physical sense also establishes Kate as a traumatized body, one that cannot view itself as fully "dimensional," but only in an amalgamation of lines and shades of grey-blue. Outside of the timeframe of the book, she is "three dimensional" (ibid.), meaning she has a more complete sense of self outside of the experiences detailed in the narrative. Importantly, the graphic memoir and consequently the depersonalization of the comics self begins before the two traumatic events Kate experiences, in this prologue to the narrative that introduces her move to the oil sands. As before with the draining of color, depersonalization as a trauma response does not begin with the actual traumatic event, but with her decision to move to the oil sands. Thereby, Beaton establishes Kate's assaults as traumatic events as tied to the broader framework of the oil sands' toxic (work-)environment.

This idea is supported by Beaton's attempt to dissolve her comic version when Kate leaves the oil sands for good. At Kate's goodbye party, over the course of the nine panels, her own and the form of her friends gradually become more crudely drawn (ibid., p. 418). Even the writing in the speech bubbles and the onomatopoeia transform and eventually are only signified in squiggles. In the final panel, Kate's unstable outline fully succumbs and is unable to contain the shades of blue-

⁹ This is not an unusual strategy in graphic memoirs. Scott McCloud himself uses this self-aware reference in his guide *Understanding Comics*.

grey that color her form. The fact that Kate's form dissolves as she leaves the oil sands exemplifies that her split-off self is intrinsically tied to the context of the traumatizing environment. Now that she is leaving, this dissociated self is falling apart. This dissolution of the comics self is an attempt to contain the traumatic experience to a space. Beaton depicts the trauma with a beginning, namely Kate planning to move to the oil sands, and an end, when she leaves the oil sands for good. With the dissolution of Kate, Beaton exemplifies the wish that casting off the trauma into a depersonalized comic version can allow for the dissolution of that trauma. However, Beaton also shows that even these boundaries are not as simply drawn, when two pages later Kate is back to her comic self, returning home. Therefore, despite the attempted self-dissolution, the trauma sticks even after Kate has left the traumatic environment. Thereby, Beaton indicates that it takes more than leaving the traumatic environment to become three-dimensional again.

5 Conclusion

Kate Beaton's depiction of her experience in the Canadian oil sands does not just reveal the sands' toxicity, both in regard to the natural and the sexist workplace environment. Beaton also grants the reader a glimpse into the sensations of trauma by visualizing symptoms of depersonalization and derealization—survival tactics which abstract the perception of one's surroundings and sense of self. Thereby, Beaton not only brings the reader closer to the experience of trauma, but also conveys that experiences of dissociation are not simply pathological, but can allow a person to protect themselves from the self-shattering threat of assault. Derealization and depersonalization, consequently, add to the blurring of boundaries by trauma such as the mind-body distinction, but also of time and linearity, which are often highlighted in reference to the dissociation of memory and its intrusive return (see Caruth, 1995; Mezzalira, 2021; and Orbán, 2020). For the depiction of derealization/depersonalization, the graphic form is uniquely suitable because its inherent forms of visual abstraction and self-depiction allow for the visualization of these experiences.

Due to its length, this article grants only a small insight into the questions that can arise from experiences of depersonalization and derealization in peritraumatic contexts. Further research is needed beyond the depiction of linearity and memory in trauma in literature. The examination of other trauma responses in literary trauma studies is severely limited, and what I have shown is that these examinations can be fruitful. Trauma responses and peritraumatic experiences are diverse, not every person with PTSD has visual flashbacks (American Psychiatric Association, 2013, p. 283) and trauma is the foundation for a variety of different disorders. Yet, literary and cultural trauma studies seem to move away from examinations of fragmentation of memory and time only reluctantly. By examining other trauma responses, we not only get closer to understanding the core of trauma as a self-disrupting force, but also to making sense of the dynamics of trauma as a cultural, historic, and philosophical concept.

References

- American Psychiatric Association. (2013). *Diagnostic and Statistical Manual of Mental Disorders Fifth Edition: Dsm-5* (5th ed.). American Psychiatric Publishing.
- Beaton, K. (2022). *Ducks: Two Years in the Oil Sands*. Jonathan Cape.
- Bond, L., & Craps, S. (2019). *Trauma* (1st ed.). Routledge. <https://doi.org/10.4324/9780203383063>.
- Brison, S. J. (2002). *Aftermath: Violence and the Remaking of a Self*. Princeton University Press.
- Caruth, C. (Ed.). (1995). *Trauma: Explorations in Memory*. Johns Hopkins University Press.
- Chute, H. L. (2010) *Graphic Women: Life Narrative & Contemporary Comics*. Columbia University Press.
- Kunka, A. J. (2018). *Autobiographical Comics*. Bloomsbury Academic.
- McCloud, S. (1993). *Understanding Comics*. Harper Perennial.
- Mezzalana, S. (2021). *Trauma and Its Impact on Temporal Experience: New Perspectives from Phenomenology and Psychoanalysis*. Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781003230601>.
- Orbán, K. (2020). Graphic Narratives as Trauma Fiction. In C. Davis & H. Meretoja (Eds.), *The Routledge Companion to Literature and Trauma* (pp. 317–327). Routledge. 10.4324/9781351025225.
- Romero-Jódar, A. (2017). *The Trauma Graphic Novel*. Routledge.
- Ross, C. A. (1996). History, Phenomenology, and Epidemiology of Dissociation. In L. K. Michelson & W. J. Ray (Eds.), *Handbook of Dissociation: Theoretical, Empirical, and Clinical Perspectives* (3–24). Plenum Press.
- Simeon, D., & Abugel, J. (2023). *Feeling Unreal: Depersonalization and the Loss of the Self* (2nd ed.). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oso/9780197622445.001.0001>.
- van der Kolk, B. A. (2015). *The Body Keeps the Score: Brain, Mind and Body in the Healing of Trauma*. Penguin Books.

Teil B: Essays

ÜBER
DACHT

Sanctions: Empowerment or Empire?

Reassessing Germany's Feminist
Foreign Policy and its Effects on Iranian
Society

Mara Bentzin

University of Leipzig

ÜBER
DACHT

Sanctions: Empowerment or Empire?

Reassessing Germany's Feminist Foreign Policy and its Effects on Iranian Society

Mara Bentzin, *University of Leipzig*

Abstract: Over the past decade, several states have adopted a Feminist Foreign Policy (FFP) – a framework aimed at centring marginalised genders in international relations to foster substantial and sustainable solutions to conflicts and power inequalities. This essay critically examines Germany's implementation of FFP in 2022 within the context of sanctions imposed on the Iranian regime, questioning the underlying objectives behind these measures. Empirical analysis reveals a dissonance between Germany's feminist rhetoric and the material realities experienced by affected communities, as economic sanctions exacerbate vulnerabilities rather than alleviate them. Applying a feminist postcolonial framework to interpret this paradox suggests that these effects are intentionally caused: Framing and maintaining Iranian civil society in a victim position enables Western states such as Germany to sustain its imperial role as a 'saviour', thereby legitimising the ongoing exertion of control in the Global South. From this perspective, FFP functions as a performative strategy that obscures these underlying geopolitical interests under the pretext of moral responsibility. Ultimately, the notion of white moral superiority perpetuates paternalistic narratives that reinforce patriarchal, racist and capitalist power structures.

Keywords: Feminist Foreign Policy • Iran • sanctions

Following the death in custody of Jīna (Mahsa) Amini at the hands of Iran's Morality Police, a new wave of nationwide protests demanding systemic change erupted in September 2022. This movement garnered worldwide solidarity and prompted critical responses against the regime from various politicians, including Germany's former Minister for Foreign Affairs, Annalena Baerbock, who had earlier that year committed to a Feminist Foreign Policy (FFP). This article critically examines Germany's application of FFP within the Iranian context, arguing that, rather than genuinely supporting the human and women's rights movement, Germany strategically employs detrimental measures to justify further intervention and consolidate Western influence. By framing its actions through an ethical diplomacy, Germany masks these imperial interests, claiming moral superiority, while ultimately consolidating power structures.

This essay begins by providing an overview of the humanitarian situation in Iran, followed by an outline of (Germany's) FFP, particularly regarding its agenda towards Iran. The paper then conceptualises Germany's FFP within a broader geopolitical framework by employing a postcolonial lens that offers a critical perspective on Western foreign policy strategies. The subsequent analysis of sanctions as a diplomatic tool illustrates their counterproductive nature, demonstrating that these measures negatively impact civil society. Economic sanctions exacerbate financial hardship and worsen overall living conditions, consequences that disproportionately affect vulnerable communities. Deteriorating socio-economic circumstances reinforce patriarchal ideologies, leading to the marginalisation of women from employment and education, as well as threatening their security. These dynamics ultimately undermine their capacity to engage in political activism. Building on this, the essay exposes that these adverse outcomes are not accidental but intentionally caused to sustain power hierarchies that favour Western geopolitical interests. Finally, the paper situates the FFP within postcolonial feminist theory to advocate for a reconceptualization of foreign policy rooted in empire, shifting towards one centred on empowerment.

In order to understand the dynamics surrounding Germany's foreign policy towards Iran, it is essential to contextualise the political situation in Iran. On September 16, 2022, Jina (Mahsa) Amini, a Kurdish woman, died in custody after being arrested for allegedly not adhering to the Islamic Republic of Iran's mandatory hijab law. Her death sparked a nationwide uprising, primarily led by women under the slogan "Jin, Jiyan, Azadi" ("Woman, Life, Freedom"), a phrase that has its origins in the Kurdish women's movement (Moghaddam, 2024, p. 136). This slogan indicates the "inextricable link between women's rights and human rights" (Mittelhammer et al., 2023, p. 6) as well as the intersectional character of the protests.

Coined in 1988 by Kimberlé Crenshaw – a scholar of critical race theory, civil rights activist and lawyer –, the term intersectionality refers to a framework that considers that "the events and conditions of social and political life [...] are generally shaped by many factors in diverse and mutually influencing ways. When it comes to social inequality, people's lives and the organization of power in a given society are better understood as being shaped not by a single axis of social division, be it race or gender or class, but by many axes that work together and influence each other" (Bilge & Collins, 2016, p. 11). The "Woman, Life, Freedom" movement embraces such an intersectional perspective. Initially focusing on women defying the compulsory hijab regulations, the protests galvanised people from various socio-economic, ethnic, national, linguistic and religious backgrounds, challenging long-standing human rights violations and the systemic oppression of marginalised communities in Iran. The diversity and scale of the mobilisation underlines the interconnected, multi-layered discrimination faced by women from minority groups (Cano & Gordillo, 2024, p. 2). Consequently, the movement represents the most diverse, expansive and long-lasting wave of protests since the Islamic Revolution in 1979. Compared to previous protests, the "Woman, Life, Freedom" movement has also radicalised its demands: where the Green Movement – a wave of protest initiated after the elections in 2009 – primarily sought reforms within the Islamic Republic, the 2022 uprising aimed at a change of regime and system, with some activists and scholars classifying it as the beginning of a new revolution (Khalili, 2023, p. 134). While the uprising demonstrated unprecedented agency among Iranian women and increasing awareness of the intersecting struggles, Germany's foreign policy response undermines their activism and empowerment.

In the same week Jina (Mahsa) Amini died, Germany's Federal Foreign Office (FFO) held its inaugural international conference on "Shaping Feminist Foreign Policy" (FFO, 2022). First introduced by Sweden in 2014, the framework has since been adopted by several countries, including

Canada (2017), France (2019), Mexico (2020), Spain (2021), Luxembourg (2021), Germany (2022), Chile (2022), Colombia (2022) and Liberia (2022) (UN Women, 2022, p. 1). Although there is no unified definition of FFP, all approaches aim to reorient international relations with a focus on gender equality, human rights and social justice. Under the Green party, Germany's Federal Foreign Office pursued the *3Rs+D* agenda – a framework advocating for equal *resources, rights and representation*¹ of marginalised groups across “all areas of society” (FFO, 2023, p. 11), with a particular emphasis on diversity within “political, economic and social decision-making processes” (ibid.). Published in 2023, the Guidelines for “Shaping Feminist Foreign Policy” reflect Germany's commitment to integrating feminist principles into key policy areas, including Peace and Security, Humanitarian Aid and Crisis Management, Human Rights, and three distinct domains of foreign policy: Climate and Energy, Economic Diplomacy, and Cultural and Societal Engagement (FFO, 2023).

The FFP guidelines further included a “response to the human rights violations in Iran” (ibid., p. 39), emphasising the central role of female activists. Subsequently, four strategies to address the Iranian regime's “bloody crackdown on the protests” (ibid.) were presented: condemning the regime's use of violence against women, extending protection programs for vulnerable individuals, lobbying for a UN resolution urging Iran to fulfil its human rights obligations, and extending sanctions against Iranian individuals and entities (ibid.). Reacting to the Iranian regime's violent repression of the Green Movement in 2009, the European Union (EU) first imposed a series of economic sanctions with the intention to “make Iran poor and internationally isolated” (Ottolenghi, 2010, p. 21). These measures – including travel bans, asset freezes and prohibited business relations with sanctioned individuals and entities – have been renewed annually since then. In response to the “deteriorating human rights situation in the country” (European Council, 2024), the EU increased the sanctions in 2022, urging the regime to ensure human rights and “eliminate, in law and in practice, all forms of systemic discrimination against women and girls in public and private life” (ibid.).

Critics contend that, despite rhetorically promoting a “transformative and intersectional approach” (FFO, 2023, p. 9), Germany's FFP fails to challenge patriarchal and hegemonic power structures. Feminist publishers such as sociologist Rosa Burç (2023) and writer Hêlin Dirik (2023) highlight the dissonance between the value-based (“wertgeleitet”) declared objectives of FFPs and the underlying interests of a capitalist and imperialist state such as Germany. Instead of catalysing genuine change, Germany appears to pursue neocolonial agendas such as Western dominance and exploitation – processes that further disadvantage marginalised groups (Berger, 2024).

To explain Germany's persistent adoption of policies that are evidently detrimental, this essay draws upon postcolonial frameworks. American-Palestinian scholar Edward W. Said's concept of Orientalism (1978) elucidates how Euro-North American discourses about the Global South have historically constructed a binary worldview, portraying the West as modern, rational and inherently superior, while depicting the 'Orient' (East) as a backward and uncivilised 'Other'. These paternalistic representations function(ed) to justify imperialist and colonial interventions by framing societies such as Iran as in need of Western 'salvation'. In her groundbreaking essay “Can the Subaltern Speak?” (originally published in 1988), postcolonial scholar Gayatri Chakravorty Spivak describes this dynamic as “white men are saving brown women from brown men” (Spivak, 1994, p. 92) – a trope that positions Western actors as benefactors 'rescuing' oppressed societies from their own regimes. Spivak's analysis aligns with third-wave feminist scholars like Kimberlé Crenshaw

¹ Since the Three Rs – Resources, Rights, and Representation – are the fundamental principles of FFP and serve as key indicators of its successful implementation, they are italicised throughout the following text.

and postcolonial feminists such as Chandra Talpade Mohanty, who adapt an intersectional approach to feminism. Mohanty critiques the monolithic construction of the “Third World woman” in Western and white-centric conceptualisations of feminism, arguing that such portrayals essentialise women of the Global South as passive and oppressed victims of their culture (Mohanty, 1984).

Reassessing Germany’s FFP within this framework, Spivak’s theory can be reinterpreted as ‘white women saving brown women from brown men’. Applying feminist postcolonial insights to Germany’s imposition of sanctions on Iran reveals that FFP functions as an extension of this strategic narrative. The feminist rhetoric employed in Germany’s international relations serves to legitimise interventionist actions under the pretext of promoting gender equality and empowering vulnerable communities, while actually prioritising Western geopolitical interests rooted in imperialism and colonialism. Sustaining its position as a benevolent ‘saviour’ and maintaining Western influence in the Global South requires the perpetuation of instability within the societies. Consequently, Western international measures deliberately weaken societies in the Global South to justify ongoing intervention and continued control in the region. This duality can be exemplified by Germany’s response to recent human rights violations in Iran, where the effects of foreign policies do not align with the objectives labelled as feminist.

Sustaining its position as a benevolent ‘saviour’ and maintaining Western influence in the Global South requires the perpetuation of instability within the societies.

An analysis of the material effects of the measures reveals that the sanctions adversely impact the civilian population. In various essays, political scientist Ali Fathollah-Nejad illustrates how the Iranian regime externalises the costs of sanctions onto civil society, widening the economic power gap between civilians and the state (Fathollah-Nejad, 2014a, p. 88). Government and semi-governmental actors such as the Islamic Revolutionary Guard Corps can access state resources and illegal market routes, allowing “black-channel operations run by powerful circles of corruption and nepotism [to] flourish” (ibid.). These entities also engage in bilateral trade with other authoritarian states such as Russia, China and North Korea (Chivvis & Keating, 2024, p. 12). In summary, rather than destroying the regime’s financial capacity, economic sanctions contribute to heightened corruption and networking between autocratic regimes.

The private economic sector however, suffers severely under the restrictions, aggravating the economic difficulties experienced by civil society (Fathollah-Nejad, 2014b, p. 56). In recent years, various factors such as former sanctions, mismanagement, corruption and the COVID-19 pandemic have contributed to economic calamity in Iran. This process becomes evident in increasing poverty, inflation, rising unemployment and overall worsening living conditions (Mittelhammer et al., 2023, p. 1). In short, while the Iranian regime and people in power remain largely unaffected by the economic sanctions, these measures deprive civil society of (economic) *resources*.

These processes disproportionately affect vulnerable communities and individuals experiencing intersectional discrimination. The theocratic-patriarchal Iranian regime promotes hegemonic masculinity – “a pattern of behaviors and views within society which normalizes the dominance of men” (Kloess & Richardson, 2022 p. 14) –, fostering discriminatory laws and social beliefs that relegate women to domestic roles as caretakers; mothers and wives. Such ideologically entrenched “legal and social barriers” (Sepehri Far, 2017) limit their access to employment and income, ultimately restricting women’s financial independence (Toprak, 2020, p. 54). Recession further strengthens social policies and attitudes that seek to preserve patriarchal hierarchies and binary,

hegemonic gender roles (Fathollah-Nejad, 2014b, p. 57). With declining financial stability and increasing unemployment, women are pushed out of the workforce in favour of male – the “breadwinners” – employment (Toprak, 2020, p. 55). This dynamic has already become evident after the imposition of the first sanctions, when the gender gap in labour force participation widened from 43% in 2012 to 58% in 2013 (Hausmann et al., 2012, p. 206, 2013, p. 226). This shows that although the right to work is enshrined in Article 23 of the Universal Declaration of Human Rights (UN, 2015, p. 48), and while the FFP has pledged to protect vulnerable groups in this regard, its measures have in practice deepened structural inequalities. In effect, the economic deterioration caused by sanctions underlines patriarchal structures that limit women’s participation and hence *representation* in the workforce. As a result, their access to financial autonomy and essential economic resources – both of which constitute fundamental human *rights* – is significantly diminished.

The declining financial stability extends the obstruction of the 3Rs – *rights, resources, and representation* – beyond the economic sphere and into the social realm. Financial distress often compels families to withdraw girls and women from (higher) education, relegating them to the domestic sphere and depriving them of their right to education – Article 26 of the Universal Declaration of Human Rights (UN, 2015, p. 54) – and independence (Fathollah-Nejad, 2014b, p. 57). In recent years, there has been a growing number of underage marriages, a trend attributed by academics to rising poverty (Mittelhammer et al., 2023, p. 9). These developments, alongside the reinforcement of patriarchal ideologies, can cause an increase in incidences of domestic violence, as “men’s inability to live up to social expectations can lead to depression and attacks on women” (ICAN 2012, p. 5). In sum, the degrading effects of sanctions obstruct the 3Rs – women’s socio-economic *rights, resources* and ultimately *representation* in the public realm.

Ultimately, the struggles faced by vulnerable groups hinder their political activism. As mentioned above, marginalised communities have carried the recent protests in Iran. The growing economic pressure, “forcing them to focus increasingly on economic survival” (Fathollah-Nejad, 2020, p. 34), limits their capacities and resources to engage in political activism (Mittelhammer et al., 2023, p. 10). What is more, as a response to the measures, the regime intensified the restrictions on the “rights to freedom of expression, association and peaceful assembly” (Amnesty International, 2024, p. 201) and increased the violent repression of activists. In other words, sanctions have had a negative effect on “economic, psychological, social and political aspects of [women] empowerment” (Hall et al., 2022, p. 1736). In conclusion, women’s *resources, rights* and *representation* are both fundamental goals and essential requirements for their empowerment (ibid., p. 2).

Financial sanctions aggravate economic crisis, entrench social hierarchies, obstruct fundamental human rights, and ultimately undermine political activism and empowerment of the very groups they ostensibly support.

To summarise the above in the words of Fathollah-Nejad: the Subaltern is “subjected to collective punishment” (Fathollah-Nejad, 2014a, p. 87), as foreign policy measures against Iran predominantly harm marginalised communities. Financial sanctions aggravate economic crisis, entrench social hierarchies, obstruct fundamental human rights, and ultimately under-

mine political activism and empowerment of the very groups they ostensibly support.

These empirical findings necessitate a critical reassessment of the covert objectives behind policies labelled as feminist. Drawing on postcolonial theory, it becomes evident that the adverse consequences of sanctions are not accidental but represent a deliberate strategy aligned with West-

ern interventionist agendas. Two key points demonstrate that such policies are intentionally designed to serve Germany's overarching geopolitical interests: to perpetuate a dependent and insatiable Iranian civil society, and thereby ensuring to remain relevant and dominant in the region.

Firstly, the deleterious effects of sanctions could have been anticipated, yet their implementation proceeded regardless. Since 2011, documentation and analysis of the repercussions of previous sanctions have demonstrated that they disproportionately harm the most vulnerable members of Iranian society, while (semi-)governmental actors benefit from the resulting economic shifts. Despite this historical evidence, Germany's Federal Foreign Office chose to expand sanctions in 2022. This decision indicates that the foreseeable outcomes were knowingly accepted and deliberately caused.

Secondly, the timing of Germany's diplomacy towards Iran reveals that its FFP functions more as a rhetorical gesture than as genuine support for marginalised groups. During the civil protests in 2022, Germany was compelled to respond due to pressure from national and international organisations, institutions, partners, and civil societies. Although Iranian women and gender minorities have long faced brutal oppression under the Iranian regime, Germany's reactions appeared primarily driven by these monumental pressures rather than a consistent commitment to their cause. These insights suggest that "feminist" policies serve performative purposes, aiming to position Germany as a moral authority on the international stage, rather than providing substantive and sustainable support to vulnerable communities.

Following the analysis above, it can be deduced that sanctions against Iran exemplify the continuation of colonial patterns in foreign policy, whereby hegemonic power dynamics are perpetuated. Once again referring to Spivak's pivotal essay "Can the Subaltern Speak?" (1988), she underscores the positionality of marginalised groups – the Subaltern – within intellectual and political discourses. She contends Western tendencies to speak *for* rather than *with* vulnerable communities, arguing that such practices constitute a form of epistemic violence that structurally silences their voices. Similarly, Chandra Talpade Mohanty's article "Under Western Eyes: Feminist Scholarship and Colonial Discourses" (1984) highlights how essentialising, objectifying and excluding the Sub-

Despite [...] historical evidence, Germany's Federal Foreign Office chose to expand sanctions in 2022. This decision indicates that the foreseeable outcomes were knowingly accepted and deliberately caused.

Germany's FFP reduces Iranian women to passive, dependent victims, who serve as human capital to bolster the moral authority and feminist credential of white women.

altern – in her text, the "Third World women" – from discourses and policy-making processes in their own country denies them agency. In the case of the Iranian human rights movement, such notions manifest in the othering of activists, whose suffering is capitalised (and even amplified) for white women's self-interests. This singular depiction dismisses the complexities of local socio-cultural realities and the di-

versity of the individuals affected by the foreign policy. To paraphrase, Germany's FFP reduces Iranian women to passive, dependent victims, who serve as human capital to bolster the moral authority and feminist credential of white women. Such a framing reproduces racist and capitalist structures of power, perpetuating global hierarchies under the guise of feminist solidarity.

Moreover, the assumption that European foreign policy empowers Iranian civilisation reinforces what Khoja-Moji calls a “liberal feminist salvation narrative” (Khoja-Moolji, 2015, p. 347) – a paternalistic logic that implies the necessity to import the ‘Western values’ of civilisation, freedom and democracy into a “backwards and fundamentalist society” (Ranjbar, 2021, p. 356). As author, activist and lawyer Rafia Zakaria observes, Germany’s FFP centres white women as representatives of “military, racial, and moral sense of superiority” (Zakaria, 2022). In essence, by neglecting local realities and rendering affected perspectives invisible, Germany’s FFP upholds white supremacist ideologies that have been inherent in Western policies since imperialism and colonialism. Therefore, a critical re-evaluation and deconstruction of the narratives embedded in Western diplomacy and feminist discourses are essential for fostering intersectional and transformative approaches to international relations.

In conclusion, this essay has explored the discrepancy between the feminist rhetoric in Germany’s foreign policy and its material impact. While the FFO espouses a commitment to empower Iranian civil society, empirical analysis reveals that the implementation of economic sanctions has exacerbated the struggles faced by the very population it (cl)aims to support. Restrictive measures deepen economic hardships and patriarchal structures, thereby complicating political activism and silencing the Subaltern. These dynamics undermine the foundational goals of Germany’s FFP – the *representation* of marginalised voices, the promotion of their fundamental rights such as financial independence, education and security, as well as access to *resources*. From a postcolonial perspective, these outcomes appear to be purposeful, as maintaining a state of instability in Iran allows the Global North to preserve its role as ‘protector’ and ‘advocate’ for ‘societies in chaos’. In this context, the strategic deployment of feminist rhetoric conceals these underlying objectives, while simultaneously further manifesting hierarchical binaries between the West and the East. Genuine empowerment of Iranian women and civil society requires moving beyond symbolic gestures and dismantling the hegemonic and paternalistic narratives that underpin current policies.

References

- Amnesty International. (2024). *The state of the world's human rights*. London: Amnesty International. <https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/7200/2024/en/> (last accessed 22/11/2024)
- Berger, M. (2024, November 14). How German imperialism rebranded itself as feminist. *Jacobin*. <https://jacobin.com/2024/11/germany-feminist-foreign-policy-gaza> (last accessed 14/10/2025)
- Bilge, S., & Collins, P. H. (2016). *Intersectionality: Key concepts*. Cambridge: Polity Press.
- Burç, R. (2023, January 26). *Feministischer Widerstand bedeutet auch gesellschaftliche Revolution* [Interview by D. Winkler]. *dis:orient*. <https://disorient.de/magazin/feministischer-widerstand-iran-kurdistan-gesellschaftliche-revolution> (last accessed 14/10/2025)
- Cano, M. M., & Gordillo, E. (2024). *Unrepresented women in Iran: Intersectional understanding of the Woman, Life, Freedom movement in its 2nd anniversary*. Brussels: Unrepresented Nations and Peoples Organization. https://unpo.org/wp-content/uploads/2024/09/Reflection-Paper_Unrepresented-Women-in-Iran.pdf.pdf (last accessed 10/10/2025)
- Chivvis, C., & Keating, J. (2024). *Cooperation between China, Iran, North Korea, and Russia: Current and potential future threats to America*. Washington, DC: Carnegie Endowment for International Peace. <https://coilink.org/20.500.12592/37phdms> (last accessed 26/11/2024)
- Dirik, H. (2023, April 18). „Unmögliche Allianz“. *ak 692. Deutscher Imperialismus*. <https://www.akweb.de/ausgaben/692/feministische-aussenpolitik-konzept-und-praxis-deutscher-imperialismus/> (last accessed 14/10/2025)
- European Council. (2024). *EU sanctions against Iran*. <https://www.consilium.europa.eu/en/policies/sanctions-against-iran/> (last accessed 22/11/2024)
- Fathollah-Nejad, A. (2014a). Long live the tyrant! The myth of benign sanctions. In O. Ernst (Ed.), *Iran-Reader 2014: Beiträge zum deutsch-iranischen Kulturdialog* (pp. 81–96). Berlin & Sankt Augustin: Konrad Adenauer Foundation. https://www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok_pdf_36873_1.pdf/09378d3f-4da7-ca81-a06c-eaeb06a2e9b2?version=1.0&t=1539661789105 (last accessed 23/11/2024)
- Fathollah-Nejad, A. (2014b). Why sanctions against Iran are counterproductive: Conflict resolution and state–society relations. *International Journal*, 69(1), 48–65. <https://doi.org/10.1177/0020702014521561> (last accessed 23/11/2024)
- Fathollah-Nejad, A. (2020). *The Islamic Republic of Iran four decades on: The 2017/18 protests amid a triple crisis*. Doha: Brookings Doha Center. <https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2020/04/The-Islamic-Republic-of-Iran-Four-Decades-On-English-Web.pdf> (last accessed 22/11/2024)
- Federal Foreign Office. (2022, September 12). *Conference on shaping feminist foreign policy*. <https://www.auswaertiges-amt.de/en/aussenpolitik/themen/feministische-aussenpolitik/2551352> (last accessed 22/11/2024)
- Federal Foreign Office. (2023). *Shaping feminist foreign policy: Federal Foreign Office guidelines*. https://www.auswaertiges-amt.de/resource/blob/2585076/4d2d295dad8fb1c41c6271d2c1a41d75/ffp-leitlinien-data.pdf?utm_source=chatgpt.com (last accessed 22/11/2024)
- Hall, C. M., Seyfi, S., & Vo-Thanh, T. (2022). The gendered effects of statecraft on women in tourism: Economic sanctions, women's disempowerment and sustainability? *Journal of Sustainable Tourism*, 30(7), 1736–1753. <https://doi.org/10.1080/09669582.2020.1850749> (last accessed 30/11/2024)
- Hausmann, R., Tyson, L. D., & Zahidi, S. (Eds.). (2012). *The global gender gap report 2012*. Cologny/Geneva: World Economic Forum. https://www3.weforum.org/docs/WEF_GenderGap_Report_2012.pdf (last accessed 26/11/2024)
- Hausmann, R., Tyson, L. D., & Zahidi, S. (Eds.). (2013). *The global gender gap report 2013*. https://www3.weforum.org/docs/WEF_GenderGap_Report_2013.pdf (last accessed 26/11/2024)
- International Civil Society Action Network (ICAN). (2012). *What the women say: Killing them softly: The stark impact of sanctions on the lives of ordinary Iranians*. Washington, DC: ICAN. <https://icanpeacework.org/wp-content/uploads/2012/07/What-the-Women-Say-Iran-Brief-Summer-2012.pdf> (last accessed 26/11/2024)

- Khalili, M. (2023). From 'Green Movement' to 'Woman, Life, Freedom': Continuity and change in the evolution of the protest movement in Iran. *Protest*, 3(1), pp. 133–140. <https://doi.org/10.1163/2667372X-bja10045> (last accessed 14/10/2025)
- Khoja-Moolji, S. (2015). Becoming an 'intimate publics': Exploring the affective intensities of hashtag feminist. *Media Studies*, 15(2), pp. 347–350. <https://doi.org/10.1080/14680777.2015.1008747> (last accessed 01/12/2024).
- Kloess, J. A., & Richardson, H. (2022). It was different because I was a man: A qualitative evidence synthesis exploring the lived experiences of adult male survivors of female-perpetrated intimate partner abuse. *Aggression and Violent Behavior*, 67. <https://doi.org/10.1016/j.avb.2022.101796> (last accessed 01/12/2024)
- Mittelhammer, B., Sepehri Far, T., & Tahmasebi, S. (2023). *Rethinking the EU's approach to women's rights in Iran*. Brussels: Carnegie Endowment for International Peace Europe. <https://www.carnegieendowment.org/research/2023/04/rethinking-the-eus-approach-to-womens-rights-in-iran?center=middle-east&lang=en> (last accessed 23/11/2024)
- Moghaddam, R. (2024). The roots of the revolutionary women's movement in 2022 in Iran: Women, life, freedom. *Journal of Middle East Women's Studies*, 20(1), pp. 132–140. <https://doi.org/10.1215/15525864-10961860> (last accessed 22/11/2024)
- Mohanty, C. T. (1984). Under western eyes: Feminist scholarship and colonial discourses. *boundary 2*, 12(3), pp. 333–358.
- Ottolenghi, E. (2010). Setting the sanctions agenda: The West has a wide range of options with which to squeeze Tehran. *The Journal of International Security Affairs*, 18, pp. 19–30. Washington, DC: The Jewish Institute for National Security Affairs.
- Ranjbar, A. M. (2021). Soapboxes and stealth on Revolution Street: Revisiting the question of 'freedom' in Iran's hijab protests. *ACME: An International Journal for Critical Geographies*, 20(4), pp. 346–365. <https://doi.org/10.14288/acme.v20i4.1903> (last accessed 01/12/2024)
- Sepehri Far, T. (2017). *It's a men's club: Discrimination against women in Iran's job market*. New York City: Human Rights Watch. <https://www.hrw.org/report/2017/05/26/its-mens-club/discrimination-against-women-irans-job-market> (last accessed 22/11/2024)
- Spivak, G. C. (1994). Can the subaltern speak? In L. Chriman & P. Williams (Eds.), *Colonial discourse and post-colonial theory: A reader* (pp. 66–110). New York: Columbia University Press. (Original work published 1988)
- Toprak, E. G. (2020). *The impacts of economic sanctions on Iranian women* [Master's thesis, Middle East Technical University]. <https://www.proquest.com/docview/3122677499/fulltextPDF> (last accessed 22/11/2024)
- United Nations. (2015). *Universal Declaration of Human Rights* (Illustrated ed.) [Booklet]. United Nations. https://www.un.org/en/udhrbook/pdf/udhr_booklet_en_web.pdf (last accessed 22/11/2024)
- Zakaria, R. (2022, March 28). What makes foreign policy "feminist"? *The Baffler*. <https://thebaffler.com/latest/against-german-feminism-zakaria> (last accessed 01/12/2024)

Gaia and Metabolism

How to Think the Anthropocene

Alexander Neuber

Goethe University Frankfurt

ÜBER
DACHT

Gaia and Metabolism

How to Think the Anthropocene

Alexander Neuber, *Goethe University Frankfurt*

Abstract: This article examines how Bruno Latour's Gaia hypothesis and Kohei Saito's theory of metabolic rifts contribute to understanding the current climate-political Zeitgeist. While Latour presents the Anthropocene as Gaia's complex response to human activity – urging a rethinking of political collectives beyond the nature-culture divide – Saito foregrounds the capitalist logic driving ecological breakdown. Despite their differing ontological premises, this article explores the commensurability of their approaches, highlighting how their theoretical dialogue reveals both the planetary interconnectedness shaping our era and the socio-economic roots of environmental crises. The article contributes to ongoing debates by offering a conceptual framework for reimagining collective agency in a time of ecological crisis and ideological disorientation.

Keywords: Anthropocene • Gaia • metabolic rift • degrowth

1 Approaching the Anthropocene

Climate change is one of the most urgent challenges facing our world today, involving complex interactions between natural systems and human societies. To truly understand these dynamics and develop meaningful solutions, we need theoretical frameworks that address the intertwined relationship between humans and nature. The concept of the Anthropocene has emerged as a key way to capture the scale and impact of human activity on the planet. While there are various definitions of the Anthropocene, I here understand it as the age in which human activity has had such widespread noticeable effects on the earth that it is appropriate to speak of a new geological age. These effects are largely characterized by human-made climate damage in the context of capitalist processes – a view broadly aligned with the perspectives of both Kohei Saito and Bruno Latour, who approach the Anthropocene from different but politically engaged theoretical positions: Saito through his Marxist metabolism theory (Saito, 2022), and Latour through his Gaia hypothesis (Latour, 2017).

The concept of the Anthropocene often emerges within the theoretical discourse of ecocriticism – an approach in the humanities and social sciences that seeks to understand the ecological connections between humans and nature, as well as the effects of human-made climate change. In principle, there is a problematic dimension directly inherent in this definition of the Anthropocene – namely, the destructive ecological consequences of capitalist production. From this, one possible

conclusion – and the one I follow in this article – is the need to overcome capitalism. Of course, this link is not self-evident. From an antinatalist or radically ecological point of view, for example, the continued existence of humanity may not even be desirable, because humanity itself is regarded as the very conditions of both unavoidable suffering and ecological devastation. In this view, the problem lies less in capitalist dynamics than in human existence as such. Nevertheless, I argue that a leftist, transformative perspective necessarily includes a critique of capitalist dynamics as central to the causes of the Anthropocene.

This leads me to focus on compatible political-philosophical approaches and how these can be brought into a constructive dialogue. In this context, there are a large number of concepts that are based on leftist, anti-capitalist thinking in the broadest sense (Moore, 2016; Malm, 2016; Haraway, 2016). In a nutshell, they can be summarized as follows: We live in the Anthropocene. Capitalist exploitation led to that. That is why we have to overcome capitalism.

In this article, I would like to examine Latour's (2017) concept of Gaia (2017) and Saito's (2022) theory of metabolism. In principle, both thinkers share the basic consensus I have outlined above. However, as Saito (2022) points out, there are also differences between the two ways of thinking. Saito even goes so far as to postulate an incompatibility between the two approaches. I, on the other hand, seek to demonstrate that these perspectives are not necessarily incompatible. I contend that the two approaches are commensurable: despite their differing emphases, they can enter into a productive exchange without subsuming one under the other. In this paper, I argue that attempting to establish a meaningful dialogue between them constitutes a valuable undertaking. Ultimately, I aim to suggest that their shared engagement with the Anthropocene offers a promising site for such a dialogue between the Gaia hypothesis and the concept of *metabolic rift*.

In order to achieve this, it is necessary to take a closer look at both theories. I will begin with an analysis of the two philosophies' respective conceptions of the Anthropocene to exemplify how the differing definitions lead to noticeably different focal points of analysis. I will then examine Latour's theoretical ideas in more detail, followed by those of Saito. My focus will clearly be on the core argumentation of both approaches; accordingly, not every existing subcategory will be examined in detail. Rather, as mentioned above, I would like to work out the extent to which both can be integrated into a coherent theoretical framework. To this end, I will focus on the contradictions between the two approaches as raised by Saito, before attempting to refute or contextualize this criticism. Finally, I will discuss the theoretical and practical consequences of bringing the two theories into dialogue.

2 Latour and Saito – Views on the Anthropocene

Before I touch on their theoretical concepts, it is necessary to outline Latour and Saito's specific view of the Anthropocene. To begin, Latour interprets the Anthropocene as the Earth's diverse and complex response to human interventions (Latour, 2017). He expresses this idea clearly: "We are obliged to define the Anthropocene as the multiform reaction of the Earth to our enterprises" (Latour, 2017, p. 238). In this respect, Latour's view does not necessarily deviate from my working definition; rather, the focus is on the fact that the Anthropocene itself represents a reaction. For Latour, this reaction comes from "Gaia". I will describe this term in more detail in the next section, so I will only say here that this concept goes far beyond the conventional idea of "nature" (Latour, 2017).

Importantly, in this definition, Latour does not focus on the negative or the origins – i.e., the capitalist processes – regarding the idea of the Anthropocene, but rather on the positive, namely the reaction. By no means does Latour ignore the former; indeed, he sees capitalist exploitation as a major problem. However, he interprets the Anthropocene primarily based on human activity and the Earth’s reaction to it (Latour, 2014). It is important to emphasize this again in order to highlight the different use of the term compared to Saito. While Saito sees the Anthropocene as something fundamentally negative and destructive – a product of capitalist processes and therefore something to be overcome – Latour instead understands it as a new era defined by the Earth’s and life’s shared responses to these dangers, and thus as a condition that has come to stay rather than one to be overcome.

Indeed, Saito’s understanding of the term features the impact of capitalism much more predominantly. For Saito, the meaning of the term is close to the one I formulated in my working definition (Saito, 2022). In his work, he also engages in the debate surrounding the conceptualization of the Anthropocene, namely criticizing the fact that many Indigenous and, more generally, many non-Western perspectives are not adequately addressed by the conventional use of the term (Saito, 2022). Here he problematizes not least the geoengineering interpretations of the Nobel Prize winner in chemistry Paul Crutzen (Crutzen, 2006; Saito, 2022), who is the first person known to have used the term (Crutzen & Stroemer, 2000). Accordingly, Saito sympathizes with the alternative concept of the *Capitalocene* (Saito, 2022). However, Saito also says that the use of the term *Anthropocene* also has its justification, since it highlights the fact that humans are a major geological force (2022). Furthermore, it should be noted that Saito still associates with the term Anthropocene as seen in the title of his book *Marx in the Anthropocene*, on which I am largely basing this analysis.

The two concepts of the Anthropocene differ noticeably in that Saito uses a clearly negative definition of the term. Latour, by contrast, interprets it more ambivalently: While he does not deny the immense dangers it entails, he also regards the Anthropocene as an opportunity to overcome the artificial separation of nature and culture. This also serves as a good indicator of how the two theories differ. At the same time, this also shows that the theories have different emphases in their conceptions of the Anthropocene, as opposed to clearly contradictory understandings. In the next step, I would like to briefly outline both theories before highlighting how they can be combined not despite but because of their different emphases.

3 Comparison of the Theoretical Concepts

3.1 Gaia Hypothesis

Latour’s Gaia hypothesis is not an original invention but a deliberate extension and reinterpretation of James Lovelock’s foundational Gaia concept (Lovelock, 1991). According to Latour’s interpretation (2017), Lovelock calls for moving away from making a clear distinction between, on the one hand, nature (quasi untouched nature) and culture (or in other words: human-touched nature or human culture). This classical nature-culture dichotomy conceptually separates humans from nature and even positions them as opposite. This separation is not ‘naturally’ given but ideologically created. It is precisely this separation that has allowed the colonization and exploitation of ‘nature’ by human actions. It also obscures the fact that the Earth is one vast ecological system in which everything is connected in a large network, as Latour emphasizes. The idea of ‘nature vs.

culture' suggests that there is such a thing as 'untouched nature' and that only direct human action can influence nature.

According to Lovelock (1991) and Latour (2017), existence on planet Earth is instead based on an almost incomprehensible variety of interactions – a never-ending interaction of everything with everything. Our own actions, the actions and interactions of other living beings, and the processes of what we traditionally call 'nature' are all part of this complex knot. Humans are not outside this

Our own actions, the actions and interactions of other living beings, and the processes of what we traditionally call 'nature' are all part of this complex knot. Humans are not outside this network but active participants in it, influencing and being influenced by it. Lovelock calls this totality 'Gaia'.

network but active participants in it, influencing and being influenced by it. Lovelock calls this totality 'Gaia'. In his understanding, there is only one Gaia, but Gaia is not a single thing – rather, everything together forms Gaia (Latour, 2017).

Here, Latour corrects a common misunderstanding of Lovelock's concept. As he points out, Gaia is not to be understood as a sentient being (Latour, 2017). In his view, Gaia is not a cohesive and well-regulated system, but simply the fundamental connection of everything (Latour, 2017). As Latour himself notes (2017), the designation as 'Gaia' – in a reference to the

Greek Titan – was not optimally chosen by Lovelock, because it allows for this misunderstanding. Instead, it represents the quasi-self-regulating system of Earth (Latour, 2017), it is – and here I see the commensurability potential of the concept – the foundation on which all processes on earth stands. It is not a special form of interaction, but rather the interaction nexus within which all interactions take place. There is no outside of Gaia, at least when referring to planet Earth. What happens 'here' is part of Gaia.

These descriptions already show the innovative, but also problematic nature of this conceptual idea, as its all-encompassing scope leaves little room for nuance or specific differentiation. It also lays a potential foundation for further concepts and theoretical embeddings of the Anthropocene based on it – a foundation on which the concrete interaction between humanity and nature can be conceived.

3.2 Metabolism of Humanity and Nature

Kohei Saito's conception of the Anthropocene is largely based on his interpretation of a rather less well-known concept by Karl Marx. It deals with the metabolism between nature and humans (Saito, 2022). This metabolism, according to Marx, is intended to show how human interaction on the one hand and 'natural' interactions on the other – in the sense of everything that is not human – should be understood in relation to each other (Saito, 2022). The idea here is that although humanity has its own rhythm of consumption, it cannot be understood independently of nature (Saito, 2022). Human actions inevitably always exist in a relationship to the material basis – i.e. to the resources that nature itself produces in its own rhythm. In this sense, and this is not surprising, Marx and consequently Saito present a materialist interpretation of human action (Saito, 2022). Saito is of the opinion that there can be no infinite growth (2022), because the resources required for this growth are simply limited. At the end of the day, we live on a finite planet with

inevitably finite resources. Accordingly, Saito demands that the concept of degrowth communism must be taken seriously.

In the context of this article, I would like to examine his idea of the extent to which this metabolism between nature and humans does not (currently) exist in an equilibrium. Saito postulates that there is a metabolic rift, which is illustrated by several examples and trends. In doing so, he identifies three dimensions of this concept. The first dimension is the “material disruption of cyclical process in natural metabolism under the regime of capitalism” (Saito, 2022, p. 24), which means that the rate of human metabolic reaction is higher than that in the metabolism of nature. This is primarily due to the capitalist form of economic activity, namely the accumulative tendencies and the overexploitation of nature – and thus of human activity as a whole (Saito, 2022). At the center of this is agriculture, which is designed to maximise profits. The ever-increasing urge to maximise sales of ever more diverse foods leads to a reduction in the earth’s available resources (Saito, 2022). These resources (e.g. nutrients required for cultivation) cannot be restored to the same extent by nature’s metabolism due to rapid utilisation or over-consumption. Thus – to use my own words – human actions deplete the stock of natural resources built up over thousands of years, which cannot be replenished to the same extent.

This idea thus already includes another dimension of the metabolic rift: the *temporal rift* (Saito, 2022). In essence, this describes the fact that the human metabolism has a significantly faster resource cycle than could be absorbed by natural metabolism (Saito, 2022). In addition to the example of overexploitation, the utilisation of fossil fuels can of course also be mentioned here. These forms of energy sources are steadily coming to a natural end. Once the last oil fields have been pumped dry, it will take a long time before such energy sources are available again. This is because the natural metabolism in which oil and all other substances are produced cannot keep pace with the human hunger for resources.

The *spatial rift* – and therefore third – dimension relates to the fact that places with particularly high human consumption are usually not the same places where natural resources are produced and regenerated (Saito, 2022). The example of overexploitation in agriculture is a good illustration of this: the resources for food production are available in rural areas, but consumption is particularly high in urban centers. Although it is feasible to bring food to urban consumers, the residual materials produced through consumption – such as human waste – can only be returned to the natural metabolism as nutrients at a particularly high cost. In this context, the construction of sewerage systems was a crucial and costly step, enabling the collection and treatment of waste so that it could be safely reintroduced into nature (Saito, 2022).

In view of the interconnectivity of these three dimensions, Saito recognises that it is hardly possible to draw a clear-cut distinction between them (Saito, 2022). However, this is not inherently necessary because the dimensions are rather a tool to conceptualize problems at the overarching level. For Saito, the main problem, exemplified by the rifts, lies in the fact that the metabolism of nature and the metabolism of humans are not in harmony. His aim is for these two metabolisms to be harmonised again in the future (Saito, 2022).

Analogous to these rifts, Saito also outlines three metabolic shifts. With the help of these, he attempts to explain why these rifts have not led to an immediate collapse of the human- nature metabolism in the past (Saito, 2022). Firstly, the technological shift is of great importance here. This shift “creates externalities with the aid of new technologies” (Saito, 2022, p. 30). Saito understands this to mean, for example, the construction of sewerage systems (2022). Other examples include the use of increasingly effective types of fertiliser or the recent green revolution in India (John & Babu,

2021). However, such short-term improvements – like increased crop yields through synthetic fertilizers or genetically modified seeds – can mask the underlying depletion of soil nutrients and organic matter. While these technologies temporarily boost productivity, they do not restore the natural metabolic balance and rely on inputs that create an unstable foundation. Over time, this leads to soil degradation and decreased resilience of the ecosystem, making the current practices unsustainable in the long run (John & Babu, 2021).

The second dimension of the metabolic shift is the qualitative one (Saito, 2022). This means that the products of the capitalist economy are not available to the same extent everywhere in the world. The ever-increasing use of resources over the centuries is concentrated primarily in the Global North, due to excessive consumption, compared to the Global South (Saito, 2022). An example of this is the enormously high consumption in the USA. If everyone in the world had the same level of resource consumption as the US, the metabolic rift would already be much more extensive than it is now (Saito, 2022).

The temporal shift is the last dimension (Saito, 2022). This largely refers to the delayed effects of climate change or the climate crisis. Since the beginning of the industrial revolution, human-induced emissions of CO₂ and comparable gases have been higher than what can be absorbed within the natural side of the metabolism. However, the effects of this overstretching of natural limits have only been apparent for a comparatively short period of time (Saito, 2022). Figuratively speaking, it has simply taken a certain amount of time for the ripples in the water to reach the shore. As a result, future (and especially upcoming) generations of people will feel the consequences of the climate crisis much more strongly, even though previous generations have emitted far more CO₂.

Against this background, a fundamental question arises: How exactly can the relationship between humans and nature – or between social and natural metabolism – be theoretically framed? This question brings us to the basic distinction between monistic and dualistic concepts, which will be explored in more detail in the following section.

4 Monism vs. Dualism

According to Saito, the distinction between a monistic and a dualistic concept of the Anthropocene hinges on different emphases regarding the interaction between humans and nature. Monism stresses their fundamental entanglement as a hybrid, while dualism emphasizes their separateness and interaction as distinct systems (Saito, 2022). Saito in his concepts draws a distinction between nature and humans, or between the metabolism of humans and that of nature, thereby rejecting the existence of such a hybrid. Consequently, Saito positions himself within a dualistic framework. In his interpretation, Latour's Gaia hypothesis at least partially represents such a hybrid between nature and humans (Saito, 2022) and is thus categorized as monism.

However, this rigid categorisation does not adequately reflect the complexity of either position. Interestingly, Saito even refers to a more differentiated view expressed by John Bellamy Foster, whose work he has elsewhere described as part of a “fruitful combination” with his own (Saito, 2016). In the passage Saito cites (Saito, 2022), Foster rejects both “crude dualism and crude monism” and outlines the dialectical emphases:

Dialectics is always about appearance and essence, identity in difference, the interpenetration of opposites, and the negation of the negation. It is never a choice, as Moore seems to think, between crude dualism and crude monism. There is no contradiction in seeing society as both separate from and irreducible to the Earth system as a whole, and simultaneously as a funda-

mental part of it. To call that approach ‘dualist’ is comparable to denying that your heart is both an integral part of your body and a distinct organ with unique features and functions. (Foster, 2016)

Foster here refers to Jason Moore, an important proponent of the monistic approach and a prominent critic of Foster (Saito, 2022). This dispute also extends to the relationship between Moore and Saito, with Saito offering a strong critique of Moore’s Anthropocene concept (Saito, 2022). An in-depth examination of Moore’s approach is beyond the scope of this work. Suffice to say that there are some contradictions between this approach and Saito’s concept of metabolism that cannot be clearly refuted. What is decisive at this point is that Saito makes a clear connection between Moore and Latour. Saito sees Latour’s Gaia hypothesis as the foundation for the idea of Moore’s monistic approach (2022). In order to weaken Moore’s concept, Saito criticises Latour several times (2022). Among other things, he attempts to establish a link between Latour and the Breakthrough Institute (Saito, 2022), although he has only published a single guest article there. The Eco-Modernism approach, with which this think tank is at least roughly aligned (Saito, 2022), is less critical of capitalism than the concepts by Saito and Latour. Accordingly, the attempt to show an association between Latour and this institute appears to function as a form of discrediting. This attempt, as well as the construction of a supposedly inseparable connection between Moore and Latour, seems to me to be a fundamental mistake on Saito’s part. Certainly, it is quite recognisable that Moore builds on Latour as shown by Saito, just as differences between Moore and Saito/Foster are visible. But to connect Latour to Moore as strongly as is done by Saito appears unjustified to me, especially as Latour is not the enactor of that connection.

Significant ontological differences remain between the two approaches of Saito and Latour, but a fundamental incompatibility cannot be assumed outright. It is therefore worth investigating to what extent Latour’s Gaia hypothesis and Saito’s metabolism concept might be seen as commensurable, despite their differences.

5 Commensurability of Theories

The shared grounding of the Gaia hypothesis and the metabolism concept in the observation of the Anthropocene provides a meaningful basis for dialogue. Both frameworks offer valuable contributions to understanding the ecological crisis, yet each brings its own emphases and blind spots. Used in isolation, they risk remaining incomplete. The Gaia hypothesis, with its holistic and relational perspective, highlights the planetary entanglement of all lifeforms and systems. However, it often lacks clarity when it comes to tracing concrete socio-ecological processes and power relations. This risks overlooking how specific human practices, particularly those shaped by capitalist dynamics, actively drive ecological breakdown. This is where Saito’s metabolism approach offers an important corrective. It focuses on the structural dislocations – the rifts – between human social reproduction and natural cycles within the global network of production, consumption, and ecological flows. In doing so, it places the capitalist mode of production at the centre of ecological analysis. Such specificity is crucial if we are to understand not only that humans are impacting the Earth, but how and through which mechanisms this impact takes place.

At the same time, the metabolism theory carries its own limitations. While its foundations in Marx’s thought are theoretically rich, they remain tied to the historical context in which Marx was writing. The sheer scale and complexity of today’s global ecological crisis – especially in terms of planetary feedback loops and system thresholds – could not have been fully anticipated in the 19th

century. Of course, certain dynamics were already in motion at that time, but the acceleration and intensification of resource extraction, biodiversity collapse, and anthropogenic climate change have reached a degree of urgency that requires us to contextualize and adapt these theories to present realities, rather than adhere strictly to their original historical framework. One could argue that Marx's analytical categories remain valid despite this historical distance. The mere fact that today's crises are quantitatively more severe does not automatically invalidate his theoretical framework. Still, acknowledging the shift in scale and interconnectedness can help sharpen our analytical focus. Gaia theory, in this sense, does not replace Marx but adds a broader systemic layer: it enables us to locate human activity within an entangled web of biogeochemical and atmospheric processes.

This is precisely where the potential for a theoretical dialogue opens up. While Saito emphasizes the incompatibility of the two frameworks (Saito, 2022), there are nonetheless identifiable points of contact. The Gaia hypothesis can embed the idea of metabolism within a planetary whole; metabolism theory can, in turn, give Gaia the socio-economic specificity it often lacks. The aim, as stated at the beginning, is not to erase the philosophical differences between the concepts, but to explore how both theories can relate to one another in a way that enhances our understanding of the Anthropocene. By connecting the relational depth of Gaia with the structural critique of metabolism, it becomes possible to think both the entanglement of everything with everything and the specific ruptures that characterize capitalist modernity. Such a perspective avoids one-sidedness – and that, it seems to me, is a step toward fostering a shared understanding and dialogue between differing ecological theories.

6 A Good Life for All

In this article, I have explored a certain commensurability between the Latour's concept of 'Gaia' and Saito's metabolism theory, rather than viewing them as strictly opposed. Saito's metabolic rifts and shifts offer an analytical framework that captures social processes, material imbalances, and ecological crises with precision. Its strength lies in its political sharpness: it identifies capitalist modes of production as the central driving force behind ecological destruction. The Gaia hypothesis, on the other hand, conceives of the planet as a living, dynamic whole – opening a perspective on the planetary interconnectedness of all life and processes, including those beyond the immediate human sphere. Monistic and dualistic premises, such as Latour's and Saito's respectively, undoubtedly stand in tension: one emphasizes the inseparable entanglement of nature and culture, while the other insists on a categorical differentiation. Yet these differences do not necessarily have to lead to mutual exclusion but can coexist dialectically, opening space for productive dialogue. A theoretical openness between these two approaches can therefore be valuable: Gaia provides the metabolism concept with a broader ecological coordinate system, while metabolism sharpens Gaia through concrete, historically and politically grounded categories. This way, the global interconnectedness of ecological systems can be grasped – while simultaneously recognizing the specific impacts of human interventions, especially under capitalist conditions.

Gaia provides the metabolism concept with a broader ecological coordinate system, while metabolism sharpens Gaia through concrete, historically and politically grounded categories.

Such a connection requires philosophical caution. The ontological foundations of the theories are not identical, and a hasty synthesis would do injustice to their differences. Nevertheless, when confronting the challenges of the Anthropocene, scholars should not get lost in unproductive battles over apparent irreconcilable contradictions. Given the urgency of the crisis, openness to complex and multidimensional perspectives is necessary. This is precisely where the potential of a careful theoretical merging lies: it allows us to think the ecological state of the world as a whole – without losing sight of the social, political, and economic causes. Thus, a theoretical framework emerges that avoids being trapped in abstract systemic logic or reductive social critique. And this, to me, seems the most promising way to seriously pursue the idea of a good life for all.

References

- Crutzen, P. J., & Stoermer, E. F. (2021). The 'Anthropocene' (2000). In S. Benner, G. Lax, P. J. Crutzen, U. Pöschl, J. Lelieveld, & H. G. Brauch (Eds.), *Paul J. Crutzen and the Anthropocene: A New Epoch in Earth's History* (pp. 19–21). Springer International Publishing. https://doi.org/10.1007/978-3-030-82202-6_2
- Crutzen, P. J. (2006). Albedo Enhancement by Stratospheric Sulfur Injections: A Contribution to Resolve a Policy Dilemma? *Climatic Change*, 77(3), 211–220. <https://doi.org/10.1007/s10584-006-9101-y>
- Foster, J. B. (2016, June 6). In Defense of Ecological Marxism: John Bellamy Foster responds to a critic. Interview by I. Agnus. *Climate & Capitalism*. <https://climateandcapitalism.com/2016/06/06/in-defense-of-ecological-marxism-john-bellamy-foster-responds-to-a-critic/>
- Haraway, D. J. (2016). *Staying with the Trouble: Making Kin in the Chthulucene*. Duke University Press. <https://doi.org/10.2307/j.ctv11cw25q>
- John, D. A., & Babu, G. R. (2021). Lessons From the Aftermaths of Green Revolution on Food System and Health. *Frontiers in Sustainable Food Systems*, 5. <https://doi.org/10.3389/fsufs.2021.644559>
- Latour, B. (2014). *On some of the affects of capitalism*. <http://www.bruno-latour.fr/sites/default/files/136-AFFECTS-OF-K-COPENHAGUE.pdf>
- Latour, B. (2017). *Facing Gaia – Eight lectures on the new climatic regime*. Polity Press.
- Lovelock, J. (1991). *Gaia: The Practical Science of Planetary Medicine*. Oxford University Press.
- Malm, A. (2016). *Fossil Capital*. Verso Books.
- Moore, J. W. (2016). *Anthropocene or Capitalocene? Nature, History, and the Crisis of Capitalism*. PM Press.
- Saito, K. (2016). *Natur gegen Kapital – Marx' Ökologie in seiner unvollendeten Kritik des Kapitalismus*. Campus Verlag.
- Saito, K. (2022). *Marx in the Anthropocene: Towards the Idea of Degrowth Communism*. Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/9781108933544>

A Republic Divided?

Slavery Reparations and the Limits of
France's Unitarian Republicanism

Till Schadel

Johannes Gutenberg University Mainz

ÜBER
DACHT

A Republic Divided?

Slavery Reparations and the Limits of France's Unitarian Republicanism

Till Schadel, *Johannes Gutenberg University Mainz*

Abstract: This paper examines the tensions between the French slavery reparations movement and the foundational principles of France's unitarian republicanism. While the French Republic is built on ideals of universalism, equality before the law, and national indivisibility, these values often conflict with group-specific demands for historical recognition and material compensation. The paper begins by outlining the key features of French republican political culture, including the centrality of the rejection of identity-based claims in the public sphere. It then traces France's involvement in the transatlantic slave trade and the historical context of abolition, highlighting the absence of reparations for formerly enslaved people. Drawing on contemporary movements such as CRAN and international frameworks like the CARICOM Reparations Commission, the study explores how reparations are framed not as foreign or geopolitical demands but as domestic claims by French citizens. The paper argues that while the republican model resists such claims, the state itself selectively deviates from its universalist ethos when politically expedient. Ultimately, the reparations debate forces a reconsideration of how French republicanism can or cannot accommodate calls for historical justice, and whether true equality requires confronting the legacies of slavery within a republican framework.

Keywords: reparations • slavery • republicanism • France

1 Introduction

Few nations grapple with their history as profoundly as France, a country whose Republican ideals were forged in the Enlightenment and the French Revolution. These ideals – universalism, secularism, and the indivisibility of the Republic – form the cornerstone of French political culture, yet they stand in stark tension with the legacies of colonial exploitation and the transatlantic slave trade. In recent years, organisations such as CRAN have continued to use legal and political channels to draw attention to slavery's enduring legacies, while CARICOM has intensified diplomatic pressure on former colonial powers, bringing the issue of reparations back into both national and international debates.

While the Republican model emphasises equality and unity, demands for slavery reparations by descendants of enslaved people who are now French citizens – including but not limited to those in France's overseas departments – highlight persistent inequalities and systemic injustices rooted in this history (Shepherd, 2024, pp. 8-11). Although there are no longer any direct witnesses to the

transatlantic slave trade and colonialism (Cottias, 2024, p. 4), France's involvement has left a deep and enduring imprint, not only on the societies that were colonised but also on the fabric of French identity. The challenge of reconciling this past with the ideals of liberty and equality has led to contentious debates and rising public interest (Cottias, 2024, p. 4). These debates are particularly acute in the context of the slavery reparations movement, which calls for recognition, accountability, and compensation for historical injustices.

At its core, the tension arises from a fundamental clash of principles. The Republican model's universalist ethos resists identity-based claims, striving for a vision of citizenship that transcends race, religion, and historical divisions. Yet, reparations advocates argue that addressing the material and symbolic harms of slavery is essential for achieving true equality and justice (Forsdick, 2015, pp. 426-427). This contradiction forces a critical examination of how French political culture navigates the demands of justice for historical wrongs without compromising its foundational values. It raises the broader question of whether acknowledging group-specific harms and implementing targeted measures – comparable to affirmative action policies in other Western democracies – inherently threatens these values or could instead be a means of realising them.

This is not a uniquely French dilemma. Across the West, societies wrestle with how to reconcile the redress of historical injustice and structural discrimination with a commitment to equal citizenship. Yet the French case is particularly acute because equality and unity are not merely constitutional guarantees but normatively enshrined state principles.

This paper examines how the French slavery reparations movement exposes the limits of France's unitarian republicanism. It first outlines the origins and key features of the French republican political culture, then provides historical context for France's involvement in slavery and the slave trade. It subsequently analyses the demands of the reparations movement and the contradictions these demands reveal in the republican framework before concluding with reflections on whether universalism can accommodate the recognition of historical injustice.

2 Definition of the French Republican Political Culture

The model of French republicanism is fundamentally rooted in the French Revolution (Schor, 2001, p. 43). During the Revolution, “a nation of equal citizens replace[d] the king as the source of political power” (Béland, 2003, p. 66). At the heart of republican culture stands the citizen, conceived as an autonomous, rational individual capable of freeing themselves from social, religious, and cultural constraints (Laborde, 2017, p. 136). Therefore, republicanism is closely tied to the values of the Enlightenment, which had a profound influence on the French Revolution.

One of the key achievements of this tradition is universalism attributing fixed and shared characteristics to all human beings, such as human reason and inalienable human rights (Jennings, 2017, p. 147). These rights include inter alia the right to life, liberty, security, as well as freedom of expression, religious practice, and conscience. Furthermore, citizens are considered politically equal. Every individual enjoys human and civil rights and participates democratically in collective decision-making based on the general will (Laborde, 2017, p. 138). This general will reflects the universal public interest rather than private or particular interests (Laborde, 2017, p. 138). Consequently, individual cultural, religious, ethnic, or historical differences are irrelevant in the public sphere, as all free citizens are regarded as equal before the law.

These republican principles are enshrined in foundational documents like the Declaration of the Rights of Man and of the Citizen (1789). Its 17 articles define the inalienable and inviolable rights of all people. Article 1 states: "Men are born and remain free and equal in rights. Social distinctions may be founded only upon the common good." Furthermore, the document emphasises that particular interests are excluded from the public domain because "[t]he law is the expression of the general will." Today, these principles are explicitly articulated in the Constitution of the Fifth Republic. Article 1 affirms that "France shall be an indivisible, secular, democratic and social Republic. It shall ensure equality before the law for all citizens, without distinction of origin, race or religion."

The Enlightenment's influence on republican universalism is particularly evident in the role of education. Republicanism views education as central to fostering rational individuals and ensuring social and political integration. By providing equal opportunities and promoting a collective identity based on a shared language and universal values, education seeks to separate the public sphere from private identities (Béland, 2003, p. 66).

Another cornerstone of republican culture is the principle of *laïcité*. This constitutional principle mandates the strict separation of church and state, ensuring that religion is confined to the private sphere (Jennings, 2000, p. 578). Enshrined in the 1905 Law on the Separation of Churches and the State, *laïcité* guarantees freedom of conscience and prohibits the state from officially recognising or favouring any religion (Baubérot, 2017, p. 127). In the educational sphere, schools are expected to remain neutral. This includes promoting individual autonomy, equality, and solidarity without endorsing any specific religious, cultural, or ethnic identity (Jennings, 2017, p. 149). Religion is thus excluded from public education, with the aim of shaping free, rational, and tolerant citizens through secular ethics (Jennings, 2000, pp. 578-579). Through these principles, French republicanism has established a framework that seeks to balance individual freedom with collective equality, emphasising the unity and indivisibility of the public sphere.

3 Overview of the French History of Slavery and the Slave Trade

The transatlantic slave trade is widely recognised as a major historical injustice, characterised by immense human suffering and exploitation. Between the 16th and 19th centuries, an estimated 15 to 18 million Africans were forcibly deported to work on sugar, coffee, and cotton plantations in the Americas in order to supply the European market (Stenou, 2004, pp. 42-49). France played a significant role in this trade, which had far-reaching consequences in terms of duration, scale, and impact.

French colonies such as Guadeloupe, Martinique, and Saint-Domingue (now Haiti) were sources of immense wealth, forming the economic backbone of the French colonial empire (Forrest, 2020, pp. 3, 60). This prosperity, however, was inseparable from the brutal exploitation and dehumanisation of enslaved Africans. The Code Noir of 1685 was the legal foundation for this system, which classified enslaved Africans as "movable property" (Stenou, 2004, p. 49). French ports like Nantes, Le Havre, Bordeaux, Marseille, and La Rochelle became major hubs for the transatlantic slave trade, profiting extensively from the trafficking of human lives (Forrest, 2020, pp. 60-61). This codification allowed for the systematic transport of Africans to the Americas; between 1716 and 1793 alone, French ships transported approximately one million individuals across the Atlantic (Forrest, 2020, p. 60).

The Haitian Revolution, which began in 1791 in the French colony of Saint-Domingue, played a decisive role in France's first abolition of slavery in 1794 during the revolutionary period. The uprising ultimately culminated in the establishment of Haiti as the first independent Black republic in 1804. However, in 1802, slavery was reinstated in the French colonies, reversing the earlier abolition. It was not until 1848, under the Second Republic, that slavery was definitively abolished across the French Empire (Stenou, 2004, p. 62).

Following this abolition, the French state compensated former slave owners generously for their losses, while the formerly enslaved received no reparations (Stenou, 2004, p. 57). This decision underscored the enduring structural inequalities that continued to shape post-abolition societies in the French colonial world.

4 Demands of the Slavery Reparations Movement

Within the French Republic, the slavery reparations movement demands recognition and compensation for the immense harm caused by the transatlantic slave trade and slavery. Proponents argue that the wealth of many states was built on the systematic destruction of countless racial and ethnic communities, cultures, and societies (Shepherd, 2024, p. 8). This historical debt must be addressed, among others through material reparations (Forsdick, 2015, p. 426). The consequences of slavery continue to affect the descendants of enslaved people to this day. A 2024 report by the Battle Group consultancy estimates that France's responsibility alone amounts to \$9.288 trillion in damages for Martinique, French Guiana, Guadeloupe, and Grenada, with an additional \$1.4 billion for Haiti (Shepherd, 2024, p. 10). The reparations debate includes voices from across the Republic, with particular resonance in France's overseas territories, where large portions of the population are descendants of enslaved individuals and are French citizens.

Historically, many nations that benefited from slavery have avoided addressing their role or fulfilling their historical responsibilities. This lack of accountability has perpetuated systemic inequality, racism, and social disparities in both affected states and those that profited from slavery (Cottias, 2024, p. 5). In response to the need for both political and financial reparations, various advocacy groups have emerged. One prominent example is CRAN (Conseil Représentatif des Associations Noires), founded in 2005 by Black activists from anti-racist organisations (Lotem, 2016, p. 289). CRAN focuses on combating structural racism in France and has pursued legal action, such as its 2013 lawsuit against Crédit Agricole, a bank that profited from slavery (Lotem, 2016, pp. 292-293). CRAN's work is emblematic of how reparations claims are made by and on behalf of French citizens. These are not international claims, but domestic ones rooted in the continued marginalisation of citizens within the Republic. Internationally, the CARICOM Reparations Commission, established in 2013 by Caribbean governments, seeks a unified voice to advocate for reparations (Forsdick, 2015, p. 423).

These movements assert that reparatory justice is a legal and moral obligation for the states responsible. Reparations are envisioned in multiple forms. Countries must formally recognise slavery and the transatlantic slave trade as crimes against humanity. Symbolic measures, such as erecting monuments and integrating the history of slavery into educational curricula, are seen as vital for reshaping historical narratives and fostering public awareness (Cottias, 2024, p. 7). However, symbolic recognition alone cannot resolve systemic racism or economic inequalities (CARICOM Reparations Commission, 2013, pp. 1-13).

Financial reparations are viewed as indispensable for addressing the structural inequalities that stem from slavery. CARICOM's ten-point plan outlines specific demands, including debt cancellation, economic aid, and development programs aimed at reversing the long-term effects of exploitation. These initiatives also call for cultural restoration by establishing institutions and centers for historical and cultural research, which would help descendants reconnect with their heritage. Direct economic support remains a central component of the reparations agenda, targeting both the descendants of enslaved people and the affected states. Proposed measures include monetary compensation for individuals as well as debt cancellation and structural assistance for states, aiming to restore dignity and address the underdevelopment caused by centuries of exploitation. (CARICOM Reparations Commission, 2013, pp. 1-13).

For the descendants of enslaved people, reparations represent more than material compensation. They signify moral recognition of historical injustices and offer a pathway to redress economic inequalities that persist to this day. In addition to addressing economic challenges, reparations foster a sense of identity by highlighting historical and cultural links to slavery (Forsdick, 2015, p. 426). They also serve as a catalyst for a critical examination of France's colonial legacy, promoting broader societal reflection and accountability.

5 Contradictions between the Republican Political Culture and the Slavery Reparations Movement

5.1 Value Conflict: Universalism vs. Collective Recognition of Historical Injustice

The tension between the slavery reparations movement and French republican political culture stems from the fundamental principles that underpin the latter. French republicanism is built on the ideals of universalism, equality before the law, and an indivisible, secular national identity. These principles often appear incompatible with the particularised and identity-based claims advanced by the reparations movement.

A significant contradiction lies in the concept of republican universalism. This principle holds that all citizens are equal before the law and that the state must not discriminate based on race, religion, or ethnicity (Lotem, 2016, p. 284). Moreover, the indivisibility of the French nation envisions its population as a unified whole, not divided into subgroups or minority identities. Consequently, demands for reparations for colonial-era slavery are seen by some as challenging this national unity (Bessone, 2016, p. 186). Such claims are perceived as introducing a form of societal fragmentation by recognising particular minority groups – such as descendants of enslaved Africans – through their historical victimhood (Bessone, 2016, pp. 186–187).

While the French Republic officially resists group-specific claims in the name of universalism, this principle is not consistently applied. Various state programmes aimed at addressing social and territorial inequalities indirectly benefit specific demo-

The indivisibility of the French nation envisions its population as a unified whole, not divided into subgroups or minority identities. Consequently, demands for reparations for colonial-era slavery are seen by some as challenging this national unity.

graphic groups without being labelled as “particularist.” For instance, affirmative action-like mechanisms such as the Zones d’Éducation Prioritaire (Ministère de l’Éducation nationale, de la Jeunesse et des Sports, 2025) or the Conventions Éducation Prioritaire at Sciences Po (Sciences Po, n.d.) seek to improve access to education for students from disadvantaged backgrounds – often including ethnic minorities – without explicitly acknowledging race or ethnicity. Similarly, urban renewal policies such as the Quartiers Prioritaires de la Politique de la Ville (Ministère de la Cohésion des territoires et des Relations avec les collectivités territoriales, 2024) target marginalised urban areas with high levels of poverty and social exclusion, which frequently correspond to neighbourhoods inhabited by racialised populations. However, these measures are framed strictly in socio-economic and territorial terms in order to remain compatible with republican principles.

In contrast, the reparations movement’s explicit invocation of historical injustice and group identity is portrayed as a threat to national cohesion. This asymmetry suggests that the application of universalist ideals can be selective and instrumentalised to uphold dominant narratives while marginalising demands rooted in postcolonial memory. This narrative is viewed as dividing French society by emphasising racial or ethnic distinctions tied to historical injustices (Frith, 2024, p. 2).

The legacy of slavery and the associated calls for reparations are thus marginalised in French public discourse and education. The state’s adherence to principles like laïcité further reinforces the notion that public spaces, including schools, should remain free of religious, racial, or ethnic differentiation (Baubérot, 2017, pp. 132-135).

5.2 Misappropriation of 1848 and the Taubira Law

The slogan of the 150th anniversary of the abolition of slavery, “Tous nés en 1848”¹, exemplifies this approach, celebrating the end of slavery as a universal achievement of the French Republic while bypassing the historical inequalities that persist (Forsdick, 2015, p. 421). By framing the abolition of slavery as a victory of Enlightenment ideals, the state diverts attention from its financial

By framing the abolition of slavery as a victory of Enlightenment ideals, the state diverts attention from its financial reparations to former slave owners post-abolition, a move that underscores the paradoxical nature of its historical accountability.

reparations to former slave owners post-abolition, a move that underscores the paradoxical nature of its historical accountability (Frith, 2015, p. 218). The focus is primarily on the abolition of slavery, as the National Memorial Day of Remembrance of Slavery and its Abolition and the Abolition Memorial in Nantes demonstrate (Cottias, 2024, p. 7).

The Taubira Law of 2001, which recognised slavery as a crime against humanity, is often cited as a step toward addressing France’s colonial past. However, its lack of legal provisions for reparations reflects the state’s reluctance to engage in measures that could undermine republican ideals (Bessone, 2016, p. 188). In 2013, France’s *Cour de Cassation* ruled that the Taubira

Law was purely declarative, thereby reinforcing the state’s position against financial or material reparations (Frith, 2024, pp. 2, 5).

¹ “All born in 1848” (own translation)

This legal stance underscores the republican principle that collective grievances tied to historical events do not warrant contemporary compensation. Various political actors in French society – including political figures from across the spectrum, such as Le Pen, Chirac, Sarkozy, and Hollande, as well as intellectuals and the media (Frith, 2015, pp. 217, 225–226) – have defended republican values against what they perceive as unnecessary and divisive reparations claims. Together, they are trying to link French national unity with the solemn end of slavery, thereby rendering the demands for reparations obsolete (Bessone, 2016, p. 187).

A prominent example of this approach can be found in François Hollande’s presidential speech on 10 May 2014, in which he commemorated the abolition of slavery by framing it as a triumph of France’s universalist and revolutionary ideals. He explicitly dissociated the re-establishment of slavery under Napoleon in 1802 from “la nation généreuse et universaliste de la Révolution” (Hollande, 2014)², reinforcing the narrative that abolition was not only a moral act but a reaffirmation of France’s essential identity. Hollande concluded: “La France n’est vraiment la France que lorsqu’elle défend des valeurs partout dans le monde.” (Hollande, 2014).³ By celebrating abolition in these terms, his speech promotes a vision of France as a timeless beacon of universal values. Yet this symbolic rhetoric bypasses the post-abolition history of colonial exploitation, the financial compensation paid to former slave owners, and the enduring socio-economic inequalities in France’s overseas territories – all of which might otherwise justify a serious debate on reparations (Forsdick, 2015, p. 421).

Various political actors in French society have defended republican values against what they perceive as unnecessary and divisive reparations claims. Together, they are trying to link French national unity with the solemn end of slavery, thereby rendering the demands for reparations obsolete.

5.3 Deeper Conflict: The Threat to Republican Unity

Underlying these conflicts is a broader fear: Recognising historical injustices through reparations could destabilise the republican ideal of indivisibility, prompting a shift toward group-specific policies that many see as antithetical to French civic identity (Frith, 2015, p. 220). Therefore, the reparations movement is often framed as an external or minority-driven critique of French unity. Advocates for reparations are regularly portrayed as pushing an agenda that either threatens national solidarity or seeks financial gain, reinforcing a narrative that delegitimises their claims (Frith, 2015, p. 225). Proponents of the republican model argue that embracing reparations risks fracturing the social cohesion rooted in universal equality. As a result, calls for reparations are widely viewed as antithetical to France’s republican political culture, portrayed in public discourse as divisive and incompatible with the nation’s foundational ideals.

In the French context, the debate is primarily driven by citizens of the Republic – including those in mainland France and overseas territories – whose lived experiences of structural inequality give rise to such demands. So on the other hand, reparations could be framed to address historical

² “the generous and universalist nation of the Revolution” (own translation)

³ “France is truly France only when it defends values across the world” (own translation)

By tackling the enduring legacies of slavery and colonialism, targeted measures could be seen as reinforcing Republican ideals, ensuring equal rights and opportunities for all citizens.

injustices and structural inequalities, thereby realising the Republic's commitment to genuine equality. By tackling the enduring legacies of slavery and colonialism, targeted measures – such as investments in education or economic opportunities for affected communities – could be seen as reinforcing Republican ideals, ensuring equal rights and opportunities for all citizens. Recognising historical wrongs within a framework of Republican solidarity could foster national cohesion rather than division.

6 Conclusion

The contradictions between French republicanism and the slavery reparations movement stem from fundamental republican principles. French republicanism upholds universal equality, where all citizens are considered equal before the law, regardless of race, ethnicity, or historical background. It stresses the indivisibility of the French nation, where distinctions based on identity are rejected in favour of a unified national identity. The reparations movement, however, focuses on the specific historical victimhood of descendants of enslaved people who are French citizens, calling for recognition and compensation for the harm caused by slavery. This particularised approach challenges the universalist ideals of republicanism, as it introduces racial and ethnic distinctions into the public sphere, which republicanism aims to keep free from such divisions.

Additionally, the French state's resistance to reparations reflects its commitment to these republican values. While the 2001 Taubira Law recognised slavery as a crime against humanity, it did not provide provisions for reparations, signalling the state's reluctance to address historical injustices through financial compensation. There is a broader concern that granting reparations could fragment French society by shifting focus to group-specific claims, threatening the republican ideal of national unity based on equality and indivisibility.

However, the debate surrounding reparations opens new avenues for scholarly investigation. A comparative perspective on how other nations, such as the United States or Caribbean countries, engage with reparations could offer valuable insights into alternative approaches to addressing historical injustices while maintaining societal cohesion. Furthermore, the intersection of economic justice and moral responsibility raises important questions about the feasibility and structure of reparations policies. An important political question remains how reparative measures, such as debt cancellation, investment in affected communities, or symbolic recognition, can be reconciled with republican principles in public discourse and policymaking. This paper has shown that the demand for reparations within the French Republic is not an external geopolitical issue, but a domestic challenge that calls into question the limits of French universalism and its ability to recognise internal diversity and historical injustice.

Bibliography

- Baubérot, J. (2017). Laicity. In E. Berenson, V. Duclert and C. Prochasson (eds), *The French Republic: History, Values, Debates* (1st ed., pp. 127-137). Cornell University Press. <http://www.jstor.org/stable/10.7591/j.ctt7zbwr>
- Béland, D. (2003). Identity Politics and French Republicanism. *Society*, 40(5), 66–71. <https://doi.org/10.1007/BF03008261>
- Bessone, M. (2016). From Reparations for Slavery to International Racial Justice: A Critical Republican Perspective. *Global Justice: Theory Practice Rhetoric*, 9(2), 178–198. <https://doi.org/10.21248/gjn.9.2.117>
- CARICOM Reparations Commission. (2013). *10-Point Reparation Plan*. Available at: <https://caricomreparations.org/caricom/caricoms-10-point-reparation-plan/>.
- Cottias, M. (2024). From political recognition to demands for justice. *The UNESCO Courier*, 856(3), 8–10. https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000390582_eng
- Forrest, A. (2020). *The Death of the French Atlantic: Trade, War, and Slavery in the Age of Revolution* (1st edn). Oxford University Press. <https://doi.org/10.25071/2561-5467.1058>
- Forsdick, C. (2015). Compensating for the past: debating reparations for slavery in contemporary France. *Contemporary French and Francophone Studies*, 19(4), 420–429. <https://doi.org/10.1080/17409292.2015.1066188>
- Frith, N. (2015). Saving the Republic: State Nostalgia and Slavery Reparations in Media and Political Discourses. *Modern & Contemporary France*, 23(2), 213–232. <https://doi.org/10.1080/09639489.2015.1006124>
- Frith, N. (2024). The Struggle for the right to reparation in the French Republic: A short history. *Journal of American Studies*. <https://doi.org/10.1017/S0021875824000598>
- Hollande, François (2014). *Déclaration de M. François Hollande, Président de la République, sur la traite, l'esclavage et leurs abolitions*. Available at: <https://www.vie-publique.fr/discours/191095-declaration-de-m-francois-hollande-president-de-la-republique-sur-la>.
- Jennings, J. (2000). Citizenship, Republicanism and Multiculturalism in Contemporary France. *British Journal of Political Science*, 30, 575–598. <https://doi.org/10.1017/S0007123400000259>
- Jennings, J. (2017). Universalism. In E. Berenson, V. Duclert and C. Prochasson (eds) *The French Republic: History, Values, Debates* (1st ed., pp. 145–153). Cornell University Press. <https://doi.org/10.7591/cornell/9780801449017.001.0001>
- Laborde, C. (2017). Citizenship, in E. Berenson, V. Duclert and C. Prochasson (eds) *The French Republic: History, Values, Debates* (1st ed., pp. 136–144). Cornell University Press. <https://doi.org/10.7591/cornell/9780801449017.001.0001>
- Lotem, I. (2016). Anti-racist activism and the memory of colonialism: race as Republican critique after 2005. *Modern & Contemporary France*, 24(3), 283–298. <https://doi.org/10.1080/09639489.2016.1159188>
- Ministère de la Cohésion des territoires et des Relations avec les collectivités territoriales. (2024). *Les Quartiers prioritaires de la Politique de la Ville – 2024*. Available at: <https://sig.ville.gouv.fr/page/224/les-quartiers-prioritaires-de-la-politique-de-la-ville-2024>.
- Ministère de l'Éducation nationale, de la Jeunesse et des Sports. (2025). *L'éducation prioritaire*. Available at: <https://www.education.gouv.fr/l-education-prioritaire-3140>.
- Schor, N. (2001). The Crisis of French Universalism. *Yale French Studies*, 100, 43–64. <https://doi.org/10.2307/3090581>
- Sciences Po. (n.d.). *Convention Éducation Prioritaire*. Available at: <https://www.sciencespo.fr/nous-soutenir/fr/nos-projets/soutenir-les-etudiants/convention-education-prioritaire/>.
- Shepherd, V. (2024). The Caribbean calls for restorative justice. *The UNESCO Courier*, 856(3), 8–10. https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000390581_eng
- Stenou, K. (2004). *Struggles against slavery: International Year to Commemorate the Struggle against Slavery and its Abolition*. Paris: UNESCO, 41–63. <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000133738>

Die Nationalitäts- frage und Krise in der Côte d'Ivoire nach der Unab- hängigkeit 1960

Ebrottié Vincent N'ZO

Otto-Friedrich-Universität Bamberg

ÜBER
DACHT

Die Nationalitätsfrage und Krise in der Côte d'Ivoire nach der Unabhängigkeit 1960

Ebrottié Vincent N'ZO, *Otto-Friedrich-Universität Bamberg*

Abstract: Die politische Integration von AusländerInnen in verschiedenen Bereichen (z. B. im Wahlrecht) prägte die Kolonialzeit in der Côte d'Ivoire wie kein anderes westafrikanisches Land und wurde nach der Unabhängigkeit noch stärker. Mit der Einführung des Mehrparteiensystems auf der ivoirischen politischen Bühne im Jahr 1990 wurde verändert über die Einbeziehung der AusländerInnen in den politischen Angelegenheiten debattiert. Dazu gehörte die Politisierung der ivoirité, ein nach der Unabhängigkeit entwickeltes Nationalitätskonzept, mit dem man versucht hat, den IvorerInnen eine bestimmte Identität zuzuschreiben. Geprägt wurde aber die postkoloniale Zeit in der Côte d'Ivoire von einer langjährigen politischen Instabilität. In diesem Artikel wird der Verlauf der gesellschaftspolitischen Einstellungen besonders bezüglich der Staatsbürgerpolitik in der Côte d'Ivoire untersucht. Der Untersuchungszeitraum reicht von der Kolonialzeit über die Unabhängigkeit bis zur Postkolonialzeit. Es zeigt sich, dass die Politik eine identitäre Krise und die daraus resultierenden Konflikte auslöste. Zudem wird die Relevanz der Staatsbürgerpolitik in der Côte d'Ivoire schon seit der Periode der Kolonisation für die Entstehung der Konflikte untersucht. Dabei wird versucht, die folgenden Fragen zu beantworten: Wie konnte es in der Côte d'Ivoire dazu kommen, dass in den 1990er Jahren ein Teil der Bevölkerung von der politischen und sozialen Teilhabe ausgeschlossen wurde? Welche Ursachen hatte diese als ivoirité bezeichnete Bewegung in der politischen, rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Côte d'Ivoire seit der Unabhängigkeit 1960?

Schlagworte: Staatsbürgerschaft • Côte d'Ivoire • Integration • politische Partizipation

1 Postkoloniale Nationenbildung in der Côte d'Ivoire

Trotz ihrer nicht wieder gut zu machenden Fehler haben die auf die Person des Staatsgründers ausgerichteten Regime der ersten postkolonialen Generation ein Nationalgefühl zumindest in einigen Segmenten der Gesellschaft (Eliten, Schulkinder, Beamte) erzeugt und so den Prozess des *nation-building* eingeleitet. (Tetzlaff in Kanté, 1994, S. 27)

Mit diesen Worten beschrieb Rainer Tetzlaff 1991 den Prozess der Entstehung der Nationen in Afrika. In der Zeit vor den kolonialen Grenzziehungen und vor der Entstehung der modernen

Staaten in Afrika im Zuge der Dekolonisierung um 1960 kannten die Ethnien Afrikas zahlreiche Formen des Kontakts und der Verbundenheit mit anderen Ethnien. Es gab aber kein Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit der gesamten Bevölkerung auf einem bestimmten Gebiet. Die Aufwertung der kolonialen Verwaltungsgrenzen zu Staatsgrenzen verband sich mit eindringlichen Appellen der neuen politischen Staatsoberhäupter, Nationen nach dem Vorbild der europäischen Staaten des 19. Jahrhunderts zu bilden und unter einer Fahne zusammenzustehen. Die verschiedenen ethnischen Bevölkerungsgruppen sollten sich nicht mehr primär als Angehörige ihrer Gruppe sehen; vielmehr sollten sie sich als Staatsvolk des neuen Nationalstaats betrachten. Sie sollten also die gemeinsamen Belange dieses Staates den Partikularinteressen ihrer Ethnie vorziehen. Außerdem mussten sie das Interesse des Staates vor der Verbundenheit mit Angehörigen der eigenen oder nahestehenden ethnischen Gruppen außerhalb der Staatsgrenzen einräumen. Diese nach außen exklusive, nach innen aber inklusive Denkweise war in den meisten afrikanischen Staaten die vorherrschende. Als jedoch die Generation der Staatsgründer die politische Bühne verließ, kamen vielerorts Diskurse auf, die darauf zielten, bestimmte ethnische Gruppen aus der Nation auszuschließen oder zumindest ihre Angehörigen als BürgerInnen zweiter Klasse zu betrachten. Sie wurden ausgeschlossen, weil sie nicht im eigentlichen Sinne zum Staatsvolk zu rechnen seien. Dieser Entwicklung soll im Folgenden am Beispiel der Elfenbeinküste, amtlich Côte d'Ivoire, nachgegangen werden.

1.1 Einwanderung in die Côte d'Ivoire, das Abstammungsprinzip und damit verbundene BürgerInnenrechte

Die französische Kolonialverwaltung wollte bereits in den 1930er Jahren aus der Côte d'Ivoire ein wichtiges Wirtschaftszentrum ihres westafrikanischen Kolonialreichs machen. Das Land bot viele Möglichkeiten des Anbaus tropischer Pflanzen an, es mangelte jedoch an den Arbeitskräften für das Projekt der ‚Inwertsetzung‘ (*mise en valeur*). Zu diesem Zweck initiierte die französische Kolonialverwaltung zuerst die Zwangsarbeit, bevor sie anschließend auf die Zuwanderung zurückgriff. Schon sehr früh entwickelte sich in der Kolonialzeit über die Grenzen der Kolonialreiche hinweg ein weitgespannter westafrikanischer Arbeitsmarkt für handwerkliche SpezialistInnen, die dorthin gingen, wo sie gut entlohnt wurden. Nach der Unabhängigkeit setzte die neue ivoirische Regierung diese Politik beständig fort, indem sie begehrenswerte Löhne und gute Arbeitsbedingungen anbot. Es kamen daher nach der Unabhängigkeit 1960 immer mehr AusländerInnen in das Land. Die Förderung der Zuwanderung führte dazu, dass die Côte d'Ivoire binnen zwei Jahrzehnten in den 1980er Jahren mit einer AusländerInnenquote von ungefähr 28 Prozent zum wichtigsten Einwanderungsland im frankophonen Westafrika wurde. Der Bericht über den Stand der Weltbevölkerung der Vereinten Nationen 2006 gab an, dass die Côte d'Ivoire das Land mit den meisten MigrantenInnen mit ausländischer Staatsangehörigkeit auf dem gesamten afrikanischen Kontinent war. Auf der Weltebene belegte das Land im Jahre 2005 den siebzehnten Platz. In manchen Départements oder Städten lag die Quote der EinwohnerInnen mit ausländischer Staatsangehörigkeit über 50 Prozent. In der Stadt Vavoua im Département Haut-Sassandra im Westen der Côte d'Ivoire zum Beispiel war die Zahl der AusländerInnen (vor allem aus Burkina Faso) höher als die Zahl der IvorerInnen; die AusländerInnenquote lag laut Volkszählung bei 51 Prozent (Yéo, 2009).

Die Zuwanderung aus den nördlich an die Côte d'Ivoire angrenzenden Gebieten reicht bis weit in die Kolonialzeit zurück. Zwischen 1933 und 1946, als der größte Teil der Kolonie Obervolta zur Kolonie Côte d'Ivoire gehörte, waren rund 420 000 ArbeiterInnen aus der ehemaligen Obervolta

rekrutiert worden; rund 230 000 kamen zwischen 1947 und 1959 hinzu, als die Obervolta wieder eine eigenständige Kolonie mit eigenem Gouverneur bildete. Diese wurden bei der Unabhängigkeit der Côte d'Ivoire und Obervoltas (seit 1984 Burkina Faso) durch die Entscheidung, die einzelnen Kolonien unabhängig werden zu lassen, von ihren Verwandten im Heimatland durch eine Staatsgrenze getrennt (Yéo, 2009).

Die Integration der EinwanderInnen in der Côte d'Ivoire wurde wesentlich durch ihren rechtlichen Status bestimmt. Bei der Staatsgründung gab sich die Côte d'Ivoire zunächst ein im Wesentlichen französischen Vorbildern folgendes, einwandererfreundliches Staatsbürgerschaftsrecht. Dies bestand aus einer Mischung aus dem *ius soli* (Bodenrecht), demzufolge die Staatsangehörigkeit durch Geburt auf dem Territorium des Staates erworben wird, und dem *ius sanguinis* (Recht des Blutes), demzufolge die Staatsangehörigkeit durch Abstammung erworben wird. Das Gesetz von 1961 legte fest, dass die ivoirische Staatsangehörigkeit durch die Geburt auf dem Territorium der Côte d'Ivoire erworben wird, falls nicht beide Eltern AusländerInnen sind. Den auf dem Territorium der Côte d'Ivoire geborenen Kindern von Eingewanderten wurde jedoch gestattet, die Staatsangehörigkeit nach mindestens fünfjährigem Aufenthalt in der Côte d'Ivoire durch eine einfache Willenserklärung (*déclaration*) zu erwerben (Yéo, 2009).

1972 allerdings änderte die Côte d'Ivoire ihr Staatsangehörigkeitsrecht, indem sie die Möglichkeit des Erwerbs der Staatsangehörigkeit durch bloße Willenserklärung strich und damit de facto vom *ius soli* zum reinen *ius sanguinis* überging (Kone, o. J.). Durch diese auf das Abstammungsprinzip verweisende Gesetzänderung vervielfachte sich die Zahl der AusländerInnen in der Côte d'Ivoire. Allerdings blieben die Kinder von nach der Unabhängigkeit eingewanderten Eltern AusländerInnen, auch wenn sie auf ivoirischem Territorium geboren worden waren. Die fortbestehende Regel, dass ein ivoirischer Elternteil genügte, um die Staatsbürgerschaft zu erwerben, hatte anfangs nur geringe Bedeutung, da die Anzahl von ‚Mischehen‘ in den 1970er und 1980er Jahren sehr niedrig war. Inzwischen aber sind die Zahlen deutlich gestiegen. 2005 wurden 20% der Neugeborenen in der Stadt Abidjan als von einem ivoirischen und einem nicht-ivoirischen Elternteil abstammend deklariert. Die Zahl der Kinder mit einer ivoirischen Staatsangehörigkeit, aber mit Migrationshintergrund hat also deutlich zugenommen. Vergleichsmäßig war die Côte d'Ivoire das westafrikanische Land mit der bei Weitem höchsten AusländerInnenquote (1998: 26 Prozent) (Yéo, 2009).

Viele der AusländerInnen wurden in der Landwirtschaft gebraucht. Die fruchtbare Erde in der Côte d'Ivoire erforderte eine hohe Anzahl von ArbeiterInnen. Da die Erwerbsmöglichkeiten deutlich besser waren als in ihrer Herkunftsregionen, entschieden sich viele der zugewanderten Bauern und Bäuerinnen (vor allem MalierInnen und BurkinerInnen), sich dauerhaft in der Côte d'Ivoire niederzulassen. Obwohl ihnen eine Niederlassung gewährt wurde, durften sie als AusländerInnen eine Agrarfläche nur unter Vorbehalt besitzen. An manchen Orten in der Côte d'Ivoire wie in der im Südosten des Landes gelegene Stadt Bonoua, wo der Anbau von Ananas besonders florierend war, durften die dort niedergelassenen BurkinerInnen und MalierInnen lediglich eine Agrarfläche pachten. Ein dauerhafter Erwerb von Agrarflächen oder Grundstücken als Eigentum dagegen blieb ihnen verwehrt. Überall in der Côte d'Ivoire wurden AusländerInnen durch das *régime foncier* benachteiligt. Dieses Gesetz über den Grund- und Landbesitz war so geregelt, dass AusländerInnen nicht einmal einen Rechtsstreit um den Besitz eines Grundstücks führen konnten (Yéo, 2009). Es ist offensichtlich, dass diese Politik zum Schutz der StaatsbürgerInnen diente. Sie deutete zwar keineswegs Fremdenhass an, aber dadurch, dass sie die Integration derjenigen erschwerte, die sich in der Côte d'Ivoire niederlassen wollten, wurde sie später in den Krisen stark instrumentalisiert.

Anders als in den meisten anderen Ländern durften AusländerInnen in der Côte d'Ivoire bis 1990 an Wahlen teilnehmen. Das Wahlrecht der aus anderen französischen Kolonien stammenden, aber in der Côte d'Ivoire ansässigen Personen reichte bis in die späte Kolonialzeit zurück und war unter den damaligen Bedingungen auch unproblematisch. Der erste Präsident der Côte d'Ivoire, Félix Houphouët-Boigny, hatte sich nachdrücklich der Idee der Gründung eines westafrikanischen Bundesstaates widersetzt. Dennoch gewährte er den AusländerInnen eine Teilhabe an den Wahlen. Dieses Wahlrecht für AusländerInnen in der Côte d'Ivoire verlieh dem Land den Ruf eines Vorbilds im westafrikanischen Großraum, was die politische Integration der AusländerInnen anging. Indes warfen viele Kritiker dem Präsidenten Houphouët-Boigny vor, dass er den AusländerInnen das Wahlrecht nur gewährt hätte, um ein höheres Ansehen zu erlangen. Gleichwohl überschritt Houphouët-Boigny mit einem solchen politischen Manöver weit die politischen Grenzen, die sich zahlreiche Regierungen in der Phase der Schaffung neuer Nationalstaaten um 1960 gesetzt hatten (Yéo, 2009).

Als der erste ivoirische Präsident im Jahr 1993 starb, hatten die AusländerInnen schon drei Jahre lang ihr Wahlrecht verloren. Die neuen politischen Eliten ließen sich von einer ganz anderen politischen Strategie leiten, die das Abstammungsprinzip in den Vordergrund rückte. Die dadurch ausbrechenden Konflikte weisen darauf hin, dass die Politik Houphouët-Boignys in vielerlei Hinsicht das friedliche Zusammenleben der Ethnien in der Côte d'Ivoire gefördert hatte (Yéo, 2009).

1.2 Die Einführung des Mehrparteiensystems in der Côte d'Ivoire und die Nationalitätsfrage

Im April 1990 musste Präsident Félix Houphouët-Boigny aufgrund des Drucks der politischen Gegner sowie eines Teils der ivoirischen Gesellschaft zulassen, dass andere politische Parteien in der Côte d'Ivoire gegründet und aktiv wurden. Zuvor gab es in der Côte d'Ivoire seit der Unabhängigkeit nur eine einzige Partei, die PDCI-RDA.¹ Es formten sich einige politische Parteien, die teils neu gegründet und teils aus den zuvor im Verborgenen geführten parteiähnlichen Aktivitäten hervorgingen. Die meisten der neuen Parteien deklarierten sich als linksorientierte (sozialistische) Parteien, weil sie sich von der vermeintlich rechtsorientierten (bürgerlich-liberalen) Ideologie der Partei PDCI unterscheiden wollten. Gleichzeitig wurde mit der Einführung des Mehrparteiensystems in der Côte d'Ivoire jedoch das Wahlrecht der in der Côte d'Ivoire ansässigen AusländerInnen abgeschafft. Die in den Jahrzehnten zuvor eingewanderten BurkinerInnen und deren Nachkommen hätten einen entscheidenden politischen Einfluss erlangen können, wäre ihnen das Wahlrecht nicht aberkannt worden. Sie machten allerdings laut der Volkszählung von 1988 etwa 20 Prozent der Wahlberechtigten (Yéo, 2009).

Die PDCI-RDA, die lange für die Aufrechterhaltung ihrer politischen Hegemonie in der Côte d'Ivoire auf die Unterstützung und Stimmen der AusländerInnen zählen konnte, setzte sich dafür ein, dass sie weiterhin am politischen Leben teilhaben sollten. Mithilfe eines Gesetzentwurfs versuchte im Jahre 1994 der ehemalige Innenminister und Kämpfer bei der PDCI, Émile Constant Bombet, allen BürgerInnen von Mitgliedstaaten der CEDEAO² das Wahlrecht zu gewähren. Dieser Gesetzentwurf basierte auf dem Staatsbürgerschafts- und Gemeinschaftsprotokoll der CEDEAO und der dringenden Bitte von Houphouët-Boigny im Jahre 1964, die doppelte Staatsbürgerschaft zuzu-

¹ Parti démocratique de Côte d'Ivoire – Rassemblement démocratique africain

² Communauté économique des États de l'Afrique de l'Ouest

lassen. Letzten Endes musste die Regierung aber das Wahlrecht der AusländerInnen aus ihrem Gesetzentwurf streichen, weil die Kontroversen darüber einen parteiübergreifenden Konsens verhinderten. Die Partei FPI³ widersetzte sich der Fortschreibung des Wahlrechts für AusländerInnen mit Nachdruck. In dieser Hinsicht erwiesen sich die meisten neuen Parteien als linksnationalistisch, da sie die Integration der AusländerInnen in die Politik des Landes rigoros ablehnten (Yéo, 2009).

2 Die ivoirité: Entstehung und Verbreitung des Konzepts in der Côte d'Ivoire

In den 1990er Jahren breiteten sich zwei Bezeichnungen im öffentlichen Diskurs der Côte d'Ivoire aus: das ethnonationalistische Konzept der *ivoirité* (d. h. das Konstrukt eines Rein-ivorischen Seins) sowie die Verwendung der Bezeichnung *dioula* als Ethnonym zur Kategorisierung eines großen Teils der aus dem Norden des Landes stammenden Bevölkerungsgruppen nach Sprache, ethnischer Zugehörigkeit und regionaler Herkunft (Engels, 2012).

Das Konzept *ivoirité* verbreitete sich in der Côte d'Ivoire in den 1990er Jahren, kurz nachdem Félix Houphouët-Boigny gestorben war. Danach kam Henry Konan Bédié an die Macht, der unter der Regierung von Houphouët-Boigny Präsident der Nationalversammlung war. Die *ivoirité* wurde während seiner Amtszeit zu einem Markenzeichen der ivorischen Identität. Es war erstmals von Léopold Sédar Senghor, ehemaliger Dichter und erster Präsident von Senegal, im Jahre 1987 geprägt und verwendet worden. Als er Abidjan besuchte, stellte er die *ivoirité* neben Begriffe wie *francité* (Französischsein), *sénégalité* (Senegalesischsein) und *arabité* (Arabischsein), um die Bedeutung nationaler Identitäten als Beitrag zur universellen kulturellen Vielfalt zu würdigen (*Sud quotidien*, 2025). Danach versuchte ein Theaterschauspieler namens Niangoran Porquet, ein ehemaliger ivorischer Dozent an der ENS⁴, Bühnenautor und selbst Schauspieler, den Begriff zu popularisieren, bevor der Begriff in den 1980er Jahren im akademischen Milieu diskutiert wurde. Das Wort tauchte im Jahre 1995 erneut auf, nun aber, um innenpolitischen Zwecken zu dienen (Kipré, 2005).

2.1 Rahmenbedingungen der Entstehung des Konzepts ivoirité

Die Definition der *ivoirité* entstand im Zuge der Bewegungen des Panafrikanismus. Die Idee, es gebe eine spezifische, den Nationalstaat Côte d'Ivoire tragende und für das ivorische Volk identitätsbildende Kultur, wurde von ihren BefürworterInnen entwickelt und aufgewertet. Das Ziel war, die Barrieren zwischen den Ethnien zu überwinden und den nationalen Zusammenhalt zu stärken. Die KritikerInnen des Begriffs haben jedoch von Anfang an die Gefahr gesehen, dass dieses nationalistische Konzept die Ethnien in der Côte d'Ivoire entzweien könnte. Boa Thiémélé Ramsès zufolge war diese Entwicklung das Resultat einer Verunstaltung des Begriffs *ivoirité* durch eine politische Instrumentalisierung. In der Tat bezog sich die Definition von *ivoirité* in den 1970er Jahren ursprünglich auf die allen IvorerInnen gemeinsamen Einstellungen und Verhaltensweisen (Yéo, 2009).

Niangoran Porquet betonte die Bedeutung der *ivoirité* als Aufruf an alle IvorerInnen, nicht nur ein gemeinsames kulturelles Bewusstsein zu vertreten, sondern auch einen gemeinsamen Lebensstil zu haben, der sonst nirgendwo auf der Welt präsent war. Er wollte damit erreichen, dass

³ Front populaire ivoirien

⁴ École normale supérieure

auch die Côte d'Ivoire, wie andere der neuen afrikanischen Staaten, eine eigene Identität, befreit von kolonialen Einflüssen, ausbildete. Die *ivoirité* sollte an das gleiche Niveau von bereits existierenden Ideologien wie der *négritude* von Léopold Sédar Senghor im Senegal, der Idee des *high life* in Ghana, der *authenticité* von Mobutu Sese Seko im Kongo oder der zurzeit der Revolution von Sékou Touré initiierten und vom Orchester Bembeya Jazz gesungenen besonderen Art von Musik in Guinea angepasst werden. Dass die *ivoirité* schließlich eine Entfremdung innerhalb der Bevölkerung in der Côte d'Ivoire verursacht hat, ist auf die während der Amtszeit des zweiten ivoirischen Präsidenten Henri Konan Bédié festzustellende, politische Instrumentalisierung des Begriffs zurückzuführen. Ihr Potential der Stärkung zentrifugaler Kräfte ist jedoch bereits in der Phase der Dekolonisierung und des Übergangs zur Unabhängigkeit angelegt worden. In der Tat haben die führenden PolitikerInnen der einzelnen Kolonien im französischsprachigen Westafrika der Konsolidierung ihrer eigenen Macht und der Popularisierung ihres Namens der Möglichkeit der Schaffung eines engeren Verbundes basierend auf den kolonialzeitlichen Strukturen der AOF⁵ vorgezogen. Die Annahme, dass die *ivoirité* politisiert wurde, scheint daher berechtigt, weil der Kontext ihrer Entstehung dies nahelegte (Yéo, 2009).

Dass die *ivoirité* schließlich eine Entfremdung innerhalb der Bevölkerung in der Côte d'Ivoire verursacht hat, ist auf die während der Amtszeit des zweiten ivoirischen Präsidenten Henri Konan Bédié [...] politische Instrumentalisierung des Begriffs zurückzuführen.

2.2 Die *ivoirité* als Faktor einer ethnischen Kategorisierung in der Côte d'Ivoire

Das Konzept der *ivoirité* implizierte eine Kategorisierung der ivoirischen Bevölkerung in echte und unechte, verstanden als autochthone und allogene, IvorerInnen. Abstufungen waren dabei möglich, denn aufgrund seiner Herkunft konnte gesagt werden, dass ein Individuum in der Côte d'Ivoire zu 25, 50 und 100 Prozent ivoirischer Staatangehörigkeit hatte. Dies erfolgte je nach der eigenen Herkunft, dem eigenen Geburtsort und dem der leiblichen Eltern sowie Großeltern. Eine spezielle Abteilung (*Cellule universitaire de recherche et de diffusion des idées et actions politiques du président*) wurde vom ehemaligen Präsidenten Henri Konan Bédié an der Universität von Abidjan mit der Aufgabe eingerichtet, das Konzept der *ivoirité* wissenschaftlich abzusichern (Engels, 2012). Dass danach dem Konzept *ivoirité* und dessen BefürworterInnen vorgeworfen wurde, allein die ethnische Gruppe Akan zu privilegieren, sei auf eine Entstellung in den Medien zurückzuführen, so die Forschungsgruppe. Durch diese Entstellung wurde der *ivoirité* eine xenophobe Dimension zugeschrieben (*Jeune Afrique*, 2004). Nichtsdestotrotz ist erkennbar, dass sich der Versuch durch die *ivoirité* den Erwerb der ivoirischen Nationalität stark einzuschränken, indem die leiblichen Eltern und Großeltern zu den autochthonen Ethnien (die auf dem ivoirischen Territorium ansässigen Ethnien nach der Unabhängigkeit) gehören mussten, in vielerlei Hinsicht einer Abschottungspolitik annähert. Eine Revision des Konzeptes hätte damals eventuell ermöglicht, dass es gerechter wirkt, und somit verhindert, dass es zu einer Spaltung in der ivoirischen Gesellschaft kommt.

⁵ Afrique-Occidentale française

2.3 Zur Problematik der Bezeichnung *dioula* in der Côte d'Ivoire

Die ethnische Kategorie *dioula* ist ein Sammelbegriff für alle, die von der *ivoirité* und ihrer verunstalteten Definition der echten IvorerInnen ausgeschlossen sind. Der Begriff *dioula* muss daher als eine Konstruktion des Anderen (*othering*) verstanden werden (Engels, 2012). Bereits seit dem 17. Jahrhundert bezeichnete der Begriff *dioula* eine Gruppe von HändlerInnen, die überwiegend in der Sahelzone ihre Güter und Waren kauften und verkauften. Es war also zunächst keine ethnische Bezeichnung, sondern die Bezeichnung einer professionellen Tätigkeit. Der Begriff wurde erst im 20. Jahrhundert von der französischen Kolonialverwaltung anders konnotiert und so zu einem Ethnonym. Das Wort *dioula* sollte also als Sammelbegriff alle ethnischen Gruppen bezeichnen, die in der Sahelzone bis in den Norden der Côte d'Ivoire hinein den Beruf des/der HändlerIn ausübten. In Verbindung mit dem Konzept der *ivoirité* wurde die nun als ethnischer Oberbegriff verstandene Bezeichnung *dioula* zur Definition des Fremden, dem auch die MigrantInnen aus Burkina Faso und Mali zugerechnet wurden. Zugleich wurde der Begriff *dioula* mit dem Begriff *nordistes* assimiliert.

Die ethnische Kategorie *dioula* ist ein Sammelbegriff für alle, die von der *ivoirité* und ihrer verunstalteten Definition der echten IvorerInnen ausgeschlossen sind. Der Begriff *dioula* muss daher als eine Konstruktion des Anderen (*othering*) verstanden werden.

Damit wurde auf die Herkunft aus dem Norden der Côte d'Ivoire oder auf die Zuwanderung aus den nördlichen Nachbarstaaten der Côte d'Ivoire Bezug genommen. In dieser Politik der Unterscheidung spielte der Familienname eine wichtige Rolle. Da die meisten Familiennamen der ethnischen Gruppen im Norden der Côte d'Ivoire ähnlich wie einige Familiennamen in den nördlichen Nachbarstaaten waren, wurde nun vielen, die aus dem Norden des Landes stammten, unterstellt, AusländerInnen zu sein. Unter diesen Namen können Patronyme wie Koné, Konaté, Traoré oder Ouattara zitiert werden, die auch in Ländern wie Mali, Burkina Faso oder auch in Guinea verbreitet sind (Engels, 2012).

3 Die Nachfolge von Houphouët-Boigny als Ausgangspunkt einer dauerhaften Krise in der Côte d'Ivoire

In der Côte d'Ivoire spielte die patrimoniale Konzeption des Staates eine entscheidende Rolle in den Krisen, die das Land bislang erlebte. Dieses Problem begann bereits in der Amtszeit Félix Houphouët-Boignys. Die Kämpfe um seine Nachfolge führten zu politischen Maßnahmen, die darauf zielten, politische GegnerInnen von der politischen Sphäre fernzuhalten. Sie führten dazu, dass das institutionelle Gefüge des ivoirischen Staates durchgreifend weitreichend und für lange Zeit an Legitimität und Glaubwürdigkeit verlor. Die Gesetzänderungen im Bereich des Wahl- und Grundbesitzrechtes waren vor allem von dem Ziel der Regierenden geleitet, ihre Macht zu sichern. Die daraus resultierte Spaltung blieb nicht auf die politischen Eliten beschränkt, sondern erfasste auch das Militär und weite Kreise der Bevölkerung. Viele Bevölkerungsgruppen wurden vor allem durch das neu etablierte Grundbesitzrecht benachteiligt, sowohl die als ArbeitsmigrantInnen ins Land gekommenen AusländerInnen und ihre Nachkommen als auch diejenigen IvorerInnen, die im Sinne

der *ivoirité* als ‚*unechte IvorerInnen*‘ bezeichnet wurden. Darüber hinaus wurde alles unternommen, um diese Gruppen von politischen Angelegenheiten fernzuhalten (Engels, 2012).

Da das politische System der Côte d'Ivoire während seiner beinahe 30-jährigen Amtszeit als Präsident ganz auf die Person von Félix Houphouët-Boigny konzentriert war, wurden keine institutionellen Regulationsmechanismen entwickelt, die einen reibungslosen Übergang der Macht an eine nachfolgende Person sichern konnten. Dementsprechend hatten die nach seinem Tod aufgetretenen politischen AkteurInnen als potenzielle NachfolgerInnen freien Raum, um zu versuchen, ihre Macht durch Eingriffe in die rechtliche Ordnung und Beseitigung politischer GegnerInnen zu sichern. Da in diesen Auseinandersetzungen die Frage ivoirischer Identität und Staatsbürgerschaft mit ethnischer Zugehörigkeit verbunden wurde, begann in der Côte d'Ivoire ein Machtkampf, der in vielerlei Hinsicht von ethnischen Hintergründen geprägt war (Engels, 2012).

Alassane Ouattara, der unter Houphouët-Boigny bis zu dessen Tod Premierminister gewesen war, entschied sich von seinem Amt zurückzutreten, weil er den Wunsch hatte, für die PräsidentInnenschaftswahl zu kandidieren. Er stiftete seine AnhängerInnen an, sich von der Partei PDCI loszusagen und gründete gemeinsam mit ihnen die Partei Rassemblement des Républicains (RDR). Henry Konan Bédié, der zu dieser Zeit Interimspräsident war, setzte eine Reform des passiven Wahlrechts durch. Als PräsidentIn sollten nur Personen wählbar sein, deren Eltern bereits IvorerInnen gewesen waren und die sich in den fünf Jahren vor der Präsidentschaftswahl in der Côte d'Ivoire aufgehalten hatten. Durch diese Wahlrechtsänderung durfte Alassane Ouattara nicht mehr kandidieren, denn dieser hatte wegen seiner Tätigkeit beim Internationalen Währungsfonds seit 1990 im Ausland gelebt. Des Weiteren ließ Bédié den früheren Chef der Streitkräfte Robert Guéi unter dem Vorwand verhaften, er habe einen Staatsstreich durchführen wollen. Nach seinem Sieg setzte Henry Konan Bédié als Präsident in der Regierung eine andere Politik durch. Diese neue Art zu regieren unterschied sich sehr von der Art des ersten Präsidenten Félix Houphouët-Boigny. Dieser hatte eine Art ethnisches Quotensystem eingerichtet, indem er jeder ethnischen Gruppe das Gefühl vermittelte, in die Angelegenheiten der ivoirischen Republik einbezogen zu sein. Das hat ihm geholfen, seine Macht für eine so lange Zeit nach der Unabhängigkeit zu sichern. Allen seinen Nachfolgern wurde dagegen vorgeworfen, eine Regierung unter klarer und offensichtlicher Bevorzugung der eigenen ethnischen Gruppe zu führen. Während der Amtszeit von Henry Konan Bédié habe dieser zahlreiche AnhängerInnen seiner politischen GegnerInnen vor allem aus der Armee entlassen, damit die Posten von Mitgliedern seiner ethnischen Gruppe aus dem Süden besetzt werden können. Die meisten Entlassenen kamen hauptsächlich aus dem Norden, wo vielen BewohnerInnen oft vorgeworfen wurde, BurkinerInnen oder MalierInnen zu sein, die sich in der Côte d'Ivoire niedergelassen haben (Engels, 2012). Der General Ibrahim Coulibaly, der die Rebellion von 2002 führte und den Weihnachtsputsch von 1999 gegen Bédié vorantrieb, rechtfertigte sich mit dem Vorwurf, dass diese Stammespolitik ihn und seine AnhängerInnen zu derartigen extremen Maßnahmen gegen die Regierung gezwungen habe: „Das System schloss einen Teil der Bevölkerung aus. Ich nehme das Beispiel meines Bereiches, der Armee. Um ein Praktikum zu machen, musste man Bédié nahestehen. Befördert wurden nur die aus seinem Clan“ (Coulibaly in Engels, 2012, S. 95).

Der gleiche Fehler wurde Laurent Gbagbo später vorgeworfen. Als er im Oktober 2000 zum Präsidenten der Côte d'Ivoire gewählt worden war, hätte er geplant, zwei Kontingente in der ivoirischen Armee zu demobilisieren. Diese gezielten Personen waren von seinem Vorgänger Robert Guéi rekrutiert worden und stammten überwiegend aus dem Norden der Côte d'Ivoire. Es kam deswegen zu Streiks. Zudem hatten viele Soldaten aus demselben Grund gedroht zu rebellieren (Engels, 2012).

4 Fazit

Dieser Beitrag untersuchte die Rolle der Integration der Bevölkerungsgruppen für die ivorische Gesellschaft. Die Zeit nach der Unabhängigkeit der Côte d'Ivoire erwies sich als besonders entscheidend für die Bevölkerung, die durch die Entlassung der Kolonie aus ihren, von den Franzosen gezogenen, Grenzen zum Staatsvolk eines multiethnischen Staates wurde. Die Politik Houphouët-Boignys, gleich nach der Unabhängigkeit die Integration aller Bevölkerungsgruppen (sowohl der schon lange ansässigen Bevölkerung als auch der zahlreichen zugewanderten ArbeitsmigrantInnen) voranzutreiben, war ein Versuch, eine Nation aufzubauen, in der die Herkunft kaum eine Rolle spielen sollte. Die KritikerInnen Houphouët-Boignys warfen ihm vor, eine derartige Politik nur deshalb gemacht zu haben, um Anerkennung und höheres Ansehen zu erlangen. Nichtsdestotrotz ist festzuhalten, dass während seiner Amtszeit ethnische Konflikte und Spannungen kaum eine erkennbare Rolle spielten. Erst die politische Instrumentalisierung des Begriffs der ivoirité und die Abschaffung des Wahlrechts der AusländerInnen und ihrer Nachkommen schufen eine dauerhaft angespannte Atmosphäre.

Heute ist der Ansatz Houphouët-Boignys einer gleichmäßigen Teilhabe aller Ethnien an der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes immer noch zukunftsweisend: Wenn alle BewohnerInnen des Landes, unabhängig von ihrer Herkunft, ihre Rechte gefördert sähen, würde das einen dauerhaften Frieden unterstützen. Bei ihrem Versuch, als Organisation alle Länder Westafrikas zu vereinen, könnte die CEDEAO ähnlich wie die Europäische Union das Prinzip der Freizügigkeit für alle BürgerInnen der Union noch stärken. Somit werden die Bevölkerungsteile mit einem Minderheitenstatus oder mit Migrationshintergrund besonderen Schutz genießen, ohne dass sich die schon länger im Land Ansässigen vernachlässigt oder bedroht fühlen. Ob ein solches Vorhaben zustande kommt und Erfolg hat, hängt aber entscheidend davon ab, dass die Mitgliedstaaten dazu eindeutige gemeinsame Ziele formulieren (Yéo, 2009).

Heute ist der Ansatz Houphouët-Boignys einer gleichmäßigen Teilhabe aller Ethnien an der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes immer noch zukunftsweisend: Wenn alle BewohnerInnen des Landes, unabhängig von ihrer Herkunft, ihre Rechte gefördert sähen, würde das einen dauerhaften Frieden unterstützen.

Literaturverzeichnis

- Engels, B. (2012). *Warum sie Rebellen sind: Motive nichtstaatlicher Gewaltakteure in der Côte d'Ivoire*. Brandes und Apsel Verlag.
- Jeune Afrique (2004, April 13). Comment est née l'« ivoirité ». *Jeune Afrique*. <https://www.jeuneafrique.com/113673/archives-thematique/comment-est-n-e-l-ivoirit/> (zuletzt aufgerufen am 06.11.2025)
- Kanté, K. (1994). *Die Problematik der politischen Macht und Herrschaft in der postkolonialen Côte d'Ivoire: Staat und Gesellschaft (1960-1992)*. LIT Verlag.
- Kipré, P. (2005). *Côte d'Ivoire: La formation d'un peuple*. Sides-Ima.
- Kone, F. R. (o. J.). *Nationalité en Côte d'Ivoire: Entre droit et culture*. von https://base.afrique-gouvernance.net/docs/nationalite_droit_et_culture.pdf (zuletzt aufgerufen am 13.05.2025)
- Sud quotidien. (2025, 20. Februar). *Nous sommes tous ivoiriens Par Vieux Savané*. Sud quotidien. <https://www.sudquotidien.sn/nous-sommes-tous-ivoiriens-par-vieux-savane/> (zuletzt aufgerufen am 06.11.2025)
- Yéo, S. O. (2009). *Les États-nations face à l'intégration régionale en Afrique de l'Ouest*. Éd. Karthala.

Call It By Its Name

Frameworks to Understanding
(South-)Eastern European Realities as
Anti-Slavic Racism

Marina Romić

University of Münster

ÜBER
DACHT

Call It By Its Name

Frameworks to Understanding (South-)Eastern European Realities as Anti-Slavic Racism

Marina Romić, *University of Münster*

Abstract: This article critically examines the lack of discourse on anti-Slavic racism in Western Europe, particularly Germany. I trace historical and contemporary forms of anti-Slavic racism, arguing that despite their formal classification as “White” in the United States, many Slavs face systemic exclusion, racism, and dehumanization in Western Europe. Moreover, I point towards theoretical frameworks that could aid in conceptualizing anti-Slavic racism like Mills’ Racial Contract, Todorova’s Balkanism as well as Said’s Orientalism.

Keywords: anti-Slavic racism • Racial Contract • Balkanism • Orientalism

1 Introduction

Due to historical but also contemporary societal structures in German-speaking countries, (South-)Eastern Europeans, particularly Slavs, experience discrimination (Panagiotidis & Petersen, 2023). To this day prejudices, structural disadvantages, and racism remain a real issue (Promitzer, 2003). This essay primarily deals with Western Europe’s failure to address anti-Slavic racism. This failure is aided by an exclusion from social and academic discourse on race, partly due to the Americanization of the public discourse.

I will firstly elaborate the historical context of anti-Slavic racism, from the Enlightenment, the Nazi period, and the guest worker movement to contemporary realities. Here, I will analyze the discourse about anti-Slavic racism in Germany specifically and its failures. Moreover, I will draw on critical theories such as the notion of epistemic racism, Mills’ *Racial Contract* and Todorova’s concept of Balkanism as an outlook for understanding the discourse better in the future.

While I will mostly focus on anti-Slavic racism, it is important to consider that not all (South-)Eastern Europeans are Slavic. I argue that this does not mean they do not experience racism, too. Romanians, Albanians and Moldovans are not Slavic but receive comparable treatment. Furthermore, other forms of discrimination ought to be considered in future research on this subject, such as anti-Muslim racism since there are significant Muslim populations in (South-)Eastern Europe (Panagiotidis & Petersen, 2023). It has to be noted that most literature on anti-Slavic racism is not about South Slavs. Nonetheless, I try to contextualize the (South-)Eastern European experience in the framework of anti-Slavic racism.

2 Historical Constructions of (South-)Eastern Europeans as a Racialized Group

During the Enlightenment, Eastern Europe was considered to be a backward realm between the Occident and the Orient. Anti-Slavic stereotypes already emerged during the Habsburg Empire, where the German-speaking elite often objectified Slavs in discourse and saw them as backward and uncivilized without actually engaging in direct dialogue with Slavs. Different Slavic groups were often depicted as dirty, poor, and inferior, a perspective which persisted into the era of Nazi Germany (Promitzer, 2003). German scholars used racial science to support their baseless claims of German cultural and biological superiority. After World War I, the so-called *Südostforschung* (South-East research) further bolstered this bias, creating racialized maps and research to justify German territorial claims and cultural dominance (Promitzer, 2003). Moreover, the German view of the East was shaped by expansionist fantasies and colonial thinking. The debates in the Frankfurt Paulskirche in 1848/49 reflected ideas of a so-called German East to be civilized and dominated by the Germans. In the German Empire, this perspective intensified through racist laws, preventing the naturalization of unwanted migrants from the East, but also promoting linguistic Germanization (Promitzer, 2003). Furthermore, in Prussia, German settlements were established in the name of German dominance. The so-called Russian-Poles were expelled from the Eastern Provinces of Russia, even though they had lived there for generations. A distinction between German and foreign was established that also affected German citizens such as the Ruhrpolen, who had moved from the agriculturally dominated East to the West to work in mines (Alexopoulou, 2020).

The German Nazi regime was also an accelerator for anti-Slavic racism. The East was constructed as a peripheral space to be controlled by Germany. Hence, Nazi Germany had elaborate expansionist, arguably colonialist plans, for Eastern Europe, also known as Generalplan Ost. Furthermore, the Nazis had their own pseudo-scientific racial ideology (Panagiotidis & Petersen, 2023). The racial hierarchy defined Slavs, alongside Jews and Romani people, as the most inferior group in the region (Connelly, 1999). The Nazis were convinced that Slavs were generally uncultured and barbaric (*ibid.*).

At the beginning of the 1960s, immigration to Western European countries highly increased. The national economy was growing in countries such as Germany and Austria, which raised the demand for labor, while the demographic development was leading to diminishing internal labor supply. Hence, the public and politicians were willing to take in immigrants as an additional, and necessary, labor force. Immigrants took over poorly paid jobs which further boosted the economy. These people would be referred to as “Gastarbeiter,” guest workers, which signals their stay was planned to be temporarily limited (Fassmann & Reeger, 2008). Initially, most immigrants were young men who were not able to find employment in their home countries, with the majority of them being from the former Yugoslavia and Türkiye. They often lived on the outskirts, on construction sites, and in barracks, making them invisible to the public at first. However, there were mixed reactions when whole families migrated, and they started living in inner-city areas. Frequently, the foreigners were seen as “a threat to social peace” (Fassmann & Reeger, 2008, p. 22). Thus, their standing in society was that of a cheap labor force taking over unpopular professions for the good of the host country’s economy and people.

Consequently, various historical periods and diverse political actors have contributed to the development and rise of anti-Slavic racism, which is important to consider in the context of today’s political situation.

3 Contemporary Debates on Racism in Germany

The Black Lives Matter movement following the death of George Floyd not only sparked protests in the United States but also in Europe. Scholars argue that in Germany, these protests were adapted to German debates and movements (della Porta et al., 2023). Many protest performances though, for instance slogans, were imported from the United States. Consequently, the Black Lives Matter movement acted as an agenda setter driving the public discussion about racism but through a US lens (della Porta et al., 2023). Previously, the debate around racism in Germany had largely been centered around the Nazi legacy and the far-right. Here, the focus lied on the lasting legacy of antisemitism as Jews had been the primary group systematically persecuted and murdered by the Nazi regime. Simultaneously, other ethnic and disenfranchised groups had also been their targets (Holocaust Encyclopedia 2024). The Black Lives Matter Movement, consequently, brought renewed focus to other areas of racism in Germany: anti-Black racism and the German national colonial past and legacies were reflected upon more (della Porta et al., 2023). While the Black Lives Matter movement has led to more awareness regarding racism in some contexts, the debate on anti-Slavic racism continues to receive little attention (ibid.). I argue that one reason for this systemic and discursive oversight lies in the focus on anti-Black racism and the construction of Whiteness in the US. It is notable that most (South-)Eastern Europeans are considered White in the United States. Consequently, there was a missing historical framework in the US discourse applied to Germany. Hence, while Black Lives Matter has pushed towards more awareness regarding racism, coming from the United States, the movement does not inherently address anti-Slavic

Hence, while Black Lives Matter has pushed towards more awareness regarding racism, coming from the United States, the movement does not inherently address anti-Slavic racism.

racism. That the reason for the oversight is not a lesser relevance based on low numbers of people with Slavic roots in Germany is evident in a statistic citing up to forty percent of people with a migrational background in Germany have Eastern European ancestry (Panagiotidis & Petersen, 2023).

This lack of discourse on anti-Slavic racism is anchored in not just a social but also academic blind spot. In academia, Nowicka highlights that there is practically no research on racism directed at Eastern Europeans in Germany despite their widespread dehumanization (Nowicka, 2024). The hostility towards Eastern Europeans has repeatedly been described as xenophobia, however not racism. Racism describes

the belief in the superiority of one race or ethnic group over others. Xenophobia on the other hand refers to the fear of or prejudice against someone who is perceived as foreign in a national, cultural, religious, or ethnic sense (Migration Research Hub, n.d.). The term *anti-Slavic racism* puts an emphasis on the fact that it is indeed racism, despite many Slavic people's perceived Whiteness. Due to the lack of discourse on anti-Slavic racism, Slavs have limited possibilities of understanding their experiences in terms of racism (Nowicka, 2024). One reason for this is the epistemology of racism often framing race as binary and visual (Nowicka, 2024).

After the start of Russia's war in Ukraine, Ukrainian refugees in Germany, compared to other refugee groups, have been received with less hesitancy: they can apply for temporary protection and are not obliged to undergo a regular asylum procedure. However, it is questionable if Ukrainians are actually treated as equal Europeans, given not only the historical context of anti-Slavic racism, but also the hostility they have been facing (Panagiotidis & Petersen, 2023). Generally, East-

ern European women are fetishized and portrayed as “cheap” in the West. They are sexualized in popular culture and often subjected to sexual harassment. Moreover, Ukrainian women have been increasingly forced into prostitution by human traffickers. Most prostitutes working in Germany are from Bulgaria and Romania, experiencing similar treatment as Ukrainian women (Roman, 2009). This emphasizes the intersection of racism and sexism that Eastern European women experience (Panagiotidis & Petersen, 2023). Furthermore, several attacks have been carried out against Ukrainian refugee shelters, evidencing that they are exposed to racist violence. In political debates, CDU leader Friedrich Merz described the Ukrainian refugees’ arrival to Germany as “Sozialtourismus” (“welfare tourism”) (Panagiotidis & Petersen, 2023). These circumstances raise the question of how the initial willingness to provide help at the outbreak of the war among the German population will evolve.

The term *anti-Slavic racism* puts an emphasis on the fact that it is indeed racism, despite many Slavic people’s perceived Whiteness.

4 Theoretical Perspectives

In this context, I question whether (South-)Eastern Europeans are able to conceptualize their experiences considering the lack of knowledge that exists around their experiences. Many theories

In this context, I question whether (South-)Eastern Europeans are able to conceptualize their experiences considering the lack of knowledge that exists around their experiences.

and frameworks on racism do not consider (South-)Eastern European realities, and racism is still deeply rooted in the work and perception of White Western scholars (Christiansen & Møller, 2025). Therefore, the lack of direct inclusion of (South-)Eastern Europeans in academic research and the general debate is a result of epistemic racism. Moreover, it contributes to a lack of understanding for the phenomenon and the experiences of Slavic people(s) themselves. Therefore, I point to three theoretical perspectives that could allow for the contextualization of anti-Slavic racism as a possible foundation for further research.

4.1 The Racial Contract

Charles W. Mills (1997) criticizes Western social contract theory for assuming equality but in reality, this equality only including White peoples. He argues that there is a racial contract which describes the implicit respectively explicit agreement to White superiority in the majority society. Thus, it justifies colonialism, slavery, and racial hierarchies and shapes political systems and society to benefit White people. Moreover, Mills claims that White ignorance is not accidental but actively reproduced and maintained, which allows ignorance towards systemic racism (Mills, 1997). This is also evident in Germany, not only through the collective ignorance of the colonial past, but also because of contemporary racism, including anti-Slavic racism (Panagiotidis & Petersen, 2023). While Mills predominantly refers to the Black experience, he also mentions other racialized groups, such as people from the Balkans (Mills, 1997), acknowledging the reality of racism against (South-)Eastern Europeans. Hence, his work highlights the reality of anti-Slavic racism.

4.2 Blackness as a Framework for Understanding Marginalization

Marquis Bey suggests the Black experience can help understand other racialized experiences because it is constitutive of the limits of the social order; it refuses categorical stability. Categorical stability would mean that identity categories such as racial identification are fixed. Thus, it can be used to understand other forms of marginalization (Bey, 2021). Nevertheless, societies like Germany, inheriting the legacy of the Nazi ideology and its crimes, must be aware of their own historic and contemporary discriminatory structures, differing from American ones. White Germans can become aware of anti-Black racism, but, as has been shown, and this can also help steer the discourse away from one's own historic practices.

4.3 Balkanism

Todorova's use of the term *Balkanism* is especially notable. She uses it to show how the Balkan region has been stereotyped by the West as backward, violent, and tribal, inspired by Said's *Orientalism*. The Balkans are constructed as Europe's Other (Todorova, 1997). The term Balkanization in the social sciences often refers to fragmentation. Drawing on Todorova's critique, equating the Balkan region to fragmentation and war aligns with the Western racist stereotypes towards the Balkans (Todorova, 1997). Said argues that representations shape reality and that the West constructed an informed and simplified image of the East that silences Eastern voices (Said, 1977). Thus, Todorova argues that these patterns of Western hegemony affect not only the Middle East but the European East in very similar degrading ways (Todorova, 1997). Since many people in the Balkans are Slavic, Balkanism and anti-Slavic racism are interconnected. Furthermore, Todorova creates a unique framework for understanding the racism towards (South-)Eastern Europeans specifically.

5 Conclusion

The racist mistreatment of (South-)Eastern Europeans has a long history and continues to this day in Germany. There is a general lack of awareness for racist structures that is being challenged by movements such as Black Lives Matter, or critical scholars, often coming from the United States. Due to the lack of discourse on anti-Slavic racism and because of American-centered research, it is questionable if Slavs are epistemologically equipped to understand their own experiences in terms of racism (Nowicka, 2024). Nevertheless, some authors, such as Mills, do consider the Slavic experience (Mills, 1997). It is notable that many authors researching anti-Slavic racism focus more on Eastern Slavs instead of South Slavs and other Balkan people. A concept that challenges this is Todorova's Balkanism, which highlights how Western hegemony renders the image of the European East inferior and reduces specifically Balkan peoples to certain stereotypical characteristics, which are often racist (Todorova, 1997).

In conclusion, the construction of the European East is Western-centered and hence the people's personal experiences remain invisible. (South-)Eastern Europeans are marginalized in the Western-centered and American-centered discourse. Thus, what is needed, are further theoretical frameworks and research on (South-)Eastern European realities.

References

- Alexopoulou, M. (2020). *Deutschland und die Migration. Geschichte einer Einwanderungsgesellschaft wider Willen*, Stuttgart: Reclam.
- Bey, M. (2021). Trouble genders: 'LGBT' collapse and trans fundamentality. *Hypatia*, 36(1), 191–206. <https://doi.org/10.1017/hyp.2021.10>.
- Christiansen, A. V., & Møller, V. (2025). Epistemic racism—An epistemic catastrophe. *Performance Enhancement & Health*, 13(1), <https://doi.org/10.1016/j.peh.2024.100310>.
- Connelly, J. (1999). Nazis and Slavs: From racial theory to racist practice. *Central European History*, 32(1), 1–33. <https://doi.org/10.1017/S0008938900020666>.
- della Porta, D., Lavizzari, A., Reiter, H., Sommer, M., Steinhilper, E., & Ajayi, F. (2023). Patterns of adaptation and recontextualisation: The transnational diffusion of Black Lives Matter to Italy and Germany. *European Journal of Cultural and Political Sociology*, 10(4), 653–677. <https://doi.org/10.1080/23254823.2023.2201881>.
- Fassmann, H., & Reeger, U. (2008). Austria: From guest worker migration to a country of immigration. *IDEA Working Papers*, 1, 1–39.
- Migration Research Hub. (n.d.). *Racism, xenophobia and discrimination*. Migration Research Hub. Retrieved July 17, 2025, from <https://migrationresearch.com/taxonomies/topics-migration-consequences-for-migrants-sending-and-receiving-countries-socio-cultural-consequences-racism-xenophobia-and-discrimination>.
- Mills, C. W. (1997). *The racial contract*. Cornell University Press.
- Nowicka, M. (2024). Is it Antislavic racism, or how to speak about liminality, stigma, and racism in Europe. *Sociology Compass*, 18(2), e13190. <https://doi.org/10.1111/soc4.13190>.
- Panagiotidis, J., & Petersen, H.-C. (2023). *Expertise: Antiosteuropäischer und antislawischer Rassismus*. Mediendienst Integration. <https://mediendienst-integration.de/artikel/antiosteuropaeischer-und-antislawischer-rassismus.html>.
- Promitzer, C. (2003). The South Slavs in the Austrian imagination. In N. Wingfield (Ed.), *Creating the other: Ethnic conflict and nationalism in Habsburg Central Europe* (pp. 183–215). Berghahn Books.
- Romani, P. (2009). Die Frauenhandelsströme und -routen aus Osteuropa. In B. Sauer & J. Nautz (Hrsg.), *Frauenhandel: Diskurse und Praktiken* (pp. 49–63). V&R unipress.
- Todorova, M. (1997). *Imagining the Balkans*. Oxford University Press.
- Said, E. W. (1977). *Orientalism*. *The Georgia Review*, 31(1), 162–206.

Identität als Spiegel der Gesellschaft

Der Prozess der sozialen Konstruktion
von Identität nach Mead

Maya Brandes

Universität Potsdam

ÜBER
DACHT

Identität als Spiegel der Gesellschaft

Der Prozess der sozialen Konstruktion von Identität nach Mead

Maya Brandes, *Universität Potsdam*

Abstract: In diesem Artikel wird der Prozess der sozialen Konstruktion von Identität anhand der Theorie von George Herbert Mead aus seinem Werk *Geist, Identität und Gesellschaft* (1995) untersucht. Ausgangspunkt ist dabei Meads Annahme, dass Identität kein individuelles Naturphänomen, sondern das Ergebnis sozialer Interaktion ist. Kommunikation bildet nach Mead den grundlegenden sozialen Prozess, durch den sich das Selbst (*Self*) entwickelt. In diesem Prozess werden intersubjektive Bedeutungen über Gesten, signifikante Symbole und insbesondere Sprache vermittelt und Rollen übernommen. Diese Entwicklung vollzieht sich in zwei sozialen Phasen: *play* (Nachahmung von Rollen) und *game* (Organisation gesellschaftlicher Rollen) strukturieren die Sozialisation des Individuums und führen zur Ausbildung einer stabilen, aber veränderbaren Identität. Dabei treten zwei zentrale Komponenten in den Dialog: das *Me* (verinnerlichte gesellschaftliche Erwartungen) und das *I* (spontane individuelle Reaktion). Das Spannungsfeld zwischen sozialer Anpassung und individueller Ausdruckskraft wird als dynamischer Prozess verstanden, in dem Identität kontinuierlich ausgehandelt wird. Dieser Artikel diskutiert, ob Individualität unter diesen Bedingungen überhaupt möglich ist, und kommt zu dem Ergebnis, dass gesellschaftliche Rahmenbedingungen zwar notwendig, aber nicht allein bestimmend für Identität sind. Das *I* bewahrt die Einzigartigkeit des Individuums im sozialen Gefüge. Identität ist somit stets sowohl Spiegel der Gesellschaft als auch Ausdruck persönlicher Selbstbehauptung, ein lebenslanger Dialog zwischen sozialer Struktur und individueller Erfahrung.

Schlagworte: Identität ▪ Self ▪ Gesellschaft ▪ play und game ▪ Individuum ▪ I und Me

1 Einführung

Identität als die Frage „Wer bin ich?“ beinhaltet das Selbstbild, die Rollen und Werte einer Person (Abels, 2010) und ist ein zentrales Thema der Soziologie, das sich in allen Menschen widerspiegelt. Identitätskrisen erleben nicht nur Jugendliche, sondern Identität ist maßgeblich für alle Menschen jeglichen Alters und Geschlechts, sodass sich Höhen und Tiefen kontinuierlich durch das Leben ziehen. Ihre Erscheinungsformen sind viel-

Der Wunsch nach Anerkennung bildet eine wesentliche Grundlage für die Entwicklung des Self. Steckt ein Abbild der Gesellschaft in allen von uns, oder ist diese lediglich ein Gefüge aus Individuen?

fältig, welche die Diversität der Gesellschaft darstellen – hierbei kann es sich um Religion, Musikgeschmack, politische Einstellung oder auch vieles mehr handeln. Menschen streben nach Individualität, doch zugleich suchen sie Bestätigung im sozialen Gegenüber, das einen selbst in der Einzigartigkeit durch Andersartigkeit bestätigt. Der Wunsch nach Anerkennung bildet eine wesentliche Grundlage für die Entwicklung des *Self*.¹ Steckt ein Abbild der Gesellschaft in allen von uns, oder ist diese lediglich ein Gefüge aus Individuen? Gerade im 21. Jahrhundert befindet sich die Identität in einem Spannungsfeld kultureller, politischer und gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse. Die Möglichkeiten, die nicht nur Globalisierung, sondern auch andere Kommunikationswege mit sich bringen, eröffnen neue Sphären der Identitätsbildung. Es beginnt im Großen, beim Zuordnen der eigenen Nation – ob dieses Konzept überhaupt noch anwendbar ist – und endet im Kleinen, zum Beispiel, welches Statement mit einer bestimmten Farbe Nagellack gegeben wird. Wer dabei den „Geist der Zeit“ mitgestaltet und damit unser Selbst- und Weltverständnis formt, ist die zentrale Frage. Mit dem Thema *Zeitgeist(er)* nimmt die Ausgabe der *ÜBERDACHT* deshalb in den Blick, welche Akteur*innen und Ideen uns bis heute begleiten.

Hinsichtlich dessen argumentierte bereits George Herbert Mead in seinem Werk *Geist, Identität und Gesellschaft* (1995), dass Identität nur in gesellschaftlichen Zusammenhängen entstehen kann. Sie ist nicht einfach vorhanden, sondern wird bei Mead erst in sozialen Prozessen gebildet. Die Anerkennung des Individuums als Subjekt und damit die Existenz vollzieht sich durch die Gesellschaft (Mead, 1995).² Im Mittelpunkt seiner Theorie steht die These, dass Identität durch Interaktion mit anderen entsteht und somit ein gesellschaftliches Konstrukt ist. Dadurch wird der Prozess der Identitätsbildung durch eine Vielzahl von Faktoren beeinflusst.

Ein zentraler Faktor ist hierbei die Kommunikation, die über den bloßen sprachlichen Austausch hinausgeht und dadurch einen sozialen Prozess verkörpert. Mead unterscheidet bei der Kommunikation innerhalb der Sprache zwischen Gesten und signifikanten Symbolen, welche in sozialen Interaktionen (z. B. Mimik und Gestik bei Gesprächen) eine signifikante Vermittlung einnehmen. Eng mit dem Kommunikationsprozess verknüpft ist die Fähigkeit zur Übernahme von Rollen, die sich in zwei sozialen Phasen manifestiert: *play* und *game*. Erstere (*play*) bezeichnet die Nachahmung von Rollen, wohingegen zweite (*game*) die Organisation von gesellschaftlichen Rollen durch das Individuum beschreibt. Der kommunikative Austausch über die Rollen ist signifikant für die Entwicklung des *Self* (ebd.). Diese Phasen der Individuen sowie die Bedeutung der Rollenübernahme werden im weiteren Verlauf näher erläutert.

Identitätsbildung beginnt im Moment der Kommunikation mit anderen in unserer Umgebung, ob beim Versteckspiel mit den Geschwistern oder beim gemeinsamen Kochen mit den Großeltern. Die soziale Konstruktion der Identität beruht maßgeblich auf der eigenen Persönlichkeit, die bei Mead ein Zusammenspiel aus *I* und *Me* ist. Durch den ständigen intrinsischen Dialog dieser beiden speziellen Komponenten entsteht der innere Kern eines Menschen, der sich im Laufe des Lebens kontinuierlich weiterentwickelt. Die äußeren Einflüsse, die auf diesen innerlichen lebenslangen Dialog einwirken, führen zur Bildung des *Self* – besser bekannt als Identität (Wenzel, 2010).

Führende Soziolog*innen haben sich ebenfalls früh mit dem vermeintlichen Zusammenhang von Identität und Gesellschaft auseinandergesetzt. In seinem Werk *Die feinen Unterschiede* (1982) schlussfolgert Pierre Bourdieu, dass sich Identität im sozialen Raum strukturiert, in dem sich die

¹ Das *Self* ist laut Mead die Identität, die das Ergebnis von dem Zusammenspiel zwischen dem *I* und *Me* ist. Nähere Erläuterungen zu den beiden Komponenten erfolgen später.

² Die Frage nach der gesellschaftlichen Delegitimierung – dem Absprechen der Existenz – oder der Ausgrenzung bleibt in seinem Ansatz jedoch weitgehend unbehandelt.

Menschen bewegen. Kernelemente seiner Theorie sind der Habitus und das Feld. Ersterer stellt die verinnerlichten Denk-, Wahrnehmungs- und Handlungsmuster dar, während letzteres sich auf das soziale Umfeld des Menschen bezieht. Durch die Positionierung beider Komponenten entsteht Identität, die stets unbewusst und sozial reproduziert wird (Bourdieu, 1982). Judith Butler hingegen bezieht sich in ihrem Werk *Das Unbehagen der Geschlechter* (1991) stärker auf die Geschlechtsidentität eines Individuums. Ihrer These zufolge ist Identität etwas, das durch wiederholte Handlungen erst erzeugt wird. Performativität, gemeint als tatsächliche Ausführung des Geschlechts, spielt eine entscheidende Rolle in Butlers Ausführungen. Durch wiederholte Handlungen, Gesten, Sprache und Rituale wird insbesondere Geschlechtsidentität hervorgebracht. Demnach ist Identität nicht angeboren, sondern wird durch die permanente Wiederholung performativer Akte innerhalb eines sozialen Konstruktes gebildet – es existiert kein wahres Ich hinter der Maske, die Maske ist das Ich (Butler, 1991).

Inwiefern Identität mehr ist als ein Spiegelbild der Gesellschaft – möglicherweise sogar individuell – wird im Rahmen der vorliegenden Arbeit untersucht. Der Prozess der sozialen Konstruktion von Identität bei Mead nimmt dabei eine Schlüsselrolle ein. In seinem Werk *Geist, Identität und Gesellschaft* (1995) schreibt der Soziologe:

Der Prozeß, aus dem heraus sich die Identität entwickelt, ist ein gesellschaftlicher Prozeß, der die gegenseitige Beeinflussung der Mitglieder der Gruppe, also das vorherige Bestehen der Gruppe selbst, voraussetzt. [sic!] (Mead, 1995, S. 207)

Vor dem Hintergrund dieser Kernthese und der vorangestellten Frage werden die nachfolgenden Ausführungen einen Überblick über Meads Auffassung von Identität geben sowie eine mögliche Antwort darauf, ob sie in direkter Abhängigkeit zur Gesellschaft steht.

2 Kommunikation als Grundlage sozialer Identitätsbildung

Im folgenden Abschnitt wird aufgezeigt, dass die Bildung von Identität wesentlich auf dem Kommunikationsprozess basiert, der sich vor allem in der Sprache manifestiert. Kommunikation beinhaltet bei weitem nicht nur Wörter, sondern schließt ebenso Mimik und Gestik mit ein. Sprache wird dabei als kollektiver Speicher gemeinsamer Erfahrungen angesehen, der in engem Zusammenhang mit dem individuellen Denken und Handeln steht. Das Konzept der Rollenübernahme hängt damit zusammen und diese wird nach Mead zwischen *play* und *game* unterschieden. Anschließend wird die Kommunikation hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Identität aufgeschlüsselt.

Mead zufolge wird die Welt über Symbole (von Gegenständen bis Zeichen – Symbole können verschiedene Formen annehmen) erschlossen, die wiederum maßgeblich die Persönlichkeit und die Identität des*der Einzelnen prägen. Die Sozialisation innerhalb einer geschlossenen Gesellschaft ermöglicht das Ansammeln verschiedener Symbole. Im gesellschaftlichen Raum werden sie also nicht nur bestätigt, sondern können sich dementsprechend auch verändern (Abels, 2010). Somit wird das individuelle Weltbild schon früh durch die Gesellschaft beeinflusst. Fraglich ist doch, inwiefern Gesellschaften fluid sein können und sich konträre Symbole ausschließen beziehungsweise für Verwirrung sorgen. Eine Geste, die einerseits zur Begrüßung gebraucht wird, kann andererseits genauso viel Unverständnis hervorrufen.

Vorformen von Symbolen sind die sogenannten Gesten, die eine Reaktion beim Gegenüber erzeugen sollen – frei nach dem Reiz-Reaktions-Schema. Da Symbole bereits Teil des Kommunika-

tionsprozesses sind, gehören Gesten ebenfalls als Teil des Prozesses dazu. Beide Komponenten bedingen sich innerhalb dieses Prozesses gegenseitig und wirken dadurch sinnstiftend (Mead, 1995). Die Existenz der Symbole ist grundlegend für die Existenz der Gesten und andersherum. Die Übermittlung von Gesten im Rahmen der Kommunikation gibt jedoch noch keine Auskunft über die Persönlichkeit einer Person. Entscheidend dafür ist, dass Gesten und Reaktionen erst ihren Sinn erhalten haben, wodurch das Symbol entsteht und Kommunikation ermöglicht wird. Menschen sind nun in der Lage, zu interpretieren – was den Unterschied zum Tier kennzeichnet (Abels, 2010). Nur solange hinter den Kommunikationsmitteln die gleichen Intentionen und Definitionen stehen, wird der Prozess in Gang gesetzt und eröffnet den Interpretationsspielraum. Allerdings ist hier anzumerken, dass interkulturelle Kommunikation funktionabel ist und die Sinnstiftung hintergründig erscheinen lässt.

Neben den bereits genannten Elementen der Kommunikation sind vor allem die signifikanten Symbole ausschlaggebend. Nur wenn dem*der Sender*in und dem*der Empfänger*in das gleiche Verständnis zugrunde liegt, wird dieselbe Reaktion ausgelöst. Sie werden dann signifikant, wenn sie gleich interpretiert werden. Dadurch eröffnet sich ein Schlupfloch für die zuvor genannte Problematik, indem nicht Symbole in den Vordergrund gestellt werden, sondern die Interpretation dieser. Die maßgebliche Prägung des Denkens durch die Symbole lässt sie essenziell für die menschliche Kommunikation werden (Mead, 1995). Dennoch stellt sich die Frage, inwiefern Kommunikation unmöglich wird, wenn keine gemeinsamen Symbole vorhanden sind oder sich lediglich Schwierigkeiten bei der Bildung von einer stabilen Identität auftun.

Veranschaulichen kann man sich diesen Prozess anhand des Grüßens: Mit einer einfachen Handbewegung wird eine vermeintliche Reaktion im Gegenüber ausgelöst, die eine erwartete Handlung hervorrufen soll, indem zurück begrüßt wird. Das Reiz-Reaktions-Schema ist durch Symbole gelenkt, über die in der Gesellschaft weitestgehend gleiche Vorstellungen herrschen. Allerdings wird damit gleichzeitig impliziert, dass die meisten Menschen annähernd ähnlich denken und der Großteil von Handlungen vorhersehbar sein müsste – was der Realität nur selten entspricht. Stellvertretend dafür stehen vor allem Grundsatzdiskussion über die Bedeutung bestimmter Wörter oder Mechanismen, die diese Art von Problematik widerspiegeln. Trotz gesamtgesellschaftlicher Codierung müssen nicht alle Mitglieder die gleichen Intentionen und Reaktionen besitzen. Die Ursache dessen wird zu einem späteren Zeitpunkt erläutert werden.

Laut Mead wird die Bedeutung der Symbole über gesellschaftliche Übereinkünfte während des Prozesses der Kommunikation geschaffen. Innerhalb einer Gesellschaft wurde eine bestimmte Handbewegung als Symbol des Grüßens festgelegt. Wohingegen die Möglichkeit besteht, dass in anderen Gesellschaften diese Bewegung als Symbol überhaupt nicht funktioniert oder gar eine andere Bedeutung trägt. Wo einerseits das Händeschütteln zum guten Ton gehört, kann es in anderen Gegenden der Welt total verpönt sein und es ist höflicher, sich mit einem freundlichen Nicken zu begrüßen. In einem gemeinsamen gesellschaftlichen Aushandlungsprozess ist man zu einer genormten Definition gekommen, die sich in einem speziellen Reiz-Reaktions-Schema abbildet. Diese übergeordneten Symbole verkörpern zugleich den sozialen Einfluss auf das Individuum. Indem ich die genormten Definitionen übernehme, schließe ich mich als Individuum einer Gesellschaft an. Die Übernahme von den verschiedenen Symbolen durch das Individuum bedeutet gleichzeitig für das *Self*, dass die Gesellschaft einen wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung von Identität ausübt und von Beginn an entscheidend mitträgt.

Bei Mead ist das Denken hauptsächlich durch Symbole gelenkt, denen durch den gesellschaftlichen Aushandlungsprozess eine gleiche Definition zugrunde liegt. Demnach ist das soziale

Umfeld unabdingbar für die Identitätsbildung, und die Konstruktion erfolgt entlang von Symbolen. Wörter und ihre Bedeutung kreieren unsere Umwelt und ermöglichen es, sich angemessen auszudrücken. Vor allem in Bezug auf neue Phänomene sind übergreifende Definitionen notwendig, um sich darüber zu verständigen.

Der Kommunikation gegenüber stehen die Emotionen, die laut Mead stets individuell und nicht steuerbar sind.³ Entgegen der persönlichen Wahrnehmung kann das Kollektiv demnach keinen direkten Einfluss auf den emotionalen Zustand des Einzelnen nehmen. In diesem Ansatz liegt laut Mead die Erklärung für die unterschiedlichen Handlungen von Menschen. Das Vorhandensein variabler Faktoren, wie der Emotionen, trägt zur permanenten Änderung der Handlungen bei. Eine Person kann dahingehend nie völlig fremdgesteuert sein, sondern bleibt dem eigenen emotionalen Inneren treu. Die Ausbildung einer Identität ist dem sozialen Einfluss demnach nicht ungehindert ausgesetzt. Die Emotionen scheinen einen Widerstand gegen die gesellschaftliche Norm zu leisten (Mead, 1995).

Weiterhin bleibt offen, wie sich signifikante Symbole festigen und tatsächlich in die gesellschaftliche Norm übergehen – Meads Antwort steckt in der Sprache. Sprache ist die komplexeste Form der Kommunikation in seiner Theorie. Der Gebrauch und die Weiterentwicklung der Sprache führen zur Manifestierung der Symbole. Die vielen verschiedenen Formen und Arten von Sprache verdeutlichen ihre Komplexität. Sprache findet immer dann statt, wenn die Symbole übereinstimmen und die gleichen Reaktionen bei unterschiedlichen Personen hervorgerufen werden (Mead, 1995). Auch Abels stuft die Bedeutung der Sprache ähnlich ein und bezeichnet sie als die höchstentwickelte Form der Kommunikation (Abels, 2010). Die Verbindung zwischen den Individuen einer Gesellschaft durch eine gemeinsame Sprache beinhaltet gleichzeitig ein System von Symbolen, die ähnliche Denkmuster erzeugen. Als geteiltes Merkmal bildet die Sprache einen Ausgangspunkt für die Identitätsentwicklung. Sie dient als Wissensspeicher und Informationsträger des Kollektivs, wodurch das Bestehenbleiben einer Gesellschaft gesichert wird (ebd.). Ebenso kann aber auch der Verlust von Sprache, einen Verlust von Kultur und Wissen sowie der eigenen Identität bedeuten. Daher nimmt Sprache eine signifikante Position für jegliche Individuen ein.

Innerhalb einer Sprachgesellschaft können laut Münch dieselben Interpretationen generiert werden, die zu vergleichbaren Handlungen führen können. Das Denken wird durch Sprache erweitert, weil sich das Individuum stets in einem Selbstgespräch mit den signifikanten Symbolen befindet. Ergänzend dazu ermöglicht das Denken, sich an den Erfahrungen von anderen zu bedienen und nicht immer eigene Erfahrungen sammeln zu müssen (Münch, 2002, 275 f.). Im Endeffekt vereinfacht eine gemeinsame Sprache die eigene Verortung.

Dafür findet sich bei Mead die internalisierte Kommunikation: Individuen ersetzen ihre intentionale Reaktion durch signifikante Symbole. Verschiedene Handlungsabläufe können schon vorher im Kopf durchgespielt werden, müssen aber nicht tatsächlich abgeschlossen werden. Es wird ständig ein neuer Reiz geliefert, der wiederum nur zum Nachdenken anregt (Wenzel, 2010) – Gedanken scheinen in einer Endlosschleife abzulaufen. Das heißt, nicht jede Situation muss zwingend ablaufen, um die spekulierten Konsequenzen erfahrbar machen zu können. Durch Erfahrung wird deutlich, dass eine Hand auf einer heißen Herdplatte schmerzhaft ist.

³ Zu beachten ist der Unterschied zwischen Emotionen und Gefühlen. Erstere sind Reaktionen des Körpers und Gehirns auf Situationen, die meist unbewusst-automatisch abgerufen werden und nur von kurzer Dauer sind, wohingegen letztere erst durch die Reflexion und Interpretation der Situation zustande kommen. Gefühle können bewusster wahrgenommen werden als Emotionen und dauern meistens länger an.

Die Fähigkeit zum Denken in Verbindung mit Sprache als einem machtvollen Instrument – Kommunikation – stellen die erste wichtige Grundlage für die Entwicklung der Identität dar. In den identitären Ursprüngen lässt sich bereits erkennen, dass gesellschaftliche Komponenten einen durchaus relevanten Platz im Prozess einnehmen, sodass sie zwingend notwendig für die weiteren Schritte sind.

3 Identität im lebenslangen Entwicklungsprozess

Kommunikation in Form von Sprache, den signifikanten Symbolen und dem Denken ist die Voraussetzung für die Entwicklung einer Identität. Der Kommunikationsprozess zwischen den Mitgliedern innerhalb einer Gesellschaft wirkt sich maßgeblich auf die Persönlichkeit des Einzelnen aus.

Dabei ist die Übernahme von Rollen äußerst entscheidend. Schon im Kindesalter werden Menschen mit verschiedenen Rollen konfrontiert, durch die sie später nicht nur geprägt werden, sondern die sie durch Sprache ebenso nachahmen und anpassen können (Mead, 1995). Mithilfe von Meads Theorie können die Auswirkungen der Rollen auf das Individuum erläutert und die Position in der Identitätsentwicklung erklärt werden. Weiterführend werden die sozialen Phasen des *play* und *game* näher beleuchtet, welche das Grundgerüst der Rollenübernahme bilden und im Wesentlichen die Identität gestalten. Unter Einbezug des Selbstbewusstseins ist es spannend, die Vollständigkeit der Identität zu untersuchen (ebd.).

Laut Mead kann Identität nicht ohne die Rollenübernahme entwickelt werden. Die Übernahme von Rollen ermöglicht Interaktionen von Personen in ihrem sozialen Umfeld, indem gedacht und das Verhalten des Gegenübers antizipiert werden kann (Abels, 2010). Sich dadurch in andere hineinversetzen zu können, ist essenziell für Identität. Das Individuum kann die Haltung des Gegenübers erfahren und sich aus der Perspektive des anderen wahrnehmen. Das Prinzip ähnelt etwas der Fähigkeit von Empathie. Die Unterschiede zwischen den Menschen – und dementsprechend auch zwischen ihren Handlungen – werden erkannt. Die reaktionsauslösenden Reize können zwar gleich sein, aber die darauffolgenden Handlungen dennoch verschieden, und genau das wird durch die Rollenübernahme erfahren. Die Betroffenen interpretieren ihr Handeln gegenseitig und nutzen die Interpretation kommunikativ miteinander (Wenzel, 2010).

Mit der Rollenübernahme wird ein weiterer bedeutsamer Schritt der Identitätsentwicklung und in der Bewusstwerdung des Individuums seiner*ihrer selbst beschrieben. Identität kann sich nur entwickeln, wenn Menschen Selbstbewusstsein erlangt haben, was wiederum durch die Rollenübernahme geschieht. Das Individuum betrachtet sich erstmals durch andere, wodurch es sich seiner*ihrer selbst bewusst wird (Mead, 1995). Laut Joas und Knöbl (2004) wird die Vorstellung von sich selbst nur durch das Vorhandensein der Gesellschaft erzeugt. Gleichzeitig bedeutet das, dass es immer einen Handlungshintergrund geben muss. Vor diesem Hintergrund interagiert und kommuniziert die Gesellschaft stets miteinander. Denn ohne diesen Hintergrund würde es keinen Reiz geben, der das Denken in Kraft setzt, und es würde überhaupt kein Selbstbewusstsein zustande kommen. Bezugnehmend darauf spricht Abels davon, dass Identität und Selbstbewusstsein ständig ineinanderspielen (2010).

Im Zusammenhang damit bringt Mead die sozialen Phasen des *play* und *game* ein. Beide Phasen sind essenziell für die Entwicklung der Identität und nehmen im Prozess unterschiedliche Funktionen ein. Im Verlauf des Lebens wird vor allem die Kindheit maßgeblich durch diese beiden Phasen gekennzeichnet. Mead verdeutlicht diesen Vorgang anhand des Beispiels vom Spiel (Mead,

1995). Im Spiel gewinnt das Kind zuerst durch das *play* seine groben Identitätszüge, die dann später im *game* organisiert werden. Letzteres stellt die eigentliche Rollenübernahme dar, wohingegen vorher die Rollen nur nachgeahmt werden (Wenzel, 2010). Die Phase des *play* ist insofern wichtig für das Individuum, als dass es durch die Nachahmung von Rollen eine erste Vorstellung von sich selbst erlangt. Die nachgeahmten Rollen des Kindes sind dabei meistens enge Bezugspersonen (Mutter, Opa, Geschwister etc.), die sich im unmittelbaren Umfeld befinden und mit denen die Kinder früh in Kontakt treten (Mead, 1995). Identitätsunterschiede kommen zustande, weil jedes Kind andere Bezugspersonen hat. Die ersten Lebensjahre sind ausschlaggebend für die soziale Prägung der Identität, ohne dass darauf direkter Einfluss vom Individuum genommen werden kann. Kinder entwickeln ihren freien Willen erst mit der Zeit und sind zuvor lediglich an ihr Umfeld gebunden. Die Nachahmung des *signifikanten Anderen* formt die Identität in ihren ersten Zügen, da das Kind in einem ständigen Dialog mit sich selbst steht.

Die verschiedenen Rollen, die das Kind bis dahin aufgenommen hat, interagieren zu diesem Zeitpunkt noch nicht miteinander – sie gestalten noch kein einheitliches Ganzes. In der Phase des *play* wird das Kind eher vor die Herausforderung gestellt, die Rollen nachzuahmen und sich selbst dabei zu beobachten beziehungsweise kennenzulernen. Die Verwaltung der ersten wichtigen Rollen steht in dieser Phase im Vordergrund. Das Spektrum der Rollen ist anfangs klein, erweitert sich aber durch die Phase des *game*, wo sie gleichzeitig organisiert werden. Die Erweiterung des eigenen Rollenspektrums durch das der anderen ermöglicht eine Balance. Gleichzeitig kann aber auch ein Ungleichgewicht erzeugt werden, wenn die Rollen beispielsweise konträr zueinander stehen. Bis zu diesem Punkt ist die Identität jedoch keinesfalls vollständig entwickelt, sondern befindet sich lediglich in der Entwicklungsphase (Münch, 2002).

Die Tücke im *play* liegt im *signifikanten Anderen*, weil sich die Identität darauf aufbaut und das Kind sich dem Einfluss nicht entziehen kann. Hierin liegt der Grund für die Unterschiede zwischen den Identitäten. Aufgrund der verschiedenen Rollen, die zur Nachahmung zur Verfügung stehen, sind die Voraussetzungen für die Entwicklung der Identität jeweils unterschiedlich. Bestimmte Rollen werden von allen anders erfahren und anschließend anders reproduziert. Am Ende des *play* wird der Übergang zu den organisierten Rollen im *game* gestaltet, wo diese miteinander interagieren und das kindliche Denken fördern.

Die Phase *game* nimmt eine spezielle Stellung ein, weil bis zu diesem Zeitpunkt noch keine einheitliche Identität vorliegt. Die identitäre Einheit wird erst durch das *verallgemeinerte Andere* geschaffen, welches durch die individuelle Übernahme gesellschaftlicher Normen präsent wird. Die zwei sozialen Phasen unterscheiden sich insofern voneinander, als dass es nicht ausschließlich um die Nachahmung geht, sondern die Rollen insgesamt organisiert werden müssen. Das Kind tritt aus seiner sozialen Komfortzone heraus und öffnet sich einer Vielzahl von anderen Rollen (Erzieher*innen, Lehrer*innen etc.), die es intern zu koordinieren gilt. Die Identität des Kindes wird maßgeblich geformt und nimmt eine erste ausgeprägte Gestalt an – die Entwicklung beginnt (Mead, 1995). Die gewisse Gradlinigkeit, die diesen beiden Phasen zugrunde liegt, wird nicht hinterfragt. Allerdings können schon im frühen Kindesalter Probleme bei der Erfahrung und Nachahmung sowie der Koordination der Rollen auftreten, sodass eine Störung des Entwicklungsprozesses möglich sein kann.

Das Versteckspiel dient Mead zur Verdeutlichung seiner Theorie. Im Mittelpunkt steht das Gruppenziel, und das Kind muss währenddessen mehrere Rollen beachten, die in Kontakt zueinander stehen (Mead, 1995). Nicht nur allein der Wechsel zwischen den Rollen soll vollzogen werden, sondern sie müssen ebenso verinnerlicht und koordiniert werden können. Das Ergebnis dieser Koordination bildet sich als das *verallgemeinerte Andere*, das viele Rollen gleichzeitig widerspiegelt.

Das Kind kann außerhalb seines signifikanten Anderen ähnliche Rollen kennenlernen, die anders beschaffen sind als die bisher bekannten. Die Darstellung vertrauter Rollen kann hinterfragt werden. Dahingehend können andere Erfahrungen gesammelt werden, die sich auf die Reproduktion der Rollen auswirken. Durch die Phase des *game* wird die gesellschaftliche Komponente in die Gesellschaft hineingetragen. „Jedes Mitglied der Gesellschaft trägt in gewissem Sinn die ganze Gesellschaft in sich – oder doch zumindest seine eigene Version davon“ (Wenzel, 2010, S. 67). Diese Komponente spiegelt alle gesellschaftlich genormten Handlungen und Erwartungen wider. Die Gedanken der Mehrheit stecken in allen Menschen und werden in das individuelle Handeln einbezogen (Mead, 1995). Mead fasst seinen Tatbestand wie folgt zusammen:

In der Form des verallgemeinerten Anderen beeinflusst der gesellschaftliche Prozeß das Verhalten der ihn abwickelnden Individuen [...], denn in dieser Form tritt der gesellschaftliche Prozeß oder die Gemeinschaft als bestimmender Faktor in das Denken des Einzelnen ein. [sic!] (Mead, 1995, S. 198)

Menschen unterliegen ab diesem Zeitpunkt unumgänglich dem Einfluss der Gesellschaft, der in der Identität aufgenommen wird. Das bedeutet nicht, dass sich das Individuum völlig mit den Werten und Normen der Gesellschaft identifiziert. Die Vorstellungen der Gesellschaft können internalisiert werden und das Verhalten nachhaltig beeinflussen (Abels, 2010).

Fraglich bleibt nur, inwiefern Mead Gesellschaft als einheitliches Konstrukt versteht. Nicht alles ist gesellschaftlich genormt und kann ein Gefühl von Zugehörigkeit schaffen. Das Gegenteil – die Abgrenzung von der Gesellschaft und deren Normen – kann ebenso eintreten. Die Identität kann sich entgegen der Norm entwickeln und gar problematisch für ein Kollektiv werden. Es ist kaum davon auszugehen, dass Identität immer in Affirmation gesellschaftlicher Vorstellungen gebildet werden muss, sondern eben auch in Opposition oder Negation dieser.

Die Prägung der Identität durch die zwei sozialen Phasen – *play* und *game* – ist ein Stadium der Entwicklung von Identität laut Mead. Das erste Stadium bildet die Haltungen der anderen gegenüber dem Individuum in spezifischen gesellschaftlichen Handlungen ab. Das zweite Stadium stellt die Organisation der gesellschaftlichen Haltungen dar (Mead, 1995). Verdeutlicht wird, dass sich das *play* ausnahmslos um die Rollenübernahme dreht und das *game* die Logik zur Organisation des Ganzen verfolgt. Durch das *game* erhält die Gesellschaft Zutritt zur Identität, und das Kind wird gleichwohl in die Gesellschaft eingebunden, wodurch die vorherrschende Moral übernommen wird. Erst das Eintreten des *game* und das damit verbundene verallgemeinerte Andere verhilft der Identität zur Vollständigkeit. Die entstandene organisierte Identität repräsentiert zum einen die Haltungen der Gesellschaft, der das Individuum angehört, und zum anderen sich – in gewisser Art und Weise. In sich abgeschlossen ist die Identität dabei niemals, weil sich das *game* ständig im Leben wiederholt. Menschen lernen jedes Mal, in einem organisierten Ganzen als jemand zu funktionieren (ebd.). Die Systemkonformität, die als logische Notwendigkeit für die Konstitution einer Gesellschaft fungiert, ist durchaus kritisch zu betrachten. Denn nicht jede individuelle Entwicklung bettet sich schlussendlich in die gesellschaftlichen Fugen ein.

Aufgrund dessen erscheint es fast zwangsläufig, dass alle Mitglieder einer Gesellschaft größtenteils identisch sein müssten und Individualität kaum vorhanden wäre. Meads Aussage: „*Der Einzelne hat eine Identität nur in Bezug zu den Identitäten anderer Mitglieder seiner gesellschaftlichen Gruppe*“ (Mead, 1995, S. 206) bekräftigt diese Annahme durchaus. Die gesellschaftliche Komponente nimmt einen großen Anteil an der Identität ein. Wenn die Voraussetzungen grundsätzlich dieselben

und gesellschaftlicher Natur sind, an welchem Punkt kommt dann Individualität zum Tragen? Und wo überschreitet sie vielleicht ihre Grenzen?

4 Individualität als fester Bestandteil der Identität

Identität ist auf Kommunikation innerhalb der Gesellschaft angewiesen. Sie manifestiert sich in Sprache, die sich wiederum aus Gesten und signifikanten Symbolen zusammensetzt. Diese Komponenten sind unabdingbar für die Ausbildung einer Identität und machen Gesellschaft zu ihrer Voraussetzung. Vollständigkeit erlangen Menschen durch die sozialen Phasen des *play* und *game*. In diesen Phasen kommt es zunächst durch die Nachahmung von Rollen zur Bewusstwerdung des eigenen Selbst. Schließlich entsteht die individuelle Identität durch die Organisation dieser Rollen, wodurch zum Großteil die Gesellschaft widergespiegelt wird. Die Einwirkung des *signifikanten Anderen* und die Macht des *verallgemeinerten Anderen* scheinen jegliche Individualität zu minimieren. Mead offenbart in diesem Zusammenhang, dass das Wesen der Identität kognitiv ist und deshalb die Anfänge gesellschaftlichen Ursprungs sind (Mead, 1995). Die Frage nach der Individualität lässt er nicht unbeantwortet, indem er auf die Interaktionen der Personen mit ihrer Umwelt verweist (Münch, 2002).

Individualität als Ergebnis von Interaktionen ist zunächst nicht sonderlich fragwürdig. Beispielhaft: Bei einem Streit sind sich die Beteiligten bewusst, welchen Standpunkt sie vertreten und welche Meinungen sie teilen – ihre Individualität kommt dadurch zum Ausdruck. Mead vertieft jedoch das Verständnis von Identität, indem er zwei Formen des Ichs hinzugefügt hat: zum einen das spontane *I*, das die einzigartige Individualität des Individuums ausmacht, zum anderen das *Me*, das die internalisierten Haltungen der Gesellschaft darstellt (Münch, 2002). Beide Erscheinungsformen stehen in einem fortlaufenden Austausch miteinander und bilden zusammen einen eigenen Kreislauf (Wenzel, 2010).

Die Funktionsweise von *I* und *Me* lässt sich anhand eines Gedankenexperiments veranschaulichen: Wenn zwei Stimmen im Kopf vorhanden sind, ist die eine das *I* und die andere das *Me*. Beide Stimmen sind Teil der Gedanken als Ganzes und kommunizieren miteinander – sie treten in einen Dialog. Das *Me* hat die Hoheit über den Dialog inne und äußert sich in Form des gesellschaftlichen Konsenses. Das *I* reagiert auf diese Äußerungen spontan mit einer eigenen Meinung. Somit bildet das *I* den Gegenpol zum *Me* und verhilft dem *Self* zur Vollständigkeit. Das Ergebnis dieses inneren Dialogs ist die organisierte Identität des Individuums.

Beide Komponenten bedingen sich gegenseitig und können nicht unabhängig voneinander existieren. Das über die soziale Phase ausgebildete *Me* verlangt regelrecht nach dem *I* – dem wandelbaren, inneren Wesenskern eines jeden Menschen. Das *Me* als Verdinglichung der Haltungen einer Gruppe benötigt stets das *I* als Gegengewicht, damit beide zusammen eine funktionierende Persönlichkeit hervorbringen können. Identität kann nur mithilfe dieser beiden Komponenten wahrhaftig werden (Wittpoth, 1994).

Die organisierte Identität ist zwar stabil, aber wandelbar und kann sich im Laufe der Zeit verändern. Mead sieht den Grund dafür in der Einzigartigkeit des Lebens. Es steht außer Frage, dass Mitglieder einer Gesellschaft die Phasen des *play* und *game* durchlaufen. Doch jede Person erlebt während dieser Prozesse die Haltungen der anderen in unterschiedlichen Situationen, unter jeweils anderen Bedingungen. Im weiteren Verlauf des Lebens wird vom Individuum alles auf eine einzigartige Weise wahrgenommen. Daraus resultieren besondere Aktivitäten, die wiederum die Haltungen anderer beeinflussen und zu einer einmaligen Ausprägung der Identität führen (Münch, 2002).

Individualität entsteht durch die einzigartigen Bedingungen, die das Individuum während der Entwicklung seiner Identität erlebt. Die Bestandteile des Prozesses bleiben zwar dieselben, doch der Inhalt unterscheidet sich von Person zu Person. Menschen können in dieser Hinsicht als einzigartig betrachtet werden – keiner gleicht dem anderen. Gesellschaft hat zwar einen direkten Einfluss auf die Identität, ist jedoch nicht allein entscheidend. In diesem Ansatz findet sich eine Erklärung für die Unterschiedlichkeit der Individuen, aber es wird trotzdem nicht deutlich, wie sich der Gesellschaft entgegengesetzte Identitäten entwickeln.

Das *I* und das *Me* sind die letzten Bausteine zur Erschaffung einer stabilen Identität. Je intensiver der Austausch zwischen beiden ist, desto stärker wird das daraus resultierende *Self*. Die Identität hängt maßgeblich von der Wechselwirkung des Menschen mit seinem sozialen Umfeld ab. Durch verstärkte Korrespondenz können sich *I* und *Me* stärker in den Charakterzügen ausprägen und dem Individuum zu mehr Eigenständigkeit verhelfen. Die aktive Teilnahme am sozialen Leben unterstützt das *I* und *Me* dabei, die eigene Persönlichkeit zu entwickeln. So kann die Identität gefestigt und weiter gereift werden (ebd.). Das *I* ist in der Lage, vermehrt impulsiv auf das verallgemeinerte Andere – dem *Me* – zu reagieren. Dem Menschen wird der Weg zur Selbstbestimmtheit geebnet. Die hintergründige Aufgabe des *I* liegt darin, die Individualität des Einzelnen zu bewahren und sich gegen gesellschaftliche Erwartungen zu behaupten. Welche Auswirkungen soziale Isolationen mit sich bringen können, bleibt außen vor. In Zeiten der Corona-Pandemie war gerade diese Tatsache eine Herausforderung für viele Kinder, aber auch für die Erwachsenen. Das Fehlen eines sozialen Umfelds – einer Abwechslung – erschwerte nicht nur das alltägliche Leben, sondern auch die Ausbildung einer stabilen Identität. An diesem Punkt kommt wieder der Einfluss von den sozialen Medien zur Geltung, der hinsichtlich emotionaler Manipulation oder gar Abstumpfung nicht unterschätzt werden sollte.

Dennoch sind im Kreislauf des Lebens beide Komponenten stets präsent und ständig dabei, das *Self* auszuloten. Abels beschreibt diesen Vorgang wie folgt:

Dieses *self* kann man mit dem Wort Identität übersetzen. Identität entsteht erst dann, wenn das spontane Ich und die reflektierten Ichs in einer typischen Weise dauerhaft vermittelt werden. Identität ist ein ständiger Dialog, in welchem das Individuum mit sich selbst, d. h. mit den beiden Instanzen seiner Persönlichkeit kommuniziert. Von einer gelungenen Identität sprechen wir, wenn beide Seiten des Ich in einer gleichgewichtigen Spannung zueinander stehen. (Abels, 2010, S. 36)

Identität kann niemals als endgültig entwickelt angesehen werden, da sie ein unendlicher Prozess der Aushandlung zwischen Individuum und Gesellschaft sein kann. Die kontinuierlichen

Das Leben gleicht einem Fluss der Veränderung, der die Identität permanent auf die Probe stellt. Diese Prüfung kann mithilfe des gesellschaftlichen Fundaments sowie eigener Impulse bestanden werden.

Veränderungen des *Me* durch gesammelte Erfahrungen führen zu Anpassungen in der Reaktion des *I*. Folglich modifiziert sich das *I*, wodurch sich auch das *Self* stetig erneuert (Wenzel, 2010). Das Leben gleicht einem Fluss der Veränderung, der die Identität permanent auf die Probe stellt. Diese Prüfung kann mithilfe des gesellschaftlichen Fundaments sowie eigener Impulse bestanden werden. Was bei einem misslungenen Aushandlungsprozess zwischen Gesellschaft und Individuum pas-

siert, bleibt bei Mead weiterhin ungeklärt. In der Realität hingegen mündet diese Fehlkommunikation zumeist in Ausgrenzung auf verschiedenen Ebenen.

5 Zusammenfassung

Die Frage nach der Konstitution von Identität gilt bis heute in vielerlei Hinsicht als ein Mysterium. Mit seiner Theorie zur Entstehung des Self legte George Herbert Mead den Grundstein für eine erkenntnistheoretische Perspektive auf Identitätsbildung, die später auch in der Psychologie rezipiert wurde (Heller, 2017). Gleichwohl lassen sich seinem Werk zentrale Fragestellungen entnehmen, die unbeantwortet bleiben.

Für Mead ist Identität ein Prozess, der das Bestehen einer Gesellschaft voraussetzt. Ohne Gesellschaft wäre eine vollständig organisierte Identität unmöglich, und Menschen könnten sich ihrer selbst niemals völlig bewusst werden. Erfahrungen außerhalb der eigenen Umwelt werden erst durch andere ermöglicht. Die Anderen tragen dazu bei, Persönlichkeit in Gestalt des *Me* zu formen, und ergänzend wird sie durch das eigene *I*. Die Identität kann vollständig werden, bleibt jedoch niemals in sich abgeschlossen. Ihre Komponenten befinden sich in einem fortwährenden Dialog miteinander. Ein festgelegtes, unveränderliches *Self* existiert nicht; vielmehr ist Identität ein flexibles Gebilde, das sich über das Leben hinweg ständig verändert. Für Mead ist die Gesellschaft unerlässlich für die Entwicklung einer stabilen Identität.

Verschiedene Soziolog*innen stimmen darin überein, dass Identität kein vorgefertigtes Element des Einzelnen ist, sondern sich erst durch die Existenz des Individuums innerhalb sozialer Interaktionen entwickelt. Vorschnell könnte man folgern, dass Identität ausschließlich fremdbestimmt ist und Individuen sich in der Gruppe verlieren. Doch dem ist nicht so: Auch Mead betont, dass Identität aus dem Zusammenspiel von *I* und *Me* entsteht. Die Behauptung des *I* gegen das *Me* ist hierbei entscheidend. Das *Self* ist vollständig, wenn die Persönlichkeit aktiv auf die internalisierten gesellschaftlichen Erwartungen reagiert. Dabei passen sich *I* und *Me* fortlaufend an die jeweiligen Gegebenheiten an. Individualität bleibt somit ein zentraler Bestandteil der Identität. Nichtsdestotrotz werden in Meads Theorie Ausnahmen oder Abweichungen von der gesellschaftlichen Norm kaum berücksichtigt und führen dadurch eine implizierte Gradlinigkeit fort.

Zwar ist die Gesellschaft unverzichtbar für die Identitätsentwicklung, doch gleichzeitig besteht sie aus einem Puzzle einzigartiger Individuen. Diese repräsentieren mit einem Teil ihres *Self* die gesellschaftlichen Erwartungen und reagieren mit dem anderen Teil eigenständig und individuell (Kalugina, 2021). Niemand ist ausschließlich ein Spiegelbild der Gesellschaft, doch Identität kann außerhalb sozialer Kontexte fast unmöglich existieren. Das Zusammenspiel von Rollen gestaltet die Identität für jede Person anders – das Theater des Lebens ermöglicht den Schauspieler*innen eine gewisse künstlerische Freiheit.

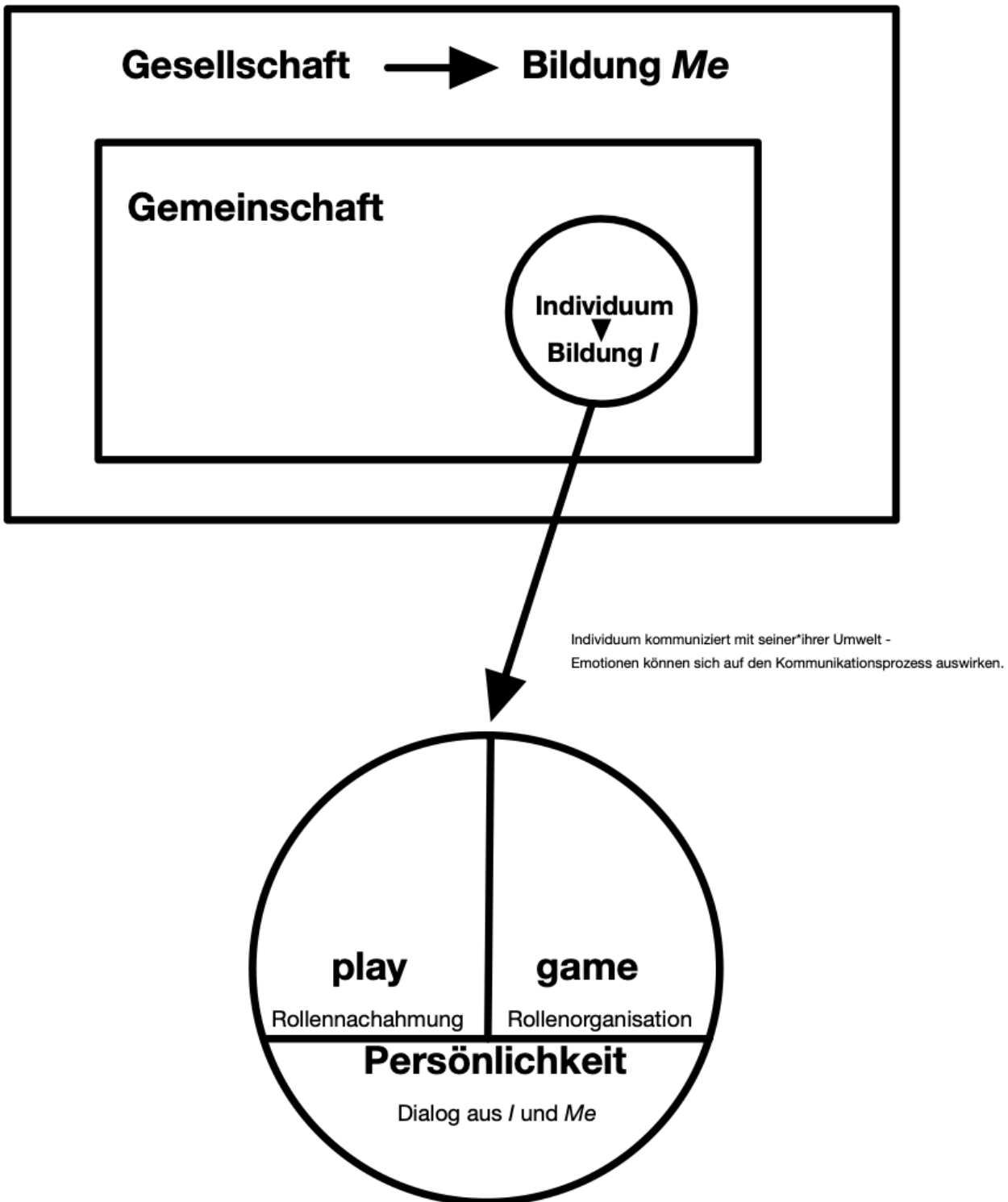


Abbildung 1 (nach Maya Brandes)



Literaturverzeichnis

- Abels, H. (2010). *Interaktion, Identität, Präsentation: Kleine Einführung in interpretative Theorien der Soziologie*. VS Verlag.
- Bourdieu, P. (1982). *Die feinen Unterschiede: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Suhrkamp.
- Butler, J. (1991). *Das Unbehagen der Geschlechter*. Suhrkamp.
- Heller, L. (2017). *Warum unsere Identität sich ständig wandelt*. Deutschlandfunk Kultur. Abgerufen am 17.03.2023 von <https://www.deutschlandfunkkultur.de/psychologie-warum-unsere-identitaet-sich-staendig-wandelt-100.html>
- Joas, H., & Knöbl, W. (2004). *Sozialtheorie: Zwanzig einführende Vorlesungen*. Suhrkamp.
- Kalugina, M. (2021). *Identität aus der Sicht der modernen Gesellschaft*. V-Magazin. Abgerufen am 17.03.2023 von <https://v-magazin.studierende.fau.de/2021/02/identitaet-aus-der-sicht-der-modernen-gesellschaft/>
- Mead, G. H. (1995). *Geist, Identität und Gesellschaft aus der Sicht des Sozialbehaviorismus*. Suhrkamp.
- Münch, R. (2002). Die amerikanische Tradition des Pragmatismus: George Herbert Mead. In R. Münch, *Soziologische Theorie* (Bd. 1, S. 265–289). Campus Verlag.
- Wenzel, H. (2010). The Chicago School of Philosophy – George Herbert Mead. In H.-J. Schubert et al., *Pragmatismus zur Einführung* (S. 48–73). Junius.
- Wittpoth, J. (1994). *Rahmungen und Spielräume des Selbst: Ein Beitrag zur Theorie der Erwachsenensozialisation im Anschluss an George H. Mead und Pierre Bourdieu*. Moritz Diesterweg.

Appendix

ÜBER
DACHT

Die Autor*innen

Benjamin Beißwenger studiert European Studies an der Universität Maastricht. Sein Fokus liegt auf der Geschichte der europäischen Idee.

Mara Bentzin studiert Germanistik, Anglistik sowie Bildungswissenschaften auf Lehramt an der Universität Leipzig. Ihr zweites Studienjahr verbrachte sie an der University of Edinburgh, im Rahmen dessen der Grundlagentext für dieses Paper entstand. Für diesen Essay wurde sie mit dem Yuan Changying Prize des universitären Hubs GENDER.ED ausgezeichnet.

Amelie Biwolé studiert Digital Humanities, einen interdisziplinären Studiengang, der Informatik und Geisteswissenschaften vereint, an der Universität Leipzig. In ihrem Nebenfach den African Studies interessiert sie sich insbesondere für die Rolle von Frauen in Unabhängigkeitsbewegungen.

Maya Brandes absolvierte an der Universität Potsdam den interdisziplinären Bachelorstudiengang „Geschichte, Politik und Gesellschaft“. Ihr besonderes Interesse gilt postkolonialen und interkulturellen Studien sowie der Migrationsforschung.

Johanna Budahn studiert nach ihrem Bachelor in Soziologie an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz derzeit Theory and Practice of Human Rights im Master an der University of Oslo. Dabei interessiert sie sich besonders für die Konstruktion gesellschaftlicher Wirklichkeit und sozialen Wandel.

Jonas Flöck studiert Geschichte, Politik und Gesellschaft im Bachelor an der Universität Potsdam. Seine Schwerpunkte sind dabei die Verknüpfung von gesellschaftlichem Diskurs und Vergangenheit sowie Kolonial- und Gewerkschaftsgeschichte.

Paula Gaier studiert Geographie International mit dem Ergänzungsfach Lateinamerikastudien an der Universität Hamburg. Ihre Schwerpunktthemen sind integrative und kritische Geographie, dekoloniale Ansätze und ländliche Räume.

Pernille Grae studiert nach ihrem Bachelor in Nordamerikastudien der Freien Universität Berlin im Master Amerikanistik an der Humboldt-Universität zu Berlin. Ihre Schwerpunkte sind dabei Queer Studies und Media Studies.

Friederike Luise Küstermann studiert Politikwissenschaften und Geschichte an der Georg-August-Universität in Göttingen. Sie interessiert sich besonders für politische Netzwerkanalysen, sowohl in der heutigen Zeit als auch in der Geschichte. Insbesondere die Epochen der Antike und der Neuzeit faszinieren sie.

Ebrottié Vincent N'ZO hat Germanistik/Kulturwissenschaft an der Université Bouaké (Côte d'Ivoire) studiert und promoviert aktuell in Neueste Geschichte an der Universität Bamberg über politische Grenzverschiebungen und Konflikte in Europa und in Westafrika. Seine Forschungsschwerpunkte sind Nationalgeschichte, Grenzen bis zu internationalen Beziehungen.

Alexander Neuber studiert im Master Politikwissenschaft und Philosophie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Er schreibt vorwiegend zu Fragestellungen rund um Klimakrise, Utopien und internationale Beziehungen.

Paula Regenhardt studierte in ihrem Bachelor Sozialwissenschaften mit den Fachgebieten Politikwissenschaft, Soziologie und Moderne Indienstudien an der Georg-August-Universität Göttingen. Aktuell studiert sie den Masterstudiengang Interkulturelle Kommunikation und Bildung an

der Universität zu Köln und interessiert sich vor allem für postkoloniale Theorie und Intersektionalität.

Marina Romić studiert an der Universität Münster Politikwissenschaften und Soziologie. Sie interessiert sich besonders für Friedens- und Konfliktforschung sowie Nationalismus und seine Ursachen und Folgen.

Till Schadel studiert Politikwissenschaft und Wirtschaftswissenschaften an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz. Im Mittelpunkt seines Forschungsinteresses stehen kultur- und finanzpolitische Fragen im Ländervergleich.

Yasin Özün studiert Geschichtswissenschaft und Germanistik auf Lehramt an ISS/Gymnasien an der Freien Universität Berlin. Besonders interessiert er sich für Geschichtsdidaktik, Antisemitismusforschung und Minderheitendynamiken, insbesondere im kurdischen/kurdistanpolitischen Kontext.

Das Team

Herausgeberin

Katrin Schmitz hat Politikwissenschaft und Nordamerikastudien in Mainz, Berlin und Stony Brook (USA) studiert. Politische Psychologie war dabei ihr Schwerpunkt. Seit 2020 ist sie Redakteurin bei der ÜBERDACHT, war 2023-24 Chefredakteurin und ist seit 2024 Herausgeberin des Magazins.

Redaktion (Chefredaktion: Patrick Huttel, Linda Plehn)

Frederik Adams promoviert im Fach Wirtschaftsgeschichte zum Wettbewerb im Deutschen Kalisyndikat an der TU Bergakademie Freiberg. Nach einem Bachelor in Geschichte, Beifach Politikwissenschaft, an der Uni Mainz hat er dort auch den Master Geschichte, Schwerpunkt Neuere und Neueste Geschichte, absolviert, mit einem Auslandssemester in Graz.

Sakiye Boukari studierte im Bachelor Global Studies an der Maastricht University. Zurzeit macht sie ein Praktikum im Bereich Migration Policy in Wien und interessiert sich nebenbei für Themen, wie Bildung, Jugendpartizipation und Konfliktforschung.

Marina Braun promoviert zur Wissensvermittlung in der politischen Erwachsenenbildung am Lehrstuhl für Allgemeine Erziehungswissenschaft der Technischen Universität Dortmund.

Pernille Grage studiert nach ihrem Bachelor in Nordamerikastudien der Freien Universität Berlin im Master Amerikanistik an der Humboldt-Universität zu Berlin. Ihre Schwerpunkte sind dabei Queer Studies und Media Studies.

Patrick Huttel studierte Englisch, PoWi und Philosophie auf Lehramt L3 in Gießen sowie Politische Theorie im Master in Frankfurt/Darmstadt. Dazu absolvierte er einen Auslandsaufenthalt, um an der ENS in Paris Philosophie zu studieren. Er arbeitet an einer Berufsschule. Zudem ist er in der DNGPS und bei den Jusos politisch bildend aktiv.

Ardit Jashanica studiert Public Administration im Master an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer. Insbesondere interessiert er sich für Kommunalwirtschaft und Verwaltungsorganisation.

Jannes Komenda studiert im Master Geschichte und Sozialwissenschaften an der Universität zu Köln. Er interessiert sich besonders für kulturgeschichtliche Zugänge zur zeithistorischen Politik zwischen Zivilgesellschaft und formeller Politik.

Nico Martin hat Sozialwissenschaften und zuletzt Soziologie im Master an der Ludwig-Maximilians-Universität München studiert. Sein Forschungsinteresse bewegt sich in der Stadtsoziologie und Humangeographie.

Jan Paulus promoviert im Fach Geschichte zur Bedeutung und zum Einfluss von Metropoliten in Irland im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert an der University of Cambridge. Nach einem B.Ed. an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz absolvierte er einen M.Phil. in International History am Trinity College Dublin.

Linda Plehn studiert Volkswirtschaftslehre an der Universität zu Köln. Ihre Schwerpunkte liegen in den Bereichen Arbeitsmarktökonomik, Ökonometrie und Politische Ökonomie.

Rachel Piters studiert im Master Klassische Philologie an der Freien Universität Berlin. Besonders interessiert sie sich dabei für Historiographie.

Pepe Roldan Duran studiert im Master Soziologie an der Bergischen Universität Wuppertal. Sein Forschungsinteresse gilt der unbewussten Reproduktion symbolischer Gewalt und Ideologie, untersucht aus einer Verschränkung von Psychoanalyse und Bourdieuscher Soziologie.

Marina Romić studiert an der Universität Münster Politikwissenschaften und Soziologie. Sie interessiert sich besonders für Friedens- und Konfliktforschung sowie Nationalismus und seine Ursachen und Folgen.

Katrin Schmitz hat Politikwissenschaft und Nordamerikastudien in Mainz, Berlin und Stony Brook (New York) studiert. Besonders interessierte sie sich dabei für politische Psychologie.

Cliresa Suka hat Germanistik in Kosovo studiert. Derzeit promoviert sie am Institut für Slawistik und Hungarologie im Bereich der Kulturwissenschaft. Sie interessiert sich für Geschichte und Politik, besonders in der Region Südosteuropa, mit Schwerpunkt Kosovo und Albanien.

Öffentlichkeitsarbeit (Teamleitung: Johanna Franke)

Mila Engel studiert Geschichte und Öffentliches Recht in Heidelberg.

Johanna Franke studierte in Esslingen den Bachelorstudiengang Soziale Arbeit und arbeitet hauptamtlich mit Familien, die in Sozialunterkünften wohnen.

Clara Pin studiert im Bachelor Germanistik im Kulturvergleich und Politikwissenschaft an der Universität Heidelberg.

Teambetreuung

Mila Engel studiert Geschichte und Öffentliches Recht in Heidelberg.

Rechtliches

Dawit Frick studiert Rechtswissenschaften mit einem Schwerpunkt im Völker- und Europarecht.

Alina Gießler studiert Jura in Heidelberg mit Schwerpunkt Kriminalwissenschaften. Sie interessiert sich vor allem dafür, warum bestimmte Verhaltensweisen kriminalisiert werden und wie soziale Ungleichheit Kriminalität prägt.

Layout

Pepe Roldan Duran studiert im Master Soziologie an der Bergischen Universität Wuppertal. Sein Forschungsinteresse gilt der unbewussten Reproduktion symbolischer Gewalt und Ideologie, untersucht aus einer Verschränkung von Psychoanalyse und Bourdieuscher Soziologie.

Impressum

Publikationsdatum

31. Januar 2026

Kontakt

ÜBERDACHT-Chefredaktion
Hans-Zöller-Straße 8, 55130 Mainz

Chefredaktion (V.i.S.d.P.): Patrick Huttel, Linda Plehn
Herausgeberin: Katrin Schmitz
Kontakt: info@ueberdachtmagazin.de
Internet: www.ueberdachtmagazin.de

Redaktion

| | | |
|----------------|-----------------|-------------------|
| Frederik Adams | Ardit Jashanica | Rachel Piters |
| Sakiye Boukari | Jannes Komenda | Pepe Roldan Duran |
| Marina Braun | Nico Martin | Marina Romić |
| Pernille Grage | Jan Paulus | Katrin Schmitz |
| Patrick Huttel | Linda Plehn | Cliresa Suka |

Gestaltung/Layout

Johann Lensing
Kontakt: johann.lensing@yahoo.com

Pepe Roldan Duran
Kontakt: peperoldan99@gmail.com

Logo

Judith Langer
langer.j.15@gmail.com

Schriften

[Jost*](#), [SIL Open Font License, Version 1.1](#)
[Libertinus Serif](#), [SIL Open Font License, Version 1.1](#)

Haftungsausschluss für externe Links

Diese Publikation enthält Links zu Websites Dritter. Diese Links werden ausschließlich zu Informationszwecken bereitgestellt, und ein Link zu einer Website stellt keine Zustimmung, Billigung oder Empfehlung dieser Website durch uns dar. Wir übernehmen keine Verantwortung für die Richtigkeit, Vollständigkeit oder Rechtmäßigkeit des Inhalts dieser verlinkten Websites sowie für eventuelle Schäden, die aus Ihrer Nutzung der Inhalte dieser Websites resultieren könnten.

